

Ab. Schulze, Auerbach, Kater, Baetge, Werner, Dr. Zug, Niederauer, Mielenz und Ungerling beantragen:

„Der Parteitag möge beschließen, diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die in der bisherigen Debatte Namens des Parteivorstandes gesprochen haben, wegen ihres die Grenzen des Zulässigen weit überschreitenden Vorgehens gegen die Mitglieder der Opposition zu tabeln.“ (Weiterkeit.)

Der Antrag wurde nur von den 9 Antragstellern unterstützt, kam also nicht zur Verhandlung.

Ein Antrag, von Bolderauer und Genossen eingegangen, lautend:

„Unterzeichnete beantragen, daß Wildberger und Werner ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen werden, weil dieselben absichtlich und mit Bewußtsein die Partei geschädigt haben“ findet ebenfalls nicht genügende Unterstützung.

Landé zieht sein Amendement zum Antrag Bebel zurück.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Kontrolleure, dem Kassirer für das abgelaufene Geschäftsjahr Decharge zu erteilen, wird einstimmig angenommen.

Mit allen gegen 5 Stimmen angenommen wird der Antrag Reißhaus-Schhardt.

Angenommen wird ferner das Amendement Randt-Kostock zum Antrage Bebel, daß in der Neuerkommission auch der Inhalt des von Jacobey verlesenen Briefes aus Kostock untersucht werden soll, und schließlich der Antrag Bebel auf Einsetzung einer Neuerkommission mit großer Majorität.

Damit ist der Antrag Ulrich erledigt.

Der Antrag Niederauer wird abgelehnt.

Die Wahl der Neuerkommission wird nach Schluß der Verhandlungen über die Punkte 3a. und 3b. der Tagesordnung erfolgen.

Es sagt Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion.

b) Die Taktik der Partei.

Die Diskussion über die Punkte a. und b. wird verbunden und den Genossen v. Vollmar und Wildberger je 1 Stunde Redezeit zugewilligt.

Berichterstatter zu a. Mollenbuhr: Ich konnte vielleicht vollständig auf das Referat verzichten, wenn es nicht notwendig wäre, erstens zu sagen was wir gewollt haben, und zweitens einige tadelnde Bemerkungen, welche über die Thätigkeit der Fraktion in die Öffentlichkeit gedrungen sind, kurz zu beleuchten. Wir wollten

E

durch Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse den Arbeiterstand kampffähiger erhalten, um so die endliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Wir stehen dabei nicht auf dem Werner'schen Standpunkt. Wir begnügen uns allerdings mit kleineren Fortschritten auch nicht, aber daß ein kleiner Fortschritt überhaupt zurückgewiesen werden müßte, diese Meinung theilen wir in keiner Weise, sondern erachten es für unsere Pflicht, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse anzunehmen, uns aber darum keineswegs von dem Ziel abdrängen zu lassen, das wir uns gesteckt haben: Die Verwirklichung der Grundsätze der Sozialdemokratie. Wenn es uns in der letzten Session auch nicht gelungen ist, großartige Erfolge zu erringen und unser Ziel zu erreichen, so lag das an der feindseligen Haltung der anderen Parteien, die gegen alles Front machen, was eine wesentliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeiführen kann. Jedenfalls ist und bleibt unsere Thätigkeit eine agitatorische, nach zwei Seiten hin. Einmal beweisen wir durch Stellung von Anträgen der Öffentlichkeit, wie wir ungefähr die vorliegenden Fragen zu lösen gedenken; zweitens suchen wir durch Stellung von Anträgen die Gegner bloßzustellen, um dem Volke zu zeigen, daß selbst die bescheidensten Forderungen von den Gegnern abge schlagen werden. Dies ist agitatorisch von wesentlicher Bedeutung. Wir haben in der letzten Session nicht viele Initiativanträge gestellt, weil die Anfangs gestellten Anträge bis auf einen noch nicht zur Verathung gekommen sind. Der eine Initiativantrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle hat zwar eine erste Verathung erlebt, aber darüber hinaus ist es nicht gekommen. Ferner haben wir einen Antrag eingebracht auf Erlass eines Gesetzes, wodurch die Wirkungen des Sozialistengesetzes, die es bis jetzt noch ausübt, aufgehoben werden, und einen auf Verstaatlichung des Apothekenwesens, wodurch wir verhindern wollen, daß auch die Kranken noch in schamloser Weise durch das Privatmonopol der Apotheker ausgebeutet werden können.

Die wesentlichen Anträge, die wir gestellt haben, waren Abänderungsanträge, und da sich der größte Theil der Session mit der Abänderung der Gewerbeordnung zu befassen hatte, so hatten wir hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt. Daß wir mit dem Regierungs-Entwurf nicht einverstanden waren, weil er uns nicht weit genug ging, ist bekannt. Der Entwurf bewegte sich zunächst in viel engerem Rahmen als der unsrige; aber wir suchten deshalb unsere Anträge möglichst in das Gesetz hineinzubringen. Zunächst beantragten wir, daß die Sonntagsruhe eine Dauer von 36 Stunden haben sollte, ferner, daß für das Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen höchstens 3 Stunden Thätigkeit erlaubt sein solle, ferner das Verbot der Merkmale in den Zeugnissen, die Verschärfung des Verbots des Trucsystems, die genaue Regelung der Lohnzahlungs-

E

fristen, strengstes Verbot von Lohninbehaltungen und Lohnabzügen sowohl betreffs des § 119 a als auch für Wohlthatseinrichtungen; endlich die Beseitigung der Kündigung. Besterer Antrag bedarf vielleicht näherer Erörterung. Wir wissen wohl, daß in manchen Arbeiterkreisen das Bestehen der Kündigung als eine gewisse Wohlthat angesehen wird; es mag auch für Manche unbequem sein, wenn er mit seinem Arbeitgeber in Zwist kommt, sofort entlassen zu werden. Aber alle arbeiterfeindlichen Maßregeln, welche der Gesetzentwurf neu in Aussicht nahm, die Lohninbehaltungen, die Buße für Kontraktbruch u. s. w., alles das hatte nur Sinn, wenn die Kündigung besteht; sobald die Kündigung verboten war, hatten auch alle diese Paragraphen keinen Sinn mehr. Gerade weil diese Maßregeln aus dem Kündigungssystem hergeleitet waren, sagten wir uns, es ist besser, das diese kleine Wohlthat wegsalle, statt alle die Schädigungen, die in der Vorlage standen, Gesetz werden zu lassen. Ferner verlangten wir gänzliches Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter, Regelung der Arbeitsordnungen und Maximalarbeitszeit. Der letztere Antrag hat auch in der Partei Anfechtungen erfahren, weil nicht ohne weiteres der 8 stündige Arbeitstag verlangt war. (Zwischenruf: Mit Recht!) Es wird gesagt: mit Recht. Darüber hat nicht der Einzelne zu entscheiden, sondern es ist der Parteitag im Ganzen, der zu dieser Frage Stellung nimmt. Bei jedem neu einzuführenden Gesetze dieser Art sind Uebergangsbestimmungen notwendig. Fast allen Gesetzen ist ein Ausführungsgesetz beigegeben, welches aus dem alten in den neuen Zustand successive hinüberleitet soll. Sobald wir direkt die Forderung des Achtstundentages erhoben hätten, hätte man auch in den breitesten Schichten der Bevölkerung Anhänger für die entgegengesetzte Meinung gefunden, daß die Maßregel nicht durchführbar sei, weil die umliegenden Länder viel länger arbeiten und in 8 Stunden nicht das nötige Quantum fabriziert werden kann. Deshalb entschieden wir uns für ein stufenweises Uebergehen. Auch der Zehnstundentag wäre schon ein gewaltiger Eingriff in das jetzige Produktionssystem, wo heute noch theilweise 16 und 18 Stunden gearbeitet wird. Hätten wir nur den zehnstündigen Arbeitstag, dann wären wir unbedingt grade in diesem Punkte allen anderen Ländern voraus. Nun hat zwar Werner erklärt, wir müßten einfach unsere Forderungen stellen, von der heutigen Gesellschaft, die uns freiwillig nichts gebe, hätten wir doch nichts zu erwarten. Wenn letzteres richtig wäre, weshalb sollten wir dann den achttündigen Arbeitstag fordern? Das ist doch ein seltsamer Widerspruch; dann ist doch der Standpunkt der Konsequentere, einfach überhaupt jede parlamentarische Thätigkeit abzulehnen. Dadurch aber würde der Partei unendlicher Schaden zugefügt werden. Wir forderten ferner zur Gewerbeordnungs-

E

Novelle Strafverschärfung für die Kennzeichnung der Zeugnisse, Sicherstellung des Koalitionsrechts und Strafen gegen die Eingriffe in dasselbe und endlich den am meisten angegriffenen Passus — die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausarbeiter. Gerade an der Hausindustrie, wo die Lage der Arbeiter die gedrückteste ist, konnten wir beweisen, daß die Gegner nichts von wirklichem Schutz zugestehen wollten, auch den Leuten auf dem Lande konnten wir das an diesem Beispiel klar machen; darum vertraten wir diesen Antrag und die gesammten Gegner stimmten dagegen, um dieses kostbare Ausdehnungsgebiet sich nicht auch nur in etwas beschränken zu lassen.

Soweit unsere Stellung zum Arbeiterschutzesgesetz. In Berliner Versammlungen ist namentlich von H. Baginski der Vorwurf gegen uns erhoben worden, die parlamentarische Thätigkeit sei überhaupt zu verwerfen, die Stellung von Anträgen sei überflüssig; es sei bloß stets schärfste Kritik zu üben. Werner andererseits meint, es war gut, daß wir unsere Anträge stellten, wir hätten aber sofort den Achtstundentag verlangen müssen. Widberger geht noch weiter, denn er behauptet, wir hätten noch lange nicht genug parlamentirt; er beschwert sich, daß wir die Forderungen unseres 1875er Programms nicht geltend gemacht hätten: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, Abschaffung der stehenden Heere u. s. w. Dem Vorwurf, daß wir zu wenig parlamentirt hätten, steht also der Vorwurf des Zuviel auf diesem Gebiete gegenüber. Was übrigens den Programmpunkt der Beseitigung der stehenden Heere anbetrifft, so haben wir jedes Jahr bei der Statberathung regelmäßig das Wort ergriffen, um die Verwerflichkeit der stehenden Heere nachzuweisen. Diesen Protest erheben wir also alljährlich. Dasselbe gilt von der anderen Frage: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Die Forderung erheben wir, das ist richtig; aber daß sie nicht in einem formellen Antrage an die Gesetzgebung zur Geltung gebracht werden kann, ist schon in der Natur der Sache begründet. Begreifen denn die Herren, die diese Vorwürfe erheben, gar nicht den engen organischen Zusammenhang dieser Forderungen mit derjenigen der direkten Gesetzgebung durch das Volk, des direkten Wahlrechts der Beamten durch das Volk? Sollten wir in der That einmal diesen Antrag stellen, jene Entscheidung über Krieg und Frieden in andere Hände zu legen, so geht es nicht, auf eine alte schwarze Hofe einen neuen rothen Flicker zu setzen, sondern es muß eine ganz neue rothe Hofe angeschafft werden, es muß ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet werden, in den diese Forderung hineinpakt. — Alle diese Vorwürfe gegen die Fraktion variiren vom Negativen bis zum Verlangen nach noch mehr parlamentarischer Thätigkeit, und falsch ist in den Augen dieser Herren lediglich, was die Fraktion gethan und unterlassen

E

hat. Gewiß, wenn man nörgeln will, kann man immer das Gethane negieren und das nicht Gethane als Unterlassung verurtheilen. Sämtliche Mitglieder der Fraktion, das versichere ich, werden vom besten Willen beseelt, für die Ausbreitung der Partei Sorge zu tragen und für die Arbeiter zu erreichen, was erreicht werden kann.

Zu einer Reihe von Vorlagen, welche an den Reichstag kamen, haben wir uns ablehnend verhalten, so gegen die Kolonialvorlagen und gegen die Novellen zum Zucker- und Branntweinsteuergesetz, weil bei beiden nach wie vor die große Masse der Bevölkerung die Kosten zu tragen hat und die Privilegien der Großbrenner und der großen Zuckerfabriken nicht beseitigt werden. Ferner lehnten wir in der Schlußabstimmung auch das sogenannte Arbeiterschutzgesetz ab, weil wir den gebotenen Vortheilen gegenüber die im Zusatzparagraphen und in den anderen Bestimmungen enthaltenen Nachteile für den Arbeiter als so schwerwiegend ansahen, daß wir es mit unserer Stellung als Arbeitervertreter nicht vereinbar hielten, unsere Zustimmung zu geben. Die gegnerischen Kreise hielten uns damals entgegen, wir würden es, wenn wir ablehnten, mit dem Arbeiterstande zu thun kriegen, und die Fortschrittler schrieben, wir hätten nur abgelehnt, weil mit der Annahme die Zufriedenheit gefördert worden wäre. Hier ist der Ort, darüber zu diskutieren und zu Gericht zu sitzen; die Partei hat heute zu entscheiden, ob wir richtig gehandelt haben. Ein Jahr ist vergangen; Sie selbst haben jetzt zu urtheilen. Ich möchte Sie ersuchen, wohl zu prüfen, was wir gethan haben, und dann Ihr Urtheil zu fällen. Von jeher war es bei uns Brauch, daß die Parteimitglieder selbst zu Gericht zu sitzen haben über die Abgeordneten, selbst zu bestimmen haben, was gethan werden soll. — Aber, wenn man verurtheilen will, muß man auch die Gründe dafür anführen. Wenn wir uns richten sollen nach diesem wunderbaren Urtheil der Opposition, aus der die widersprechendsten Anschuldigungen gekommen sind, so müssen wir gerade im Gegentheil zu der Ueberzeugung kommen, daß wir richtig gethan haben, weil wir die goldene Mittelfrage gewählt haben. (Lebhafter Beifall.)

Zu Punkt 3b „Die Taktik der Partei“ ist von Bebel folgende Resolution eingebracht:

Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede Klassenbewusste Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesammten

E

Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Werth der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderaths-Wahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Verbindung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Uebel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtheit und den Anordnungen der Partei-Organe, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich

E

nicht von der Wichtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei“, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Referent Bebel: Parteigenossen! Die Frage, welche Taktik wir künftig einzuschlagen haben, wäre jedenfalls heute nicht zur Erörterung gekommen, wenn nicht in den letzten Monaten von befannter Seite heftige Angriffe gegen die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Haager Parteitages eingehaltene Taktik der Fraktion laut geworden wären. Auf diese Anklagen ist der Voredner zum Theil bereits eingegangen. Zum großen Theil liegen sie in den Ihnen zugestellten Aktenstücken vor. Vorher aber ist es nothwendig, daß wir uns die historische Entwicklung der Partei in dieser Frage etwas vergegenwärtigen. Jede Partei, die überhaupt ein bestimmtes Ziel im Auge hat, hat zwei Dinge festzustellen: die Forderungen, die sie zu verwirklichen anstrebt, und die Art, wie sie dies erreichen will. Das erste ist das Programm, das zweite giebt die Richtschnur für die Kampfweise, stellt also die Taktik der Partei fest. Unsere Grundsätze sind im Programm niedergelegt, und wenn wir auch unmittelbar vor dem Eintritt in die Berathung über ein neues Programm stehen, so steht doch für Alle fest: wie immer wir künftig unsere Forderungen praktisch und prinzipiell besser als bisher formuliren werden, unzweifelhaft wird etwas prinzipiell Neues nicht darin ausgesprochen.

Das letzte Ziel der Partei, die Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise, ist von Anfang an ihr Ziel gewesen, die Gründung der sozialistischen Gesellschaft und der sozialistischen Produktionsordnung hat das Programm der Partei gebildet von dem Augenblick an, wo die Partei sich über sich klar wurde.

Nun befindet sich ja die Sozialdemokratie gegenüber allen früheren Parteien, soweit sie zur Herrschaft zu gelangen suchten, in wesentlich anderer Position. Indem wir danach streben, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen, sind wir genöthigt, einen ganz anderen Weg als alle früheren Klassen, die zur Herrschaft kamen, einzuschlagen. Bis her zeigt uns alle menschliche Entwicklung, daß eine Klasse erst in dem Augenblick zur politischen Herrschaft im Staate

E

gelangte, wo sie die Herrschaft über die neue Produktionsweise, den materiellen Machtbesitz erlangt hatte; bei uns handelt es sich um etwas ganz Entgegengesetztes.

Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Herrschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst. Wie kommen wir nun zu dieser Macht?

Wenn eine Partei wie die unsere der herrschenden Gesellschaft den Krieg erklärt, und ihr letztes Ziel der Untergang dieser Gesellschaft ist, so ist es selbstverständlich, daß die herrschende Gesellschaft Alles anbietet, das zu verhindern. Andererseits ist eine Partei wie die unsere, die solches ertreibt, in die Nothwendigkeit versetzt, alle Mittel und Hebel in Bewegung zu setzen, welche ihr geeignet erscheinen, für diese Ideen Propaganda zu machen; sie muß Alles anbieten, um die Massen, welche aus Interesse den sozialistischen Ideen zugewendet sein sollten, auch für diese Ideen zu gewinnen. Aber wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht von heute auf morgen entschieden wird — wenn auch ganz unzweifelhaft die Marschgeschwindigkeit, mit der wir zum Ziele gelangen, in den künftigen Jahren ungleich rascher sich vollziehen wird, als bisher — und so haben wir nach den wirksamsten und erfolgreichsten Mitteln zu suchen.

Da giebt es nun eine ganze Reihe von Wegen, die zusammengekommen zum Ziele führen. Da ist zunächst die mündliche Agitation in Vereinen und Versammlungen. Wie schwer uns diese gemacht wird, dafür sind wir alle mehr oder weniger Zeugen, aber wir befördern sie mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften. Da ist ferner die Presse; wir verbreiten unsere Zeitungen, suchen die Abonnentenzahl derselben zu erhöhen und stellen immer neue Presseorgane in den Dienst der Parteibestrebungen, weil damit immer mehr unsere Macht wächst. Das dritte Mittel ist die parlamentarische Thätigkeit. Dieses Mittel wurde z. B. von Lassalle so hoch geschätzt, daß er keine andere Forderung aufstellte, als die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Dieses galt ihm als das einzige Mittel, die politische Macht zu erobern, mittels desselben der Staat gezwungen werden könnte, den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden. 1867 wurde diese Forderung verwirklicht.

Ich will hier nicht die Gründe untersuchen, welche die herrschenden Klassen damals nöthigten, das allgemeine Wahlrecht zu geben; genug, daß es gegeben wurde; und von dem Augenblick an, wo es gegeben wurde, war bei keinem Sozialdemokraten ein

E

Zweifel, von diesem Mittel ausgiebigsten Gebrauch zu machen und Vertreter der Partei in den Reichstag zu senden. Das ist denn auch seit nahezu 25 Jahren in steigendem Maße gelungen.

Nun entstand aber die Frage: wie haben sich die Vertreter im Reichstage zu verhalten? Diese Frage ist vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen, und sie wird es bleiben, so lange wir genöthigt sind, uns auf dem Boden parlamentarischer Thätigkeit zu bewegen. Es war nicht nur möglich, sondern selbstverständlich, daß über das Maß der parlamentarischen Bethätigung Meinungsverschiedenheiten eintraten. Wenn nicht vom ersten Jahre ab, so von dem Augenblick an, daß die Zahl der Vertreter größer wurde, entstanden diese Differenzen über die innehaltende Taktik. Zu jener Zeit fanden sich zwei sozialdemokratische Fraktionen im Reichstage gegenüber; die eine Fraktion vertreten durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die andere vertreten durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die zwar erst 1869 in Eisenach gegründet wurde, aber schon vorher im Reichstage durch Liebknecht, mich und andere vertreten war. Auf unserer Seite wurde bereits 1868, und zwar durch Liebknecht, die Frage der parlamentarischen Taktik zur Erörterung gebracht. Auf der anderen Seite ist sie meines Wissens nie erörtert worden.

Dieser frühzeitige Ausbruch von Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei, und zwar unter den Führern selbst, beweist am schlagendsten, daß die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei ein Lebensprinzip bei ihr ist, ein selbstverständliches Recht, von dem die Führer selbst den vollsten und umfanglichsten Gebrauch machten. Wäre das nicht so, die Partei würde der Spaltung oder dem Tode verfallen. Was bei dem Versuch herauskommt, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer durch und durch demokratischen Partei zu ertöden und keine andere Meinung als die eben herrschende aufkommen zu lassen, dafür hat uns die Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins das abschreckendste Beispiel geliefert. Dort stand immer an der Spitze ein Präsident, der kraft der Organisation eine ungeheure Machtülle besaß, welche ihn verleitete, sie zu mißbrauchen und das einzige Organ, das der Verein besaß, in seinem Interesse zu beeinflussen, da kein anderes neben ihm gebildet wurde. Das veranlaßte die Kämpfe, welche schließlich zur Absetzung Schweizers und später zur Einigung beider Fraktionen im Jahre 1875 unter dem Namen der sozialistischen Arbeiterpartei führten. Diktatorische Bestrebungen waren nach der Natur der Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei von vornherein ausgeschlossen, und sie sind bis heute unmöglich gewesen.

Der Kampf um die Taktik der Partei brach also zuerst unter den Führern aus, denn gegen wen schrieb Liebknecht 1869 seine Broschüre über die politische Stellung der Sozialdemokratie? Haupt-

sächlich gegen mich, weil wir uns damals nicht zu einigen vermochten über die im Reichstage innehaltende Taktik gegenüber der Gewerbeordnung von 1868. Und eine für alle Fälle geltende Taktik ist bis heute nicht festgestellt worden und wird nie festgestellt werden können. So kommt es, daß darüber, wie wir uns in einzelnen Fälle zu verhalten haben, bis auf den heutigen Tag in der Fraktion in der heftigsten Weise gekämpft wurde. Wer, wie die Opposition, es so darstellt, als sei die Fraktion eine unterschiedslose Masse, die sich von einigen Personen leiten, um gewisser materieller Vorteile willen von einer segenspendenden Hand sich bestimmen lasse — die es obendrein nicht giebt, denn kein Einzelner hat über die Mittel der Partei zu verfügen —, bedient sich der denkbar falschesten Kampfweise. — Bis zu diesem Augenblick ist die Meinung über die Stellung zu den einzelnen Gesetzesentwürfen und Anträgen oftmals eine sehr getheilte gewesen. Oftmals wurden Anträge mit geringer Mehrheit abgelehnt oder angenommen. Der Streit um die Dampfersubvention — ich will darauf nur hindeuten — war beispielsweise innerhalb der Fraktion so heftig, daß nur die Gesamtpartei ihn schlichten konnte. Einen absolut negierenden Standpunkt hat die Fraktion einzig gegenüber der Militärgesetzgebung und den damit zusammenhängenden Vorlagen eingenommen; und weil die Ausgaben für Militär- und Marinewesen volle vier Fünftel des Reichsbudgets ausmachen und es so zu sagen beherrschen, stimmte sie stets und ohne jede Meinungs-differenz gegen den ganzen Etat.

Als 1868 das Militärgesetz zur Berathung kam, stellten wir den Antrag, es abzulehnen und die Regierung zu beauftragen, einen neuen Gesetzesentwurf, durch den die Volksmehr an Stelle des stehenden Heeres eingeführt wurde, vorzulegen. Das war die denkbar schärfste Negation. Dagegen haben wir schon 1868 beim Freizügigkeitsgesetz, beim Wahlgesetz, beim Paßgesetz keinen Anstand genommen, Anträge zu stellen; damals tauchten Meinungsverschiedenheiten noch nicht auf, diese kamen erst bei der Gewerbeordnung, und da wir uns hier nicht einigen konnten, hielt Liebknecht jene Rede, welche heute von der Opposition mit Vorliebe nicht bloß gegen Liebknecht persönlich, sondern gegen die ganze Taktik der Partei ausgespielt wird. — Wie sich zeigen wird, mit Unrecht. — Diese Differenzen zwischen Liebknecht und mir wurden Veranlassung, daß auf dem nächsten Parteitage zu Stuttgart im Beginn des Juni 1870 die politische Stellung der Partei zur Erörterung kam. Wir waren auch damals noch keineswegs einig in unserer Auffassung. So schlugen wir dem Parteitage eine Resolution vor, auf welche wir uns beide verständigt hatten, die eine Art von Kompromiß vorstellte, des Inhalts, daß die Arbeiterpartei sich an den Reichstags- und Zollparlamentswahlen hauptsächlich aus agitatorischen Gründen

betheilige, daß sie auch, soweit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Klassen an der Parlamentsarbeit mitwirke, im Ganzen aber sich dazu negierend verhalte. Der zweite Theil der Resolution bezog sich auf die Stimmabgabe bei den Wahlen, und da finden Sie, daß diese damals einmüthig angenommene Resolution sich wesentlich von späteren Beschlüssen, namentlich betreffs der Stellungnahme zu den engeren Wahlen, unterscheidet. Es heißt darin, daß die Partei mit keiner anderen Partei eine Allianz oder ein Kompromiß eingehe, aber empfehle, dort, wo Kandidaten der eigenen Partei nicht aufgestellt seien, solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, welche im Wesentlichen politisch den gleichen Standpunkt einnehmen, und vor allem wirkliche Arbeiterkandidaten anderer Parteien zu unterstützen. Unter den anderen Arbeiterparteien war der Allgemeine deutsche Arbeiterverein unter Schweitzer und der andere kleinere Theil des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unter Wende verstanden. Die Entwicklung der Partei ist seitdem wesentlich anders geworden. Wir sind heute darüber einig, daß bei der ersten Wahl Kandidaten gegnerischer Parteien überhaupt nicht gewählt werden dürfen, und in die Verlegenheit, andere Arbeiterkandidaten zu unterstützen, kommt die Partei nicht mehr, weil es solche nicht mehr giebt. Weiter wurde die Frage der Taktik 1871 auf dem Parteikongreß in Dresden erörtert, wo ich im Auftrage der Parteileitung über die Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen referirte; damals wurde die Direktive gegeben, überall für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Landtage und Kommunen einzutreten. Ähnlich beschloß der Kongreß zu Eisenach 1873, desgleichen auf Antrag Liebknecht's 1874 in Coburg. Bis zum Jahre 1877, wo der letzte Parteitag vor dem Sozialistengesetz stattfand, hat sich die Partei mit der Frage der Taktik überhaupt nicht mehr beschäftigt. Dieselbe ist dann wiederholt unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes auf den drei Kongressen in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen erörtert und in dem Sinne entschieden worden, daß die Partei sich allgemein an den Wahlen zu betheiligen habe und daß die Abgeordneten im Parlament sich keineswegs bloß negierend zu verhalten, sondern alles aufzubieten hätten, um die Erlangung von KonzeSSIONen zu Gunsten der Arbeiterklasse zu erwirken. Warum haben wir uns immer für das letztere entschieden? Weil jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß es eine Thorheit wäre, wenn die Partei nicht auch zugleich die täglichen Bedürfnisse, die täglichen Schmerzen des arbeitenden Volkes zur Sprache brächte und auf Abhilfe der bestehenden Uebel und Verbesserung der herrschenden Zustände drängte. (Sehr richtig!) Wir versuchen dasselbe unter anderem mit Hilfe unserer Gewerkschafts-Organisationen zu erreichen. Es gab eine Zeit, wo man über die Zweckmäßigkeit derselben innerhalb der Partei lebhaft stritt;

E

auch heute noch sind Einzelne der Meinung, diese sei ganz nebensächlich, man sollte sie nach Möglichkeit bei Seite setzen, die gewerkschaftliche Organisation hindere die politische, sie absorbire eine Masse von Mitteln und Kräften, welche der politischen Entzogen würden, auch angesichts der durch verunglückte Streiks verursachten Schäden dürfe man sich darauf nicht einlassen. Die immense Majorität der Partei hat indeß die gewerkschaftliche Organisation für notwendig gehalten, nicht bloß für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Klassenkampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge. (Zustimmung.)

Jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß wir mit unseren letzten Zielen nicht die Hunderttausende gewonnen haben, weil diese sich nur zu gerne sagen, was nützt uns ein Streben, dessen Ziel ich vielleicht nicht erlebe, wo kein direkter Erfolg zu erwarten ist. Darin besteht ja die Taktik der Anarchisten, zu erklären, man habe die gewerkschaftliche und parlamentarische Thätigkeit bei Seite zu setzen und schleunigst die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen. So groß nun auch immer die Opferwilligkeit und der Eifer der Anarchisten gewesen sein mag, es steht fest, daß überall, wo die anarchische Bewegung aufgetreten ist, sie trotz aller Mühe und aller Opfer nichts weiter erreicht hat, als elende Seitenbildung. (Zwischenruf: Polizeimache!) Ja gewiß war und ist auch Polizeimache dabei, denn was kann den heutigen Machthabern angenehmer sein, als in die Lage gesetzt zu werden, mit Gewaltmitteln gegen uns vorzugehen, dies wünscht man ja! (Zustimmung.) Alle diese auf die reine Negation ausgehenden Richtungen arbeiten unbewußt unseren Gegnern in die Hände, weil diese bloß auf eine solche Taktik warten. Diesen ist nichts unangenehmer, als ruhige, zielbenutzte Arbeit, nichts säßen sie lieber, als daß das Proletariat Gelegenheit gäbe, daß man mit Gewalt es niederwerfen könne. Nur unsere ununterbrochene, sich durch nichts irre machende Minirarbeit ist es, welche unseren Todsfeinden bis auf den heutigen Tag so ungemein schmer im Magen liegt. (Stürmische Zustimmung.) Es wäre der größte Fehler, wenn wir diese bewährte Taktik jetzt verlassen wollten. Wir sind darüber einig geworden, daß die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation notwendig ist, daß der Kampf für Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ein ungeheures Mittel für die Ausbreitung unserer Bewegung in der gesammten Arbeiterklasse geworden ist. Wir wissen, daß alle die Hunderttausende, Männer und Frauen, wie wir heute mit Stolz sagen können, zumeist nicht kamen, weil sie sofort erkannten, das letzte Ziel der Sozialdemokratie ist auch unser Ziel, darum schloßen wir uns ihr an, sondern sie kommen, weil sie sehen, unsere Partei ist die einzige, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Besserung ihrer Lage

11°

E

sicht. Sie sehen, die Thaten der anderen Parteien sind entgegengesetzt den Worten, welche sie vor den Wählern verschwendet; daß dagegen unsere Partei es ist, die für sie kämpft, die den auf ihnen lastenden Druck, die Uebel unter denen sie leiden, die Schmerzen unter denen sie leiden, kennt und ihre Peiniger und Ausbeuter jederzeit an den Pranger stellt. (Sehr wahr!) Das sind die Erwägungen, welche die Massen bestimmen, sich uns zuzuwenden. Und sind sie erst einmal zu uns gekommen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß sie, die Anfangs nur in der Hoffnung auf bestimmte direkte Vortheile, aus vielleicht mehr nebensächlichen Ursachen sich uns angeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, bis sie schließlich volle und ganze Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Wer ist unter uns, der sagen kann: Ich bin vom ersten Tage meines Denkens an ein vollbewußter Sozialdemokrat gewesen? — Da kommen die Herren von der Opposition und höhnen über die 1½ Millionen Stimmen vom 20. Februar 1890; da höhnen sie, daß seien keine Sozialdemokraten, selbst und zielbewußt klar sehend sei nur die Minderheit. Auerbach hat das ja heute morgen noch draßlich ausgesprochen. Ich frage: wie wollen Sie denn das, was Auerbach ganz mit Recht als unsere Aufgabe bezeichnete, ausführen, wenn Sie nicht die Massen für sich gewinnen? Wollen Sie denn mit den verhältnismäßig Wenigen, die sich vollkommen klar sind, Staat und Gesellschaft erobern? Das ist doch eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, sind Sie nichts als politische Thoren. (Sehr wahr!)

Wir haben diese Massen zu gewinnen, indem wir jeden Einzelnen zu fassen suchen. Und fassen wir ihn zunächst auch nur an einem Finger, dann gehts ihm wie jenem, der dem Teufel den Finger reicht, wir fassen nach dem Finger die Hand und nach der Hand nehmen wir den ganzen Menschen, so wird er vollständig von uns erobert. Aus einem Gegner wird ein treuer, opferwilliger, fanatischer Anhänger, der seinerseits wieder für neue Proselyten sorgt. (Lebhafter Beifall.) Die Menschen springen nicht, wie Minerva aus dem Haupte Jupiters, geharnischt in der gegebenen Gesellschaft als fertige Sozialdemokraten heraus, sondern sie haben sich erst mit einer Menge von Vorurtheilen, die ihnen von der Gesellschaft und ihren Anwälten in Schule und Kirche eingepaukt sind, ganz gewaltig herumzuschlagen. Andererseits steht wieder fest, daß Unzählige, die heute in die Bewegung kommen, als die Kinder von Sozialdemokraten so zu sagen in die Bewegung hineinwachsen, weil der entsprechende väterliche und mütterliche Einfluß vorhanden ist; zu unserer Zeit gab es aber noch keine sozialdemokratischen Väter und Mütter, diese mußten wir erst werden. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Wenn heute in einem Maßstabe, wie wir es vielleicht selbst nicht erwartet haben, die

E

Partei progressiv nicht nur an Breite, sondern auch an Tiefe zunimmt, dann ist das die Frucht der Entwicklung der letzten 20 Jahre, und nicht bloß unser eigenes Verdienst. Wir wissen gar zu gut, daß, was wir gethan haben, nur erreicht werden konnte, weil die ganzen Verhältnisse uns in die Hände arbeiten, und weil die Bourgeoisie, unsere Todfeindin, zugleich auch die Mutter ist, welche in dem modernen Proletariat die Kinder gebiert, die wir zu Sozialdemokraten zu erziehen haben. Auf diesem Wege sind wir geworden, was wir heute sind!

Nun sagt die Opposition, die Partei versumpft, verflumpft, sie setzt das Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, aus den Augen, sie vernachlässigt die prinzipielle Propaganda. Wenn je eine Anklage nach all und jeder Richtung ungerecht war, dann ist es diese. Hoffentlich wird der Geschichtsschreiber für die parlamentarische Thätigkeit der Partei nicht lange auf sich warten lassen; der wird alsdann finden, daß zwar in Bezug auf die Worte wir in früheren Jahren schärfer und schroffer aufgetreten sind als heute, aber daß andererseits in der thatsächlichen Formulierung der Forderungen die Partei von heute über jene von vor 20 Jahren unendlich erhoben ist. Sehen Sie sich doch die Anträge an, die in dieser sogenannten opportunistischen parlamentarischen Thätigkeit im Laufe der Jahre eingebracht wurden. Diese Thätigkeit ist ja fortgesetzt geblieben worden; in minderer Maße nur da, wo wir zu wenig Vertreter hatten, und keine selbständigen Anträge stellen konnten, weil wir die Zahl von 15 nicht erreichten. Das ist namentlich in den ersten Jahren oft der Fall gewesen. Aber wie innerhalb der ganzen Bewegung in Deutschland sich das Charakteristikum herausgestellt hat, daß in dem Maße, wie die Bewegung immer mehr wuchs, der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien immer schärfer wurde, bis es dahin kam, daß, wie zuerst in Sachsen, alle anderen Parteien sich zu einem Ordnungsbrei gegen uns vereinigten, so tritt diese selbe Erscheinung heute in steigendem Maße in allen anderen deutschen Ländern ebenfalls hervor. Hat doch schon vor 15 Jahren der radikale Eugen Richter, als es sich hier in Erfurt um den Sozialdemokraten Kapell und den freikonservativen Lucius handelte, telegraphisch die Ordre gegeben: Lieber Lucius als Kapell! Heute treten diese Gegensätze nicht allein in weit höherem Grade als je zuvor in der politischen Bewegung außerhalb des Parlaments hervor, sondern wir sehen die gleiche Erscheinung auch im Deutschen Reichstage. Weshalb sind denn, trotz der veränderten Konstellation der Parteien, eine ganze Reihe politischer Forderungen, welche andere Parteien auf ihrem Programm hatten, heute zurückgestellt worden? Einzig und allein aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Die Erkenntniß, daß heute jedes weitere Stück politischer Freiheit in erster Linie der Sozial-

E

demokratie zu gute kommt, diese Furcht vor der stetig steigenden, wie eine Wasserfluth wachsenden Macht der Sozialdemokratie hat alle anderen Parteien mehr und mehr ins reaktionäre Fahrwasser getrieben, sie veranlaßt sie, Anträge, die sie früher selbst stellten, heute schände im Stiche zu lassen. Da begreift sich denn, weshalb die Gegner mit ganz besonderer Vorliebe gerade die Anklagen jener Herren von der Opposition, die bis zur Verhaftung, unsere Partei sei eine lächerliche Partei geworden, sich verhängen, verbrennen und mit Kommentaren versehen unter die Massen werfen. Wahrlich, unsere politischen Gegner müßten bornirt sein, wenn sie das Kampfmateriale, was ihnen jene Seite bot, nicht gründlich ausgenutzt hätten! (Sehr wahr!) Hätte die Opposition bestimmte Anklagen erhoben, z. B. ihr hättet diesen Antrag so und so stellen sollen, ihr hättet diese oder jene Rede viel schärfer halten müssen, dann sind das Sachen, über die sich hätte reden lassen. Ich würde den Tag mit Freuden begrüßen — er wird ja für einige nicht mehr kommen —, wo auch die Herren der Opposition in den Reichstag gelangen; da sollen sie zeigen, was sie können. Sie werden kaum besseres leisten können, als damals, wo sie ihrerseits Kandidaten waren und sich ehrlich bemühten, einen Reichstagsitz zu erobern. Wenn ich bedenke, wie sie damals vor die Wähler getreten sind und die praktische Thätigkeit der Partei und speziell der Fraktion lobten, dann bin ich stark veranlaßt, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ihrer heutigen Erklärungen zu zweifeln. Zuerst läßt man sich zu Erklärungen vor der Reichstagswahl herbei, die sich von den unsrigen in nichts unterscheiden, die sich ganz innerhalb des Rahmens der auch von uns vor den Wählern vertretenen Forderungen bewegen, man weist hin auf das, was wir, die Arbeitervertreter, für die Arbeiterinteressen gethan — und wenige Monate später diese gänzlich veränderte Stellung! Dieser Widerspruch wurde ja schon in Halle hervorgehoben. Ich muß nun hier zur Aufklärung dieses Widerspruches auf eine Thatsache aufmerksam machen. Im Laufe des vorigen Sommers hatten Werner und Singer eine Unterhaltung; es war noch unter dem Sozialistengesetz, die Fraktion hatte damals die Parteileitung. Da sagte Werner: Nehmen Sie mal an, ich habe bei der Wahl 22 000 Stimmen bekommen, andere, die im Reichstage sitzen, haben 7000 Stimmen bekommen; diese haben was zu sagen, und ich habe nichts zu sagen. (Große Heiterkeit.) Damit ist der heutige Standpunkt jener Herren charakterisirt: sie wollten auch was zu sagen haben. Es wäre freilich ein Kunststück, festzustellen, wie eine Einrichtung getroffen werden könnte, daß auch diejenigen, die so und so viel tausend Stimmen hatten, aber nicht gewählt wurden, ihrerseits an den Verhandlungen der Fraktion und Parteileitung Theil nehmen könnten. Indem man sich über den Durchfall ärgerte, ist man dann immer weiter gegangen und

E

hat jede Handlung unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und schließlich sich dermaßen in Feindschaft hineingeredet, daß man alles und jedes absprechend kritisirte und dabei weit über das Ziel hinaus-schoß. Ich habe nichts gegen das kritisiren; es soll mir einer sagen, ob ein Mensch in der Fraktion ist, der sich sein Recht, seine Meinung frei zu äußern und Anderen auch einmal den Kopf zu waschen, weniger strengig machen läßt als ich. Das Recht, auch einen oppositionellen Standpunkt zu vertreten bis aufs Aeußerste, lasse ich mir zu allererst nehmen und nervös, wie wir Alle sind, gerathen wir denn auch manchmal so aneinander, wie es nur bei nervösen Menschen denkbar ist. Das thut aber der Freundschaft keinen Eintrag. Wird der Eine überstimmt, dann macht er kein trübes Gesicht, sondern thut sein Möglichstes, um die Beschlüsse der Majorität im Reichstage zu vertreten. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Das wäre eine schöne Partei, wo die Minorität der Majorität sich nicht fügen wollte, wo die Nichteinverstanden das Recht hätten, fortgesetzt an den Beschlüssen und ihrer Ausführung zu nörgeln, die Partei zu erregen und Spaltung zu verursachen!

Ein von mir gegen die Opposition ausgeprochener Satz ist mir ganz besonders schwer angerechnet worden. Im Grenzpalast soll ich gesagt haben, die Herren würden Gelegenheit bekommen, eine neue Partei zu gründen. Wie so oft, wird auch hier etwas ganz anderes zitiert, als was ich gesagt habe. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ habe ich gesagt und hier ist der Bericht korrekt:

„Die ewige Nörgerei und das ewige Unzuehäftigen in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erweckt, als sei die Partei gespalten, das müße endlich aufhören und ich würde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, wenn die Opposition mit der Faltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen. So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müße so oder so ein Ende gemacht werden.“

Ich habe also ausdrücklich erklärt: Ist diese Verständigung nicht möglich zwischen uns, bleibt ihr auf eurem Standpunkt, meint ihr, er sei der richtige und wollt ihr euch der Mehrheit nicht fügen, dann habt ihr eine eigene Partei zu bilden. Nun kam noch etwas anderes hinzu. Als ich jene Erklärung abgab, war mir von Vertrauensmännern die Mittheilung zugegangen, daß eine anarchistelnde Richtung bestehe; ein Theil der Vertrauensmänner in einem Wahlkreis hatte seine Stellung mißbraucht, um unter sich und einigen gleichgesinnten Genossen den Beschluß zu fassen, daß diejenigen Gelder und Mittel, die aus dem Erlöse verkaufter Schriften stammten, gesammelt und für einen Kampffonds verwendet werden

E

sollten. Das geschah, ohne daß die Parteigenossen, welche die Gelder feuerten, etwas davon wußten. Es war eine kleine Clique, welche diesen skandalösen Beschluß faßte, und da sagte ich mir, wenn es soweit gekommen ist, daß diese Leute ihre Vertrauensstellung in der Partei so gewissenlos mißbrauchen, dann hört jedes Kompromiß und jedes Zusammengehen auf, das kann sich die Partei ganz unmöglich gefallen lassen. (Sehr wahr!) Diesen Beschluß kannte ich, bevor jene Versammlung im Feenpalast stattfand, und weil ich Jenen erklärt hatte, sorgt dafür, daß der Beschluß zurückgenommen wird, und das aber nicht geschah, habe ich mich so wie mitgetheilt geäußert. Sind die Herren Anarchisten, wie es nach jenem Beschlusse scheinen muß, wonach sie das Geld haben wollten für den Fall, daß Jemand von ihnen wegen Verbreitung der „Autonomie“ gefaßt und bestraft wird, so bleibt nichts anderes übrig, als mit ihnen zu brechen. Für mich ist der Anarchist kein Schreckgespenst, mich überläuft vor ihnen keine Gänsehaut; sind sie Anarchisten, gut, dann mögen sie es sein, aber dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Zustimmung.) Der Parteitag in Halle hat mit allen gegen eine Stimme die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Fraktion gutgeheißen, und es waren dort über 400 Delegirte anwesend. Wenn heute gegen die Thätigkeit der Fraktion opponirt wird, so wäre das nach den in St. Gallen und Halle gefaßten Beschlüssen nur insofern gerechtfertigt, als die Fraktion oder einzelne ihrer Mitglieder gegen jene Beschlüsse handelten. Thaten sie das nicht, dann kann sie auch kein Vorwurf treffen.

Ich gehe jetzt auf das Berliner Flugblatt ein, in welchem die Opposition diejenigen Anschauungen niedergelegt hat, nach welchen die gegenwärtige Taktik der Partei nicht nur als falsch, sondern als parteischädigend anzusehen sein soll. Inwieweit Einzelnes im Arbeiterchutzgesetzentwurf angegriffen werden kann, lasse ich dahingestellt; aber eins steht fest, in dem ganzen Entwurf ist keine Forderung, die als Verstoß gegen die Parteiprinzipien und Parteiforderungen angesehen werden könnte. Insbesondere fordere ich die Herren auf, später nachzuweisen, wo irgend in unseren Anträgen und Reden der Hoffnung Ausdruck gegeben ist, als könnten wir von der bürgerlichen Gesellschaft uns befriedigende Konzeptionen erringen; ferner nachzuweisen, daß wir zu einer Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken sind. Soweit überhaupt die Stellung zum Kleinbürgertum erörtert worden ist, bei den Innungsanträgen z. B., ist stets in klaren, präzisen Worten von uns erklärt worden: Was ihr da fordert ist Thorheit oder Schwindel; es ist nicht daran zu denken, daß ihr damit dem Kleinbürgertum helfen könnt, dem ist unter dem Drucke der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht zu helfen, weil diese

E

es mit Nothwendigkeit ruiniert. Dieser unser Standpunkt ist stets unzweideutig zur Geltung gebracht und das hat uns noch in den letzten Tagen bei den Wahlen in Sachsen den Vorwurf eingetragen, die Sozialdemokratie wolle dem Kleinbürgertum nicht helfen, sie könne ihm nicht helfen, sie sage selbst, es sei verloren, es müsse zu Grunde gehen. Wir haben ferner jederzeit betont, wenn die Kleinbürger vernünftig sein wollten oder könnten, müßten sie sich uns anschließen; auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung giebt es kein Heil, keine Erlösung für sie; das einzige Heil für sie wie für den Arbeiter liegt in der sozialistischen Produktionsordnung. Dieser Grundton geht durch alle Reden und Schriften, und die erhobene Beschuldigung ist Verleumdung. Ein weiterer Vorwurf geht dahin, es geschehe in der Partei alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen. Etwas Unversämteres ist mir nie vorgekommen! (Allseitige Zustimmung.) Unter 33 Abgeordneten giebt es Redner sehr verschiedener Qualität und von verschiedenem Temperament, das ist selbstverständlich. Es sind nicht alle gleich gute Redner, nicht Jeder versteht mit Schärfe und Gründlichkeit die einzelnen Fragen zu behandeln. Ich bin auch der Letzte, der die Fraktion als die Crème der Partei, die desillirte Intelligenz, das Non plus ultra ansieht. Ich habe im Gegentheil oft gesagt, es giebt viele Elemente in der Partei, die weit intelligenter sind als gar viele unter uns, die aber auf Grund ihrer sozialen Lage nicht die Möglichkeit besitzen, eine öffentliche Stellung in der Partei zu bekleiden. Wie der Zufall bei den Wahlen entscheidet, das wissen wir: Werner z. B. tracht mit 22000 Stimmen durch, ein Anderer wird mit 7000 Stimmen gewählt. Aber was können wir dafür, daß das so ist? Ich fordere die Wertheidiger des Flugblattes auf, nachzuweisen, wo auch nur ein Redner Dinge gesagt hat, wonach Behauptungen, wie sie das Flugblatt enthält, gerechtfertigt sind. Diese ganze Kampfesweise ist nicht bloß eine parteischädigende, sondern für Jeden, der die Dinge objektiv betrachtet, eine uneheliche. Wenn es weiter in dem Flugblatt heißt, es sei Betrug, indem man die Genossen glauben zu machen versuche, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung möglich sei, so fordere ich auf zu sagen, wer das gesagt hat. Wäre das im Reichstage gesagt worden, ich würde es als Unsinn erklären, aber nicht sagen, wie die Opposition, es sei Betrug. Werfe ich Jemand Betrug vor, so behaupte ich, der Mann schwindelt, lügt, sagt, was er nicht glaubt, weiß, daß das Behauptete unmöglich ist; spreche ich dagegen von Unsinn, dann nehme ich immer noch den guten Glauben an, der versteht's nicht besser, er hat eine beschränkte Auffassung. „Unsinn, das hätte ich mir gefallen lassen, aber auch dann bliebe nachzuweisen, wer solchen Unsinn gepredigt hat. Weiter heißt es

E

da, die Gesehtwürde seien jämmerliche, die Reichstagsreden flüchtig. Es kann ja sein, daß Wildberger und Werner bessere Reden gehalten hätten, als zeitweilig gehalten wurden; aber daß sie gerade im Stande wären, so besonders gute und prinzipielle Reden zu halten, daran lassen mich ihre hier gehörten Leistungen doch sehr zweifeln. Es ist allerhöchstens Mittelgut, mehr nicht. (Geiterkeit.) Was speziell Werner in dieser Beziehung bisher geleistet hat, dafür rufe ich das Zeugnis des Parteitagés in Halle an, der hat ihm einen Befähigungsnachweis ausgestellt, daß er alle Ursache hätte, sich still bei Seite zu drücken und erst mal fleißig zu lernen. (Große Geiterkeit und Weifall.) Endlich heißt es: Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips. Nicht eine Handlung, nicht einen Antrag können Sie uns nachweisen, woraus hervorginge, daß ein Kompromiß zum Schaden des Prinzips geschlossen wäre. Wir haben uns genau an das gehalten, was die 25-jährige Thätigkeit der Partei und die Beschlüsse der Parteitage uns vorgeschrieben haben und was die Gesamtpartei in ihrer großen Mehrheit fortgesetzt gebilligt hat. Wenn wir eine Taktik im Sinne jener Herren verfolgt hätten, würden wir direkt gegen diese Beschlüsse gehandelt haben. Wer bestimmt denn die Taktik? Wenn wir die Opposition hören, ist es die Fraktion, jetzt der Parteivorstand. Das ist aber nicht wahr. Die Fraktion muß die Taktik befolgen, welche der Parteitag billigt; es fragt sich also nur, ob sie dagegen verstoßen hat. Die Resolution, die noch zuletzt hierüber in Halle gefaßt wurde, lautet:

Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppierung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.

Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nützigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu erwecken.

Daß wir gegen diesen Beschluß gehandelt, das nachzuweisen ist Ihre Aufgabe, meine Herren von der Opposition; wäre es so, dann hätten Sie Ursache zu Ihrem Verhalten. Glauben Sie, die Taktik müsse eine andere werden, so hat Jeder von Ihnen das Recht, eine solche Meinung zu haben. Ebenso wie Vollmar gemeint hat, die Taktik der Partei müsse sich mehr auf bestimmte positive

E

Forderungen konzentriren und die übrigen Forderungen müssten auf künftige bessere Lage zurückgestellt werden, eine Ansicht, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Aber wie Vollmar diese Meinung haben kann, können Andere meinen, die bisherige Taktik der Partei müsse aggressiver sein. Hätten die Herren von der Opposition z. B. gesagt: die Fraktion hat das und das gethan, und das ist nach unserer Meinung nicht richtig, dann wäre zu diskutieren gewesen, aber bei der Art, mit der Sie Ihre Angriffe mit Verleumdungen und Verdächtigungen spicten, war eine Diskussion unmöglich. Nun sagen die Herren, der revolutionäre Standpunkt hätte mehr, als es in den Reden der Abgeordneten geschehen, zur Geltung kommen müssen. Wir haben aber gehört, daß sie selbst in der Frage der parlamentarischen Taktik nicht einig sind. Ihr gemeinsamer Boden ist nur die Verdächtigung und Beschimpfung der Parteileitung (lebhaftes Zustimmung); in allen Positionen sind sie unter einander verschiedener Meinung. Die zwei Personen, die nach ihren geistigen Fähigkeiten als Leiter der Opposition angesehen werden könnten, Wildberger und Richard Baginski, gehen in der Frage, welche Taktik die Partei in Bezug auf die parlamentarische Thätigkeit zu üben habe, grundsätzlich auseinander. Wildberger ist nicht gegen die parlamentarische Bethätigung an sich, er meint nur, man müsse schärfer als bisher vorgehen, Baginski dagegen sagt, wir sollen zwar Abgeordnete in den Reichstag wählen, aber sie sollen dort keine Anträge stellen, sondern immer nur protestiren und negiren und erklären, Ihr, die Ihr dort im Reichstage sitzt, seid eine erbärmliche, elende Gesellschaft, mit der nichts anzufangen ist, wir werden suchen, Euch in unsere Gewalt zu bekommen, und dann geht es Euch schlecht. Wildberger sagt, wir dürfen den revolutionären Standpunkt nicht verleugnen, wir müssen stets betonen, daß der Parlamentarismus nicht der Boden ist, auf dem wir unser Ziel erreichen. Nun und das letzte Mittel? Es wird uns im Reichstag immer vorgehalten, Ihr wollt nur die brutale, rücksichtsloseste Gewalt und den Umsturz. Sollen wir das zugehen? Man könnte das, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden, im Reichstage thun, aber was würde daraus folgen? Die moralische Verantwortung für dieses kopflose Vorgehen hätten wir außerhalb des Reichstags zu tragen und sie bekäme uns schlecht. Daß die Gegner dann folgerten, daß sie nur auf den Barricaden, auf dem Schlachtfelde mit uns zu kämpfen hätten und um dies zu vermeiden, uns ganz anders behandeln müssten, ist doch selbstverständlich. Man könnte wirklich den Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als in solchem Style zu reden (sehr richtig), dann wäre das herbeigeführt, was die Gegner wünschen. Sie sind unglücklich, daß sie uns rein ohnmächtig gegenüberstehen, Alles, was sie gegen uns thun, prallt an unserer Ruhe und Kaltblütigkeit wie an einem Panzer ab.

E

Nicht eine ihrer Waffen konnte bisher eine ernsthafte Verwundung uns zufügen. Den Einzelnen können sie sehr schädigen, vielleicht tödten, was liegt daran? Es treten zehn, zwanzig Andere an seine Stelle. So war es vor dem Sozialistengesetz und so war es unter dem Sozialistengesetz, und so wird es auch nach dem Sozialistengesetz bleiben, so lange wir mit dem heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft zu kämpfen haben. Wenn wir bei jeder Gelegenheit das sagten, was die Opposition verlangt, dann wäre die Provokation da, und da kämen wir um den gewaltsamen Kampf nicht herum. Oder glauben Sie, gesetzt, die Partei erklärte sich mit einer solchen Taktik einverstanden, daß diejenigen, die dies billigten, es sich auf die Dauer gefallen ließen, daß es bei bloßen Worten bliebe? Da irren Sie sich sehr; wir wären zum offenen Kampfe gezwungen! Was aber im Zeitalter der Repetirgewehre und der Mazingeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar Hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: wir würden wie die Spaziergänger zusammengeschossen. (Zustimmung.) Wer heute noch Angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere auf ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie z. B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkent total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. (Sehr richtig!) Genau so, wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Klassen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Ziels auf ganz neue Wege und neue Mittel angewiesen, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung. Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. Nur diejenigen, welche das Ganze nicht zu überschauen vermögen, können anderer Meinung sein. Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. (Zustimmung.) Und wie in Deutschland, so nehmen in ganz Europa die Dinge eine Gestaltung an, daß wir auch hier alle Ursache haben, uns darüber zu freuen. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Lage nicht erleben werden. (Bewegung.) Und in einem solchen Gang der Entwicklung (zur Opposition) Ihre Art der Taktik zu billigen, das hieße die Partei zu Grunde richten und verderben.

Dies in Bezug auf die Herren von „links“. Ich komme nun zu Vollmar. Es kommt mir nicht bei, den Streit hier anzufachen,

E

welche von den Zeitungsberichten über die Reden Vollmar's in München seine Ausführungen richtig wiedergeben haben. Ich halte mich an das, was er uns als den Inhalt seiner Reden in Broschürenform vorgelegt und mit seinem Namen versehen hat.

Vollmar sieht eine wesentliche Besserung in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, er glaubt, daß ein „neuer Kurs“ eingeschlagen worden sei. Die Großindustriellen und Agrarier müßten sich einrichten, so meint er, von ihren maßlosen Forderungen abzulassen; die Regierung habe sich auf den Boden der Arbeiterchutzgesetzgebung gestellt, wir sollten den Weg der Verhandlungen betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung wirtschaftliche und politische Verbesserungen zu erreichen. „Dem guten Willen die offene Hand!“ Unkenntnisse und Vorurtheile machten nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, wir müßten Selbstkritik und Selbstbeschränkung üben, uns in der praktischen, politischen Bewegung nicht allzuweit mit der Vergangenheit befassen u. s. w. Der eigentliche Inhalt dieser Reden läßt sich, wie ich in der „Neuen Zeit“ bereits ausgesprochen habe, in den Satz zusammenfassen: Nur im mer langsam voran! — Vollmar betont allerdings die Nothwendigkeit der Entwicklung, aber er mahnt in bedenklicher Weise, mit dem Bestehenden zu rechnen und nur langsam vorzugehen. Die zweite Rede enthält nur den Kommentar zur ersten Rede, veranlaßt durch die Angriffe, welche gegen die erste Rede gerichtet wurden. Es gelte, heißt es hier weiter, die Kräfte auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentriren, das Allernächste mit allem Nachdruck betonen. Des eigentlichen Ziels unserer Bewegung wird in beiden Reden nur nebenher gedacht. Vollmar hat seine Forderungen also formulirt: 1. Weiterführung des Arbeiterchutzes; 2. Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts; 3. Enthaltung jeder staatlichen Einmischung zu Gunsten des einen Theils; 4. Gesetzgebung über die industriellen „Ringe“; 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Vollmars Reden gehen also darauf hinaus: „Wir haben selbstverständlich die Ziele des Programms auch fernerweit im Auge zu behalten, aber wir haben uns viel weniger mit dem Zukünftigen und dem was zukünftig werden soll zu beschäftigen, als mit dem, was er für das Nothwendigste und Nächste hält.“ Da muß ich nun erklären, wenn die Partei die Taktik Vollmars befolgte und ihre ganze Agitation zunächst auf die Erklämpfung dieser 5 Punkte konzentrierte mit vorläufiger Beiseiteziehung unserer eigentlichen Ziele, dieses ein Kampf wäre, der nach meiner Ueberzeugung mit Nothwendigkeit zur Verumpfung der Partei führen müßte. Das bedeutete ein vollständiges Abziehen von unserem eigentlichen Ziel. Wir handelten also gerade umgekehrt, wie wir handeln müßten und bisher gehandelt haben. Wir kämpften bisher

E

um alles, was wir vom heutigen Staate erreichen können, aber was wir immer erringen — das ist stets betont worden — ist nur eine kleine Konzession und ändert an dem wahren Zustande der Dinge absolut nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten, um uns verteidigungsfähiger zu machen. Wenn unsere Armee — die Partei — einer anderen Armee — den gesammten Gegnern — gegenübersteht, von der ich mir sagen muß, daß sie zunächst noch in jeder Beziehung die mächtigere ist, wäre es selbstverständlich eine Thorheit, mit dieser Armee einen Entscheidungskampf aufzunehmen. Ich muß also alles thun, was mir meine Kampfstellung nach Möglichkeit verbessert und damit den endlichen Sieg sichert. Jeden subrepten Boden, den ich in einem solchen Kampfe erringe, jeden Vortheil, den ich mir erwerben kann, muß ich zu erringen suchen, um mich für den letzten Schlag um so kräftiger zu machen. Gerade weil wir das ganze und letzte Ziel bei unserer Agitation auf politischem, wirtschaftlichem und parlamentarischem Gebiet zu erreichen suchen, darum sagen unsere Gegner, Ihr wollt nur Konzessionen, damit Ihr uns um so besser bekämpfen könnt, und darum geben wir Euch diese Konzessionen nicht. Für uns aber handelt es sich darum, daß wir den Massen zeigen, wie ihnen die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtesten Forderungen verweigern. Diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Thätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Anträge stets gestellt. Ist doch von den Duzenden von Anträgen, die wir in den letzten Legislaturperioden gestellt haben, nur ein einziger angenommen worden, und zwar nur derjenige, den die Gegner konsequenter Weise annehmen mußten, wenn sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen wollten. Und unsere Thätigkeit in diesen Dingen hat in den weitesten Kreisen der Arbeiter, wie zahlreiche Zuschriften beweisen, die allgünstigste Beurtheilung gefunden. Wir haben also stets den Standpunkt vertreten, es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies und jenes erreichen; für uns ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann. Wir vertreten die Interessen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Interessen aller anderen Klassen, und dabei können wir uns unter keinen Umständen auf ein Paktiren einlassen, wie es Vollmar in seiner ersten und noch mehr in seiner zweiten Münchener Rede befürwortet. Er sagt z. B. in seiner zweiten Rede, seitdem der Reichstag zusammengetreten, seien bedeutende Veränderungen in Deutschland vor sich gegangen, es seien neue Männer an die Spitze

E

getreten und eine nicht geringe Zahl von Umgestaltungen sei erfolgt. Er verweist ferner auf die Errungenschaften, die von der Zeit der Errichtung des ersten Fabrikinspektorats bis zur neuesten Gewerbeordnungs-Novelle gemacht wurden.

Er spricht von einer allmählichen, fortgesetzten Verbesserung des Arbeiterlooses, für das Erhebliches geschehen sei. „Ernst Männer verfolgen Ideale, aber sie vergegenwärtigen sich auch den langen Weg, der zu ihnen führt und die zahllosen Hindernisse, die zu übersteigen sind u. s. w.“ Das sind Anschauungen, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Es ist grundfalsch, daß ein Führer von uns auftritt und fortgesetzt der Partei sagt, Kinder, es ist ein unendlich langer Weg, den wir zu gehen haben, auf dem ungezählte Hindernisse sind, also seid hübsch bescheiden, geht nicht zu rasch, und so werden wir allmählich, wenn auch sehr langsam, zum Ziele kommen. Das ist eine falsche und verkehrte Taktik, bei der alle Begeisterung erlahmt und Anschauungen über die Bedeutung kleiner Konzessionen verbreitet werden, die mit dem Wesen unserer Partei und ihren Zielen unvereinbar sind. Es wird dabei nicht allein der kolossale Fortschritt der Geister auf unserer Seite, sondern auch der in anderer Art vollzogene Fortschritt auf Seiten unserer Gegner, ignoriert. Unser Standpunkt ist schroffer, klarer, prinzipieller geworden in dem Maße, wie die ganze Partei sich mehr und mehr entwickelt hat, und wie wir uns mehr nach vorwärts, so haben sich unsere Gegner immer mehr nach rückwärts entwickelt. Kein einziger denkfähiger Gegner wagt heute mehr zu sagen, daß die bürgerliche Gesellschaft die Forderungen der Arbeiter befriedigen könnte. Das haben vor wenigen Jahren noch viele unserer Gegner geglaubt, heute glaubt es Niemand mehr. Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse, die fortgesetzten Kriegskrisen, wo sich jeder sagen muß, kommt der Krieg nicht heute oder morgen, so kommt er übermorgen sicher, und die Gewißheit, daß alle diese Dinge zum Verderben der heutigen Gesellschaft ausschlagen, das Alles hat herbeigeführt, daß keiner mehr leugnet, wir treiben einer Katastrophe zu. Man hütet sich selbstverständlich zu sagen, die Sozialdemokratie hat Recht, aber kein Gegner glaubt mehr, daß sie Unrecht habe. Das ist der ungeheure Gewinn, daß die Gegner den Glauben an sich selbst verloren haben. (Lebhaftes Bravo!) Und bei einer solchen Lage der Dinge sollen wir uns auf den Vollmar'schen Standpunkt stellen und ganz entgegengekehrt sagen: Kinder, marschirt langsam, seid bescheiden. Als ob wir je einmal unbescheiden gewesen wären! (Geisterzeit.) Mit einer Hinhaltungspolitik, wie die Vollmar'sche, kann ich unter keinen Umständen mich einverstanden erklären. Und nun, Parteigenossen, was in aller Welt hat sich denn in Deutschland seit 2 Jahren eigentlich verändert? Bismarck ist weg, gewiß wir freuen uns Alle darüber,

E

aber Caprivi ist da, und macht er es im Großen und Ganzen besser wie Bismarck? (Rufe: Nein!) Der Mann, der im letzten Reichstage erklärte, wir wissen ganz genau, daß wir mit Euch Sozialdemokraten nicht anders fertig werden, als mit Flinten und Kanonen, — nun er hat offen seine Meinung gesagt, und das freut uns —, aber Vertrauen ihm entgegenzubringen, dazu haben wir wahrhaftig keine Ursache. Und dann die Haltung der Regierung in der Agrarfrage. Haben wir da vielleicht Ursache, sie besonders günstig zu betrachten? Was wäre aber gewonnen, wenn selbst ein Systemwechsel zwischen liberal und konservativ einträte, was hätten wir bei der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung davon so Großes zu erwarten? Wenn schließlich die Regierung, im Gegensatz zu dem Bismarck'schen Regiment, dazu gekommen ist, neben dem Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetz auch ein wenig in Arbeiter-schutzgesetzgebung zu machen, ei, hat das die Regierung gethan, um der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern? Nein, sondern einzig und allein, um der sozialdemokratischen Mühle das Wasser abzugraben. (Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen. Mögen die Leute da oben ein noch so „gutes Herz“ haben — ich glaube z. B. an das „gute Herz“ des Herrn v. Berlepsch — aber unsere Freunde sind sie nicht, und alles was sie thun, thun sie, um uns zu schwächen. Wenn sie uns stärken, indem sie die eine oder andere unserer Forderungen erfüllen, so geschieht dies gegen ihren Willen. Die Sachen liegen heute so, daß, was immer unsere Gegner thun, ob sie uns bekämpfen, oder ob sie uns zustimmen, unter allen Umständen besorgen sie unsere Arbeit, besorgen sie wider ihren Willen unsere Geschäfte. Aber dafür sind wir ihnen weder Dank noch Vertrauen schuldig. Wenn im nächsten Februar die Kornzölle von 50 auf 35 Mark ermäßigt werden, so macht man diese kleine Konzession nicht uns, sondern man macht sie, weil der Handelsvertrag mit Oesterreich eine Lebensnothwendigkeit für die Bourgeoisie ist. Es ist eine Konzession, die man mit schwerem Herzen bewilligt. Und wenn man heute die Einfuhr von amerikanischem Speck und Schinken wieder gestattet, wer glaubt denn, daß man dieses den Sozialdemokraten oder der Arbeiterklasse zu Liebe gethan hat? Man that es einestheils, um uns einen Agitationsstoff zu nehmen und anderentheils hauptsächlich, weil durch die Mac Kinley-Bill dem nordamerikanischen Präsidenten die Macht gegeben ist, die deutsche Industrie durch Retorsionsmaßregeln auf zollpolitischem Gebiet bedeutend zu schädigen. Glaubte man oben mit der Annahme eines Gesetzes, wie unser Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, die Sozialdemokratie todtmachen zu können, man würde ihn morgen bis auf den letzten Buchstaben annehmen. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns also selbst nicht über die Motive, die unsere Gegner zu ihren Handlungen bestimmen. Machen sie

E

uns eine Konzession, so acceptiren wir sie, aber sagen nicht einmal danke schön, sondern betrachten sie als selbstverständlich und als kleine Abschlagszahlung. (Sehr richtig!) Wir haben also keine Ursache, unseren Gegnern zu Liebe von unserer bisherigen Taktik abzuweichen.

Aus allen diesen Gründen habe ich Ihnen meine Resolution vorgeeschlagen. Um der Ansicht der Opposition, daß wenn die Partei Beschlüsse faßt, jeder Einzelne, der mit denselben nicht einverstanden ist, beliebig gegen sie Front machen darf und sie nicht zu beachten braucht, einen Niegel vorzuschieben, habe ich im dritt-
 letzten Absatz der Resolution ausgesprochen:

„Der Parteitag verlangt von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.“

Es ist schlimm, daß wir überhaupt solche selbstverständliche Beschlüsse fassen müssen. Aber nach der Haltung jener Herren müssen wir sie fassen, nicht bloß für sie, sondern für Jeden, der künftig Miene macht, gegen die Parteibeschlüsse und die Parteitaktik handeln zu wollen. Im Weiteren habe ich vorgeeschlagen, obgleich das eigentlich nicht streng mit der Parteitaktik zusammenhängt und ebenfalls selbstverständlich ist — die Herren von der Opposition haben aber behauptet, wir unterdrückten die freie Meinung, wir wollten nicht zulassen, daß andere Meinungen auftauchten, eine Anschauung, die auch von der gegnerischen Presse verbreitet wird. —

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen.“

Schließlich schlage ich vor zu beschließen:

„Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Weiblichkeit oder Nationalität anzuerkennen sei“, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.“

Daß wir im Jahre 1891, 27 Jahre nach der Gründung der internationalen Arbeiterassoziation genöthigt sind, eine Richtschnur

auszusprechen für das Verhalten der Genossen unter sich, ist kein günstiges Zeugniß für den gegenwärtigen Zustand in unserer Partei. Als ehrlicher Mann soll ich dem Gegner gegenüber immer nur das sagen, was ich ehrlicher Weise vertreten kann, wie vielmehr ist ein solches Verfahren den Genossen gegenüber Pflicht. Parteigenossen! Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Resolution einmüthig an, damit die Ehre und das Interesse der Partei künftig nach allen Richtungen hin gewahrt werde! (Stürmischer Beifall.)

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es ist 6 1/2 Uhr — vertagt der Parteitag die weitere Berathung auf Sonnabend Vormittag 9 Uhr.

Von Dr. Schönlanck ist der Antrag eingegangen, daß fernerhin der Zeilerparniss halber der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion, gleich dem Berichte des Parteivorstandes, dem Parteitag gedruckt vorgelegt werde. Dieser Antrag wird mit zur Diskussion gestellt.

Weiter beantragt Riesop, der Parteitag wolle beschließen, den Vortrag des Abg. Nebel über die Taktik der Partei dem Druck zu übergeben und denselben in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Partei abzugeben.

Vorsitzender Singer: Ich meine, daß dieser Antrag durch das sehr ausführliche Protokoll, welches wir herauszugeben gewohnt sind, wahrscheinlich nicht mehr notwendig werden wird. Außerdem müßten ja dann auch die entgegensehenden Ansichten abgedruckt werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt und wird an der gehörigen Stelle zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende theilt endlich mit, daß eine Depesche eingelaufen ist, wonach die Revision, welche in Sachen des Genossen Mag Baginski wegen der hohen Strafurtheile, die über ihn gefällt sind, eingelegt ist, von theilweisem Erfolg begleitet gewesen ist. (Bravo!) Nähere Nachrichten darüber liegen noch nicht vor.

Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 17. Oktober.

Vormittagsitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Klöß.

Von Friedrich Engels-London ist ein Schreiben eingegangen, worin er den Verhandlungen des Parteitages besten Erfolg wünscht und seiner Sympathie mit den Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie Ausdruck giebt.

E

Dr. Adler, welcher beauftragt war, im Namen der Wiener Genossen den Verhandlungen beizuwohnen, theilt mit, daß er wegen dringenden Familienangelegenheiten sowie durch Parteiangelegenheiten verhindert worden sei, diesem Austrage nachzukommen. Er sendet dem Parteitage seine besten Grüße.

Außer anderen Begrüßungsstunden gelegen liegt auch eine solche von „von einigen Zöglingen der Vogel v. Falkenstein'schen Ferienkolonien“ aus Strazburg. (Heiterkeit.)

Die Verhandlung über die Parteitaktik wird hierauf fortgesetzt.

v. Vollmar: Gestern Abend hat uns Nebel eine ausführliche Darlegung der Entwicklung der Partei und der Parteimeinungen über die streitigen Angelegenheiten während der 30 Jahre ihres Bestehens gegeben. Diese lange Entwicklungsette ist für einen Augenblick unterbrochen worden durch das bekannte Sozialistengesetz. Da kam im vorigen Jahre die unerwartete Aufhebung des Sozialistengesetzes. Im vorigen Jahre, in jenen Debatten, welche zwischen der Partei in ihrer großen Mehrheit und der Berliner Opposition stattfanden und die ihren Abschluß auf dem Haller Parteitage fanden, wußte man sehr wohl zu schätzen, was man mit der Abschaffung des Sozialistengesetzes erreicht hatte. Ich erinnere daran, was damals mit Vorliebe und mit Recht stets wiederholt wurde, daß das Gesetz nur auf Probe gefallen sei, daß man nur die erste Dummheit von unserer Seite abwarte, um nicht nur diese Waffe, sondern noch schärfere Waffen gegen uns anzubringen. Wir Alle haben damals zur Besonnenheit und immer wieder zur Besonnenheit aufgefordert. Das ist 3. B. gelegentlich des 1. Mai geschehen. Jetzt nun, nachdem das Sozialistengesetz eine längere Zeit hinter uns liegt, hören wir plötzlich, daß eigentlich die Aufhebung des Sozialistengesetzes ganz bedeutungslos ist und daß sich gar nichts geändert habe. Ich halte das für unrichtig, nicht nur sachlich, derartige Dinge fortwährend auszusprechen. Weit entfernt braucht man davon zu sein, daß man Denjenigen, die einseitig genug sind, im Widerspruch zu den früheren Machthabern eine Waffe wegzulegen, welche auch ihnen selbst gefährlich geworden ist, einen großen Dank darbringt. Auch braucht man nicht im Entsetztesten die ungeheure Menge von Fehlern zu übersehen, zu vertuschen, welche die neue Regierung des sogenannten neuen Kurjes gemacht hat. Dieses vollkommen haltlose Schwanken hin und her zwischen verhältnißmäßig guten Anläufen, die dann in kurzer Zeit wiederum zu dem kläglichsten Rückgange führen, und die ich table so gut wie Siner, ist zu erklären aus der Erbschaft, welche Bismarck hinterlassen hat und aus der Furcht vor der Bismarck'schen Fronde, welche die maßgebenden Kreise beherrscht. Jedenfalls gehören der Fall des Sozialistengesetzes und der Fall Bismarck's

12* E

zusammen und stellen in einer Beziehung mindestens einen Wendepunkt dar. Bismarck hat in seinen zahlreichen Pressunterhaltungen, namentlich mit auswärtigen Journalisten, aufs Deutlichste und Unumwundenste bekannt, was wir früher von ihm immer behauptet haben und was er damals natürlich ableugnete, daß er nämlich der Meinung war, daß die soziale Frage nothwendig auf dem Schlachtfelde, auf der Straße oder „auf militärischem Wege“ gelöst werden müsse nicht nur, sondern daß er zielbewußt, raffiniert dahin gearbeitet hat, diese militärische Lösung möglichst schnell herbeizuführen, und er hat mit einem Eynismus sondergleichen sich offen dahin ausgesprochen, daß ein derartiger Aderlaß in großem Maßstabe die ganze Konstitution des modernen Staatswesens gesunden werde, wenn dabei nicht mit Halbheit vorgegangen werde. Diese offene und systematische Blutpolitik, die mit Nothwendigkeit in verhältnißmäßig kurzer Zeit zum Bürgerriege führen mußte, der ohne die Besonnenheit, Klarheit und Disziplin der Sozialdemokratie wohl überhaupt gekommen wäre, diese Blutpolitik ist beseitigt. Die Spannung, welche herrscht, ist deshalb nicht aufgehoben und kann nicht aufgehoben sein, aber insofern gemindert, als mindestens heute der Boden für eine minder schroffe Entwicklung unserer Partei und der öffentlichen Verhältnisse überhaupt gegeben ist. Ich meine, es kann uns nichts verschlagen, sondern nur in der Oeffentlichkeit nützen, wenn wir sagen, daß das allerdings eine Aenderung ist, wenn auch keine große. Zu gleicher Zeit sind wir im vorigen Jahre ungefähr um dieselbe Zeit eine große Partei geworden. Die Thatfache, daß unsere Partei ein mächtiger Faktor im Reich geworden ist, der sie früher nicht war, steht fest, und ebenso daß wir die Möglichkeit eines unmittelbaren Einflusses haben, daß wir die Leitung nicht mehr bloß eines verhältnißmäßig kleinen Bruchtheils der Bevölkerung, sondern Millionen der Bevölkerung haben und für diese Leitung verantwortlich sind, diese Thatfachen müssen sich ausprägen auch äußerlich in unserer Stellung, in unserem Auftreten, in unserer ganzen Taktik. Im vorigen Jahre meinte die Berliner Opposition, jetzt sei die Zeit da, wo wir nicht nur den Ton, das Vorgehen unter dem Sozialistengesetz in seinen schärfsten Aeußerungen fortzusetzen hätten, sondern wo wir auf die Jugend der Bewegung zurückzugreifen hätten, und man hat mit Vorliebe herausgesucht die jüngsten Schriften der Partei aus einer Zeit, wo wir uns noch viel mehr mit der Abstraktion als mit der Anwendung auf die tatsächlichen Verhältnisse beschäftigt haben. Sie meinte mit einem Wort, es sei möglich, daß man die Regeln und Handlungen der Kindheit auf die Männerjahre der Partei übertragen könne. Die Partei hat damals mit Recht und einhellig jenes Ansinnen zurückgewiesen.

Werthe Genossen! Wir meinen mit Recht, daß das Eintreten

E

für die augenblicklichen, für die Tagesbedürfnisse des Volks ganz besonders geeignet ist, uns die Massen zu gewinnen, und ich habe mich gefreut, daß gestern eine ähnliche Bemerkung Bebel's Ihre Zustimmung fand. Bebel sagte im vorigen Jahre in Halle sehr richtig, daß mit Zukunftsidealien, von denen man nicht weiß, wann sie kommen, das Volk nicht zu begeistern ist, sondern daß die großen Massen des Volkes etwas Greifbares, etwas für die heutigen Verhältnisse Mögliches verlangen. Bebel hat in Halle gegen Werner weiter gesagt, wenn der Arbeiterschutz und eine Reihe von Fragen, von augenblicklichen, nächstliegenden Verbesserungen, mit denen wir uns seitdem beschäftigen, Nebenfragen seien, dann wäre neun Zehntel unserer bisherigen Agitation und Thätigkeit überhaupt überflüssig gewesen; derartige Ansichten konnten nur aus einem Wirren und krausen Gehirn entspringen. Gerade der Umstand, daß zu den „praktischen Forderungen“ unseres Programms die meisten Zusätze und Aenderungsanträge aus der Partei eingereicht sind, zeigt deutlich, welche Wichtigkeit man diesem Punkt beilegt. Auf der anderen Seite aber erfolgen unausgesetzt Rückschlüsse, welche dem Vorangegangenen geradezu widersprechen. Da finden wir bei der ersten Gelegenheit die hundertfach und tausendfach, und nicht nur von den „Jungen“ vorgebrachte Aeußerung, daß ja doch unter den heutigen Umständen irgend etwas Nennenswerthes gar nicht zu erzielen sei. Was gegeben werden könne, sei von ephemerer Bedeutung, der zweite Theil des Programms sei nur eine Dekoration, und das Alles gipfelt in der bekannten Aeußerung, wir werden vielleicht eher die ganze Zukunfts-gesellschaft erreichen, als eine einzige Forderung des zweiten Theils unseres Programms. Bebel hat gestern der Reihe dieser Widersprüche einen weiteren zugefügt, welcher kein geringer ist. Er hat absichtlich oder im Eifer der Rede gesagt, wir stellen unsere Anträge im Reichstage, ob sie angenommen werden, ist uns ganz gleichgültig, es handelt sich darum, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu üben. Nein, dieser Ansicht bin ich gänzlich und weit entfernt auch nicht. Wenn wir Anträge in Bezug auf demokratische Forderungen, wie den Normalarbeits-tag, stellen, dann ist es uns gänzlich gleichgültig, ob er angenommen wird oder nicht (Sehr wahr!), im Gegentheil, wir wünschen, daß der Antrag angenommen wird, sonst würden wir draußen in die zweideutigste Stellung kommen, weil man sagen würde, die fordern nur etwas, um zu glänzen, aber es ist ihnen nicht ernstlich darum zu thun. Dauern solche Widersprüche fort, dann müssen sie nothwendig zu Zweideutigkeiten führen.

Ich bin der Meinung, und das sage ich im schroffen Gegensatz zu den Herren von der Berliner Opposition, obwohl ich mich da einer „Illusion“ über die Absichten und Fähigkeiten der herrschenden Kreise hingebe, daß tatsächlich heute fortschreitende Verbesserungen,

F

mögen sie auch noch so klein sein, möglich sind, um so möglicher, je mehr unsere Macht heranwächst, und damit stehe ich absolut auf dem Standpunkt wie jeder Sozialdemokrat, daß der erste und wichtigste Fortschritt die Ausdehnung der politischen Macht ist. Daß über diesem politischen Handeln die Endziele der Partei nicht zu vergessen seien, wer brauchte darüber im Kreise von Sozialdemokraten zu reden? Haben wir nichts Besseres zu thun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den alten Katechismus auffagen? Uebrigens, lesen Sie meine Reden, ich habe jedesmal vorrücksichtshalber ausdrücklich hinzugefügt: ohne die allgemeinen Ziele im Mindesten aus dem Auge zu verlieren. Aber neben diesem Allgemeinen oder Fernziel ist eine nähere Etappe; die Förderung der unmittelbarsten Volksbedürfnisse und die Erringung der nächsten Forderungen ist für mich eine Hauptfache, nicht nur deswegen, weil sie von großem agitatorischem Werth, von großer Werbekraft auf die Massen ist, sondern auch deshalb, weil nach meiner Ueberzeugung dieses allmähliche Fortschreiten, diese allmähliche Sozialisierung der naturgemäß vorgezeichnete Weg der fortschreitenden Uebergänge ist. Damit ist der Weg der ruhigen, der gefesslichen, der parlamentarischen Thätigkeit im weitesten Sinn — denn mit der Veränderung der Volksstimmung werden auch die entsprechenden Veränderungen im Parlament, im Reichstage vor sich gehen — vorgezeichnet. Ich bin ebensoweit entfernt wie irgend Einer, vom Parlament Wunder zu erwarten. Ich erwarte überhaupt von nichts ein Wunder. Es ist von der Opposition dem Genossen Siebnecht vorgeworfen worden, er habe gesagt, daß Alles durch das Parlament zu erreichen sei. Siebnecht hat darauf erwidert, es sei jedenfalls ein „aber“ dabei gewesen. Gewiß. Inbess, im richtigen Sinne ist das Wort zu unterschreiben, und jedenfalls unterschreibe ich es. Ich meine, daß, weil wir diesen Weg zu gehen haben, es die größte Thorheit ist, welche namentlich in dem Organ der Berliner Opposition, in der „Volkstribüne“, fortwährend sich breit macht, unausgesetzt gegen das Repräsentativsystem, gegen das Parlament zu kämpfen. Im Gegentheil, wir müssen unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland den Parlamentarismus stärken, freilich mit der Voraussetzung, ihn für uns zu erobern. Hier im Parlament muß vorgegangen werden, so wie es jeweilig nützlich erscheint, einmal scharf eingreifend, ein andermal hemmend, zögernd, das muß dem Augenblick überlassen werden.

Ich komme nun zu meinen Münchener Reden. Eine Reihe von Blättern hat gemeint, meine erste Münchener Rede sei weder neu, noch originell gewesen. Bebel hat nun seinerseits eine andere Charakteristik versucht. Er hat schon vor seiner letzten Rede in der letzten Nummer der „Neue Zeit“ mich dahin charakterisirt, meine Reden hätten den Zweck, uns zu konzentriren auf unsere

E

nächstliegenden Forderungen. Das Anerkennen des guten Willens ist richtig. Ich anerkenne den guten Willen überall, nicht nur in der Partei, sondern auch bei meinen Gegnern. Was nun die Sammlung der Kraft der Partei auf die nächstliegenden und wichtigsten Punkte betrifft, so nennt Bebel das ein Bremsen, ein Rückwärtskonzentriren. Ich spräche: immer langsam voran! Das ist ein sehr schönes und prächtiges Schlagwort, aber es trifft nicht zu, wie so ziemlich alle Schlagwörter. Bebel, der sich so viel mit militärischen Dingen befaßt (Rufe: Sehr gut!), sollte doch ganz genau wissen, daß Konzentration und Rückwärtskonzentration himmelweit verschiedene Dinge sind. Ich will nicht verlangsamten, aber ich will hindern, daß durch Einhaltung einer Taktik, die unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht vorhanden ist, aber die sich ausbilden kann, wenn nicht eine Klärung eintritt, daß wir durch eine falsche Schätzung unserer eigenen Kraft zu Mißerfolgen kommen, welche schließlich einen Rückschlag herbeiführen. Bebel hat in Berliner Versammlungen wiederholt darauf hingewiesen, daß es nichts Schlimmeres giebt für unsere Partei, als unsere Kraft falsch zu schätzen. (Bebel: sie zu unterschätzen!) Auch zu überschätzen, denn das war damals die Meinung, weil die Berliner Opposition unsere revolutionäre Kraft ganz anders und viel höher schätzte, wie wir meinten. Siebnecht hat im vorigen Jahre mit Recht Denen eine Douche gegeben, welche unsere Macht falsch schätzten, indem er sagte, noch sind wir weitaus nicht die Mehrheit, zwanzig Prozent sind für uns, achtzig Prozent gegen uns. Es wäre thöricht, ja wir dürfen als Demokraten es nicht einmal fordern, daß diese achtzig Prozent sich uns unterwerfen, und was wir thun können, ist, daß wir fortdauernd diese achtzig Prozent auf unsere Seite zu ziehen suchen.“

Genosse Bebel hat in der „Neue Zeit“ gemeint, wenn er die Wahl habe zwischen Zögern oder Trödeln und zwischen Stürmen, dann erkläre er sich immer für das Stürmen. Wir leben in einer Zeit einer so raffinierten Entwicklung aller Kampfmittel, nicht nur auf dem Gebiet der materiellen Waffentechnik, sondern überhaupt auf dem Gebiet des Parteikampfs, daß mit dem bloßen Stürmen allein man in der Regel nicht viel erreicht, höchstens, daß man sich den Schädel dabei einrennt.

Bebel meinte, wenn meine Taktik durchgeführt würde, so würden wir zu einer erbärmlichen Reformwirthschaft kommen. Das sollte wohl heißen, wenn so vorgegangen würde, wie ich empfehle, dann würde das Fernziel, die sozialdemokratische Gesellschaft, der Sozialismus aufgegeben werden. Einzelne Verbesserungen, die heute zu erreichen sind, sind dann etwas Verfehrtes, wenn man sie so darstellt, als ob sie alles wären. Die Hebung der Arbeiterlage, der Volkslage unter den heutigen Verhältnissen, wäre dann zweifel-

E

los ein Verzicht auf unsere endgiltigen Grundsätze, auf die sozialdemokratische Umgestaltung, wenn diese heutigen Verbesserungen zu einer endgiltigen Ausföhnung mit der heutigen Gesellschaft führen würden. Wenn das aber möglich wäre, dann wäre der Fehler nicht an mir oder an denen, welche diese Taktik vertreten, sondern am Sozialismus selbst, weil der Sozialismus in seiner tiefsten Grundlage darauf beruht, daß eine derartige Ausföhnung mit der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht möglich ist. Nein, jede derartige mögliche Ausföhnung und deren schließliche Erreichung gefährdet nicht etwa das Endziel, sondern führt es vielmehr näher.

Bebel hat in wirksamer Weise für diese Taktik gesprochen. Er hat gemeint, meine Taktik, d. h. die Aufstellung meiner fünf Forderungen, wobei ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, gleich bemerken will, daß ich dieselben nicht als unser Ziel, als unser ausschließliches Kampfsziel bezeichnet habe, wir können denselben vielmehr, wenn eins erreicht ist, weitere hinzufügen — führe zur Verjümpfung. Ich nehme das Wort nicht trumm, weil es halllos oder inhaltlos ist. Ich führe es nur an, um hier ein gutes Wort für die Berliner Oposition einzulegen. Es ist in diesen Tagen der Oposition so viel Schlechtes und so viel Bitteres, zum größten Theil wohl mit Recht, gesagt worden, daß es ganz gut ist, wenn man auch einmal ein objektives Wort ablegt, und ich muß sagen, daß, abgesehen von den direkten persönlichen Beleidigungen, Verleumdungen u. s. w. — als solche bezeichnet sie die Anklage, das Weitere werden wir erst sehen —, ich das, was sie in sachlicher Beziehung gesagt hat und was man ihnen so scharf vorgeworfen, weit entfernt bin als Hochverrath und Staatsverbrechen auszuwlegen. — Sie wissen, daß ich der Letzte bin, der sich über ein besonderes Wohlwollen bei den Berlinern zu beklagen hat. Bin ich doch mit dem allhärtesten, was es für einen Sozialdemokraten giebt, mit dem Namen eines Verräthers, eines Ministerkandidaten u. s. w. bezeichnet worden. Das nehme ich gar nicht trumm. Wenn meine Gewissensruhe, meine politische Ehre und öffentliche Stellung davon abhinge, was eine zusammengelaufene Versammlung in der Nacht um 1/2 12 beschließt, dann könnte ich mir leid thun. (Heiterkeit.) Wie ich meine Gegner gewöhnt habe nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden, so werden in dem Maße, wie unsere Partei größer wird, sich die Auffassungen mehr und mehr differenziren, und wir werden nicht im Stande sein, auf die Dauer eine so scharfe Disziplin zu üben wie früher, wir werden uns dann in der Hauptsache darauf beschränken müssen, daß jeder Einzelne, der beleidigt, angegriffen wird, darauf baut, daß auf die Dauer doch Augen kurze Beine haben, und er schließlich doch Recht behält. Ich habe das herbeigezogen, um zu zeigen, wie leicht man zu Worten wie Korruption, Verjümpfung kommen kann. Ich frage

F

Sie einmal, wenn Bebel mir gegenüber, dessen prinzipielle Stellung er ja am allerbesten kennt, von dem er außerdem weiß, daß diese fünf Punkte doch wahrlich in unserem Programm im Wesentlichen selbst enthalten sind und Hauptforderungen für die nächste Gegenwart in der That darstellen, meint, daß die Konzentration auf diese Punkte zur Verjümpfung führe: wie will er da der Berliner Oposition wegen desselben Ausdrucks Vorwürfe machen? (Zustimmung bei der Oposition.)

Wenn aber Bebel meint, eine derartige Politik führe zur Verjümpfung, so braucht er nur einmal im „Kapital“ von Marx die Stelle nachzusehen, wo dieser sich in förmlicher Begeisterung, im Gegensatz zu seiner sonstigen Sprache, erhebt, wo er über die Wirkungen der Einführung des Normalarbeitstages in England spricht, wo er sagt, daß die physische und geistige Wiedergeburt des englischen Fabrikproletariats Hand in Hand gehe mit der Fabrikfalte. Ich denke, wenn das damals in England der Fall gewesen ist, so wird es wahrlich nicht zur Verjümpfung führen, wenn wir unseren Kampf auf diesem Gebiet, namentlich für den Normalarbeitstag, möglichst ernst nehmen und nicht sagen, wir streben dahin, aber es ist uns ziemlich gleichgiltig, ob er erreicht wird oder nicht.

Run hat Bebel in jenem Artikel in der „Neue Zeit“ gemeint, es sei aber die ungeheuerste Zeit, in welcher ich meine Rede angebracht hätte. Er sagt: Jetzt ist der Augenblick, wo sich alles vereinigt, unsere Situation zur denkbar günstigsten zu gestalten, und es haben sich Ausichten auf baldigste und großartigste Erfolge eröffnet, und in einem anderen Artikel hat er in Siegesbegeisterung gesagt, fortan rechnen wir nur mehr mit Siegen. Hier liegt nun der Hauptpunkt, der viel wichtiger ist, als unsere Debatte während des Sommers. Von verschiedenen Seiten, namentlich von meinem Freunde Bebel, wird in letzter Zeit fortwährend Folgendes in steigendem Maße, mit steigender Begeisterung den Mägen vortragen. Das Ziel unserer endgiltigen Hoffnungen sei nunmehr unerwartet uns ganz nahe vor Augen gerückt. Er hat das gestern dahin ausgedrückt, daß wohl wenige im Saale wären, die es nicht erreicht sehen würden. Der Weltkrieg sei unermüdlich, in ihm werde sich die alte Gesellschaft vollkommen verbluten, so daß der Bankerott, die Katastrophe, der große Kladderadatsch eintritt. (Heiterkeit.) Der Zeitpunkt, wann das geschehen soll, ist — da das Propheetenthum in der Partei jetzt Mode wird — (Heiterkeit.) zuerst von London aus auf das Jahr 1898 festgesetzt worden, Tag und Monat weiß ich nicht. Aber ich weiß Leute in der Partei, denen dies Jahr viel zu entfernt ist und die meinen, es könnte 1893, vielleicht schon 1892 werden. (Heiterkeit.)

Damit komme ich auf die auswärtige Politik, die in meiner

F

Rebe eine ziemlich große Rolle gespielt hat. Die traurigen Zustände, wie sie in Europa vorhanden sind, wurzeln zweifellos in den Ereignissen von 1870/71 und in der Wegnahme von Elsaß-Lothringen. Auch ich bedauere das Kulturunglück, das in der Fortsetzung und Zuspitzung der Feindschaft zwischen den Deutschen und Franzosen liegt, auf das allerletzte und auch ich wünsche eine Versöhnung. Aber wir haben uns nicht mehr mit Wünschen, sondern als Politiker mit Thatfachen zu beschäftigen, und da liegt denn die Thatfache vor, daß Frankreich und Rußland, die beiden Länder, welche allein ein Interesse an einer Veränderung der jetzigen Landkarte nach verschiedenen Richtungen haben, seit dem Kriege einander näher gekommen sind. Seit dem Sommer ist ein offenes Bündniß vorhanden. Es ist gerade der Genosse Bebel gewesen, welcher im Reichstage in allerzutreffendster Weise die politische Lage erörtert und dargelegt hat, wie dieses fortwährende Einander-näherrücken der beiden Staaten dahin geführt hat, daß die anderen Staaten, vor allem Deutschland, sich ihnen gegenüber haben koaliren, verbinden müssen. Es ist einmal von einem hervorragenden Parteigenossen der Ausdruck gebraucht worden, daß der sogenannte Dreibund der Gensdarm Europas sei und daß man für einen Gensdarm keine Sympathie habe. Vollkommen einverstanden. Ich habe für Diplomatenwerk überhaupt so wenig Sympathie, wie irgend einer von Ihnen, aber ich weiß, daß, wenn Leib und Leben in Gefahr kommt, die deutsche Sozialdemokratie den deutschen Gensdarmen auch zu finden weiß, welche Vortheile er hat, welche Macht, um Schlimmeres zu verhüten, und daß diese Bündnißpolitik etwas weiteres sei, habe ich nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, daß sie für den Augenblick die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten mir geeignet erscheine und daß sie deshalb das relativ Bessere sei.

Nun haben sich nicht bloß die „Alten“, also die Partei, sondern auch die „Jungen“, vor allem die „Berliner Volkstribüne“, mit der auswärtigen Politik beschäftigt. Ich könnte mich darüber freuen, daß das, was mir damals so schlimm angerechnet worden und was als eine entsprechende Strafe für mich bezeichnet worden ist, daß ich nämlich in auswärtigen Blättern als sehr patriotischer Mann dargestellt wurde, daß diese Strafe auch Freund Bebel in rechtem Maße zuerkannt ist und daß er namentlich in Auslande der eigentliche Führer und Fahnenträger derjenigen Sozialdemokratie ist, welche im Kriegsfall sich mit Eifer an die Seite der Regierung, der herrschenden Klassen stellen wird, um eine Vernichtung Rußlands in der nachdrücklichsten Weise herbeizuführen. (Zustimmung.) Ich will hinzufügen, daß ich natürlich mit Bebel auf demselben Standpunkt stehe, damit kein Mißverständnis entsteht. Aber zwischen der Stellung derjenigen, welche jetzt auftreten,

E

und meiner Stellung von damals ist doch in der That ein wesentlicher Unterschied. Meine Ausführungen von damals waren darauf berechnet, eine Mahnung, eine Warnung für die Friedensbrecher im Auslande zu sein und dadurch der Aufrechterhaltung des Friedens zu dienen. Heute aber, und namentlich von Seite der „Berliner Volkstribüne“, wird gerade das Umgekehrte gepredigt. Es wird uns gesagt, es ist ein Glück, daß der Weltkrieg herbeikommt, je eher, desto besser, und uns ist es ganz gleichgültig, ob dieser Krieg ein moralischer Verteidigungs- oder ein frivoler Angriffskrieg ist, wenn wir nur den Erfolg dabei haben. Nebenbei gesagt, wie hübsch nimmt es sich aus, wenn die Prinzipiellsten der Prinzipiellen in unserer Partei, wenn die Opposition, welche nicht genug deklamiren konnte gegen die Blut- und Eisenpolitik eines Bismarck, sich plötzlich ganz genau auf denselben Standpunkt stellt, daß alles nur auf den Erfolg ankommt. In denselben Blatte wird uns vorgeworfen, daß wir uns nicht zu der prinzipiellen Höhe des jetzigen Programms aufschwingen wollen: „Abkündigung aller Kriege“, und dabei wollen die Herren möglichst schnell den Krieg erklären, natürlich wie Viktor Hugo, der auch ein Friedensfreund war, aber bloß noch einen Krieg wollte er führen, den Krieg gegen Deutschland. (Weiterkeit.) Aber nicht nur die „Jungen“ gehen so vor, auch vom Genossen Bebel wird nach meiner Ansicht nach dieser Richtung vorgegangen. Wenn man unausgesetzt die Unabwendbarkeit eines Krieges predigt und jedesmal hinzufügt, daß dieser Krieg auch der letzte Krieg auf Erden sein werde, daß in diesem Kriege die Befreiung von allen Lasten und Gebrechen der Menschheit vor sich gehen werde, dann muß man den Anschein erwecken, daß man ihn wünscht. Ich anerkenne die Gefahr, die von Seiten Rußlands kommt, so gut wie irgend einer, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die Letzte sein, welche in diesen Kampf mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Aber so sehr rechnete ich nicht bloß mit Siegen, daß ich meinte, daß wenigstens eine vorübergehende Niederlage mit mathematischer Sicherheit für uns ausgeschlossen sei. Aber wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen; es hat Menschen und Naturkräfte gerade genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trocken zu können. Die Fische bei der Geschichte würde Frankreich be-

E

zahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Rosaden anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathieen beraube, nicht bloß für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt. Schaden würde also so oder so vorhanden sein, und wenn behauptet wird, wie in Berlin, wir würden niemals eine so geeignete Gelegenheit gehabt haben, unsere Macht auszudehnen wie in einem derartigen Kriege, so erkläre ich das meinerseits für die ungeheuerlichste Verkennung der Thatfachen. Im Gegenteil, es würden die größten Schädigungen der Sozialdemokratie die Folge sein, und zwar in Folge der großen Anspannung des nationalen Gedankens, welche bei solchem Ereigniß unabweidbar ist. Nebenbei eine Bemerkung. Als ich im Sommer gesprochen hatte, ist mir gesagt worden, wenn man meine „Politik“ annähme, man nothwendig zur Bewilligung aller Militärlasten käme. Es kann ja nicht anders gehen, wenn man recht viel Reden hält, daß man auch vergißt, was man selbst gesagt hat. Zu zwei Malen, am 15. März 1889 und am 25. Juni 1890, ist im Reichstag seitens unserer Fraktion durch Bebel ausdrücklich erklärt worden, der Bestand des Dreibundes bilde für uns eine wesentliche Grundlage, um Neuforderungen abzulehnen, weil nicht nur die deutschen Streitkräfte in Frage kämen, sondern weil wir berechtigt seien, Oesterreich und Italien gleichfalls in Anrechnung zu bringen, so daß man nicht behaupten könne, gegen die vereinigten beiden Mächte, Frankreich und Rußland, seien wir im Nachtheil. Es ist also auch die Meinung unrichtig, daß diese „Politik“ zur Bewilligung der Militärlasten führen würde. Im Gegenteil aber muß ich sagen, daß diejenigen, welchen der nächste Weltkrieg nicht schnell genug kommen kann und welche nicht einmal den Dreibund haben wollen, doch bei der nächsten Gelegenheit Alles bewilligen müssen, was die Regierung verlangt. Soviel steht fest, daß ich weit weniger leichten Herzens herbei bin als Andere, und, auf die Gefahr hin, als Regierungsmann wieder angeklagt zu werden, froh bin, daß die Regierung allem Anschein nach auch nicht so leichten Herzens dabei ist. Ganz entsprechend dem anscheinend völlig vergehenden Brüsseler Beschlusse trete ich möglichst für Aufrechterhaltung des Friedens ein. Jedes Jahr, welches wir weiter Frieden haben, entfernt die Gefährdung des Friedens nicht bloß: für den Augenblick, sondern es ist sehr denkbar, daß dann der Krieg überhaupt nicht herbeikommt. Engels hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in Rußland die Verhältnisse auf die Dauer nicht fortbestehen können und die Möglichkeit vorhanden ist, daß das heutige Zarenthum und mit ihm die Gefahr für den europäischen Frieden zusammenbricht. Vielleicht kommen wir auf diese Weise ohne Krieg fort, und des-

E

halb haben wir Alles zu thun, was geeignet ist, die Katastrophe hinauszuschieben. Nun wird ja gesagt, es sei doch ganz gleichgiltig, wie wir denken, die Politik werde von den Kabinetten gemacht. Das ist nicht wahr; und wenn Bebel gesagt hat, unsere Partei sei auch in der auswärtigen Politik ein Machtfaktor geworden, so hat er ganz Recht, aber wir müssen diesen indirekten Einfluß auch wirklich anwenden; und wenn ich fortwährend von der Unvermeidlichkeit des Krieges spreche, daß er kommen muß, daß er der Freiheitsbringer, der Erlöser sei, so popularisire ich schließlich den Krieg, und nicht bloß in Deutschland, sondern das findet Wiederhall im Auslande. Wenn unsere Taktik nach dieser Richtung zugeschnitten werden sollte, dann stellten wir den Leuten den vollen Sieg, die Erreichung unserer endgiltigen Ziele in nächste Aussicht. Daß dann in der Menge der Gedanke entsteht: „wenn das so nahe ist, was brauchen wir uns dann mit dem Programm, dem Arbeiterschutz u. s. w. noch abzuplacen? Warten wir ruhig ab, legen wir die Hände in den Schoß, der Tag kommt dann heran und dann haben wir das Ganze in der Tasche“, ist das etwa wunderbar oder unmöglich? Bebel zeigte gestern, welche Nachtheile der Appell an die Gewalt hat, ich unterschreibe das absolut; aber sind diese Anschauungen nicht auch geeignet, indirekt dahin zu führen? Wenn das Jahr herankommt und die Dinge treffen nicht ein, dann entsteht eben die Ungeduld, und die Leute kommen dann auf den Gedanken, was nicht auf dem natürlichen Wege kommen will, womöglich künstlich zu fördern. Ein sprungweises Umwandeln, in Abreißn der heutigen Verhältnisse heute und ein plötzliches Heraustreten morgen, daran ist nicht zu denken; für eine Weltwende, wie sie uns für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt ist, sind die politischen und ökonomischen Voraussetzungen nicht vorhanden. Um das zu glauben, daß wir in ein paar Jahren oben auf sind, daß in ein paar Jahren Alles umgewandelt sein wird, dazu gehört nicht bloß der Optimismus, der mir zugeschrieben wird, sondern derjenige eines verzückten Gläubigen, eines Ekstasikers, nicht eines ruhigen Politikers. Auf die Massen wirkt das natürlich möglicherweise sehr ein. Ich meine, es ist gut, daß das ein Phantom ist, gut für unsere Sache und die menschliche Entwidlung; denn so gewiß als wir die Macht wollen und erstreben, so gewiß ist es, daß wir nur eine solche Macht haben wollen, für welche fester Grund unter unseren Füßen ist. Ein vorzeitiges Emporkommen würde bloß eine Episode bleiben in der Geschichte, würde nichts weiter erreichen, als eine neue Auflage der Kommune mit allen hochherzigen Bestrebungen und Opfern, wie mit allen Verkehrtheiten und Rückschlägen, die damals stattgefunden haben. Wir müssen also vor Allem den verkehrten Gedanken bekämpfen, als wenn ein plötzlicher Umschwung vor der Thür steht oder möglich ist. Hier komme

E

ich auf die Resolution Bebel's. Ich unterschreibe sie Wort für Wort, aber nicht überall seine Motivirung, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß seine Motivirung, so ausgezeichnet rednerisch sie war und so packend sie gewirkt hat, mit seiner Resolution im Einzelnen nicht ganz im Einklang steht. Die Resolution sagt, daß wir die politische Macht erstreben müssen, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Wert eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit u. s. w. errungen werden kann. Diese Stelle ist aus einem älteren Parteidokument vom vorigen Jahre aufgenommen worden, mit Recht, weil die damalige Ausführung vorzüglich ist. Ich hätte nur gewünscht, daß jene Ausführung bis zu Ende eingesetzt worden wäre, weil dann die Sache sich noch deutlicher gemacht haben würde.

Damit bin ich vollständig einverstanden. Was man meine neue Taktik nennt, hat man mit Unrecht so genannt, ich will gar keine völlig neue Taktik, ich stehe auf dem Boden der bisherigen Taktik, will sie aber konsequent durchgeführt sehen. Nach meinem Ermessen stehe ich ganz auf diesem Boden, aber nicht Alle, die mit Worten diese Taktik bekennen, stehen in der That auf ihr. Bebel hat in jenem Artikel der „Neue Zeit“ gerufen: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands muß sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt sein! Gewiß müssen wir das; aber dazu gehört, die organische Ueberleitung der alten in die neue Welt zu fördern, nicht aber die mustergiltige Organisation und die Besonnenheit unserer Partei aus Spiel zu setzen! (Lebhafte Beifall.)

Wildberger: Ich werde jetzt versuchen, Ihnen die Gründe darzulegen, die uns zu unserem Vorgehen in Berlin bestimmt haben. Die Liebknecht'sche Broschüre, die auch Bebel gestern erwähnte, ist wesentlich die Veranlassung zu den Kämpfen der letzten Wochen in Berlin gewesen. Man darf nicht vergessen, daß die Broschüre nicht nur seit 22 Jahren gedruckt ist, sondern auch zur Kenntniß der Parteigenossen gekommen ist, welche so lange in der Bewegung stehen, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Sätze den einzelnen Parteigenossen in Fleisch und Blut übergegangen sind, braucht man sich eigentlich über das in letzter Zeit Geschehene nicht zu wundern. Liebknecht beleuchtet da den Parlamentarismus nach jeder Richtung. Alle Bedingungen, unter denen er heute redest, waren auch damals schon vorhanden; das allgemeine Wahlrecht bestand seit zwei Jahren. Jetzt sagt Liebknecht, von einigen unverbesserlichen Rindsköpfen pläntere diese Rede zitiert zu werden; er fährt aus, daß er sich geirrt habe, der veränderten Situation Rechnung trage. Die Verhältnisse sollen sich mehr zugespitzt haben. Danach müßte sich nach meiner Meinung auch die Taktik entwickeln, aber nicht umgekehrt. Auf dem Koburger Kongreß hielt Liebknecht

E

noch dasselbe aufrecht. Es folgte der Gothaer Kongreß von 1876, wo Bebel auf den Parlamentarismus zu sprechen kam, weil man dort ihm und Liebknecht einen Vorwurf zu machen versuchte, daß sie sich an der Abstimmung über den Diätenantrag nicht betheilig hätten. Von Dreesbach und Genossen wurde sogar ein Tadelsvotum beantragt. Da führte Bebel aus, man solle sich, auch wenn 15 Parteigenossen gewählt würden und die Partei selbständig Anträge stellen könnte, nicht zu viel davon versprechen. Die Wirksamkeit der Sozialdemokraten würde nie nach innen, stets nur nach außen vollen Erfolg erzielen. Auch Liebknecht erklärte auf diesem Kongreß, wenn die Sozialdemokratie sich an dem Komödienspiel im Reichstage betheiligte, würde sie eine offiziöse sozialistische Partei; er betheilige sich nicht daran. Auf dem Parteitag in Wyden wurde ein ähnlicher Antrag deshalb nicht angenommen, weil allseitig erklärt wurde, daß das ablehnende Verhalten gegen den Parlamentarismus so selbstverständlich sei, daß man darüber nicht zu diskutieren brauche. Dann kamen die Wahlen von 1884, wo sich die Zahl der Abgeordneten verdoppelte und sich ebenso wie bei der Wahl von 1890 die Illusion bildete, was diese 25 nur alles im Reichstage würden erreichen können. Das Arbeiterchugengesetz, welches 1877 eingereicht wurde, konnte schon deswegen nicht einen rein sozialistischen Charakter tragen, weil man zur Einbringung desselben die Unterstützung von Mitgliedern anderer Parteien bedurfte. Damit ließ sich alles und jedes rechtfertigen. Nachdem aber die nöthige Anzahl vorhanden war, glaubten die Genossen, es würden nun auch etwas prinzipiellere Anträge gestellt werden. Das geschah nicht; die Fraktion betheiligte sich vielmehr in einer Weise an den parlamentarischen Arbeiten, daß die Genossen sich daran gestoßen und dagegen Front gemacht haben. Anlaß zum Einschreiten gab damals die Haltung der Fraktion bei der Dampfersubvention. 19 von 25 Abgeordneten waren geneigt, für eine Linie ganz oder theilweise zu stimmen. Schon dieses einfache Wollen hat die Genossen so empört, daß die Frankfurter einen Anruf erließen, in dem fast Alles enthalten, was das letzte Flugblatt besagt. Entsprechend den Punkten 1—14, welche hier aus dem Flugblatt ausgezogen hat, will ich Ihnen das korrespondirende aus dem Frankfurter Anruf vorlesen. Da heißt es nach Punkt 1, ein Theil unserer Abgeordneten versucht unsere revolutionäre Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus zu ziehen. Nach Punkt 2 sagen die Frankfurter: Das edle demokratische Selbstbewußtsein ist bei der Mehrheit der Fraktion einem verwerflichen Dünkel gewichen. Nach Punkt 3: Die verschiedenen Beschlüsse sehen einer Opportunitätspolitik so ähnlich wie ein Ei dem andern. Nach Punkt 4: Der Beginn der parlamentarischen Thätigkeit gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionären Prinzipien.

E

Nach Punkt 5: Unsere Vertreter scheinen sich mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen. Nach Punkt 6: Versuche auf die eventuelle Gummieigenschaft unseres Programms üben eine entwerfende Wirkung auf unsere eigene Kraft. Weiter sprechen die Frankfurter von der unbegreiflichen Zerfahrenheit in der Taktik, in der Verurteilung einzelner Fragen auf Grund unseres bestimmten Programms. Daß die Punkte 7 und 9 falsche Behauptungen aufstellen, ist schon gestern zugegeben worden. Die Frankfurter sagen: Es sind Reden gehalten worden, welche einem Volksparteiler oder Freisinnigen alle Ehre machen würden, nur einem Sozialdemokraten nicht. Nach Punkt 12: Wir sehen, daß bei der Majorität der Fraktion ein geistiger Stillstand eingetreten ist. Und der Aufruf schließt: Wenn Euch die Führer in den Sumpf des Parlamentarismus ziehen wollen, dann beweist, daß Ihr in Wahrheit revolutionäre Sozialdemokraten seid.

Wenn man nur in der Presse und namentlich gestern in dieser unerhörten Weise uns angriff, beschimpfte, verdächtigte, dann hätte man doch mit den Frankfurtern ungefähr dasselbe thun sollen. Jene Angriffe sind viel schroffer als die des Flugblatts. Damals aber hat Herr Bebel, der sich gerade jetzt so sehr entrüstet, eine ganz andere Stellung genommen. Zunächst hatte Frohme das Wort ergriffen und eine Zuschrift an das „Frankfurter Journal“ gerichtet. Darauf antwortete Herr Bebel in „Sozialdemokrat“: Frohme habe äußerst heftig sich gegen die Absender jener Erklärung gewandt, darauf würden die Angegriffenen selbst antworten. Er, Bebel, habe zufällig Gelegenheit gehabt, mit den Betreffenden unmittelbar nachher zu verkehren, und habe ein Recht, dieselben gegen die Angriffe Frohmes in Schutz zu nehmen. Es wäre übrigens nicht eine kleine Clique, sondern es seien wohlgezählt 90 Mann, darunter die ältesten Parteigenossen Frankfurts. Bezüglich des Aufruhrs selbst, sagt Bebel, er könne denselben nicht in allen Punkten billigen; übrigens richte derselbe sich nicht etwa gegen die Person Frohmes, sondern gegen die gesammte Fraktion, also auch gegen Bebel, und so hätte Frohme zur Veröffentlichung seines besonderen Protestes keinen Anlaß gehabt. „Konstatiren aber will ich, daß jene von dem besten Geiste beseelt waren und es Keinem in den Sinn kam, die Partei schädigen zu wollen; alle handelten, wie sie es für ihre Pflicht hielten.“

Wenn Bebel sagt, er sei nicht in allen Punkten mit dem Aufruf einverstanden, so hat er ihn doch auch nicht verurtheilt, sondern er nimmt die Frankfurter direkt gegen Frohme in Schutz, läßt alle Schimpfworte durchgehen, ohne den Frankfurtern eine Zensur wie uns zu geben. Wenn es damals unter dem Sozialistengesetz, wo die Machtmittel ihr nicht zum hundertsten Theil zur

Verfügung standen, die Partei nicht ruinierte und schädigte, wenn ein scharfes Urtheil gefällt wurde, dann durfte man auch nicht heute, 6 Jahre später, in der Weise, wie gestern und vorgestern geschehen, gegen uns vorgehen.

Wie aber damals das Stimmenwollen für einzelne Sinnen nicht der eigentliche Grund des Aufruhrs, sondern nur die Veranlassung war, so ist auch in diesem Sommer die besondere Veranlassung in den Vollmar'schen Reden gegeben worden. Nun sehen wir aber in Berlin garnicht ein, welche Veranlassung vorlag, daß Vollmar sich so auf das Pferd der hohen Politik setzte, von dem friedlichen Dreibund sprach, meinte, daß man den leitenden Männern Vertrauen entgegenbringen solle u. s. w. Vollmar hat ganz Recht, wenn er sich auf ähnliche Aeußerungen beruft, die Bebel und Liebknecht vor ihm im Reichstage gethan; aber da muß man doch in Betracht ziehen, daß man im Reichstage sehr leicht in die Nothlage gebracht werden kann, sich solche Aeußerungen auszupressen zu lassen. Das ist aber in Versammlungen nicht der Fall.

Liebknecht sagte in seiner Rede zum Militäretat gegen den Grafen Stolberg: „Was die Vertheidigung des Vaterlandes betrifft so werden alle Parteien einig sein, wenn es gilt, einem äußeren Feind zur Abwehr entgegenzutreten, da wird keine Partei zurückbleiben. Das ist doch ziemlich dasselbe, was Vollmar in München auseinandergesetzt hat, und ungefähr dasselbe oder noch etwas mehr hat Bebel in der letzten Berliner Versammlung gesagt. Auch hier ist es kein Unglück, wenn die Genossen das nicht stillschweigend geschehen lassen. Bisher ist es noch nicht dagewesen, daß die Führer in dieser Weise sich ausließen; ich weiß, daß sehr viele Genossen Anstoß genommen haben an der Ausführung, wie man gegen die Russen mit den herrschenden Parteien kämpfen müsse. Das ist ein Gebiet, auf das wir uns überhaupt nicht begeben sollten, das bleibt besser denen überlassen, die nur in hoher Politik machen und zu ihrem eigenen Schutze die Kriege provoziren oder durchführen. Die „Volkstribüne“ verurtheile ich in dieser Beziehung ebenso wie Bebel und Liebknecht und Vollmar. Die Sozialdemokratie als solche hat zur Abgabe derartiger Aeußerungen keine Veranlassung. Bebel's Schlussfolgerung, das Volk werde dann die Leitung seiner Geschichte selbst in die Hand nehmen, ist doch wohl bloß eine Vermuthung. Es kann auch ganz anders kommen; selbst im Falle der Niederlage Rußlands ist nicht gesagt, daß das Volk die Leitung in die Hand nimmt, im Gegentheil wird die Reaktion, wenn man nicht halten kann, was man vorher versprochen, schärfer als vorher ihre Herrschaft ausüben. Jedenfalls steht im Programm, daß wir die Stützung der heutigen Gesellschaft verlangen, und da brauchten wir im Reichstage doch garnicht auf Anpassungen von anderer Seite zu reagiren und zu versichern, daß wir Schulter an Schulter

mit den anderen Parteien marschiren würden. Wenn wir von der Nothwendigkeit dieses gewaltigen Heeres überzeugt wären, könnten wir auch die Mittel dafür nicht verweigern. Was unterschiebe uns dann noch von den Freisinnigen, denen das vorhandene Heer genügt, die nur für die Verstärkung keinen Groschen bewilligen wollen? Wenn Bebel übrigens sagt, nur beim Militarismus, bei diesem aber auch prinzipiell, habe sich die Fraktion negirend verhalten, so stimmt das auch nicht ganz, denn dann dürfte Bebel den von Windhorst erwähnten Gedanken der allgemeinen Abrüstung nicht als unausführbar und aussichtslos bezeichnen. Ob die maßgebenden Kreise die Abrüstung durchzuführen oder nicht, kann für uns so ziemlich gleichgiltig sein, wir haben sie zu fordern. Solche Aeußerungen mögen von staatsmännischem Talent zeugen, von uns sind sie nicht angebracht. Ist die Abrüstung unmöglich, dann muß man die Mittel für das stehende Heer bewilligen. Bebel ist ja noch weiter gegangen und hat erklärt, die hellen Farben an den Uniformen müßten im Kriegsfall euseitigt werden, eine hierzu erforderliche Anleihe wäre er gern bereit zu bewilligen, sie wäre eine produktive Anlage im eminentesten Sinne des Wortes. Wenn das so ist, dann hat man den prinzipiellen Standpunkt der Partei vollständig verlassen und kann dann Bollmar nicht mehr kritisiren.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten des Flugblatts. Nach der Auer'schen Zusammenstellung lautet der erste Anklagepunkt:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch erdtötet.

Der revolutionäre Geist der Bewegung wird doch gewiß nicht dadurch gestärkt, daß man solche Aeußerungen, wie die eben beleuchteten, thut. Die Rede Bollmar's ist dafür ein Beweis. Ein fernerer Beweis ist das Verhalten Heine's. Dies sind Gründe genug für unsere erste Behauptung.

2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.

Hierfür ist Beweis die 1884 von der Fraktion gegen den „Sozialdemokrat“ erlassene Erklärung, in der es heißt, daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion zu treten hat, daß nicht das Blatt die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion die Haltung des Blattes zu kontrolliren habe u. s. w. Das ist doch ein diktatorischer Uebergriff in das Recht der Presse. Bollmar hat gleich nach dem Erlaß dieser Erklärung öffentlich hervorgehoben, daß er sie nicht unterschrieben und nichts damit zu thun habe. Ein weiterer Beweis ist das Verhalten der Fraktion zur Feier des 1. Mai. Vorstand und Fraktion wußten ganz genau, daß in fast allen größeren Städten Deutschlands der Kongreßbeschuß dahin verstanden wurde, daß man nicht

bloß Versammlungen einberuft, sondern an diesem Tage feiert. Man freute sich sogar im „Sozialdemokrat“ über diese Beschlüsse. Schon im Dezember 1889 war beschloffen worden, daß man die Arbeit ruhen lassen solle. Da kommt ganz kurz vor dem 1. Mai, nachdem alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, der Aufruf der Fraktion. — Hierher gehört auch die Frage der Stichwahlen. Der St. Gallerer Kongreß hat nach meiner Meinung die Parteileitung nicht beauftragt, der Situation Rechnung zu tragen und einen Aufruf, wie er nach den Hauptwahlen 1890 ergangen ist, zu erlassen. Wenn ich diesen Schritt der Parteileitung auch unter die Diktatur begreife, glaube ich im Rechte zu sein.

3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.

Hier möchte ich an eine Rede von Bock (Gotha) im Reichstage erinnern, die zur Vorlage wegen Prüfung der Gewerkläufe gehalten wurde. Da hofft Bock, daß es nicht die Absicht der Vorlage sei, den kleinen Gewerbetreibenden zu schädigen, und er fragt, wie dieser geschützt werden soll, wenn die Prüfungsanstalten sehr weit auseinander liegen; er weist auf die zu hohen Transportkosten hin und wünscht, zwar nicht an jedem Orte, wo solche Kleinindustrielle wohnen, aber doch an den bedeutenderen Orten solche Anstalten errichtet und schließt: Wollen Sie den Kleingewerbetreibenden schützen, dann haben Sie hier die beste Gelegenheit! (Wiesaches sehr richtig!) Wenn das sehr richtig ist, dann habe ich gar nichts mehr zu sagen. Ich meine nur, diese Prüfungsanstalten kosten Geld, und die Errichtung derselben auf Staatskosten für die kleinen Handwerker bedeutet doch lediglich eine kleinbürgerliche Reform. Ein weiterer, hierher gehöriger Verstoß ist von Heine in der Zuckersteuer-Kommission des Reichstages 1886 begangen worden, wo er mit Bock die Materialsteuer aufzuheben und die Fabriksteuer einzuführen beantragte. Eine Steuer zu beantragen, daß ist doch nicht die Aufgabe unserer Leute; wenn wir daran Kritik üben, sind wir vollständig im Recht. Ferner hat Stadthagen für die Staatsubvention der Helgoländer Fischer gesprochen. Auch das halte ich für vollständig falsch; es ist von allen bisherigen Kongressen verurtheilt worden, sich mit solchen kleinlichen Fragen zu befassen.

5. Es geschieht alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Da führe ich den 10-, 9- und 8stündigen Arbeitstag an. Die Pariser Beschlüsse verlangen den Achtstundentag, im Programmentwurf steht er obenan; da müßte er doch auch im Parlament direkt vertreten werden. Es trifft hierauf auch zu, was unter Punkt 7 gesagt ist, daß Vieles mit Rücksicht auf andere Parteien zu Stande kommt. Ich verweise weiter auf den von Singer befürworteten Antrag zur Frage der Sonntagsruhe, den im kaufmännischen

Gewerbe Beschäftigten eine Arbeitszeit bis zu 3 Stunden vorzuschreiben. Das ist doch alles gerade so langsam und zahm, wie Bebel es gestern Volkmar vorwarf.

6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge ist die Begeisterung unter den Genossen verfliegen.

Von mir kann ich das ganz bestimmt konstatieren (Heiterkeit), von verschiedenen hundert Anderen auch; im Flugblatt steht aber nicht, daß sie verfliegen sei, sondern es wird bloß die Frage gestellt, wer diese Begeisterung heute noch fühle.

8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.

Wenn man das nicht mehr sagen darf, dann hört jedes Kritisieren überhaupt auf. (Zwischenruf: Gewiß darf man das sagen!) Wenn in der Aufzählung es dann heißt:

„7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwendung nach rechts,“ so ist ja gestern schon von Auer zugegeben worden, daß die Worte „in der Fraktion“ in der Geschwindigkeit hineingekommen sind. Sonst pflegt man leichter in der Geschwindigkeit etwas zu vergessen. An die Fraktion wurde bei diesem Passus am allerwenigsten gedacht.

Bebel rechnet nun ganz bestimmt darauf, daß wir in dem Tempo wie bisher in den sozialistischen Staat hineinkommen. Wer gar keine Möglichkeit kennt, daß die Dinge doch einmal umschlagen könnten, hat ein Recht, wie Bebel zu sprechen. Logischer Weise hätte dann aber Aehuliches sich schon früher unter gleichen Verhältnissen vollziehen müssen. Wir sehen indessen bei allen Völkern einen plötzlichen Rückschlag in die Barbarei.

Was Marx von der Einführung des Normalarbeitstages, des Arbeiterschutzes in England gesagt hat, daß sie die geistige und physische Wiedergeburt des englischen Proletariats bedeute, brauchen wir uns für unsere Bewegung in Deutschland nicht zur Richtschnur sein zu lassen, ein großer Theil von uns wird von einer Wiedergeburt bei uns nicht viel gemerkt haben. Seit Einführung des Arbeiterschutzes hörte die Thatkraft auf. Nach dem Programm, welches heute von der Fraktion vertreten wird, braucht sich Niemand mehr an der sozialdemokratischen Partei zu stoßen. Sie hat jetzt Raum für alle Elemente, auch für die Kleinbürgerliche Richtung. Daß die Majorität bei Kleinbürgerlichen Elementen immer den Ausschlag giebt, mag bei diesen der richtige Weg sein, aber nicht bei den proletarischen Arbeitern. Was haben denn die Arbeiter zu verlieren? Schon jetzt sind sie von den Arbeitgebern so ausgebeutet, es werden so viele Opfer gebracht, daß man diesen Kriegszustand nicht auf unabsehbare Zeit verlängern muß. Ich habe auch nicht, im Gegensatz zu Baginski, gesagt, daß mehr parlamentirt werden müsse. Ich lasse diese Frage überhaupt offen.

F

Für mich giebt es nur eins: entweder es wird vollkommen negirend im Reichstage vorgegangen, oder prinzipiell. Die Forderungen des jetzigen Programms müssen als Antrag eingebracht werden, dazu ist die Fraktion stark genug, dann bekommt die Volksmasse ein ganz anderes Bild von der Sache. Es muß der Achtbunderttag verlangt werden. Alle Blätter müssen davon Notiz nehmen, so kommt das, was wir wollen, viel besser in die Massen hinein als bisher. Was die Landagitation betrifft, so habe ich gesagt, man kann doch bei einer Bewegung wie der sozialdemokratischen, die ihren Hauptsitz in den Industriestädten hat, nicht bei jeder Frage der Taktik Rücksicht nehmen auf die unbedeutendsten Dörfer, auf den Bauer, der nichts von der Bewegung versteht. Es gehört nicht immer die vollständige Majorität eines Volkes dazu, um etwas durchzusetzen. Nimmt sich eine zielbewußte, thatkräftige Minorität vor, ein Ziel zu verwirklichen, so schließen sich ihr die großen Volksmassen, die von denselben Lasten bedrückt sind, an. Es ist nothwendig, daß die Massen, die wir gewinnen, in anderer Weise unterrichtet und aufgeklärt werden, und da können allerdings die Verhandlungen des Reichstags einen wesentlichen Beitrag liefern, aber anders als bisher. Das sind nicht die Reden, an die wir früher gewöhnt waren. Schon auf dem St. Gallener Kongreß wurde dies getadelt und eine schärfere, packendere und prinzipiellere Sprache von den Abgeordneten verlangt. Man braucht sich nicht an jeder Reichstagsverhandlung zu betheiligen. Die Genossen im Lande klagen, daß ihnen kein Redner zur Verfügung stehe, und gestern ist geklagt worden, daß man die Wahlen u. s. w. vernachlässige, daß man nicht genügend materielle Mittel zur Verfügung stelle. Bei der Prenzlau-Angermünder Wahl ist nicht ein einziger unserer Abgeordneten erschienen, und die Genossen sind dort so arm, daß sie nichts machen können. Als die dortigen Genossen sich an die Fraktion wandten, wurde ihnen gesagt, Ihr habt das letzte Mal nur 1800 Stimmen gehabt, die Sache hat keinen Zweck. Darauf wurde erwidert: Wählen wir denn, um einen Sitz im Reichstag zu bekommen oder um die Agitation zu betreiben, um das Richtige in die Menge des Volkes zu bringen? Da wurden ihnen schließlich 300 Mark gegeben. Was sind aber 300 Mark für einen Landkreis von diesem Umfange? Man sollte weniger auf einen Sitz im Reichstage geben, als auf die Propaganda an sich, die gelegentlich der Wahl betrieben werden kann. Sind einmal in einem solchen Wahlkreise hundert Stimmen abgegeben, so ist damit schon ein guter Grund für die endliche Eroberung des Kreises gelegt. Es ist nun aber nach den letzten Reichstagswahlen der Schwerpunkt in den Reichstag gelegt worden, weil man sich an allem, was dort vorgeht, betheiligt. Volkmar sprach nur von einem Vertrauen zu den leitenden Männern, während Bebel von dem Vertrauen gesprochen hat, das

E

man jeder Regierung schenken müßte. Nebel ist ein ebenso großer Optimist wie Herr v. Wollmar.

Ich behalte mir vor, nachdem ich eben, so weit ich dazu im Stande bin, meine Schuldigkeit gethan habe, wenn ich weiter angegriffen werde, meine Stellung noch einmal zu verteidigen. Einer Ausschließung, die Sie hier jedenfalls vollziehen werden, werde ich meinen Austritt aus der Partei vorziehen.

Nunmehr wird die allgemeine Diskussion eröffnet.

Singer: Parteigenossen! Ich werde mich vorwiegend mit der Rede Wollmars beschäftigen, weil ich seine Ausführungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn der Parteitag denselben etwa sollte zustimmen, für viel gefährlicher für die Partei halte, als die Ansichten der Opposition und deren Wortführer. — Wildberger gegenüber muß ich zwei Bemerkungen machen, weil er mich persönlich genannt hat. Er hat sich auf eine Aeußerung von mir in St. Gallen bezüglich der Stichwahlen bezogen. Die Frage der Stichwahlen ist auf dem vorigen Haller Parteitag definitiv erledigt worden, und ich habe deshalb keine Veranlassung, jetzt auf dieses Thema einzugehen. Wenn Wildberger mir ferner vorgeworfen hat, daß ich, um den im kaufmännischen Gewerbe beschäftigten Personen die Sonntagsruhe zu verschaffen, zugegeben habe, daß man 3 Stunden des Sonntags arbeiten lassen könne, so befinde ich mich dabei in einer, zwar nicht nach meiner Auffassung, aber nach Ansicht Wildbergers sehr guten Gesellschaft, nämlich in der seines Spezialfreundes Auerbach. Wenn die im Handelsgewerbe Angestellten vor die Wahl gestellt würden, den ganzen Sonntag, manchmal bis zu 16 Stunden, zu arbeiten, und unter Verzicht auf Beschränkung der Sonntagsarbeit durch das Parlament, eine revolutionäre Rede Wildbergers zu hören, oder ob sie eine Beschränkung der Sonntagsarbeit auf 3 Stunden haben wollen, so werden sie sich zweifellos für das Letztere entscheiden. (Sehr richtig!)

Genosse Wollmar hat bei aller Anerkennung der Nothwendigkeit, auch stets die letzten Ziele der Sozialdemokratie zu vertreten, den Hauptwerth gelegt auf das sogenannte Aktionsprogramm, welches er in den bekannten fünf Forderungen aufgestellt hat. Ich habe bei diesen Ausführungen den Eindruck gehabt, als ob Wollmar unsere letzten Ziele und den energischen Kampf für dieselben so als eine Art Familienreliquie in den Silberschrank gestellt hat, der nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten geöffnet wird. (Heiterkeit.) Nun meine ich aber, daß die Propagierung unseres eigentlichen Ziels, der Kampf für die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft ebenso andauernd, kräftig und nachhaltig geführt werden muß, wie der Kampf für irgend eine unserer aktuellen Forderungen. (Bravo!) Wir können unmöglich eine solche Trennung unserer Forderungen vornehmen, und ich bin überzeugt, daß Wollmar, der den revolu-

E

tionären Charakter unserer Partei ebenso anerkennt wie wir Alle, sehr bald sehen würde, daß wenn seine Taktik Anwendung fände, die Partei auch selbst bezüglich der nächsten Forderungen nicht mehr mit derjenigen Thatkraft und Energie agitiren könnte, welche erzeugt wird, wenn wir immerdar das ganze, volle Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei des Kapitalismus, im Auge haben. (Beifälliger Beifall!)

Wollmar warnt davor, die parlamentarische Thätigkeit zu unterschätzen. Wir sind aber Alle darin einig, daß der Hauptnutzen unserer parlamentarischen Thätigkeit in der Vertretung unserer Ideen im Reichstage, nur in der dadurch erzeugten lebendigen Agitation im Volke liegt. Wenn wir durch unsere parlamentarische Thätigkeit einige Erfolge erzielen, so dürfen diese Erfolge auch nur wieder dazu dienen, die Arbeiterklasse im Kampfe für unsere Endziele zu stärken. Es steht zweifellos fest, daß heut jede Reform, jede Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nur durch Mitwirkung der gegnerischen Parteien zu ermöglichen ist. Wir 35 Sozialdemokraten im Reichstage können zwar mit größerer Wucht wie früher unsere Anträge begründen und vertreten, aber wir können nichts durchsetzen. Ich bin überzeugt, daß die herrschenden Klassen in dem Augenblick, wo die Möglichkeit vorliegt, daß die Sozialdemokratie im Reichstage etwa aus eigener Kraft gesetzgeberische Maßregeln durchsetzen könnte, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ins alte Eisen werfen und alle in ihren Händen befindliche politische und materielle Macht aufbieten, um zu verhindern, daß eine so große Anzahl von Sozialdemokraten in den Reichstag kommt, daß ihre Klassenherrschaft dort gefährdet werden könnte. (Sehr richtig!)

Aber selbst die Möglichkeit vorausgesetzt, daß wir durch parlamentarische Thätigkeit etwas Vernünftiges erreichen können, so würde diese Thätigkeit, weil sie nur in Verbindung mit anderen Parteien ermöglicht werden kann, notwendiger Weise zur Versumpfung der Partei führen müssen. Selbstverständlich liegt dies nicht etwa in der Absicht des Genossen Wollmar.

Aber eine revolutionäre Kampfpartei, wie die unsere, muß vollständig rein gehalten werden von jeder Art Politik, welche nur in Verbindung mit anderen Parteien im Reichstage möglich ist. Wenn die Majorität des Reichstages und die Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie es für angeeignet erachtet, der Arbeiterklasse Konzessionen zu machen, so können wir uns das sehr wohl gefallen lassen, betrachten dies aber nur als Abschlagszahlungen, die wir zu weiterer energischer Agitation für unsere Ziele auf unserem Vormarsch mitnehmen und in deren Besitz wir aber unaufhaltsam weiter marschiren und um so fester zusammenschließen. (Bravo!)

Der Ton der Entsagung, der Wunsch nach Verlangsamung des

E

Markttempo, der durch die Vollmar'schen Reden in München sowohl, als auch durch die hier gehaltene Rede geht, ist mit der Taktik der sozialdemokratischen Partei unvereinbar. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können nicht mit Vollmar anerkennen, daß die Verhältnisse sich zu Gunsten der Arbeiter verändert haben, und daß der gute Wille seitens der herrschenden Gewalten vorhanden ist, das System der Ausbeutung und Unterdrückung einzuschränken. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir unter fortdauernder und nachhaltiger Propagierung der Endziele unserer Partei, für die sogenannten nächsten Forderungen eintreten, oder ob wir uns, wie es die Ansicht Vollmar's zu sein scheint, auf die Agitation für aktuelle Forderungen beschränken. Vollmar hat darauf hingewiesen, daß es ihm gleichgültig sei, ob die Gegner ihn loben oder tadeln. Aber als Parteimann und Agitator wird er mir zugeben müssen, daß es doch sehr bedenklich ist, wenn seine Reden und seine Warnungen vor der lebhaften Propagierung unserer Endziele den begeistertsten Beifall der gesammten gegnerischen Presse finden. Die gegnerische Presse hat mit richtigem Instinkt herausgefunden, daß die Vollmar'sche Taktik den herrschenden Klassen nicht allzu gefährlich werden würde; ein Bösen Sozialreform, ohne die Grundlagen der heutigen Gesellschaft anzutasten, das läßt man sich schon gefallen und lobt die Besonnenheit und die Mäßigung Vollmar's. Diese Taktik entspricht aber nicht den sozialdemokratischen Prinzipien. Die Sozialdemokratie darf niemals den Boden des Klassenkampfes verlassen, nie ihren revolutionären Charakter verlieren. Die Gemüther müssen revolutionirt werden, und die glühende Begeisterung für unsere letzten Ziele, für die Beseitigung der Klassenherrschaft, in Kopf und Herz der Massen zu erwecken, ist die Hauptaufgabe unserer Agitation. (Lebhafte Beifall) Eine derartige Agitation wird jedoch gelähmt durch die von Vollmar bevorzugte Kampfesweise. Nicht dadurch, daß man den Massen die Erringung kleiner wirtschaftlicher Konzessionen als Ziel der Sozialdemokratie hinstellt, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie erfüllt, sondern nur dadurch, daß man den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft organisiert, daß man mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Todfeindin des Proletariats, die bürgerliche Gesellschaft beseitigt, und mit dem Klassenstaat zugleich die Klassegegensätze aus der Welt schafft. (Bravo!) Daß neben dieser Aufgabe auch die nächsten Forderungen der Partei mit Energie vertreten werden, ist so selbstverständlich, daß ich es nicht erst noch zu betonen brauche. Aber wir dürfen auch unsere letzten Ziele nicht verschleiern, wie es bei Annäherung der Vollmar'schen Taktik unbedingt geschehen würde. Deshalb bitte ich, die Bebel'sche Resolution anzunehmen, nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch nach den Motiven, und mit dem festen Entschluß, an unserer bewährten Taktik unbedingt festzuhalten.

E

(Bravo!) Möge der Parteitag erklären, daß er keinen Grund findet, an der bisherigen revolutionären Taktik der Partei irgend etwas zu ändern, und damit zugleich aussprechen, daß die Propagierung unserer letzten Ziele unablässig betrieben werden muß, bis zu dem hoffentlich nicht fernem Tage, an dem der ganze, der volle Sieg unser ist. (Lebhafte Beifall.)

Friß-Berlin III.: Ich muß sagen, daß ich die Wildberger und Werner von Berlin hier garnicht wiedererkenne. Das ist heute eine ganz andere Sprache gewesen als in der Feenpalast- und Kolberger Versammlung. Wildberger sprach heute gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Was steht aber in den Flugblättern, die unter seiner Legide unter Hilfe seiner Freunde abgefaßt und in seinem Wahlkreise verbreitet worden sind? In einem Flugblatt wird auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen, und dann heißt es: „Unsere Vertreter im Reichstage sind es, die unentwegt und unbeeinflusst von jedem Standesinteresse gekämpft haben für das Wohl und das Recht des gesammten Volkes, und wenn es galt, dem Ansturm der Reaktion die Spitze zu bieten . . . dann war es die von allen Parteien angefeindete Sozialdemokratie“ u. s. w. Weiter: „Die Sozialdemokratie . . . hat auch im Laufe dieser Woche wieder die Genugthuung gehabt, daß ein Theil ihrer vorläufigen Forderungen durch kaiserlichen Erlaß anerkannt worden ist (hört! hört!) und daß die betreffenden Ministerien angewiesen wurden, die einleitenden Schritte zu thun. (Bebel: hört! hört!) Die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte und vom Reichstage verworfene Arbeiterschutzgesetzgebung ist vom deutschen Kaiser jetzt wieder aufgenommen! Muß man da nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß auch das ganze sozialdemokratische Programm der Verwirklichung nahe ist?“ (Hört! hört! Heiterkeit.) Weiter: „Wir erstreben eine neue Gesellschaftsordnung und betrachten die Sozialreform nur als winzige Abschlagszahlung, als die Grundlage, auf der weiter zu bauen ist.“ (Hört! hört!) Weiter: „Das rapide Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, sowie das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage (Bebel: hört! hört!) legen Zeugniß davon ab, daß man in den unteren und unklaren Volksklassen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die Volksrechte und Freiheiten energisch zu wahren entschlossen ist.“ (Hört! hört!) Weiter: „Selbsthilfe von Korporationen ist machtlos, hier kann nur Wandel geschaffen werden durch die Gesetzgebung“ (Hört! hört!) u. s. w. Wildberger hat gemeint, er wäre in dem betreffenden Wahlkomitee aufgefördert worden, daß er bei seiner Auffstellung als Kandidat nicht so energisch vorgehe wie sonst. Ich weiß von einer solchen Weisung nichts, es wäre auch eine Thorheit, wenn Jemand zu einem bestimmten Zweck eine Versammlung

E

einberiefe und sie dann durch sein eigenes Reden sprengte. Die Sprache der Flugblätter ist auch garnicht damit motiviert worden, daß sie sonst verboten worden wären. In Berlin sind unter dem Ausnahmegesetz ganz andere Flugblätter verbreitet worden wie diese hier, es sind damals auch ganz andere Reden gehalten worden als sie Wildberger gehalten hat, und die Versammlungen sind doch nicht aufgelöst worden. Wildberger kritisiert hier das Verhalten der Fraktion im Reichstag. Was wollte er denn aber in der Stadtverordnetenversammlung thun? Er hat gesagt, nehmt mir das Reichstagsmandat ab und ich erkläre mich bereit, in der Stadtverordnetenversammlung ein Mandat anzunehmen. (Wildberger: Habe ich nicht gesagt!) Jawohl, Sie haben es in einem Lokal am Spittelmarkt gesagt, nicht einmal, sondern zweimal! (Wildberger: Vor 15 Jahren war ich sogar konservativ!) (Große Heiterkeit.)

Dertel-Nürnberg: Die Ausführungen Vollmar's können mich nicht veranlassen, seinen isolirten Standpunkt zu theilen. Seine speziellem Forderungen sind so selbstverständlich, daß er sie nicht mit einer so ungeheuren Wichtigkeit in die Welt zu setzen brauchte, aber ich mache es ihm zum Vorwurf, daß er es in seinen Mänchener Reden sorgfältig vermieden hat, von dem zu sprechen, was man die prinzipielle Haltung und Agitation nennt. Eine solche Taktik führt allerdings zur Verflachung und schließlich zur Versumpfung der Partei. Auf Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien, auf ein Süßholzraspeln kann sich eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, nicht einlassen. Die im „Vorwärts“ veröffentlichte Liste der Verurtheilungen unter dem „neuen Kurs“ beweist, daß wir einen solchen neuen Kurs nicht haben. Auch Vollmar's Hoffnungen bezüglich der Agrarpolitik haben sich nicht erfüllt. Die schädlichen Kornzölle haben wir genau wie früher. Vollmar kann sich garnicht auf den Standpunkt des Bebel'schen Antrages stellen, denn er hat selbst gesagt, „daraus ergibt sich, daß unsere Taktik heute nicht die gleiche sein kann.“ Bebel hat aber gesagt, es liegt kein Grund vor, die heutige Taktik zu ändern. Vollmar muß sich also deutlicher erklären. Die prinzipielle Agitation wird auch künftig ausgezeichnete Früchte tragen. (Beifall.)

Niederauer: Frisch hat durch jene Flugblätter beweisen wollen, daß die Berliner in dem Wahlkampfe denselben Standpunkt vertreten haben, den heute vielleicht die Fraktion vertritt. Ich kann darin nichts Wunderbares finden. Ich wollte bloß einmal sehen, was die Majorität des III. Wahltreises gesagt hätte, wenn Wildberger nicht in der Weise aufgetreten wäre. (Große Heiterkeit.) Die Flugblätter sind mit Zustimmung einer ganzen Anzahl von Personen veröffentlicht worden, Wildberger trifft da kein Vorwurf, jene Personen bildeten eben die Majorität. Was die Ausführungen Vollmar's betrifft, so bin ich garnicht dagegen, daß wir für die

F

Erringung der Koalitionsfreiheit u. s. w. eintreten. Aber daß wir daraus Hauptfragen machen, dagegen muß ich mich verwahren. Was hat denn die Fraktion wirklich erreicht? Wir haben bisher im Parlament gar keinen Erfolg gehabt. (Widerspruch.) Die kleinen Erfolge haben so viele Nachteile gebracht, daß wir uns garnicht dessen freuen können, was im Reichstage erreicht ist. Wenn Wildberger das Hauptgewicht auf die Stadt agitation gelegt wissen will, so bin ich anderer Meinung. Wir müssen in Betracht ziehen, daß gerade das Landproletariat eine Masse ist, die sich im Fall eines Kampfes uns gegenüberstellen könnte. Wir müssen das Klassenbewußtsein der Landarbeiterchaft soweit wecken, daß sie sich uns nicht gegenüberstellt. Da ist noch viel zu thun. Aber die Parlamentsberichte nützen auf dem Lande nicht viel. Da werden meist die kleinen offiziellen Provinzial- und Amtsblätter gelesen, und in diesen stehen wohl die Reden von Bennigsen u. s. w., aber nicht von Bebel oder Liebknecht. (Unterbrechungen.) Man drückt die Reden so ab, daß sie nicht für uns, sondern für unsere Gegner agitatorisch wirken. Das viele Reden im Reichstage ist vollständig unnütz, das Reden auf dem Lande wäre viel besser! (Widerspruch und vereinzelt Bravo!)

Liebknecht: Herr Wildberger klammert sich an meine Broschüre oder Rede vom Jahre 1889. Ich habe nun in einer neuen Auflage bereits vor Jahren erklärt, daß ich, belehrt durch Thatfachen und in Folge der veränderten Verhältnisse, jenen Standpunkt nicht beibehalten konnte. Unter gleichen Verhältnissen würde ich ganz dieselbe Rede halten, dieselbe Broschüre schreiben und dieselben Prinzipien verkünden. Die Lage ist eben heute eine vollständig veränderte. Damals war der Norddeutsche Bund vorhanden, eine Geburt des Augenblicks, ein bloßes Provisorium. Damals war es mir nicht möglich, mich auf einen sogenannten Rechtsboden, der durch volksfeindliche Gewalt geschaffen war, drängen zu lassen. Ich nahm gegenüber dieser Bismarck'schen Neuschaffung oder Einigung Deutschlands den intransigenten Proteststandpunkt ein. Der Norddeutsche Reichstag war nur das, als was ich ihn bezeichnet habe: das Feigenblatt des Absolutismus. Ich habe in meiner Rede gesagt: die Entscheidung wird auf der Straße oder auf dem Schlachtfeld sein. Nun gut, das Schlachtfeld ist gekommen, freilich nicht das Schlachtfeld, welches von mir gemeint war — das Schlachtfeld, die Schlachtfelder in Frankreich. Der Norddeutsche Bund hatte für seine Existenz zu kämpfen und er siegte: aus dem Provisorium wurde ein Definitivum. Es war jetzt eine Gestaltung geschaffen, die umzuführen einfach unmöglich war. Das Reich, so unvollkommen es politisch und auch national sein mag, ist seinem Gründer über den Kopf gewachsen. Bismarck ist weg, und es besteht. Das deutsche Reich hat dem arbeitenden Volk gewisse Vor-

E

theile und Rechte geboten, die ihm vorenthalten waren und die in den Verfassungen der Einzelstaaten nicht gewährt werden. Durch das allgemeine Wahlrecht, das ich gewiß nicht überschätzen will, das aber doch immerhin das politische Grundrecht ist, hat das deutsche Reich Wurzel im Volke gefaßt — ist mit dem Volke gewissermaßen zusammengewachsen, und allmählich hat sich eine feste Grundlage gebildet, auf der wir in dem Kampf gegen das herrschende System den Hebel ansetzen können. Innerhalb des Rahmens dieses Reiches haben wir einen Kampfboden, der sich uns sehr günstig erwiesen hat. Der reine Proteststandpunkt, wie ich ihn vor 1870 eingenommen habe, kann überhaupt nur in provisorischen Zeiten gelten, — auf die Dauer ermüdet und lähmt er. Wie kläglich endete nach 1848 die Protestpolitik der Bourgeoisie? Ich kann mich aber nicht ruhig in eine Ecke stellen. Und als der Norddeutsche Bund, freilich in einer mir nicht zufagenben Weise, beseitigt war, suchte ich die neue Lage nach Möglichkeit auszunützen. Das allgemeine Wahlrecht war ein Mittel, mit dem wir die Arbeitermassen in Bewegung setzen konnten. Es wäre eine Thorheit gewesen, von der Waffe, welche uns gegeben war, keinen Gebrauch zu machen. Wir haben Gebrauch von ihr gemacht und uns eine neue Taktik geschaffen, welche die Probe glänzenden Erfolges für sich hat.

Meine Taktik von 1869 war richtig zu der Zeit, als ich sie befürwortete; jetzt wäre sie Thorheit. Ich erkläre hier: so wenig ich meinen prinzipiellen Standpunkt jemals geändert habe und niemals ändern kann, so bin ich doch auch künftighin stets bereit, meine Taktik zu ändern, sobald ich sehe, daß die Verhältnisse dies erheischen. (Beifall.)

Veränderte Verhältnisse erheischen veränderte Kampfweise, veränderte Taktik. Ich würde mich zur Anhänglichkeit verurtheilt, meiner Partei einen schlechten Dienst geleistet haben, wenn ich eigensinnig festgehalten hätte an einer Forderung oder Taktik, die den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprach. (Beifall.)

Was nun den Parlamentarismus und meine Stellung zu ihm betrifft, so würde Herr Wildberger, wenn er die Protokolle der früheren Kongresse gelesen hätte, wissen, daß ich dem Parlamentarismus stets diejenige Bedeutung beigelegt habe, die er selbst ihm in seiner soeben gehaltenen Rede beigelegt hat. Ich und wir alle sind der Ansicht, daß der Schwerpunkt unserer Parteithätigkeit nicht in dem Reichstag liegt, sondern außerhalb desselben, und daß unsere Thätigkeit im Reichstag, so lange wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine vorwiegend agitatorische sein muß. Aber liegt darin, daß wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine Verurtheilung des Parlamentarismus? Parlamentarismus heißt einfach das System der Vertretung des Volkes. Daß wir im Reichstag bisher nichts ausgerichtet, ist doch nicht die Schuld des

E

Parlamentarismus, sondern daß wir im Lande, im Volke noch nicht die nöthige Macht haben. Ständen hinter uns so viel Stimmen, so viel Macht wie hinter den bürgerlichen Parteien, dann würde der Reichstag für uns so wenig unfruchtbar sein, als er es jetzt für die Anderen ist, — die „Klinke der Gesetzgebung“ würde für uns ebenso gut arbeiten, wie heute für unsere Gegner. Damit soll nicht gesagt sein, daß auf dem Wege der Gesetzgebung alle Fragen gelöst werden können; aber zeige man mir doch einen anderen Weg, der zum Ziele führt! Allerdings giebt es, nach der Meinung Dieser oder Jener, noch einen anderen Weg, der kürzer ist: den der Gewalt. Wir bereiten uns im Geheimen oder sonstwie auf den Moment vor, wo wir mit Gewalt dreinschlagen, mit einem großen Coup die Verhältnisse ändern können. — Nun, da kommen wir auf den Anarchismus, und das ist Ihr (zur Opposition) großer Fehler, daß Sie diese Konsequenz nicht begriffen haben. — Unter Parlamentarismus verstehen wir nicht eine parlamentarische Scheinvertretung wie unter Louis Philipp, sondern die Ausnützung einer Macht, welche uns durch die Stimmen, die hinter uns stehen, geboten ist.

Wenn wir auf das Moment der mechanischen Gewalt den Hauptnachdruck legten, dann stellten wir uns auf den Standpunkt unserer Feinde. Bismarck war der Mann der brutalen Gewalt, der Mann der Blut- und Eisenpolitik. Niemand hat je über größere Gewaltmittel verfügt und je einen unstrupulöseren Gebrauch von ihnen gemacht. Und der Erfolg? Wo ist er hin? Er hatte über ein Vierteljahrhundert lang die Polizei, die Armees, das Kapital, die Staatsgewalt, kurz alle mechanischen Machtmittel zu unbeschränkter Verfügung; — wir konnten ihm nichts entgegenzusetzen als unser gutes Recht, unsere gute Ueberzeugung, die nackte Brust, und wir haben gesiegt. Unsere Waffen waren die besseren. Auf die Dauer muß die brutale Gewalt den moralischen Faktoren, der Logik der Thatsachen weichen. Bismarck liegt zerschmettert am Boden — und die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei Deutschlands! Ist das nicht ein mächtiger Beweis für die Güte der jetzigen Taktik? Was haben dagegen die Anarchisten in Holland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien erreicht? Absolut nichts! Was sie in die Hand nahmen, haben sie verdorben, überall die Bewegung geschädigt. Und die Arbeiter haben sich von ihnen abgewandt. Man könnte die Anarchisten Europas in ein paar Polizeiwagen stecken. Mit ihren lächerlichen Revolutionsphrasen, unsinnigen Attentaten und sonstigen Dummheiten haben die Anarchisten für die Sache des Proletariats nichts gethan und nur den Gegnern in die Hände gearbeitet, die deshalb überall mit den Anarchisten sehr zufrieden sind. Die Sache des Sozialismus steht am schlechtesten in den Ländern, wo die Arbeiterbewegung sich von

E

Anfang an mit den Brutalitäten und Tollheiten des Anarchismus verquidelt hat. Die politische Neugeburt des französischen Proletariats nach dem Ueberlaß der blutigen Maiwoche beginnt mit dem Moment, wo es vollständig mit dem anarchischen Unsinn gebrochen hat. Ich habe — das muß ich betonen — unsere Taktik mit schaffen helfen, und ich stimme mit Bebel, der von vornherein in Folge seines anderen Entwicklungsganges auf diese mehr praktische Form der Taktik gekommen ist, durchaus überein. Seine Resolution, die mir vor dem Druck vorgelegen hat, unterschreibe ich Wort für Wort.

Was meine hier zitierte Schrift von 1869 betrifft, so werde ich beiläufig demnächst in Berlin über dieselbe einen ausführlichen Vortrag halten, ihn mit der ursprünglichen Broschüre zusammen in die Öffentlichkeit bringen.

Keiner von uns in der Fraktion will eine „Versumpfung durch den Parlamentarismus“. Keiner meiner Kollegen schwärmt für das Hedenhalten. Eine gute Abhandlung, eine gute Broschüre ist mir persönlich tausendmal lieber als eine Reichstagsrede. Deshalb bin ich auch prinzipiell dagegen gewesen, daß Reden von Abgeordneten als Druckschriften verbreitet wurden. Unter dem Sozialistengesetz war das aber nothwendig, weil wir sonst nicht ohne größere Gefahr für die Parteigenossen in Fühlung mit ihnen bleiben konnten. Alle anderen Schriften wären verboten worden. Mit agitatorischen „Ständreden“ ist's aber nicht gethan. — Wir haben im Reichstag auch praktische Aufgaben. Die Arbeiter Deutschlands würden es uns sehr verargen, uns bald im Stich lassen, wenn wir ihre Interessen nicht auch nach Möglichkeit praktisch zu fördern suchten.

Wodurch haben wir unsere Macht in Deutschland erlangt? Gerade dadurch, daß wir von Anfang an, statt zu sagen: Wir leben in einem Volkenskutuchtheim und kümmeren uns nicht um die praktischen Dinge — daß wir von Anfang an für das Wohl der arbeitenden Klasse überall praktisch eintraten, in Gemeinden, Sanbtagen und im Reichstage, und jede Waffe benutzten, die wir hatten. Wir haben es nicht gemacht wie jener Mann in England, der sich nicht waschen wollte, wenn er nicht das ganze Meer habe, und so hat er sich lieber garnicht gewaschen. (Heiterkeit.) Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern in dem Ziel. Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor. Weisen Sie (zur Opposition) nach, daß unser Ziel ein falsches ist, dann können Sie sagen, die Partei wird durch die jetzige Leitung von der revolutionären Bahn abgelenkt. Der beste Beweis für die Richtigkeit der Leitung ist der Erfolg, und unsere Taktik hat sich herrlich bewährt.

Man wirft mir vor, daß ich erklärt habe, wenn wir angegriffen würden, wenn wir zur Abwehr kämpfen müßten, seien wir bereit, das Vaterland zu verteidigen. Ei gewiß, das habe ich

E

wiederholt erklärt — das ist etwas Selbstverständliches, das thut Jeder von uns, und ich frage Herrn Wildberger, ob er es nicht auch thut, nicht thun muß — und schließlich werden wir ja garnicht gefragt, erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land einbringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht? Ich habe aber bei meinen Erklärungen stets hinzugefügt, daß der Krieg ein nothwendiger, gerechter sein muß. Und nicht jeder Krieg, der der Form nach ein Vertheidigungskrieg ist, ist es auch in Wirklichkeit. Der scheinbare Vertheidiger ist manchmal thatsächlich der Angreifer gewesen. In keinem Fall aber darf sich die Sozialdemokratie in eine chauvinistische Strömung hinein verlocken lassen. Der Brüsseler Beschluß gegen den Militarismus präzisirt nach allen Richtungen scharf und korrekt unsere Stellung. Wir nehmen die Kriegsgefahr keineswegs als etwas Unvermeidliches, als ein Verhängniß. Falsch ist die Schlußfolgerung: Wenn Bebel und ich einen Weltkrieg als Folge der herrschenden Mißwirtschaft für wahrscheinlich erklären, seien wir auch verpflichtet, der Regierung die Gelder für den Militarismus zu bewilligen. Der heutige Militarismus ist selber eine Ursache der Kriegsgefahr und jedenfalls unfähig, den Krieg zu verhindern. Deshalb stehen wir dem Militarismus gegenüber genau auf demselben prinzipiell entgegengesetzten Standpunkt, auf dem Herr Wildberger zu stehen behauptet.

Ja, hätte Wildberger in Berlin so gesprochen wie hier, dann würde kein Hahn danach gekräht haben, denn was er hier sagte, ist tausendmal gesagt worden, besser und schärfer gesagt worden. Manches davon unterschreibe ich selbst, und nichts finde ich darin, was irgend einer meiner Genossen für jenseits der Grenze sozialdemokratischer Anschauung liegend halten könnte. (Sehr richtig!) Ich erlaube ihm deshalb nicht, sich als Märtyrer seiner Prinzipien hinzustellen, wenn er in der Partei unmöglich geworden ist. (Zustimmung.) Es handelt sich um gemeine Verdächtigungen, um thatsächliche Schädigungen der Partei, und nicht um die Ausübung des Rechts der Kritik, das Niemandem verchränkt ist. Und nun zu Vollmar.

Vollmar klammert sich an Bebel und mich. Er sagt, wir hätten bei dieser und jener Gelegenheit dasselbe geäußert wie er. Das ist richtig, wenn ich die Worte aus ihrem Zusammenhang nehme. — Aber man kennt ja das Wort: „Hab ich nur ein paar Zeilen von Jemand, so kann ich ihn hängen.“ Der große Unterschied zwischen unseren beiderseitigen Aeußerungen und seinen Reden liegt darin, daß Vollmar eine neue Methode des Vorgehens, eine neue Taktik befürwortet hat, während es sich bei uns nur um gelegentliche Aeußerungen gehandelt hat. Wer im politischen, im parlamentarischen Kampf steht und einer par excellence kämpfenden

E

Partei angehört wie der unfrigen, die weitschauende Ideale hat, der kommt sehr häufig in die schwierige Lage, daß Ideal und Wirklichkeit sich einander stoßen.

Es wird manchmal zu sehr der Wirklichkeit Rechnung getragen, manchmal zu sehr dem Ideal nachgegangen, und so wird wohl ein jeder Vertreter unserer Partei - dann und wann einmal ein kleines bisschen zu weit nach rechts oder nach links geraten, allein mit dem Programm vor sich und Dank der Kritik der Genossen, wird er sofort wieder den rechten Weg finden. Aus ein paar solchen, vielleicht zu weit nach rechts gehenden Äußerungen will Vollmar nun auf einmal eine neue Taktik aufbauen; ist für eine solche Veranlassung? Haben die Verhältnisse seit dem 1. Oktober 1890 sich wesentlich verändert? Ich sage Nein! Herr von Caprivi und die Reichsregierung hat nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen das Ausnahmegesetz fallen lassen, sondern weil sie eingesehen haben, daß es den heutigen Staat untergraben, daß es die breiten Volksmassen erbittert und mit Mißtrauen gegen die Träger der Gesellschaftsordnung erfüllt — daß es in den weitesten Kreisen Haß und Verachtung gegen die bestehenden Zustände erzeugt hat. Hat doch Herr von Caprivi selbst gesagt: Jede Regierungsmaßregel wird von uns auf ihre Wirkung auf und gegen die Sozialdemokratie geprüft! Man hat eine andere Methode der Bekämpfung gewählt. Man sucht uns mit Scheingüte zu ködern, man giebt uns zum Schein einen Rechtsboden und will uns damit auf einen Boden locken, wo wir leicht ausgleiten können. (Zustimmung.) Ist aber das System geändert, ist der Kurs ein anderer geworden? Die Form hat sich geändert, und dem entsprechend haben wir ja auch unser Verhalten geändert. Einen, der mich an der Gurgel packt, behandle ich selbstverständlich anders, als Einen, der mit freundlichen Manieren vor mir steht und mir vielleicht gefährlicher ist, als jener. Wirtschaftlich und politisch ist das System nicht geändert. Grade jetzt, wo die Regierung trotz des herrschenden Nothstandes gegen den Willen des Landes hartnäckig an der Bismarck'schen Agrarpolitik festhält, wo sie sich beim Arbeiterschutzgesetz ganz unfähig zur bescheidensten Sozialreform gezeigt hat, wo das „soziale Königthum“ sein Unvermögen so handgreiflich erweist, da sollen wir hier auf den Keim hüpfen und sagen: Die Regierung meint es gut mit uns, jetzt wollen wir es mit ihr auch gut meinen! Diese Zumuthung ist es in Vollmar's Rede, was so große Beunruhigung, so großen Unwillen hervorgerufen hat.

Man hat mich getabelt, daß sich der „Vorwärts“ nicht sofort über die Rede ausdrückte. Nun — ich erwartete jeden Augenblick eine Richtigerstellung Vollmar's; ich glaubte nicht, daß er, dem ich eine radikale Überzutraute, etwas so Opportunistisches gefordert haben könne. Als die Sache dann weiter ging, ergab sich die

E

Nothwendigkeit, sie hier auf dem Parteitage zum Austrag zu bringen, wie auch den Streit mit den sogenannten Jungen. Der Fehler Vollmar's war, daß er annahm, die Taktik der Gegner hat sich uns gegenüber geändert, und deshalb müßten wir den guten Absichten der Regierung Rechnung tragen und gut Kind werden. Das ist ein schwerer Irrthum, der allerdings, wenn die Partei ihn theilte, dahin führen müßte, daß wir in den Opportunismus hineingeriethen und die Partei zu einer regierungssozialistischen würde. Wenn man derartig mit solchen Grundsätzen und gestützt auf einzelne abgerissene Äußerungen Anderer, die sonst ganz anders denken, operiren will, so ist das Regierungspolitik; und nähme die Partei diese Politik an, dann wären die Angriffe ehrlicher und unehrlicher Heißsporne, daß unsere Bewegung verflucht, verpufft, sowie opportunistisch, durchaus berechtigt. (Der Vorkühende erinnert daran, daß die Redezeit abgelaufen ist.) Leider ist meine Zeit abgelaufen! (Große Heiterkeit.)

Genug, auf den anarchisistischen Keim gehen wir ebensowenig wie auf den opportunistischen. Was die „Opposition“ zur Kritik der Taktik gesagt hat, das rechnen wir ihr nicht als Verloß gegen das Parteiinteresse an, dazu haben sie ein vollständiges, von Niemand bestrittenes Recht gehabt. Wenn die Jungen aber die Konsequenz dessen ziehen, was sie praktisch fordern, soweit ich daraus klug werden kann, — denn klar ausgesprochen hat es keiner —, dann müssen sie sagen: Der parlamentarische und gesetzliche Weg ist zu verurtheilen, der Parlamentarismus ruiniert und korrumpirt die Partei, fort mit ihm! Wir wollen die Propaganda der That, wir sind Anarchisten! Wenn Sie die Fähigkeit der Konsequenz, wenn Sie Courage haben, müssen Sie das sagen, sonst stehen Sie ja jämmerlich in der Mitte, schweben zwischen unserer und der anarchisistischen Taktik in der Luft, wie Sie ja so wie so in der Luft stehen.

Andererseits haben wir uns zu hüten vor dem Opportunismus. Der revolutionäre Charakter der Partei muß sorgsam bewahrt werden. Das Anpassen an die Verhältnisse darf nicht ausarten in feige, prinziplose Rechnungssträgererei, des Prinzips und Endziels muß sich die Partei bei all ihren Handlungen bewußt sein, und ihren revolutionären Charakter niemals vergessen, ihn stets zum Ausdruck bringen. Das ist es, was Vollmar vergessen hat, daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist, und daß alle übrigen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Wenn wir auch die Phrasen von der einen reaktionären Masse aufgeben, so müssen wir doch wissen, daß alle anderen Parteien fest zusammenstehen und daß sie eine Mauer bilden, die nicht mit Güte, mit schönen Redensarten aus dem Weg geräumt werden kann.

Sie muß erkürt werden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Volk. Die Partei muß Macht erlangen, muß eine solche Anhängerſchaft gewinnen, daß ſie ſchließlich einen ſo mächtigen Druck ausüben kann, daß keine Regierung zu widerſtehen vermag. Sagt man nun: wenn ihr die Majorität habt, dann kommen die Solbaten, ſo antworte ich: laſſen Sie uns erſt einmal ſoweit kommen, dann machen wir die Probe.

Wiſ jetzt hat ſich noch kein Regierungſyſtem auf die Dauer behaupten können gegen den ausgeſprochenen Willen der Majorität deſ Volkes — noch jede Regierung, die dagegen ankämpft, iſt geſtürzt worden. Und die Natur der ökonomiſchen Entwicklung bringt eſ mit ſich, daß in demſelben Maße, wie die Machtmittel der Bourgeoiſie zunehmen, ſie die Grundlagen und Hebel ihrer Macht untergraben und zerſtören muß. Der Kapitalismus tödtet ſich ſelbſt. Er revolutionirt die Geſellſchaft fortwährend, und in derſelben revolutionären Umgeſtaltung ſind auch die Menſchen begriffen. Glauben Sie denn, daß auch die Anſchauungen unſerer Gegner ſich mit ihren Exiſtenzbedingungen nicht allmählich ändern? Aus den wirtſchaftlichen Interereſſen entſtehen die politiſchen Anſchauungen. Sehen Sie doch, wie die Mittelſtände vernichtet werden, die Kleinen Leute niedergeworfen werden. Wo ſind Diejenigen in Deutſchland, denen das heutige Syſtem in 8 oder 10 Jahren noch von Vorteil ſein wird, die ein privates Interereſſe an ſeiner Aufrechterhaltung haben werden? (Heiterkeit.) Die Zahl derer, die ein Interereſſe an der Erhaltung deſ status quo haben, ſchmilzt immer mehr zuſammen, und die Zahl derer, die ein Lebensinterereſſe an der Beſeitigung deſſelben haben, wächst laminenartig. Und mit der wirtſchaftlichen Revolutionierung iſt auch eine Revolutionierung der Meinungen der Geiſter verbunden.

Gefüßt auf Wiſſenſchaft und Erfahrung, ſtark im Bewußtſein unſerer guten Sache gehen wir raſtloſ und unauffaſſam vorwärts. Benutzen wir geſchickt und klug die Thatſachen, die für uns wirken, und gebrauchen wir die Kampfmittel, in denen wir unſeren Feinden überlegen ſind, nicht aber diejenigen, in denen ſie uns überlegen ſind und deren Gebrauch ſie unzweifelhaft in Stand ſetzen würde, uns als Partei ſchwer zu ſchädigen, wo nicht zu vernichten. Wir haben unſere altbewährte Takik — der Weg iſt uns durch unſer Programm klar vorgezeichnet. Weichen wir nicht vor ihm ab. Vermeiden wir einerſeits den Sumpf opportuniſtiſcher Regierungspolitik; hüten wir uns anderereſſt vor anarchiſtiſchen Tollheiten! (Langanhaltender Beifall.)

Um 1¹/₂ Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Vorſitzender Kloß eröffnet die Verhandlungen um 3¹/₂ Uhr mit der Bekanntgabe einer Anzahl neuerdings eingegangener Zuſchriften und Telegramme.

Zu der Fortſetzung der Debatte über Punkt 3a und 3b der Tagesordnung erhält zunächſt das Wort:

C. W. Tölcke-Dortmund: Parteigenoſſen! Einige Aeufferungen in der geſtrigen und heutigen Debatte geben auch mir Veranlaſſung, das Wort zu ergreifen. Zunächſt iſt da von Herrn Wildberger behauptet worden, daß von jeher in der Partei Oppoſition geweſen wäre, er hat ſich namentlich berufen auf die früheren Parteigenoſſen Haſſelmann und Moſt. Eſ iſt ferner im Allgemeinen ſagat worden, Oppoſition muß ſein! Ich halte das für falſch. Oppoſition muß nicht ſein, aber ſie darf ſein können, vorausgeſetzt, daß ſie ſachgemäß iſt und nicht ſo beſchaffen, wie die ſogenannte Berliner Oppoſition.

Herr Bebel hat in ſeinen Ausführungen über die biſherige und zukünftige Takik u. a. Bezug genommen auf den früheren Allgemeinen Deutſchen Arbeiterverein und hat behauptet, daß dieſer bekanntlich von Laſſalle begründete Verein, in dem ich auch theilweiſe eine ziemlich hervorragende Stellung eingenommen habe, nichts weiter bezweckt hätte als die Erringung deſ Allgemeinen Wahlrechtſ. Der Vorſchlag Laſſalle's, auf dieſem Wege die politiſche Macht zu erlangen, war darauf gerichtet, daß dann mit Staatſhülfe Produktivengeſellſchaften errichtet werden könnten — waſ ja nach dem neueren Entwurf in Wegfall kommen ſoll, womit, wie ich perſönlich überzeugt bin, bei dem heutigen Stand der Wiſſenſchaft auch Laſſalle, wenn er noch lebte, einverſtanden wäre. Aber eſ iſt auch an den Reden und Schriften Laſſalle's eine Kritik geübt worden durch den früheren Redakteur deſ „Sozialdemokrat“, Herrn Bernſtein in London, und gegen dieſe Art von Kritik möchte ich denn doch aus Leibeſträfen proteſtieren. Laſſalle hat bekanntlich auf Grund einer Aufforderung eineſ ſächſiſchen Arbeiterkomiteeſ ſeine Vorſchläge gemacht; eſ wurde von ihnen angefragt, waſ ſie thun ſollten, ſie ſeien vom Nationalverein, der eſ abgelehnt habe, das allgemeine Stimmrecht auf ſeine Fahne zu ſchreiben, zurückgewieſen worden; man habe ihnen ſagat, von den Abgeordneten, die auf dem Boden deſ Dreiklaſſenwahlſyſtemſ gewählt ſind, ſei doch eine ganz prächtige Oppoſition gemacht worden, waſ wolle man mehr? Da hat Laſſalle ihnen ſagat: Gerade ihr müßt das allgemeine Stimmrecht zuerſt zu erwerben ſuchen, und wenn ihr das habt, dahin drängen, daß ſtatt der von Schulze-Deligiſch empfohlenen Genoſſenſchaften mit Selbſthilfe ſolche mit Staatſhülfe errichtet werden. Eſ war ein wahres Glück, daß Laſſalle in den

Schulze'schen Projekten ein Gegenstück hatte, an das er anknüpfen konnte. Er mußte eben, weil er die Arbeiterklasse und zunächst die industriellen Arbeiter hinter sich haben wollte, an diesen vorhandenen Gegensatz anknüpfen, mußte sagen: Mit der Selbsthilfe ist es nichts, ihr müßt Staatshilfe fordern, und darum das allgemeine Wahlrecht erringen! — Man hat später auch Cassale verdächtigt, daß er da vielleicht Hintergedanken gehabt hätte, man hat später seine Taktik verurtheilt, weil das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins später unter der Leitung von Dr. v. Schweizer den Bismarck zuviel lobte, und da haben Mitarbeiter, welche am Kopf der ersten Nummer des „Sozialdemokrat“ verzeichnet waren, sich jede Mitarbeiterschaft an diesem Blatte verbeten. Dazu gehörten u. a. der damalige Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Friedrich Engels, Herwegh, Moritz Heß, Liebknecht, Marx und der Oberst Brigadier Rühlow in Zürich, auch Professor Wuttke in Leipzig. Der letzte Anhänger dieser Taktik des „Sozialdemokrat“ war Heß in Paris, wohl eigentlich der älteste Sozialist Deutschlands. Aber auch dieser trennte sich später, als von dem Gassfeld'schen Allgemeinen Arbeiterverein nach dem Kriege von 1866 plötzlich die Parole ausgegeben wurde: „Durch Einheit zur Freiheit“. Zur Schlichtung der zwischen dem Schweizer'schen und Gassfeld'schen Arbeitervereinen bestehenden Differenzen über die zu verfolgende Taktik und speziell zum Entscheid über jene Parole wurde 1866 gerade hierher nach Erfurt eine Generalversammlung berufen, bei welcher auch die beiden Präsidenten zugegen waren. Zunächst wurde bis in die Nacht hinein debattirt. Die Gräfin und Schweizer statteten sich gegenseitig Besuche ab, aber die Majorität der Delegirten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war gegen diesen Grundsatz, und so ging das Verhandeln bis 2, 3 Uhr Nachts. Die Gräfin logirte hier im Gasthof, und es wurden immer Deputationen an sie abgesandt, und die mußte sie so zu fesseln, daß die Herren, es waren vielleicht 8 Delegirte, gar nicht wieder zurückkamen. (Große Heiterkeit.) Da hieß es denn, wir müssen sie auffordern, sofort wieder zu erscheinen, widrigenfalls wir den ganzen Kram aufheben — und da blieben die Nachgesandten auch wieder aus (erneute Heiterkeit) und erst, als schließlich ein Ultimatum gestellt wurde, so daß die Betreffenden riskirten, in der nächsten Viertelstunde ausgeschlossen zu werden, da kam denn die ganze Sippchaft und berichtete, die Gräfin befehle auf ihrem Willen. Wie so manche Intrigue da gespielt hat, erklärt sich auch dieser Vorgang aus der Absicht, die Marx'sche Richtung, die durch Liebknecht in Süddeutschland und besonders in Sachsen an Ausdehnung gewann, in Deutschland nicht aufkommen zu lassen.

Daß die Opposition auf allen Generalversammlungen und

E

Kongressen vorgeherrschet haben soll, damit hat Wildberger zum Theil Recht. Es ist immer opponirt worden, aber von welcher Seite? Am meisten von Gassfeldmann, der rechten Hand Schweizer's. Von dieser Seite wurde alles versucht, das Aufkommen der Marx'stischen Richtung zu hintertreiben. 1870 kam an Schweizer ein Brief, da hieß es, die Leipziger sind schon bis Magdeburg vorgedrückt, es wird nicht lange dauern, dann haben wir sie auch in Berlin; was soll dagegen geschehen? Ich weiß nicht, was er geantwortet hat, aber es erfolgten dann jene erbitterten Kämpfe zwischen den beiden Strömungen und das hat so lange gedauert, weil man jede Verbindung unter diesen beiden Strömungen zu hindern suchte, bis endlich in Folge der staatlichen Verfolgungen bei den Mitgliefern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Glaube an die Unangreifbarkeit ihrer Organisation zerstört und durch den Ausfall der Wahlen 1872 das Thörichte des Bruderzwistes für uns Alle klargestellt wurde.

Bei der letzten Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hannover 1874 wurde von Gassfeldmann der Versuch gemacht, den damaligen Präsidenten Gassfeldmann von seinem Amte zu entfernen. Gassfeldmann suchte die Versammlung dazu zu veranlassen, weil er selbst Präsident werden wollte — dann wäre der Verein allerdings in den richtigen Händen gewesen. Das habe nun freilich gerade ich persönlich durchkreuzt und gesagt, ihr dürft dem Burschen das Präsidium nimmermehr anvertrauen. Es wurde denn auch abgelehnt, und vier Tage nachher wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von dem Berliner Präsidium für Preußen verboten. Fast zugleich wurde auch die Organisation der sogenannten Eisener Bewegung, der Marxisten, für ganz Preußen verboten. Diese Vorgänge haben auf die Einigung von 1875 mit hingewirkt.

Es ist ferner ein Irrthum Wildberger's, Most hier als einen Opponenten hinzustellen. Most hat inmerhalb der Partei niemals eine oppositionelle Stellung eingenommen. Er war auch ein Anarchist, aber nachdem er in Plöhsensee seine bekannten Studien gemacht hatte und, von dort entlassen, aus Berlin ausgewiesen worden war, ist er nach London übergesiedelt. Soweit ich ihn habe beurtheilen können — ich habe ihn nur ein einziges Mal gesehen und gesprochen — war er ein durchaus unschädliches Menschenkind, aber ziemlich konfus und zu Extravaganzen geneigt. In London ist er schließlich nach allerlei Sprüngen zu den Bakuninisten übergegangen, aus denen sich die Anarchisten rekrutiren. Gassfeldmann hat, nachdem er in Verbindung mit Karl Schneid die ganze Bewegung noch von Hamburg aus zu schädigen versucht hatte, sich nach Belgien gegeben und dort behauptet, er hätte wegen seiner vielen Anzeigen aus Hamburg ausreisen müssen. Die Belgier erkundigten sich in Hamburg und erfuhren, es wäre kein wahres

E

Wort daran. Zu der Zeit, als er ausrückte, schwebte gegen Hasselmann nicht eine einzige Anklage; er hatte überhaupt während seiner ganzen Redaktionsbätigkeit, da er niemals als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte, weder irgend eine Strafe noch Anklage erhalten. Schweitzer hat allerdings wohl hie und da einmal eine Strafe scheinbar zudiktirt erhalten, weil er das Bedürfnis hatte, in entscheidenden Augenblicken, wo es sich um die ganze Existenz des Vereins handelte, sich in seine Villa Kummelsburg zurückzuziehen und mir die Verantwortlichkeit für alles das, was im Verein geschah, zu übertragen.

Es war eben, daß zwischen den beiden Strömungen — Eisenacher und Lassalleaner — eine bittere Feindschaft bestand; aber in der Voraussetzung, daß diese so eingewurzelt sei, um eine Vereinigung dauernd zu hindern, hat Lessendorff sich getäuscht; ich persönlich habe Veranlassung gegeben, daß ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Sobald Lessendorff bewiesen war, daß seine Voraussetzungen nicht zuträfen, wurde er als erster Staatsanwalt abgesetzt oder vielmehr verfest, scheinend mit höherem Rang als Landgerichtspräsident. Jetzt ist er ja Oberreichsanwalt in Leipzig, und das Reichsgericht ist ja auch hienämlinglich bekannt. (Weiterleit.)

Wenn nun die Herren, Wildberger und seine Freunde, in der Meinung Opposition muß sein, sich dazu verstanden haben, diese Opposition in Berlin zu leisten, so ist das im höchsten Grade zu bedauern. Wenn sie sich aber gerade auf Herrn Hasselmann berufen, der später bekanntlich nach Amerika ging und dort sich als Anarchist aufspielte, und wenn sie glauben eine Opposition in Berlin führen zu können, wie Hasselmann sie in Deutschland einzurichten versucht hat, wie er sie auch in Amerika versucht hat und damit ganz gründlich durchgefallen ist, dann sind sie gewaltig im Irrthum. Ich möchte Ihnen nicht empfehlen, die früheren in dieser Richtung gemachten schweren Verstöße zu wiederholen, es werden damit die Interessen der Arbeiterpartei im höchsten Grade gefährdet. Dafür kann Niemand besseres Zeugniß ablegen, als gerade ich. Ich habe diese Kämpfe mit durchmachen müssen. Ich hatte bis 1875 den Genossen Liebtnecht nicht persönlich kennen gelernt und hatte Bebel nie gesehen, Most auch nicht; ich kannte keinen einzigen von diesen Parteigenossen — und was Demen alles für Verbrechen und Vergehen gegen die Arbeiterpartei aufgebürdet wurden, das könnte ich Ihnen alles noch jetzt detaillirt schriftlich und gedruckt nachweisen. Von beiden Seiten wurden alle denkbaren Beschuldigungen erhoben, bis sich schließlich herausstellte, daß alles erfunden gewesen war und zwar von Seiten der Herren Schweitzer und Hasselmann. Der Ehrenmann Schneidt erschien erst später auf der Bildfläche. Dieser letztere hat gerade auch während des großen Bergarbeiterstreiks sich im Wahlkreise Dortmund, den ich hier vertrate, eingefunden und

E

versucht, dort einzuwirken; dasselbe war bei der Maifeier im vorigen Jahre der Fall. Er war dort, die Bergleute kannten ihn nicht. Er gab sich für einen Berichterstatter der Berliner „Volk-Zeitung“ aus, hat denn auch während der Versammlungen Notizen gemacht und ist dann wieder abgefahren. Es ist ihm gerathen worden, nicht wieder in dieses Mevier zu kommen, mit heiler Haut würde er es nicht verlassen. (Weiterleit.) Ja, wenn die Bergleute ein derartiges Versprechen Jemand gegeben haben, halten sie es auch. (Große Heiterkeit.) Herr Schneidt ist seitdem nie wieder dageswesen, vor dem sind wir geschützt.

Ich habe diese Bemerkungen machen müssen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie es mit der Opposition ausgesehen hat. Jetzt heißt es: Die „Alten“ und die „Jungen“. Parteigenossen! Wenn die Alten nicht gewesen wären, wo wären denn heute die Jungen? Wenn man damit sagen will, die Alten hätten sich überlebt, da irren die Jungen. Sollten sie dieselben Kämpfe durchmachen müssen, die wir durchgemacht haben, dann würden sie innerhalb Jahresfrist zu Grunde gehen, ich bürgte ihnen dafür. Als die Bewegung in Deutschland durch Lassalle hervorgerufen wurde, war es außerordentlich schwierig, irgendetwie die Arbeiter dafür zu interessiren. Es wäre falsch gewesen, wenn man von vornherein mit dem wissenschaftlichen Sozialismus begonnen hätte, weil man keinen einzigen Arbeiter mit wissenschaftlichen Deduktionen hinter seiner Feuersesse hätte hervorlocken können. Es mußte an die tatsächlichen Verhältnisse angeknüpft werden. Wenn Lassalle das nicht gethan und solche Anknüpfungspunkte nicht vorgefunden hätte, dann wäre es ihm gerade so gegangen, wie Marx und Engels in London; sie werden auch da mit den schönsten wissenschaftlichen Beweisen und Postulaten keinen einzigen Arbeiter von seinen Verbindungen ablösen können. Deshalb ist Deutschland für die Sozialdemokratie der Welt ein Muster geworden dafür, daß man die Agitation den vorhandenen Zuständen anzupassen hat.

Das Alles bitte ich von beiden Seiten zu berücksichtigen und den Grundsatz „Opposition muß sein“ fallen zu lassen, weil er grundfalsch ist. Es muß jedem Parteigenossen freistehen, seine eigene Meinung über eine Frage in der Partei auszusprechen, aber wenn er im Irrthum gewesen ist, dann muß er auch sofort den Beschlüssen des Parteitagcs sich fügen. Wenn er das nicht kann, beweist er, daß er unfähig ist, Sozialdemokrat zu sein. Danach mügen Sie auch in diesem Fall Ihr Urtheil fällen. Mit der Bebel'schen Resolution bin ich vollständig einverstanden und bitte Sie, sie einstimmig anzunehmen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Sailer-Luckenwaide: Wenn Wildberger auch die Arbeiter-schutzgesetzgebung für geeignet erklärt, die Sozialdemokratie zu ver-pumpfen, so verkennt er ganz und gar die wirthschaftlichen Ver-

E

hältniffe. Wenn ein Arbeiterschutß die Sozialdemokratie tödten soll, dann kann es nur ein solcher sein, der das Glend von den Massen wegnimmt, der die ungeheure industrielle Reservearmee vom Erdboden verschwinden läßt. Die heutige Gesellschaft kann das nicht. Unmöglich also kann die Sozialdemokratie, wenn sie diese Forderung vertritt, versumpfen.

Volderauer-Karlsruhe spricht gegen die von der Opposition befürwortete Taktik an der Hand der von ihm bei der Agitation in Baden gemachten Erfahrungen, dabei ein anschauliches Bild der dortigen Agitation entrollend.

Von Dertel-Mürnberg wird folgendes Amendement zum Antrag Bebel eingebracht:

„Beantrage zu dem Antrag Bebel's in Absatz 6 nach den Worten: „immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben“, einzuschalten:

„Der Parteitag erklärt hierbei ausdrücklich, daß er den Standpunkt, welchen Vollmar in seinen zwei Münchener Reden vom 1. Juni und 6. Juli d. J. mit Bezug auf die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und die einzuschlagende neue Taktik eingenommen hat, nicht theilt, sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet.“

Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Grothe-Halle: Obwohl Bebel gestern so glänzend über die Taktik gesprochen hat, habe ich mich doch für den letzten Theil der Rede nicht erwärmen können, wo Prophezeiungen in die Welt gesetzt werden. Diese Erörterungen über die Kriegsgefahr, diese ganzen weitausschauenden Ideen halte ich für eher schädlich als nützlich. Wir sollten nur zum Volke sagen, der Krieg ist absolut zu vermeiden, wenn die Wölfer ihrer Macht sich bewußt werden und thatsächlich sich nicht mehr zum Spielball der Regierungen benutzen lassen. Aus der Geschichte sehen wir, daß durch Kriege die Bewegung stets zurückgeworfen wurde. Vollmar hat mit Recht auf die Kommune hingewiesen. So gut damals nur für Paris gesorgt wurde, und nichts für die Provinz geschah, woraus dann der Untergang der Kommune sich ergab, ebenso einseitig könnte unsere Bewegung sich entwickeln, wenn es nach den Ideen der Opposition ginge. Die Auffassung Vollmar's vom neuen Kurs kann ich nicht theilen. Der Bericht des Parteivorstandes erzieht, daß in dem Jahre vom 1. Oktober 1890/91 an Prozeß- und Gefängnißkosten 5987,35 Mark ausgegeben wurden. Da kann doch von einem neuen Kurse keine Rede sein. Nach demselben Bericht belaufen sich die in den 11 Monaten, von November 1890 bis September 1891, erkannten Strafen auf 87 Jahre 6 Monate 25 Tage Gefängniß und auf 18 362,30 Mark Geldbuße. Diese Mittheilungen des Geschäfts-

berichts werden auch Vollmar überzeugen, daß es mit der Erweckung rofiger Hoffnungen auf den neuen Kurs eine zweifelhafte Sache ist.

Die Opposition hat scharf getadelt, daß der Achtstundentag erst für 1898 gefordert wurde. Der stappweise Uebergang ist der einzige praktische Vorschlag. Wenn die Fraktion heute den Achtstundentag einfach verlangt hätte, würde sie ausgelacht worden sein. Wenn die Opposition für sich die besondere Parteithätigkeit in Berlin in Anspruch nimmt, wenn sie ganz besonders die Bewegung dort unter dem Ausnahmegesetz hochgehalten haben will, so ist das grundfalsch. Der Einzige, der bereits längere Zeit, und auch dieser erst seit 7 Jahren, in Berlin ist, ist Werner. Die Anderen sind alle miteinander erst bedeutend später in die Bewegung hineingekommen, als thatsächlich die Zügel des Gesetzes schon bedeutend locker gelassen waren. So stehen die Sachen. Als die Zügel stramm gehalten wurden, war von den Herren Wiltberger u. s. w. nicht die Rede; da waren es Andere, wie ja Schulze-Magdeburg bezeugen kann, der leider ebenfalls bedauerlicher Weise zur Opposition neigt.

Schweer-Hamburg I beschwert sich, daß das Bureau wiederholt die Redezeit von 10 Minuten habe überschreiten lassen.

Hierbach-Königsberg N.-M.: Ich habe mich absichtlich bei Punkt 1 nicht zum Worte gemeldet, weil ich gespannt darauf war, zu hören, was die Opposition für Anlagematerial vorbringen würde. Ich habe wahrnehmen müssen, daß von alledem, was man in öffentlichen Versammlungen in Berlin verbreitete, hier nicht gesprochen worden ist, sondern daß man sich zum großen Theil mit Dingen befaßt hat, über die unter den Genossen gar kein Streit besteht. In Berlin hat man in schärfster und gehässigster Weise nicht allein die gesammte Fraktion, sondern auch die einzelnen Personen, welche auf dem Standpunkt der Parteileitung stehen, angegriffen und verächtigt. Wenn man den Muth hatte, in einer Stadt wie Berlin ein Flugblatt hinauszulassen, das geradezu von Anschuldigungen frohzt, dann ist man verpflichtet, auch mit seinen Beweisen für so schwere Anklagen hervortreten. In der letzten Volksversammlung in Berlin VI, wo Werner über den Erfurter Parteitag referirte, erklärte er, wenn das so weiter mit der Taktik der Partei gehe, und wenn die Partei sich herausnehmen sollte, die Opposition auszuschließen, dann werde diese, trotzdem sie heute noch über kein Blatt verfüge, doch zu einem eigenen Organ gelangen. Werner hat weiter gesagt: wenn es in diesem Sinne weiter geht, dann seien Sie versichert, daß in allernächster Zeit ein Flugblatt erscheint, wogegen das alte ein reiner Waisentnabe ist. Solche Ansprüche sind da gethan worden. Dazu kommt der schon erwähnte Kampffonds im VI. Wahlkreise. Auch zu diesem Fonds muß der Parteitag ganz entschieden Stellung nehmen. Es ist einer Partei unwürdig, Elemente in ihrer Mitte zu haben, welche einen

Fonds gründen, um gegen die Interessen der Partei zu arbeiten. An Ihnen liegt es, ein Exempel zu statuiren.

Dertel-Mürnberg hat den Wortlaut seines Antrages dahin geändert, daß die letzten Worte „sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet“ fort-fallen sollen.

Auerbach: Wir meinen, daß die Taktik der Partei in manchen Fällen schon dazu geführt hat, und, wenn kein Einhalt geboten wird, noch mehr dazu führen wird, die sozialdemokratische Partei in eine solche des Possibilismus umzuwandeln. Singer hat Wildberger's Aeußerungen wegen der Haltung bei den Stichwahlen mit dem Hinweis auf die Haller Beschlüsse abfertigen zu können geglaubt; ja, damit ist doch die Frage der Taktik bei den Stichwahlen nicht abgemacht. Wir stehen einmal auf dem Standpunkte, daß wir für falsch und gefährlich halten, bei den Stichwahlen für den Kandidaten irgend einer anderen Partei einzutreten, und wie gefährlich das wirkt, wenn ein solcher Beschluß nicht klipp und klar gefaßt ist, werde ich aus den Flugblättern für Heine beweisen. Damals, 1884, stand Heine in Stichwahl mit dem freisinnigen Büchtemann. Es war in einer Versammlung der Freisinnigen von deren Vorsitzendem erklärt worden, es wäre eine Schmach und Schande, wenn in Magdeburg auch nur 1000 Stimmen für den Konservativen abgegeben würden. Mit Bezug hierauf heißt es in dem Flugblatt für Heine, ob wohl ein ehrenwerther konservativer Mann oder überhaupt ein Mann von Ehre einem Vertreter dieser freisinnigen Partei seine Stimme geben könne. — So das Flugblatt Heine's gegen einen freisinnigen Gegenkandidaten. — Nehmen wir nun das Flugblatt von 1890 aus Calbe-Mscherleben; da handelte es sich zufälliger Weise um einen Kampf mit einem Konservativen, und da heißt es nun im Flugblatt: „Wähler! Ganz Deutschland blüht mit Spannung auf unseren Wahlkreis; unser Sieg in Calbe-Mscherleben bedeutet einen Triumph für die ganze zivilisirte Welt. Der Arbeiterstand ist verklärt, der Bauernstand wird aufgefogert; sollen diese Zustände trotz der kaiserlichen Erlasse ewig so bleiben?“ — Sie sehen, Heine hat eine Vorliebe für kaiserliche Erlasse! (Geisterzeit.) — „Nimmermehr! Die Erlasse des Kaisers müssen zur vollen Durchführung gelangen! Wer das erstrebt, wähle unseren Kandidaten!“ Weiter heißt es: „Welche Angriffe schleudern diese Herren der Partei Diebe auf den Deutschfreisinnigen und den Mann der Arbeiterpartei! Wir, die Männer der Freiheit und des Fortschritts, müssen daher aufpassen, gemeinsam den gemeinsamen Feind bekämpfen! Nur langsam können wir zum Ziele kommen; wir müssen ausharren und kämpfen um Verminderung der Arbeitszeit — nicht plötzlich, sondern allmählich —, Vermehrung des Lohnes — nicht plötzlich, sondern allmählich —, bis wir alle Arbeiter frei

F

und glücklich gemacht haben! Das ist unser Ziel, ein edles Ziel, des Ringens werth; mit Freuden sehen wir, wie bisher, Gut und Freiheit dafür ein.“ (Rufe: Sehr richtig!) Ich glaube, daß Sie auf dem Standpunkt Heine's stehen; für mich aber nehme ich in Anspruch, es nicht für richtig zu finden, wenn von einem Sozialdemokraten für einen Sozialdemokraten ein solches Flugblatt herausgegeben wird. — Heine glaubt dann noch die Sozialdemokraten gegen den schweren Vorwurf, daß sie die Ehe aufheben und die freie Liebe einführen wollten, verteidigen zu müssen (Ruf: Natürlich!); er bezeichnet ihn als albernen Quatsch.

Dr. Schönlant: Die Reden des Herrn v. Vollmar in München hätten viel eher von einem volksparteilichen, als einem sozialdemokratischen Manne gehalten werden können. Es ist ein geradezu bewundernswerther Optimismus, wenn man zwei Tage nach Caprivi's Erklärung, die Kornzölle nicht aufzuheben, die Hoffnung ausdrückt, daß man auch in politischen Sachen von der Regierung Konzessionen auf dem Wege der Verhandlung erwarten könne. Darin hat sich Vollmar getäuscht wie in anderen Punkten. Er sieht die Bismarck'sche Gewaltpolitik beseitigt und erkennt gerade darin den neuen Kurs. Bei Gelegenheit der Berathung der Unteroffizierprämien im Reichstage hat aber Caprivi erklärt, er rechne darauf, daß es einmal zum Straßenkampf käme und für diesen müßten die Unteroffiziere warm gehalten werden. Solche Dinge sind gesprochen worden, und Vollmar redet davon, daß der Weg der Verhandlung betreten werden müsse! Seine Rede war eine volksparteiliche, nicht aber eine sozialdemokratische. Wegen eines zufälligen Ereignisses, wegen des Sturzes Bismarck's verlangt er eine Aenderung der Tendenz unserer ganzen Bewegung, nicht bloß der Taktik; er will an die Stelle der revolutionären Auffassung, daß nur durch Umänderung der Produktionsweise die heutige Unterdrückung der Arbeiterklasse beseitigt werden kann, eine gemüthliche bürgerliche Arbeiterpartei setzen, er will uns abspesen mit kleinen Broden! Von Niemand mehr als von ihm hat mich das gewundert, solche Ausführungen zu hören. Vollmar war als einer der Radikalsten in der Partei bekannt, und plötzlich entpuppt er sich als ein Opportunist, wie er schöner nicht gedacht werden kann. Er hat sich früher doch ein bißchen anders festgelegt. Im Jahre 1882 hat er in Zürich eine Broschüre erscheinen lassen, worin er ausführt, daß es schädlich wäre für die Partei, wenn das Ausnahmegesetz aufgehoben würde, wir müßten nicht nur die Evolution, sondern auch die Revolution wollen, wir acceptirten zwar alle Zugeständnisse, gäben uns aber damit nicht zufrieden. (Hört, hört!) Noch im vorigen Jahre galt Vollmar in Halle als Schirmherr und Schutzpatron der Berliner Opposition. Ich kann mir daher den Seelenschmerz der Berliner „Jungen“ schon vorstellen, der sie er-

E

griffen hat, als sie diese Rede vom 1. Juni lasen und nun sahen, wie Vollmar vom großen Revolutionär zu einem Sozialdemokraten in Schnallenschuhen und Escarpins gekommen ist.

Die Herren von der Opposition sind so autoritätslüchtig, daß sie sich an die Liebknecht'sche Broschüre klammern und durchaus danach handeln wollen; von geschichtlicher Entwicklung scheinen sie keine Ahnung zu haben. Wenn Auerbach sich mit Suffizienz von den Bauern und Kleinbürgern abwendet, und die Berliner und Magdeburger für die Hauptsache erklärt, nach denen sich alles zu richten habe, so muß man doch fragen: Was wollen sie eigentlich von der Partei? Soll das eine geschlossene Gesellschaft werden, wie etwa ein Stammtisch mit der Warnungstafel „Reservoir“? Wenn Wildberger die Stellung prinzipieller Anträge verlangt, möge er doch seine Wünsche der Fraktion einreichen! Die Fraktion wird jede Anregung mit Dank entgegennehmen, aber nach seiner heutigen Rede traue ich ihm die Sachkenntnis nicht zu. Wer so wie er mit einem durch Sachkenntnis nicht getrübbten Blick über englische Verhältnisse, über Marx spricht, keine Spur von Ahnung über die Entwicklung der Arbeiterfrage in England hat, der ist auch zu beratigen Anregungen nicht befähigt.

Kalnbach-Karlruhe erklärt, daß ihm die heutigen Ausführungen Vollmar's doch wesentlich abgeschwächt gegenüber den gedruckten Reden erscheinen. Uebrigens glaubt Redner, sowohl bei Vollmar wie auch bei der Berliner Opposition an den ehrlichen Willen, der Partei zu nützen und würde er deshalb wünschen, daß es zu keinem Bruche komme.

Ein erneuter Schlußantrag wird abgelehnt.

Agfter wendet sich gegen Vollmar's Äußerungen über Lockerung der Disziplin in der Partei im Verhältnis zu deren Anwachsen, sowie gegen seine Darlegung über die Stellung zur Frage des nächsten Krieges, und polemisiert gegen Wildberger's Auffassung von der Bedeutung der Wahlagitation.

Scholz-Berlin VI.: Es ist charakteristisch, daß die Vertreter der Opposition in Berlin nicht gemein genug handeln können, während sie hier die Sammetpöfchen zeigen. Ich gebe zu, daß man in Berlin von vornherein nicht scharf genug gegen die Opposition vorgegangen ist. Man hat die sanguinische Hoffnung gehabt, daß eine Besserung eintreten werde; wir sind eines Besseren belehrt worden. Ich möchte Sie bitten, den direkten Ausschluß der Wildberger und Genossen abzulehnen, aber die Resolution so zu fassen, daß es den Berliner Genossen ermöglicht wird, in Berlin mit diesen Elementen reinen Tisch zu machen. Nicht die bisherige Taktik der Partei, sondern die Taktik der Opposition forumpirt die Partei.

Storch-Stettin ist zunächst der Meinung, daß die Fraktion schon für 1891 den Achtstundentag hätte fordern müssen. Redner

E

kommt sodann auf die Berliner Opposition zu sprechen und meint, wenn man den Ausschluß der Opponenten nicht aussprechen wolle, solle man wenigstens die Resolution mit der Bestimmung annehmen, daß, wenn der Parteitag gesprochen hat und die Opposition weiterhin so vorgehe wie bisher, die Parteileitung das Recht habe, ohne den Beschluß des Parteitages abzuwarten, diese Elemente aus der Partei zu entfernen. (Zustimmung.)

Löwenstein-Münsterberg: Meine Wähler haben mich beauftragt, den Ausdruck ihrer Mißbilligung über die sogenannte Berliner Opposition zur Kenntniß des Parteitages zu bringen. Sie billigen voll und ganz die Taktik, welche bisher, namentlich von Seiten der Parteileitung, befolgt worden ist. Sie haben sich auch entschieden gegen die Vollmar'schen Anschauungen ausgesprochen.

Trifse-Leipzig: Man hat zwischen berechtigter und unberechtigter Opposition nicht immer richtig unterschieden. Wäre dieser Fehler nicht vorgekommen, dann hätten wir heute vielleicht nicht mit so unerquicklichen Thatsachen zu rechnen. Aber es ist bezeichnend, daß eine Broschüre aus dem Jahre 1869 die Unterlage bildet zur Befürwortung einer Taktik, welche Liebknecht so und so viele Jahre hinter sich hat. Diese Leute sind eben nach dem volksthümlichen Ausdruck ein bißchen spät aufgestanden. Unsere bisherige Taktik hat doch vermöge des Parlamentarismus den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu Stande gebracht und den Kapitalismus in Schach gehalten.

Werner-Teltow: Ich gestehe ganz offen zu, daß ich seit der letzten Reichstagswahl in etwas meine Anschauungen über den Parlamentarismus geändert habe. Ah! Ein Theil meiner Genossen und ich wünschen Parlamentarismus, aber nicht zuviel. Wir haben uns gefragt, was wird dann werden, wenn wir einmal 100 Abgeordnete bekommen? Ich glaube, es wird der parlamentarischen Thätigkeit der Regel vorgezogen werden, weil wir einfach das Geld für die Diäten nicht werden aufbringen können. (Oh!) Liebknecht hat 1891 den anderen Parteien im Reichstag mit Recht vorgeworfen, daß sie die Diktatur des Kapitalismus etablierten, und Bebel hat gesagt, und das wurde ihm sogar von dem Minister Bötticher bestätigt: „Sie, meine Herren, am Bundesrathstisch, Sie sind die Kommiss der bestehenden Klassen!“ Muß man sich nach solchen Erklärungen nicht wundern, wenn dann ein Vertreter derselben Partei hintritt und dem Bundesrath das Recht zusprechen will, daß er noch mehr Betriebe unter die Arbeiterschutzgesetzgebung stellen darf? Daß die Partei in der That eine Opportunitätspartei geworden ist, beweist die Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren. Liebknecht hat auf dem Haller Parteitag gesagt, die Bourgeoisie will und kann uns keine Erfolge erzielen lassen. Nun ist es aber doch eine Opportunitätspolitik, wenn man sagt, im

E

Jahre 1890 wollen wir den 10stündigen, 1894 den 9stündigen und 1898 den 8stündigen Arbeitstag. Wir können doch heute garnicht wissen, wie weit sich die Technik entwickelt und ob wir überhaupt 1898 noch einen Achtstundentag zu fordern haben. (Heiterkeit.)

Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei.

Auf Antrag Meiß wird Werner die Redezeit verlängert.

Werner (fortfahrend): Mit diesem opportunistischen Standpunkt haben wir uns auf die schiefe Ebene begeben; Vollmar ist dabei der konsequenteste. Nach allem, was sich jetzt in der sozialdemokratischen Partei geltend macht, konnte man nach der Mahnung: Immer langsam voran, daß der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann! vielleicht 1899 die Verstaatlichung der Apotheken, 1903 die Abschaffung der Zölle fordern u. s. w. (Lachen.) Bei der Frage der Sonntagsruhe hat aber Singer gesagt: wir müssen das Bestreben haben bei dieser Einrichtung, allen beteiligten Kreisen nach Möglichkeit entgegenzukommen und ihnen die Eingewöhnung in diese neuen Verhältnisse bequem zu machen. Ja, meine Herren, wenn das nicht Opportunitätspolitik ist, dann weiß ich nicht, was dieses Wort bedeutet. (Singer: Sehr richtig!) Bebel hat es in der letzten Zeit nicht daran fehlen lassen, auch recht stark in Chauvinismus zu machen. Er hat in Berlin in einer Rede gesagt, wir müssen uns gegen das Ruffenthum wenden, wir müssen in den Kampf ziehen Schulter an Schulter mit unseren wirtschaftlichen und politischen Gegnern. Ich meine, der Kriegsminister wird jedenfalls in der nächsten Reichstagsession mit lächelnder Miene Herrn Bebel die Rechnung vorzeigen und sagen, bitte, wollen Sie gefälligst die Zeche bewilligen? Ich frage, auf welche Bahn gerathen Sie denn eigentlich? Wir halten an dem Gedanken fest, den Liebknecht ausgesprochen hat: Prinzipien sind untheilbar. Man fragt: Ja, wo soll dies ein Ende nehmen: Ich will mir nicht den Kopf zerbrechen, ob es auf dem Wege der blutigen Revolution geschehen soll. Die Sache kann auch einen anderen Verlauf nehmen. Es können die Organisationen der Arbeiter, auch die Gewerkschaftsorganisationen, zu einer gefährlichen Macht für die bürgerliche Gesellschaft werden. Der Zirkulations- und Produktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft könnte an einem Tage zum Stillstand gebracht werden (Unruhe), und dann ist es doch notwendig, daß wir zielbewußte Sozialdemokraten haben und nicht Leute, die nicht wissen, warum sie Sozialdemokraten sind. (Beifall bei der Opposition.)

Auer: Wenn Vollmar geglaubt hat, der Bebel'schen Resolution zustimmen zu können, wenn auch aus anderen Gründen als Bebel, so ist er mit sich selbst in Widerspruch gerathen, denn in der Resolution Bebel ist ausdrücklich ausgesprochen, es läge kein Grund

E

vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Vollmar ist aber zweifellos in seiner Rede sowohl wie in seiner Broschüre für die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Taktik eingetreten. Es werden nicht Viele im Saale sein, die in Bezug auf eine Reihe praktischer Punkte, die Vollmar angeführt hat, so sehr seine Auffassung theilen, wie ich. Ich bin auch der Meinung, daß die praktischen Gesichtspunkte hervorgehoben werden müssen; ebenso meine ich, daß beim Prophezeien nichts herauskommt, ich überlasse andererseits aber auch gern dem Genossen Vollmar, der dazu ja in Folge seiner Verhältnisse die nöthige Zeit hat, die Spekulation über die auswärtige Politik. Mir ist es so absolut gleichgiltig, was Vollmar von dem Dreißigen denkt, wie es ihm gleichgiltig ist, was ich morgen zu Mittag essen werde. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist die Frage, ob eine Aenderung der Taktik, wie sie Vollmar wünscht, am Platze ist. Daß Vollmar diese Taktik wünscht, geht zweifellos aus seinen Münchener Reden hervor. (Redner zittert die betreffenden Stellen.) Er hat der Partei einen großen Dienst geleistet, daß er die Frage überhaupt in der Partei zur Diskussion gestellt hat (sehr richtig!) und ich bedauere nur, daß durch das plumpe Eingreifen der Berliner Opposition die Auseinandersetzung über die von Vollmar angeregten Punkte nicht so stattgefunden hat, wie sie ohne dies Eingreifen stattgefunden hätte.

Sollte der Vollmar'sche Standpunkt hier getheilt werden, dann bliebe gar nichts anderes übrig, als den Absatz 2 der Bebel'schen Resolution einfach zu streichen. Ich halte es nicht für nothwendig, unter den heutigen Verhältnissen die Taktik zu ändern, und ich halte es sogar für bedenklich, sie in dem Sinne zu ändern, wie es uns Vollmar vorschlägt. Er sagt, daß es unsere Aufgabe sein müsse, den Weg der Verhandlungen zu betreten, und er kommt ganz folgerichtig zu der Forderung, daß wir „Selbstbeschränkung“ zu üben haben. Diese „Selbstbeschränkung“ halte ich für gefährlich. Wir haben dann nicht mehr die Freiheit der Aktion, wie wir sie bis jetzt gehabt haben, wir müssen Rücksichten nehmen, weil wir, um Verhandlungen anzuknüpfen zu können, auf die Freiheit des Entschlusses verzichten müssen. Und so kommt denn Genosse Vollmar, immer logisch weiter denkend, zu dem positiven Vorschlage, daß die Aufstellung eines Aktionsprogramms nothwendig sei. Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch thatsächlich dahin geführt, daß wir zweierlei Programm haben, eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden. (Zustimmung.) Das ist nicht die Abicht des Genossen Vollmar, aber eine nothwendige Folge seines Standpunktes. In unserem Programm heißt es: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß

E

das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Diesen Standpunkt müssen wir weiter festhalten. Nun hat Dertel vorgeschlagen, Klipp und klar auszusprechen, daß der Parteitag die Anschauungen Vollmar's nicht theilt. Damit ist absolut kein Mißtrauen verbunden. Aber nachdem Vollmar selbst in einer Münchener Versammlung als der brave Genosse, der er bisher immer gewesen und auch in Zukunft bleiben wird, erklärt hat, daß er sich den Beschlüssen des Parteitages fügen werde, und nachdem er heute erklärt hat, daß er auch zur Annahme der Bebel'schen Resolution bereit sei, aber aus ganz anderen Motiven, da wird es notwendig, daß der Parteitag sagt: nein, wir theilen den Standpunkt Vollmar's in dieser Frage nicht. Das ist kein Vorwurf, kein Mißtrauensvotum; das muß sich jeder Genosse gefallen lassen, daß die höchste Instanz, der Parteitag, in aller Freundschaft und kollegialischer Genossenschaft erklärt: Wir theilen Deinen Standpunkt nicht. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Bebel'sche Resolution mit dem Zusatzantrag Dertel an! (Beifall.)

Joest-Mainz: Die Münchener Reden Vollmar's haben uns um so mehr überrascht, als Vollmar lange Jahre hindurch den radikalsten Standpunkt unter den Genossen vertreten hat. Hätte Safenclewer so etwas gesagt, Vollmar würde die schärfste Kritik gegen ihn geübt haben. Welche Veranlassung lag vor, auf einmal Stellung zum Dreibunde zu nehmen? Keine! Ebenso müssen wir eine Anschauung bekämpfen wie die, wenn ein Krieg mit Rußland kommt, dann marschirt die Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Gegnern. Solch ein Idealismus steht unserer Partei nicht an.

Milenz-Johannisthal: Die gestrigen Reden Einzelner vom Vorstandstisch haben mich stußig gemacht, und ich habe mich gefragt, ob es auf den Parteitag immer so zugeht oder nur heute. Ich fühle mich hier wie vor dem Inquisitionengericht zur Zeit des Herzogs Alba. (Lachen.) Bebel ist in gradezu rigoroser Weise aufgetreten, und in Folge dessen habe ich den bekannten Antrag mitunterzeichnet, der allerdings besser mündlich hier zum Austrag gebracht worden wäre. Ich war in der großen Lips-Versammlung Zeuge, wie es in Berlin zugeht. In jener Versammlung wurden Bruno Wille und Werner niedergeschrien, ebenso hat es heute auch der Parteitag gemacht. (Lebhafter Widerspruch.) Der Parteitag hat den Genossen Niederauer mit Lachen und vielen höhnischen Bravos...

Vorsitzender: Ich muß den Parteitag gegen die Angriffe des Redners entschieden in Schutz nehmen. Es ist unwar, daß der Parteitag einen Genossen niedergeschrien hat. Wenn ein Genosse mit seinen Ausführungen das Interesse der Gesamtheit nicht in dem Maße erregt, daß diese ihn anhören kann, so kann man nicht dem Parteitage die Schuld geben, wenn die nöthige Ruhe nicht obwaltet. Aber von einem Niederschreiben kann hier absolut keine Rede sein. (Zustimmung.)

E

Milenz (fortfahrend): Es war ein falscher Ausdruck von mir, ich wollte sagen, nachdem Niederauer geredet, erscholl höhnisches Bravo. Ich bin kein Redner. Ich spreche so wie ich kann, und was ich nicht kann, werde ich lernen. Redner geht noch ausföhrlicher auf die Lips-Versammlung ein, betont die Nothwendigkeit der mündlichen Agitation auf dem Lande und muß schließlich seinen Vortrag abbrechen, da die Redezeit abgelaufen ist.

Schulze-Mageburg: Ich will nur bei dieser Gelegenheit protestiren gegen die Art und Weise, wie gestern Frohne meinen Freund und Genossen Köster in Mageburg mit den Anarchisten identifizirt hat. Ich bin auch nicht mit all' und jedem einverstanden, was in Berlin von einzelnen Rednern gesagt worden ist, aber ich verstehe, wenn ich bedenke, wie gestern die Herren Bebel, Auer und Fischer hier gesprochen haben, daß sich auch die Berliner Genossen dazu hinreichend lassen, etwas zu sagen, was sie unter anderen Umständen auch nicht sagen würden. Auch ich mißbillige die Vollmar'sche Taktik, aber Vollmar hat doch nichts weiter ausgesprochen, als was nach meiner Ansicht die ganze Fraktion bisher gethan hat. Daß wir uns keineswegs in einem neuen Kurse befinden, beweisen die in Mageburg allein im letzten Jahre verhängten Polizei- und Gerichtsstrafen. Es sind 42 Beschlagnahmen erfolgt, 76 Haus-suchungen, 133 Strafmandate und -Befehle; unter Anklage standen 91 Genossen. Gefängnißstrafen wurden 54 Monate 13 Wochen verhängt, an Geldstrafen 16325 Mk. Wo ist da der neue Kurs, Herr v. Vollmar? Wenn gesagt worden ist, es fehlte in Mageburg ein hervorragender Führer, so antworte ich, wir haben in Mageburg auch Parteipäpste gehabt, aber mit ihnen aufgeräumt.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Verhandlungen über den zur Berathung stehenden Gegenstand der Tagesordnung abzubrechen, dafür aber noch eine Kommission von 21 Mitgliedern zu wählen, welche den Programmentwurf vorzubereiten hat. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, die mit Annahme dieses Vorschlags endet, worauf per Acclamation mit allen gegen 2 Stimmen die vorgeschlagene Liste angenommen wird. Die gewählte Kommission soll am Sonntag früh bereits mit ihren Arbeiten beginnen. Eine fernere Geschäftsordnungs-Debatte entspinnt sich darüber, ob Sonntag überhaupt eine Sitzung stattfinden soll, da vor 3 Uhr Nachmittags nicht begonnen werden dürfe, und bereits Abends 7 Uhr der von den Exsurter Genossen zu Ehren der Delegirten veranstaltete Kommerz beginnen soll. Es wird beschlossen am Sonntag Nachmittag 3 Uhr eine Sitzung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Berathung derjenigen Anträge, welche sich auf die Organisation, Presse und Agitation beziehen.

Schließlich giebt Singer folgende Erklärung ab: Der Genosse Locke hat gestern die Verhältnisse des „Berliner Volksblatt“ in

die Diskussion gezogen. Glocke motivierte seine frühere Opposition damit, daß er meinte, die Verhältnisse des „Volkssblatt“ wären derartige gewesen, daß sie einer anderweitigen Regelung bedürft hätten. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seit der Gründung des „Volkssblatt“, so lange daselbe Bestands machte, die Parteikasse niemals zur Deckung derselben in Anspruch genommen worden ist, und daß von dem ersten Augenblicke an, wo das „Berliner Volkssblatt“ Ueberschüsse erzielte, diese Ueberschüsse zu Gunsten der Partei durch die Parteileitung verwendet worden sind. Ich gebe diese Erklärung nur ab, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine längere zu allseitiger Zufriedenheit untersuchte und geregelte Angelegenheit von neuem zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnte.

Schluß 7½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. Oktober.

Vorsitzender Klotz eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Wiederum ist eine große Anzahl von Zuschriften und Begrüßungstelegrammen an den Parteitag eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5: Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.

Zunächst werden die

Anträge zur „Organisation“

berathen. Deren liegen in der gedruckten Vorlage drei vor. — Ein von Demmler-Geyer eingebrachter Abänderungsantrag zu § 3 des Organisationsstatuts, daß die Vertrauensmänner mindestens jährlich zweimal Berichte an den Vorstand gelangen lassen sollen, findet nicht die nöthige Unterstützung, gelangt daher nicht zur Verhandlung.

Antrag 1:

Der Landes-Vorstand der sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt, die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung.“

Agster begründet den Antrag unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Aufwendungen, die der Parteitag verursache.

Bebel: Es wäre geradezu ein Unglück, wenn der Parteitag auf einen solchen Antrag einginge. Daraus würden lediglich

F.

dauernde Reibereien zwischen den einzelnen Landestheilen — und jeden Augenblick Anträge auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages resultiren. Angesichts des Brüsseler Beschlusses, der sogar einen internationalen Kongreß alle zwei Jahre für nöthig erklärt, sind jährliche Parteitage unbedingt nothwendig. Die Befürchtung, die Mittel wären nicht aufzubringen, kann allenfalls von einigen wenigen kleineren Orten gelten, nicht aber von der großen Mehrheit. Der Parteivorstand will die Verantwortung für außerordentliche Parteitage auch nicht ohne Weiteres tragen.

Der Antrag wird abgelehnt; ebenso der zweite, von einem Kölner Genossen auf Einführung der direkten Gesetzgebung in die Parteiorganisation gestellte.

Antrag 3:

Die Genossen in Wandersbeck beantragen, den § 9, Absatz 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitag auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreise nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5—10000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahleresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Zur Begründung des Antrages meldet sich Niemand. — Heinrich-Altona erklärt: trotz wiederholter Aufforderung, die Genossen möchten ihm ihre Begründung schriftlich mittheilen, habe er keine Antwort erhalten. — Nach längerer Debatte, in der Singer, Frohme, Stadthagen, Bebel und Köhnen gegen, Niederauer für den Antrag eintreten, wird derselbe abgelehnt.

Ein inzwischen noch eingelaufener Antrag zum § 9, den Satz: „Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden“, zu streichen, findet nicht die erforderliche Unterstützung, kommt also nicht zur Verhandlung.

Singner-Hannover VI. beschwert sich zur Geschäftsordnung darüber, daß das Bureau so rasch über die Anträge hinweggegangen sei. Bei der Unterstützungsfrage für den Antrag Demmler habe im unteren Theile des Saales Niemand gewußt, um was es sich handle. Auch Günsler-Mannheim erhebt diese Klage; es sei wohl ein Irrthum untergelaufen, sonst hätte dieser so nothwendige Antrag wohl die Unterstützung gefunden.

Vorsitzender Klotz erklärt sich bereit, den Antrag Demmler nochmals zur Unterstützung zu stellen.

Die große Mehrheit entscheidet wiederum gegen die Verhandlung des Antrages.

Antrag 6.

Die Dortmunder Delegierten beantragen:

a) „Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organen und eins zum Einreichen in die Bibliothek der Redaktion.

c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblattes seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigentum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblattes an die Parteileitung zurückzuliefern ist.“

Böckle hat den speziellen Auftrag, diesen Antrag zu begründen, obwohl er persönlich nicht mit allen Forderungen einverstanden ist. Die Forderung sub a werde jetzt schon fast überall erfüllt, die sub b sei vollständig gerechtfertigt und nur die Forderung sub c bedenklich. Die Dortmunder Genossen haben geltend gemacht, daß nicht alle Blätter einen ausgezeichneten Redakteur halten können. Für diese Blätter solle dem Redakteur eine Handbibliothek zur Verfügung gestellt werden und zwar gratis, weil solche jungen Blätter finanziell noch nicht kräftig genug seien.

Agster und Bebel erklären sich gegen den Antrag. Der Letztere wendet sich namentlich gegen den Antrag sub b, der schon aus posttechnischen Gründen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ueberweisung nicht durchführbar sei. Dasselbe gelte auch von dem Antrag sub c. Jeder Redakteur werde die verschiedensten Ansprüche machen, und wer solle da entscheiden? Ganz davon zu schweigen, wie es mit dem „Eigentum der Partei“ werden würde. (Seitertext.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Mit Rücksicht auf den heute Abend stattfindenden Kommerz wird nunmehr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Montag früh 9 Uhr anberaumt.

Schluß 5½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Montag, den 19. Oktober.

Vormittagsitzung.

9½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Wieder sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme an den Parteitag gelangt, deren Absender bekannt gegeben werden.

E

Vorsitzender Singer: Es liegen ferner 2 Depeschen und mehrere Briefe vor, in denen einzelne Personen sich mit der Opposition einverstanden erklären. Ferner eine Depesche mit einer Unterschrift aus Lestom, worin erklärt wird, daß die Genossen dort sich mit dem Flugblatt solidarisch erklären. Um nicht den Schein zu erwecken, als ob von hier aus die Meinungsäußerung innerhalb der Partei irgendwie unterdrückt würde, habe ich heute noch diese Mitteilungen gemacht; der Parteitag kann sich aber nicht darauf einlassen, Zuschriften einzelner Leute, von denen man nicht einmal weiß, ob und von wem sie autorisiert sind, zur Verlesung zu bringen. Mit dieser Art von Mitteilungen werde ich also jetzt aufhören, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Jacobey, daß der von ihm bei der Berathung des Punktes 1 als aus dem Wahlverein des VI. Berliner Kreises neben Schwabe ausgeschlossenen erwähnte bisherige Genosse nicht Litfin ist, wie die ganze Presse berichtet, sondern der in Moabit wohnhafte Köpfe.

Vorsitzender Singer: Es ist uns noch eine Mitteilung zugegangen von der Preßkommission, welche zur Ueberwachung der „Volkstribüne“ in Berlin besteht. Die Herren schreiben, daß sie, veranlaßt durch die Mitteilung Grillenberger's, der behauptet haben soll, daß das bekannte Flugblatt von der Expedition der „Volkstribüne“ und mit der „Volkstribüne“ verfaßt worden ist, eine Untersuchung angestellt haben, aus der sich ergibt, daß der Expedient des Blattes behauptet, aus eigener Initiative keine Flugblätter verschickt zu haben; dagegen könne selbsterständlich nicht in Betracht kommen, wenn der Betreffende aus Wunsch von Genossen diesen einige Exemplare zusandte, und zum Beweise dafür, daß an die Expedition sowohl aus dem Auslande, wie aus dem Inlande der Wunsch um Uebersendung einiger Exemplare ausgesprochen ist, fügt die Preßkommission 3 Postkarten mit solchen Bestellungen bei.

Hierauf wird die Erörterung der Punkte 3a. und 3b. „Die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei“ fortgesetzt.

Herbert-Stettin: Wir haben mehr Grund, uns mit Vollmar zu beschäftigen, als mit der Opposition, wie es die meisten Redner bisher gethan haben. Vollmar spricht vom Herrschen eines neuen Kurles. Wir in Pommern merken nichts davon, wir haben im Gegentheil Herrn von Buttamer erhalten. Im Lande herrschen die alten Behörden, die alten Staatsanwälte, und andererseits wird der Kampf zwischen der Bourgeoisie und uns immer erbitterter. Die Frage der Taktik ist nicht allein nach den im Lande errungenen Erfolgen, sondern auch nach der Reinheit des Prinzips zu beurtheilen. Wir müssen Stellung nehmen, um Allen, die Vollmar

E

ganz oder halb zugestimmt haben, zu erklären, daß der Parteitag diesen Weg nicht beschritten wissen will. Würden wir den Standpunkt Vollmar's einnehmen, dann hätte die Opposition mit ihrer Behauptung recht, daß wir zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei herabgesunken sind. Es muß ein Antrag angenommen werden, welcher die Taktik festlegt und erklärt, daß wir weder nach links, noch nach rechts gehen.

Der Antrag Riesop wird zurückgezogen.

Schmid-München: Die Münchener Delegation hat zu der schwebenden Frage eine Erklärung abzugeben. Zunächst haben wir uns entschieden gegen den Vorwurf der Berliner Opposition zu verwahren, als wäre die Partei in München korrumpirt oder nur eine Hurraffkanaille. Aber auch aus anderen Parteitreffen ist den Münchenern der Vorwurf gekommen, als ob sie nicht strikt genug gehandelt, den Sinn der Rede Vollmar's nicht erfaßt hätten, da sie sonst nicht Bravo rufen konnten u. s. w. Vollmar hat in Südbayern für die Partei sehr viel geleistet, übt auf die Versammlungen durch seine Reden sehr großen Einfluß, so daß wohl erklärlich, warum nicht in jener Versammlung ihn gleich Jemand entgegengetreten ist. Aber die Münchener ganze Parteigenossenschaft war auch nicht völlig mit Vollmar einverstanden. Das können Sie aus der Erklärung ersehen, welche von 60—70 Parteigenossen beschlossen und veröffentlicht worden ist. Ungern haben wir das gethan, aber wir waren dazu gezwungen durch die aus Bosheit oder Dummheit auf unsere Parteithätigkeit gerichteten Angriffe. Allein vernünftiger und taktisch richtiger war es, die Sache nicht in großen Versammlungen breit zu treten, sondern sie an die Instanz zu verweisen, wo einzig Beschluß gefaßt werden kann, und das war nach unserer Ansicht der Parteitag. (Sehr richtig!) Vollmar hat in einer Besprechung, bevor wir hierher gegangen sind, zugesagt, daß er hier lediglich seine persönliche Ansicht vertreten würde, trotzdem er sich auf die Zustimmung einer großen Versammlung stützen konnte. Das darf außer Betracht gelassen werden. Deswegen erwarten wir von ihm, daß er, wie es Pflicht jedes einzelnen Parteigenossen ist, sich den Beschlüssen und Maßnahmen des Parteitages fügen wird.

Ebenso kann ich Namens der Münchener Delegirten die Versicherung aussprechen, daß die Münchener Parteigenossen, gleichviel um welche Personen es sich handelt, so arbeiten werden, wie die Taktik vom Parteitage geregelt werden wird. Hören Sie die Erklärungen Vollmar's ruhig und sachlich an, lassen Sie sich nicht bestimmen durch Sympathien oder Antipathien, sondern handeln Sie, wie Sie handeln müssen. Vollmar hat zugestanden, daß er die Resolution Bebel unterschreibt. Offen müssen wir unser Bedauern aussprechen, daß der Antrag Dertel in dieser Form eingereicht worden ist. (Sehr richtig!)

E

Mehner: Zu Angelegenheiten der Berliner Opposition ein Urtheil auszusprechen, halte ich mich für verpflichtet, um einige Klarheit über das am Sonnabend hier Gesagte zu geben. Wildberger sagte am Sonnabend, die Liebflecht'sche Broschüre von 1869 sei wesentlich die Veranlassung seines oppositionellen Auftretens gewesen. Das ist unrichtig. Die Opposition ist nicht erst in Folge der Broschüre gemacht worden, sondern jenseit hätte sie ja viel früher eintreten müssen. Auf Grund der Broschüre hätte auch ihr Verhalten in der Wahlperiode ein anderes sein müssen, sie hätten sich nicht um Mandate bewerben, sondern jedes Mandat ablehnen müssen.

Lützens-Hamburg 1.: Es sind wohl nur Wenige hier, welche den Standpunkt Vollmar's theilen, ich glaube gar keine. Wir Hamburger stellen uns wohl alle auf Seiten der Resolution Bebel's, sind aber ganz entschieden gegen den Antrag Dertel. Was dieser Zusatzantrag besagen soll, finden wir in der Resolution schon voll und ganz ausgedrückt, dort, wo von strenger Disziplin und strafferem Zusammenhang unter den einzelnen Genossen die Rede ist.

Bis jetzt ist man auf Bebel's Aeußerungen über die Gewerkschaften noch nicht eingegangen. Er erwähnte, daß er in einem größeren Orte, muthmaßlich Hamburg, Genossen als Gegner der Gewerkschaften gefunden hat. Prinzipielle Gegner der Gewerkschaften giebt es unter den Hamburger Genossen nicht, nur gegen gewisse Ueberschwänglichkeiten und zu optimistische Anschauungen machen verschiedene Front. Und sie stützen sich dabei auf die Erfahrungen, welche sie erst wieder in jüngster Zeit gemacht haben, z. B. bei dem großen Tabakarbeiterstreik, der 450 000 Mark Streikgelder verschlang, und die von den Einzelnen persönlich gebrachten Opfer und erlittenen Schädigungen betragen noch mehr! Wer aber bringt alle diese Gelder auf? Die Indifferenten? Nein, immer find's die Genossen in erster Linie, die dann auch wieder hauptsächlich die Folgen zu tragen haben, während die Indifferenten sich einfach zurückziehen. Wie gegen diese allzu rothigen Hoffnungen im Gewerkschaftswesen, so treten diese Genossen auch gegen den geradezu fieberhaften Eifer und die übertriebenen Erwartungen auf, womit jetzt gerade bei uns in Hamburg von Einzelnen die Genossenschafts-Idee in den Vordergrund gestellt wird, in einem Augenblick, wo der bezügliche Passus unter allgemeiner Zustimmung aus dem Parteiprogramm getrichen wird.

Seine-Halberstadt wendet sich gegen Berner's Angriffe wegen seines Antrags auf Beseitigung der Zuckersteuer und weist Auerbach's Behauptungen wegen der Flugblätter mit dem Hinweis zurück, daß es in Casbe sich um den freisinnigen Mundeel, in Magdeburg aber um Büchtemann gehandelt habe. Aber ersterer sei die Frage Vollmar zu nehmen. Vollmar will immer seine eigene Dursf gebraten haben. Er ist der einzige gewesen, welcher

E

mit der Magdeburger Opposition dem St. Galler Beschluß, bezüglich der Doppellandidaturen, sich widersetzt hat; die Herren, welche stets über Vergewaltigung klagen, haben ihn in Magdeburg aufgestellt, trotzdem er in München schon aufgestellt war. Bei Beurtheilung der Stellungnahme Vollmar's müssen wir auch in Betracht ziehen, wie diese in den Landraths- und den kleinen Provinzialblättern dargestellt wurde. Was ich vermist habe, war eine ganz einfache und kurze Erklärung von Vollmar, zu welcher er diesem Auftreten der Reptilien- und Landrathsblätter gegenüber verpflichtet war. Da hieß es immer: Vollmar vertritt die nationale Sozialdemokratie, gegenüber der internationalen von Bebel und Singer. In einem Blatte stand sogar folgender Satz: Wenn der nächste Parteitag Vollmar ausschließen sollte, dann möge er die Thür nur recht weit aufmachen, denn $\frac{1}{3}$ der deutschen Sozialdemokraten werden wissen, was sie zu thun haben, sich nämlich zu vereinigen mit Herrn v. Vollmar zu einer nationalen Sozialdemokratie. (v. Vollmar: Wo steht das?) In Provinzial- und Landrathsblättern, z. B. im „Schönebecker Tageblatt“ (Nachen bei der Opposition, Zurufe), in einer Elbinger Zeitung u. s. w. Wir müssen die Resolution Bebel mit dem Zusatz Dertel annehmen, und da bedauerlicherweise verschiedene Anwesende gegen den Zusatz Dertel stimmen werden, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Ein von Dreesbach gestellter und von Bebel bekämpfter Schlufsantrag wird abgelehnt.

Fischer-Berlin: Ich kann nicht begreifen, wie man in der Weise, wie es z. B. von den Hamburger Delegirten geschehen, gegen den Antrag Dertel Stellung nehmen kann. Was will denn der Antrag Dertel? Sie kennen die Resolution Bebel; Vollmar hat erklärt, sie zu akzeptiren, aber er komme zu diesem Endresultate aus ganz anderen Gründen als Bebel, d. h. er legt in die Resolution etwas hinein, was nicht darin steht und nicht darin stehen soll. Nun beantragt Dertel zu dem Passus der Resolution, welcher lautet: „Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel im Auge haben“, den Zusatz, daß der Parteitag ausdrücklich erklärt, er theile hierbei nicht den von Vollmar in seinen beiden Münchener Nebenvertretern Standpunkt in Bezug auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie und die neue Taktik. Weiter besagt der Antrag nichts. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ganze gegnerische Presse aus diesen Neben geschloffen hat, daß nunmehr eine vollständige Frontveränderung der Partei die nothwendige Folge sei, daß die Partei eine neue Taktik einzuschlagen, ihre ganze Kraft auf die 5 Punkte: Arbeiterschutz, Vereinsrecht, Neutralität der Staats-

F

gewalt im Lohnkampf, Verbot der Kartelle und Ringe und Aufhebung der Lebensmittelzölle zu werfen habe; wenn man weiter erwägt, daß während der ganzen, monatelangen Debatten, die in der Parteipresse, in Versammlungen und in der gegnerischen Presse gepflogen wurden, Vollmar niemals die Gelegenheit ergriffen hat, zu sagen, daß die Schlußfolgerungen der gegnerischen Presse falsch seien, sondern sie als Konsequenzen zugestanden hat, dann, meine ich, sei es angesichts all' dieser Umstände Pflicht des Parteitages, sich zu erklären, ob er diese Anschauungen theilt oder nicht. Das ist viel wichtiger, als die ganze Diskussion mit der Opposition. Wenn wir Vollmar's Standpunkt anerkennen, dann haben wir aus unserem Programm sofort die Worte „Sozialdemokratische Partei“ zu streichen und dafür zu schreiben: „Programm der deutschen Arbeiterpartei“. (Vielsache Zustimmung.) — „Die letzten Ziele nicht aus dem Auge lassen“, das kann immer nur in dem Sinne verstanden werden, wie es in St. Gallen und voriges Jahr in Halle auf Dertel's und meinen Antrag beschlossen ist. Die Tendenz der Vollmar'schen Taktik ist, diese 5 Punkte, welche er als die „nächsten Aufgaben“ hinstellt, um ihrer selbst willen zu erstreben; wir aber erklären: alle diese Reformen, welche wir verlangen, verlangen wir bloß in der Voraussetzung, die Stellung der Arbeiter für die Erwerbung der Endziele der Partei zu stärken, sie sind für uns bloß Mittel zum Zweck; nach Vollmar aber erscheinen sie als Selbstzweck, als die Hauptsache für die Partei. — Vollmar sagt zwar, er habe unsere Endziele nie verleugnet; gut, er sagt aber auch, es sei nicht unsere Aufgabe, die in gewisser nebelhafter Ferne liegenden Ziele hauptsächlich zu betonen. Das ist ein Standpunkt, der einigermaßen weitergezogen, auch von Bennigsen getheilt wird. (Sehr wahr!) Der hat bei der Beratung des Sozialistengesetzes ausdrücklich erklärt, ob in fernerer Zukunft die Gütervertheilung u. s. w. geändert würde, das sei eine Frage der Zukunft, welche man bejahen könne, ohne sich für die Gegenwart zu verpflichten; er meinte sogar, die gegenwärtige Produktionsweise treibe dahin. — Die Konsequenz der Vollmar'schen Anschauung ist weiter die Verlegung des Schwergewichts der Parteithätigkeit in das Parlament, statt in die Agitation unter dem Volke. Eine weitere Konsequenz ist, daß der Partei die Kontrolle über die parlamentarische Vertretung entzogen und den Wählern der einzelnen Kreise überantwortet wird. Nicht mehr die Partei schreibt dann die Haltung der Abgeordneten vor, sondern der Abgeordnete legt den Wählern sein Arbeitsprogramm vor und verpflichtet sich durch die Wahl darauf. Dann haben wir nicht mehr die Herrschaft der Partei, sondern die Abgeordnetendiktatur, die Abgeordnetenunverantwortlichkeit. Weil dies die Konsequenzen der Vollmar'schen Auffassung sind, darum halte ich für durchaus nothwendig, daß der Parteitag, entsprechend

E

dem Antrage Dertel, erklärt, er theile diese Auffassung nicht. Das ist eine klare Stellungnahme, frei von jeder persönlichen Spitze, und ich verstehe nicht, wie man es sich verhehlen kann, daß das die elementarste Pflicht des Parteitagés ist. Was nützen alle schönen Programme, wenn nicht von vornherein konstatirt wird, in welchem Geiste das Programm den Massen gegenüber vertreten werden soll? Der Parteitag muß unweideutig Stellung nehmen; entweder hält er den Beschluß von St. Gallen fest, oder er akzeptirt die Taktik Vollmar's, die, er mag wollen oder nicht, zu einer Theilung des Programms führt, die ganze Kraft der Partei auf jene 5, nach unserer Auffassung im Verhältniß zu den Endzielen nebensächlichen Forderungen konzentriren will.

Wir sind eine Partei, die keine Politik der freien Hand kennt. Wenn der Parteitag gesprochen hat, muß jeder Parteigenosse ausführen, was beschlossen ist. Innerhalb der Partei freie Diskussion, nach außen hin, den Gegnern gegenüber, ist Jeder verpflichtet, diejenige Haltung einzunehmen und zu propagiren, welche der Parteitag festgesetzt hat. Die von den Münchener Delegirten berührte Frage, daß Vollmar bereits erklärt hat, sich zu fügen, gehört gar nicht in die Diskussion. Diese Seite der Angelegenheit Vollmar ist undiskutirbar, weil selbstverständlich. Wohin kämen wir denn, wenn ein Parteigenosse gegen den Parteitagésbeschluß erklären wollte, er behalte sich freie Hand vor; wenn ein Abgeordneter gegen die Entscheidung des Parteitagés an die Wähler appelliren wollte? — 1876, nach der Vereinigung, ist in Gotha der Antrag gestellt worden, die Abgeordneten hätten im Reichstage nur geschlossen abzustimmen. Bebel und Liebknecht erklärten, sich nicht zu fügen, weil sie die Komödie mit dem Diätenantrag nicht mitmachen wollten. Der Antrag wurde angenommen und Bebel und Liebknecht haben sich zu fügen gehabt. — Wenn der Parteitag in einer Frage gesprochen hat, ist diese nicht mehr zu diskutieren, sondern der Genosse hat sich zu unterwerfen. Wäre es anders, so wäre damit ganz einfach der Weg geobnet, innerhalb der Partei Boulangismus oder Barnellismus einzuführen. Nicht der Abgeordnete ist die Instanz, sondern der Parteitag! (Beifall.)

Fleischmann: Die Berliner Opposition hat ganz besonders auf die Vorgänge von 1885 in Frankfurt a. M. Bezug genommen. Da ich dazumal selbst in Frankfurt wohnte, kann ich sagen, daß die Bezugnahme der Berliner auf diese Voromnisse absolut unzutreffend ist. So wenig ich die damalige Opposition in Frankfurt in Schutz genommen habe, so fühle ich mich doch verpflichtet, diese Unrichtigkeit festzustellen. Die gesammte damalige Opposition bezog sich auf den prinzipiellen Standpunkt; nicht aber hat man in Frankfurt oder in dem von Wlibberger girkten Aufruf persönliche Verdächtigungen und Verleumdungen erhoben. Redner erklärt es für

F

Pflicht der Partei, in dieser, wie in der Frage der Taktik klare Stellung zu nehmen.

Dahlen-Halberstadt: Wlibberger und Andere haben geäußert, man könne auf die Provinzialstädter und das flache Land keine Rücksicht nehmen; sie wollten damit sagen, daß sie alles durch ihre Intelligenz allein zu erobern im Stande sind. Ich habe schon oft Gelegenheit gehabt, den Maßstab an die geistige Bildung gewisser Herren aus den Großstädten legen zu können, und konstatare, daß prozentual in den Provinzialstädten ganz entschieden ebenso viel aufgeklärte Arbeiter sich finden, welche den Sozialismus selbst in seinen Endzielen begriffen haben, wie in den Städten. Es wird viel von Landagitation in den Städten gesprochen, aber wenig von Städten getrieben. Niederauer sagt, in den Großstädten sei ein anderer Boden, auf dem andere Pflanzen gedeihen. Ja, wenn es Ihnen nur darum zu thun ist, wie wollen Sie denn die Ideen des Sozialismus durchführen? Sind Sie denn in der Lage, mit dieser handvoll zu erreichen, was Sie vorgeben, auch selbst wenn sie Himmelstümer wären? Wir wollen die Geister gewinnen, die Majorität der Bevölkerung davon überzeugen, daß es nothwendig geworden ist, die kapitalistische Produktionsform umzuändern. Auf dem vorigen Parteitag hat Werner sich zufrieden gestellt, erklärt und versprochen, sich im Rahmen der Parteiorganisation und Parteidisziplin zu bewegen. Kurz vor unserem jetzigen Parteitag ist nun die Kampfesweise eine andere geworden. Es scheint da eine Art Erbßwahn hineingekommen zu sein. Einige Blätter hatten ja von Halle schon geschrieben, Werner sei gewissermaßen der Löwe des Tages gewesen, und so mögen dann gewisse Herren, welche nicht zu der gewünschten Berühmtheit gelangen konnten, sich als Krakehler aufspielen, um in der gegnerischen Presse als Löwen des Tages gefeiert zu werden. (Sehr richtig!) Hätten sie um der Sache selbst willen gekämpft, sie würden uns nicht mit so kleinlichen Sachen, mit Postkarten und dergleichen gekommen sein.

Goldstein-Dresden: Der Standpunkt, den Vollmar bezüglich der Agitation entwickelt hat, ist noch nicht genügend hervorgehoben worden. Wenn Vollmar nunmehr die nationale Seite der Demokratie vertritt, wie die Zeitungen schreiben, und wir die internationale, so kommt jene Meinung daher, daß Vollmar's Forderungen sämtlich mehr oder weniger kleinbürgerliche sind. Mit demselben Rechte könnten wir dann auch für das Partnership-System oder dergleichen eintreten. Wir wollen das Ganze und nicht den Theil. Kritik und Entwicklung des Zieles, das ist für uns das Erste und das Letzte. Wir bedürfen des Optimismus und nicht des Pessimismus, der Erhebung und Anfeuerung, nicht der Herabdrückung und Selbstbeschränkung. Ein Agitator mit Vollmar's Programm kann draußen keine Wirkung machen. Wieviel wir erreichen, das

kommt sehr auf uns an; wenn wir uns aber selbst eine Schnur um den Leib binden, haben wir nichts zu erwarten. Die bisherige Taktik war die richtige. Zu den Trödlern wollen wir nicht gehen, aber auch nicht zu den Berliner Opponenten, die haben ja gar kein Programm. Gefährlich ist nicht der wilde, stürmende Berliner Opponent, gefährlicher ist Vollmar mit seinen Propositionen, mit denen er die Leute, die nach der Höhe streben, unten am Berge zurückhalten könnte. Lassen wir uns weder nach der „radikalen“, noch nach der pessimistischen Seite verlocken! (Beifall.)

Liebnecht: Ich knüpfe an das Wort des Vorredners gegen die Stürmer an. Ich erkläre für meine Person: Wenn ich die Wahl habe zwischen Stürmern und Bremsern, dann bin ich bei den ersteren; die können jetzt nicht schaden. Und es handelt sich nicht bloß um das Bremsen, sondern die Parteilokomotive soll auf ein anderes Geleise, das zu einem anderen Ziele führt, gefahren werden. Als ich zuerst sprach, war ich der Meinung, daß Vollmar rückhaltlos erklärt habe, er würde für die Resolution Bebel stimmen. Wäre dem so, dann würde ich bei meinen damaligen Ausführungen stehen bleiben und nicht mehr das Wort genommen haben. Wie ich aber heute erfahren, hat Vollmar — was ich überhört habe — erklärt, er werde zwar für den Antrag stimmen, jedoch aus anderen Motiven als denen der Verfasser, deren Standpunkt er nicht theile. Dadurch ist die Situation für mich vollständig verändert. Ich muß etwas zurückgreifen. Nachdem Vollmar seine erste Münchener Rede gehalten hatte, tauchte in der Partei die Ansicht auf, daß er eine Art Pronunziamento gemacht habe, daß er die Partei zu einer anderen Taktik, zu einem neuen Kurse verleiten wolle. Ich selbst habe mich damals in einer Versammlung in Breslau etwas drastisch über Vollmar's Vorgehen ausgedrückt — es thut mir leid, wenn ich persönlich verletzt hätte. Genug — sobald Vollmar sich überzeugt, wie seine Rede überall verstanden worden war, wie sie im Inland und Ausland unter den Genossen den peinlichsten Eindruck hervorgebracht hatte — gab es für ihn zwei Wege; er war verpflichtet entweder zu erklären: ja ich will eine neue Taktik — das war das Pronunziamento; oder er mußte sagen: Meine Rede ist mißverstanden worden, ich will keine neue Taktik, ich will kein Abweichen von den alten Bahnen. Gesah dies, dann war kein Zweifel vorhanden, dann gab es eine Frage Vollmar überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Er hat keins von beiden gethan — und er macht auch jetzt noch Ausflüchte, er leugnet, eine neue Taktik zu beschwören, beantwortet sie aber thatsächlich, nur daß er sich dabei auf frühere Äußerungen von uns beruft, die von ihm hintennach anders ausgelegt werden, als sie gemeint waren. Nachdem Vollmar so gehandelt und, um eine unumwundene Erklärung abzugeben, unserer Resolution nur unter Vorbehalt zu-

E

gestimmt hat, sind wir genöthigt zu erklären, daß die Resolution Bebel nicht mehr genügt: die Annahme des Amendements Dertel ist jetzt zu einer absoluten Nothwendigkeit für die Partei geworden. (Zustimmung.) Vollmar hat das Recht, der Partei eine andere Taktik vorzuschlagen, aber die Partei hat die Pflicht, in ihrem Lebensinteresse diese neue Taktik, welche den Ruin der Partei, ihre vollkommene Entmannung, ihre Umwandlung aus einer revolutionären und demokratischen in eine sozialistische Regierungspartei oder nationalliberale Sozialistenpartei bedeuten würde (lebhafte Zustimmung), aufs Entschiedenste zurückzuweisen. Die Person lassen wir dabei ganz aus dem Spiel. Alles persönlich Verlesende ist aus dem Antrag Dertel herausgenommen, aber in der Form, wie er jetzt besteht, ihn anzunehmen — auszusprechen, daß die Partei diese Taktik nicht einschlagen, diesen Standpunkt nicht theilen kann, dazu sind wir moralisch gezwungen, wenn wir bleiben wollen, was wir sind, eine sozialdemokratische Arbeiterpartei. Und Vollmar hat als Genosse sich zu fügen.

Um seinen Standpunkt zu verteidigen, hat Vollmar gesagt: Ich habe ja gar keinen neuen Standpunkt eingenommen, der Bebel, der Liebnecht, der Auer haben schon früher ähnliches gesagt. Nun — herausgerissene Äußerungen bedeuten nichts; Auer, Liebnecht, Bebel erklären, daß sie keinen anderen Standpunkt, keine andere Taktik gewollt haben, daß, wenn die betreffenden Äußerungen auf die Goldwage gelegt, vielleicht nicht ganz scharf und korrekt waren, dies nicht dahin gedeutet werden kann, als ob wir der Partei eine andere Taktik, ein anderes Wesen hätten vorschreiben wollen. Die Stützen, auf welche sich Vollmar berufen, lassen ihn in Stich. Und gerade weil er diese Unklarheit geschaffen hat, sind wir genöthigt, scharf uns auszusprechen. Es freut mich, daß der Staub, welchen der Berliner Streit aufgewirbelt, sich gelegt hat, jetzt ist der Kongreß in der Lage, klar zu sehen und zu begreifen, daß für die Taktik nur die eine prinzipiell wichtige Frage Vollmar vorliegt, um mir diesen Ausdruck zu erlauben. Was die Berliner über die Taktik gesagt haben, das kann Jeder sagen, ohne daß es zu prinzipiellen Bedenken Anlaß giebt. Das hat Mancher von uns schon gesagt; sie verlangen, nicht wie Vollmar, daß methodische Aenderungen eintreten sollen. Wenn wir nun erwägen, welche Wirkung Vollmar mit seiner Rede im Inlande und Auslande erzielt hat, wie sie überall so aufgefaßt wurde, als wolle die deutsche Sozialdemokratie nach dem Falle des Ausnahmegesetzes auf dem Boden der Gesetze unter Verlassen des alten Kampfplatzes eine neue Taktik einschlagen, sich gewissermaßen in eine Regierungspartei umformen — wenn wir erwägen, welche Hoffnungen bei den Gegnern, welche Befürchtungen bei allen unseren Freunden erweckt wurden, wie selbst in diesen Kreis hier Verwirrung hinein-

gebracht worden ist, — dann erkläre ich für die Partei doppelt notwendig, Klipp und klar zu erklären, daß sie nichts mit solchen Strebungen zu thun haben will, daß sie bleiben will, was sie ist, daß sie sich ihr Ziel nicht auf hundert oder tausend Jahre à la Bennigsen zurückschieben lassen will! Das muß ausgesprochen werden. Nicht beleidigend ist das für Vollmar; es ist seine Pflicht, diesem Beschluß sich zu unterwerfen, wie Bebel und Steinknecht sich auch den Kongreßbeschlüssen gefügt haben. Wie oft bin ich in der Fraktion unterlegen, wo es mir schwer war, mich zu fügen. Aber man fügt sich, wenn man die Partei lieb hat. Die Partei geht vor. Wenn Vollmar die Konsequenzen für sich zieht, — wohlan, wir alle ziehen auch die Konsequenzen für uns. Genug — das Wohl, die Existenz der Partei erheischt es gebieterisch, daß wir erklären: mit dieser Taktik, die Vollmar in München vorgeschlagen und hier nicht von sich gewiesen hat, haben wir nichts gemein! Im Interesse der Klarheit freue ich mich, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt ist, ich werde für ihn stimmen und hoffe, daß der Kongreß mit überwältigender Mehrheit die Resolution verteil annehmen wird. Ginge sie nicht durch, dann hätte die Opposition recht, dann ginge ich auch zur Opposition! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Kenner-Lugsburg schließt sich vollständig seinem Freunde Schmid-München mit der Bemerkung an, daß er das Amendement verteil für eine überflüssige Formalität hält.

Wengels-Berlin IV.: Ich muß anführen, daß die Berliner Opposition hier bloß Komödie gespielt und ihr wahres Gesicht nicht gezeigt hat. Wenn z. B. Auerbach so in Berlin wie hier aufgetreten wäre, hätten wir garnicht gegen ihn aufzutreten nötig gehabt. Wir müssen Klarheit haben, wenn wir nach Berlin kommen. Durch eine scharfe Resolution des Kongresses gegen die Opposition sind die Leute mehr geschädigt als durch den Ausschluß.

Ein von Meißt gestellter, von Zöft bekämpfter Schlußantrag wird angenommen, die Debatte ist also geschlossen.

Urban-Forst ist durch den Schluß der Diskussion verhindert worden, eine Resolution zur Verlesung zu bringen, worin die Forster Genossen ihr Einverständnis mit der Haltung der Fraktion und Parteileitung erklären, bei aller Wahrung des Rechtes der freien Kritik und der freien Meinungsäußerung doch ihre Mißbilligung über das Treiben der sogenannten Berliner Opposition ausdrücken und vom Parteitage erwarten, er werde diesem Treiben „halt“ zu gebieten wissen.

Persönlich befreitet Stadthagen Wildberger gegenüber, unter Hinweis auf seine Ausführungen im Reichstage, irgend etwas in der Helgoländer Affaire gesagt zu haben, was den Grundsätzen und der Taktik der Sozialdemokratie zuwiderstehe.

E

Frau Steinbach konstatiert, daß ihr durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit genommen sei, hier etwas anzuführen, was für die Hamburger Wähler von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Die Sache werde wahrscheinlich ein Nachspiel hervorrufen. (Rufe: ah!)

Der Vorsitzende schlägt, um jeden Schein zu vermeiden, als wolle der Parteitag nicht mit Ruhe und Geduld alles anhören, was die Berliner Opposition anzuführen hat, nach Rücksprache mit verschiedenen Genossen vor, daß auch dem von der Opposition zu bestimmenden Redner das Schlusswort mit derselben Redezeit wie dem Referenten verstattet werden soll. Dasselbe Recht würde auch Vollmar zustehen.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden. Moskenebuhr: Um zu beweisen, daß die Partei zu einer puren Opportunitätsparthei herabgesunken sei, hat die Opposition einzelne Äußerungen von Abgeordneten angeführt. Diese Behauptungen sind bereits widerlegt worden.

Der Haupteinwurf der Opposition richtete sich gegen unseren bekannten Antrag auf die stufenweise Einführung des Maximalarbeitstages. Man hat diesen Antrag als Verrat an der Sache hingestellt. Der Antrag bewegt sich aber durchaus im Rahmen des bisherigen Programms. Da ist wohl von einem, den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag, aber nicht von einem Achtstundentag die Rede. Wir haben ja selbst im Prinzip den Achtstundentag gefordert für alle Betriebe, die ununterbrochen oder unter Tag arbeiten, und für andere Betriebe nach einigen Jahren. Für eine ganze Reihe von Gewerben, welche jetzt 12 und mehr Stunden arbeiten, wie für die Mülerei, Bäckerei, Ziegelei, Weberei und Stickerie, für die Konfektionsbranche, für das Schuhmacher- und Schneiderhandwerk u. a. wäre der Zehnstundentag jetzt ein wesentlicher Fortschritt. Uebrigens geht unser Antrag noch über das hinaus, was in der Schweiz und in Oesterreich bereits eingeführt ist. Die Vorwürfe der Opposition sind also lediglich Behauptungen, die jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. (Beifall.) Die Mitglieder der Fraktion haben ganz in dem Sinne gehandelt, in dem sie gewählt sind. (Erneuter Beifall.)

Auerbach: Man hat gesagt, die Berliner Opposition hat ja gar kein Programm, sie ist nicht mit bestimmt formulirten Forderungen hervorgetreten. Gewiß, die Berliner Opposition hat kein besonderes Programm, denn hätte sie eins, so würde sie sich außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei begeben haben. Die Berliner Opposition war eben und wollte es bleiben: der Sozialdemokratie allergetreueste Opposition! (Heiterkeit.)

Hat denn etwa Vollmar ein neues Programm aufgestellt? Vollmar will die und die Punkte mehr in den Vordergrund gedrängt

E

wissen, wir wollen die aktuellen Forderungen nicht so sehr pouffirt sehen, wir wünschen, daß die prinzipiellen Forderungen, das große Ziel immer mehr propagirt werden. Mit der von Herrn Wibel hingestellten Taktik könnte man ja bis auf manche Punkte einverstanden sein. Aber die Partei handelt nicht nach dieser Taktik. Die Partei handelt nach der Taktik, die Vollmar nicht allein erzählt, sondern auch ausgeübt hat. — Es ist uns immer vorgeworfen worden, wir hätten uns in so starken Ausdrücken bewegt. Hat man von der anderen Seite nicht auch gesagt, die Vollmar'sche Taktik führt in den Sumpf, sie ist „gefährlich“, und hat man nicht aus persönlicher Humanität gegen Vollmar das „gefährlich“ aus der Resolution herausgebracht? Fischer, Herr Fischer, hat das-selbe gesagt, was wir uns erlaubt haben zu sagen. — Ich frage: pfllegt man, wenn eine Gefahr vorliegt, an die Glocke zu tippen oder die Sturmglöcke zu läuten? Wir in Berlin haben bei der Gefahr, welche die Vollmar'sche Taktik für unsere revolutionäre Partei hat, die Sturmglöcke geläutet (große Heiterkeit), und wir werden sie weiter läuten. — Wenn Liebknecht gesagt hat, daß, wenn der Parteitag sich nicht der Dertel'schen Resolution anschließen würde, er zur Berliner Opposition käme, so fürchte ich, daß er vielleicht in einem oder in zwei Jahren so weit sein wird, zur Berliner Opposition übergehen zu müssen! (Heiterkeit.)

Bei der Wahl Heine's im Kreise Calbe-Mischerleben hat man den reinen Stimmensfang getrieben. In den damals verbreiteten Flugblättern kommt von der Sozialdemokratie nicht ein Wort vor. Es wird da nur gesprochen von einer Verkürzung der Arbeitszeit, aber durchaus nicht plötzlich, nein, alles allmählich! Heine hat gesagt, Vollmar hätte es doch so leicht gehabt gegenüber dem Angriff des „Schönebecker Tageblatts“ eine Erklärung abzugeben, daß er sich geirrt hätte. Nun, was hat denn Heine abgehalten, eine Erklärung abzugeben gegenüber der Erklärung des Magdeburger Polizeipräsidenten und des Polizey-Inspektors Krieter.

Von verschiedenen Seiten ist uns untergelegt worden, wir hätten gesagt, wir wollten uns nicht an die indifferenten Massen wenden, an der Agitation unter diesen Leuten liege uns nichts. Das glauben Sie ja selbst nicht. Wir würden uns ja selbst vernichten, wenn wir nicht an die Massen herantreten würden. Wir sind nur dagegen, daß die ganze Kraft auf die Gesetzgebungsmaschine gelegt wird. Diejenigen Massen, die wir nur gewinnen, indem wir unsere Endziele verschleiern, sind von keinem Vorteil für unsere Partei.

Liebknecht hat gesagt, wenn wir konsequent denken könnten, dann müßten wir einfach sagen, wir sind Anarchisten, wir wollen eine anarchistische Taktik haben. Nebenbei bemerkt, bin ich durchaus kein Freund davon, daß man sich so auf eine Broschüre stützt, die ein Mann mal vor 20 Jahren geschrieben hat. Für mich ist

nur die Frage: Hältst Du das, was in dieser Broschüre steht für richtig, auch heute noch? Und da muß ich sagen: Wir halten einen großen Theil der darin aufgestellten Grundsätze auch heute noch für richtig. Ich glaube, dem Abgeordneten Liebknecht ist noch niemals vorgeworfen worden, daß er zum Anarchismus hinneige, oder Anarchist werden wolle, und doch hätte ihn damals, 1869, auf Grund seiner Broschüre dieselbe anarchistische Taktik vorgeworfen werden können, die er uns heute vorwirft.

Von Seiten der Münchener Genossen ist gesagt worden, die Münchener hätten den Parteitag für das Forum erklärt, vor dem diese Fragen zur Entscheidung gebracht werden müßten. Der Parteitag kann aber doch unmöglich über diese Frage beschließen, bevor nicht nach allen Regeln der Kunst diskutirt worden ist, und weiter haben wir ja auch nichts getan.

Um Ihnen zu beweisen, wie sehr die Partei in das opportunistische Lager übertritt, will ich einen speziellen Fall erzählen. Zu einer Budauer Stadtverordnetenwahl wurde ein Flugblatt herausgegeben, und ich setze einen Preis darauf, wer mir aus diesem Flugblatt konstatiren kann, ob der Betreffende, der gewählt werden sollte, ein Sozialdemokrat ist, oder ein Bürgerpartei'er, oder sonst welcher gekränkten Lokalgruppe in irgend welchem kleinen Städtchen angehört. Ich stelle Ihnen dieses Flugblatt zur Verfügung.

Ich komme nun auf die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Der Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken steht in Widerspruch mit dem Programm, welches Sie sich jetzt machen wollen. Wir sind garnicht dagegen, daß die Fraktion im Reichstage einmal auf eine Herabsetzung der Arzneitaxe dringe. Eine Verstaatlichung der Apotheken würde aber doch wahrscheinlich zu Ueberschüssen führen, und diese Ueberschüsse würde man verwenden, um neue Montirungsstücke, neue Gewehre anzuschaffen. Gegen diese Art von Staatssozialismus hat sich Engels bereits 1886 mit sehr scharfen Worten gewendet. Verstaatlichte Apotheken sind so wenig eine sozialdemokratische Einrichtung, wie es die königliche Porzellanmanufaktur und die Seehandlung sind.

Ein weiterer Beweis für das Ueberhandnehmen der kleinbürgerlichen Richtung: Unter dem 24. Mai 1891 stand im „Vorwärts“ ein Bericht über eine Versammlung der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Berliner Gast- und Schankwirth'e. In dieser Versammlung stand auch einmal die Frage der Besteuerung des Flaschenbierhandels auf der Tagesordnung, und da hat Zubeil, selbst Schankwirth und sozialdemokratischer Stadtverordneter, gesagt, die Frage der Besteuerung der Brauereien wegen des Flaschenbierhandels ist eine sozialdemokratische, denn sie ist eine Frage der Gleichheit. Weil sich die Berliner Buditer davon getroffen fühlen, wenn ihnen der Großhandel im Biergeschäft Kon-

kurrenz macht, kommt ein Sozialdemokrat auf eine so Kleinbürgerliche Anschauung zurück und sagt, der Flaschenbierhandel muß besteuert werden.

Man hat uns neuerdings in der sozialdemokratischen Partei verschiedene Popanze aufgestellt. Einer dieser Popanze ist die gegnerische Presse. Wir haben, denke ich, bloß auf unsere eigene Presse Rücksicht zu nehmen. Wir propagieren unsere Idee und fragen den Teufel danach, was die Gegner davon sprechen und denken. Man hat gestern gesagt, die Fraktion wäre von den Bourgeoisparteiern im Reichstage ausgelacht worden, wenn sie den Achtstundentag gefordert hätte. Wir hätten der Fraktion gewiß kein Tadelvotum gegeben, wenn ihr dies passiert wäre. Liebfnecht und Bebel sind die ersten Männer gewesen, die im Norddeutschen Bunde das sozialdemokratische Programm bis in die letzten Konsequenzen verfochten haben, und wie hat man sie angepöhl, ausgelacht und ausgepöfien! Daran lehren wir uns nicht. Wenn ihnen die ausgebeuteten Volksmassen wegen dieser Forderungen zuzubekn, dann soll uns das Lachen der Gegner ganz gleichgiltig sein. (Sehr wahr!)

Beus hat ausgesagt, wir müßten mehr Rücksicht nehmen auf die indifferenten Massen, die Opposition wäre deshalb so schädlich gewesen, weil wir in der Achtung unserer Gegner verloren hätten, denn diese Achtung wäre es meistens, die uns neue Leute in die Partei führe. Ich glaube Beus ist grade „typisch“ für die Agitation, wie sie jetzt bei uns getrieben wird. Ich sage, wenn man à la Beus so sehr auf die Gestaltung, auf das konziliante Wesen der Partei etwas giebt, ja dann werden wir einen Achtungserfolg erzielen, aber auch weiter nichts. Dann werden wir nicht Folge heranziehen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, sondern sogenannte gute Menschen, die da sagen, die Leute benehmen sich so fein, die sind so anständig, so mäßig, ach, da ist es wirklich nicht gefährlich, wenn wir einen solchen unblutigen Zettel in die Urne werfen und uns für so anständige Leute erklären.

Die Reichstagsfraktion hat dadurch, daß sie die Ausdehnung des Arbeiterschutzgesetzes in die Hände des Kaisers unter Zustimmung des Bundesraths gelegt haben wollte, indirekt das Prestige der herrschenden Gewalt verstärkt.

Was die Kornzollagitation betrifft, so bin ich nicht der Meinung Niederauer's, daß allgemeine Resolutionen durchaus zu vermeiden seien. Aber es fragt sich, wie sieht die Resolution der Parteileitung aus? In dieser Resolution, die ein jeder freisinnige unterschreiben könnte, steht hauptsächlich nur, daß die Zölle die niederen Volksklassen belasten und daß der Ueberschuß der Zölle in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt. Da hätte unbedingt hinzugefügt werden müssen, daß dieser wirtschaftliche Nothstand der Aus-

E

fluß der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist und daß nur in der Umwandlung dieser Wirtschaftsweise in eine andere und bessere ein Erfolg für die Massen erzielt werden kann.

Es ist ferner charakteristisch, daß in Brüssel auf dem internationalen Arbeiterkongreß die Arbeiterschutzresolution zurückgewiesen werden mußte in die Kommission, weil in dem ersten Entwurf dieser Resolution durchaus nicht der Standpunkt des Klassenkampfes gewahrt war, weil Jeder, der auf schutzreformatorischem Wege sich befindet, diese Resolution annehmen konnte. Der deutschfreisinnige Arbeiterverein in Berlin hat kürzlich eine Resolution gefaßt, die sich für die Ueberführung des Grundes und Bodens in den Besitz der Gesellschaft, für Abschaffung der indirekten Steuern, für Einsetzung einer nach oben sich steigenden Einkommensteuer, für Beseitigung der stehenden Heere ausspricht. Wie sollen wir da eine Konkurrenz mit diesem Verein aufnehmen? Wir können ihn nur dann beslegen, wenn wir sagen, ja wohl, das wollen wir auch, aber nur einzig und allein zu dem Zweck, um uns in den Besitz der politischen Macht zu bringen, um unser Endziel zu erreichen.

Nachdem in dieser Debatte von allen Seiten auf die Opposition losgeschlagen ist, erlaube ich Sie mir, eine ruhige, objektive Aeußerung vorzutragen, die ein guter Vertreter der Sozialdemokratie im Auslande über diesen Streit zwischen den Alten und Jungen gemacht hat. Mir ist ein Brief zur Verfügung gestellt worden, den der Bezirksanwalt Lang in Zürich an einen deutschen Freund gerichtet hat. Er spricht darin auch über die außerordentliche Gefahr, die ein Auftreten wie das Vollmar's in München für die Partei haben könnte, weil seiner Ansicht nach die Chancen für die Entstehung einer possibilistischen Partei in jedem Lande außerordentlich günstig seien. Er befindet sich sachlich in den meisten Fällen auf dem Boden der „Alten“. Die Fraktion müsse sich an Parlamentarismus beteiligen und bei allen wichtigen Fragen prinzipielle Stellung nehmen. Auch müßte sie für die volksthümlichen reformatorischen Forderungen eintreten. Aber es liege die Gefahr nahe, daß die Fraktion aus Freude am Erfolg sich zu Konzessionen herbeilasse und das Taktgefühl bei der Unterscheidung von Wichtigem und Unwichtigem leicht verliere. „Diese Opposition,“ heißt es dann, „ist nothwendig und erfreulich, ein Zeichen dafür, daß die Autorität der Person noch nicht die Autorität der Sache oder des Prinzips übermachtet hat. Die Opposition ist geschichtlich nothwendig, und auf ihren Einfluß und ihre Wirkung können und wollen wir nicht verzichten. Aber gerade darum muß eine Spaltung verhütet werden; denn nur dann, wenn die Opposition zur großen Partei im Verhältniß eines radikalen Flügels sich befindet, kann sie diese beeinflussen. Aus alledem erklärt sich, daß die Art, wie die Fraktion die Opposition behandelt, von einer großen Verstandnislosigkeit und

E

Verblendung zeugt. Ich stehe im Wesentlichen auf dem Standpunkt der „Alten“, bin aber entrüstet über den Ton, den diese anschlagen. So oft es zu Auseinandersetzungen mit den „Jungen“ kommt. Man soll froh sein über die Opposition, das Zeichen selbständigen Lebens in der Partei, und ihre relative Berechtigung anerkennen. Man soll nicht über sie schimpfen, sondern sie verstehen und von ihr zu lernen suchen.“ (Gelächter.) — Nicht ich bin es, der Ihnen diesen Rath giebt; Ihr Gelächter bezog sich auf die Person des Briefstellers. (Rufe: Jamohl!) Durch dieses unparteiische Urtheil (Who!) haben wir einen Beleg dafür, daß nicht allein nach unserer Meinung, nein, daß auch nach der Meinung der Leute im Auslande eine Gefahr nicht allein vorliegen könnte, sondern schon vorliegt. Das beste Zeichen ist das Vorgehen Vollmar's, und wir werden sehen, wie die Sache weiter läuft. Mögen Sie sich noch so sehr durch Resolutionen salbiren, die Reichstagspraxis führt mit Nothwendigkeit zur Vollmar'schen Taktik. Das wollen wir vermeiden, und deshalb haben wir unsere warnende Stimme erhoben, und weil wir der Meinung Lassalle's sind, daß auf die Massen nur das Ganze, Unmittelbare, das Extreme wirkt. Wir sagen, wenn die Leute noch so viel erzählen, wie lieblich und ungesährlich die Sozialdemokratische Partei sei, man wird es uns nicht glauben, wohl aber liegt die Gefahr vor, daß wir die Massen in das kleinbürgerliche Lager hineinführen. Das wollen und können wir nicht, weil wir damit die Befreiung des Proletariats nicht beschleunigen, sondern vielmehr verzögern! (Beifall bei der Opposition.)

Persönlich bemerkt zur Rede Auerbach's

Heine: Wenn Auerbach es so darstellt, als wenn ich auf dem Standpunkt kleinbürgerlicher Demokratie stehe und von mir nichts gesehen sei, um die Endziele unserer Partei in die Massen zu bringen, so begeht er dabei eine wissenschaftliche Unwahrheit. Ich verweise nur auf die „Halberstädter Sonntagzeitung“, wo in jeder Nummer die Endziele unserer Partei betont werden. Redner erklärt ferner für unwahr, was Auerbach von den Flugblättern und dem damit angeblich betriebenen Stimmensfang gesagt hat und schließlich auch die Behauptung, daß er seiner Zeit keine Wichtigstellung in Bezug auf die Magdeburger Wahl erlassen habe. Er habe vielmehr eine derartige Erklärung im „Sozialdemokrat“ veranlaßt.

Scholz-Berlin VI: Nach den Ausführungen Auerbach's könnte es scheinen, als wenn der Verein, dem Stadtverordneter Zubeil und auch ich angehören, sich die Ausführungen Zubeil's damals zu eigen gemacht hat. Es haben sich aber verschiedene Redner gegen Zubeil gewandt, und ist gegen dessen Meinung energisch protestirt worden.

Peuß: Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich

F

jemals irgend eines unserer letzten Ziele verschwiegen hätte. Ich meine aber, daß unsere Ziele so edel sind, daß sie allerdings in einer Weise dargestellt werden können, daß die Besten Aller sich dafür erklären können.

Vorsitzender Singer: Von dem Zentralkath der Sozialdemokratie in den Niederlanden ist ein Schreiben eingegangen, daß der Genosse van der Goes nicht im Namen der holländischen Partei, wie es im „Vorwärts“ hieß, auf dem Parteitag anwesend ist. Nach den stenographischen Aufzeichnungen habe ich in der ersten Sitzung gesagt: „Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes u. s. w.“ Der Genosse ist also nur als Person, nicht als Vertreter der holländischen Partei hier angekündigt worden.

Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist folgende Erklärung eingelaufen:

Wir unterzeichneten Abgeordneten erklären hiermit, daß keiner von uns über Fraktionsgenossen solche Mittheilungen gemacht hat, wie Wildberger sie in der Versammlung am 9. September 1891 im Kolberger Salon erhalten zu haben behauptet.

Insbefondere ist die Aeußerung:

„sieben Achtel von der Fraktion hätten den Fraktionsentwurf eines Arbeiterschutzes-Gesetzes vorher garnicht zu Gesicht bekommen, würden auch Verschiedenes nicht unterschrieben haben, wenn es vorher diskutirt worden“

von keinem von uns gethan worden. Und wir erklären weiter, daß eine Aeußerung dieses oder ähnlichen Sinnes unseres Wissens von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht worden ist.

Erfurt, 19. Oktober 1891.

Auer. Brubns. Frohne. Molkenbuhr. Vollmar. Bebel. Mos. Bok. Garm. Dreesbach. Meister. Gezer. Albert Schmidt. Birk. Carl Schulke. Schwarz. Burm. Wilhelm Schmidt. Ulrich. Joest. Wegger. Heine. Förster. Grillenberger. Singer. Stabthagen. Liebknecht. Kumerl.

Dies erklärt persönlich, daß er sich dieser Erklärung anschließe. Singer: Ich habe eine weitere Mittheilung zu machen: Folgender Brief ist eingelaufen:

Friedrichshagen, 17. Oktober 1891.

Sehr geehrter Herr Singer!

Es laufen in Berlin drei Versionen über die beiden Abgeordneten um, welche an Wildberger die Mittheilung über die Fraktion und das Arbeiterschutzes-Gesetz gemacht haben sollen. Alle drei stimmen in einem Namen überein, wechseln aber in anderen. In einem Falle wird auch meine Person genannt.

Ich weiß nicht, welche Namen in Erfurt zirkuliren und nehme

E

daßer auch nicht Veranlassung zu irgend welcher thatsächlichen Erklärung, die selbstverständlich nur eine Zurückweisung der hier unläufigen Behauptungen sein könnte.

Wenn das Bureau aber in die Lage kommen sollte, irgendetwas an diese Sache herantreten zu müssen, so ist es ebenso selbstverständlich, daß es für meine Person erklären kann, ich mache auf das Schweigen Wildberger's absolut keinen Anspruch, sondern ließe ihn bitten, klipp und klar zu sagen, was ich ihm über die Arbeiterchutz-Verhandlungen der Fraktion nach seiner Meinung mitgeteilt hätte.

Aus den Zeitungsberichten kann ich nicht einmal ersehen, ob an den sieben Achten oder etwas Ähnlichem festgehalten worden ist, sondern ob nunmehr der Abgeordnete bloß gesagt haben soll: von der und jener Bestimmung wisse er nichts.

Mit bestem Grusse

Marx Schippel.

(Bewegung.)

Baethge-Magdeburg meldet sich zum Wort. (Aufe: Er will die Namen nennen!)

Vorsitzender Singer: Ich habe keine Veranlassung, zu diesem Gegenstand in diesem Augenblick das Wort zu geben. Die Konsequenzen, die sich weiter daran knüpfen sollten, müssen an der Stelle ausgefochten werden, an die sie gehören.

Meister: Ich verstehe eine derartige Auffassung nicht, nachdem wir hier gehört haben, daß Wildberger bereit ist, die Namen zu nennen. (Widerpruch.)

Singer: Es ist ein Irrthum, daß Wildberger sich bereit erklärt hat, die Namen zu nennen. (Auf: Aber ein Anderer!) Wildberger hat die Verpflichtung, das, was er gesagt hat, zu vertreten, und er hat es nicht notwendig und wünscht es auch wohl nicht, sich einen Stellvertreter zu wählen. Dieser Gegenstand ist für den Augenblick erledigt.

Baethge verzichtet aufs Wort.

Vorsitzender Singer macht Vorschläge über die Wahl der Neuner-Kommission: Es ist inzwischen eine Vorschlagsliste unter den Delegirten vertheilt worden.

Reißhaus beantragt die Mandatprüfungskommission mit der Sichtung und Feststellung des Resultats zu beauftragen.

Auerbach: Meine Damen und Herren! Nachdem nun die Frage der Wahl der Kommission aktuell geworden ist, gebe ich im Namen meiner Gefinnungsgenossen Werner, Baethge, Wildberger, Schulke und in meinem eigenen Namen die Erklärung ab, daß wir in diese Kommission nicht hineingehen. Was wir gegen die Parteileitung und gegen die Fraktion vorgebracht haben, haben wir im Rahmen der vollsten Oeffentlichkeit gethan

E

und wir sind jetzt und jeden Augenblick weiter bereit, diese Anklagen im Lichte der Oeffentlichkeit und nicht hinter verschlossenen Thüren zu rechtfertigen. Weiter habe ich im Namen der eben genannten Gefinnungsgenossen folgende Erklärung abzugeben: Wir Anhänger der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag unserer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwider . . . (Unruhe.)

Vorsitzender Singer (den Redner unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß diese Erklärung weiter verlesen wird. Wir sind jetzt bei der Erledigung der Frage (Unterbrechungen; die genannten 5 Mitglieder der Opposition erheben sich von den Plätzen), in welcher Weise die Kommission gewählt werden soll. Ich kann also die weitere Verlesung einer Erklärung, welche die Stellung der sogenannten Opposition zur Partei behandelt, nicht zulassen. (Auerbach versucht die Erklärung dem Vorsitzenden zu überreichen.) Ich lehne es ab, jetzt diese Erklärung anzunehmen. Die Herren haben volle Freiheit, ihre Erklärung abzugeben, wenn es Zeit ist, wir lassen uns aber nicht bei einer Frage, wo es sich einzig und allein um nur geschäftliche Angelegenheiten handelt, in dieser Weise Erklärungen aufdrängen. Außerdem erkläre ich, daß die Kommission gewählt wird, ob die Herren vor derselben erscheinen oder nicht. (Baethge: Mein, unter keinen Umständen! Die fünf Mitglieder der Opposition verlassen unter großer Unruhe den Saal.) Der Parteitag ist es der Ehre der Partei schuldig, zu untersuchen, ob die Anklagen der Opposition begründet sind. Weigern sich die Ankläger, vor der zu dieser Untersuchung eingesetzten Kommission zu erscheinen, so wird es Aufgabe der Kommission sein, dem Parteitag vorzuschlagen, was zu geschehen hat. Die Konstituierung und Thätigkeit der Kommission ist vollkommen unabhängig von dem Willen der Opposition. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mandatprüfungskommission würde nach der Mittagspause die Stimmzettel einzusammeln und das Resultat festzustellen haben, so daß wir nach Erledigung des vorliegenden Gegenstandes die Mitglieder der Kommission bekannt geben können.

Scherm, Dertel und Keßler bitten von ihrer Wahl abzusehen, ebenso Meiß, der statt seiner Slomke vorschlägt.

Vorsitzender Singer bemerkt noch: Die abzugebenden Stimmzettel müssen 9 Namen enthalten; weniger Namen sind unzulässig. Es steht Jedem frei, in die Vorschlagsliste andere Namen zu schreiben und die nicht konvenirenden zu streichen. In Folge des Beschlusses des Parteitages darf weder ein Mitglied der Fraktion, noch der Parteileitung, noch ein Delegirter Berlins in diese Kommission gewählt werden. — Schluß gegen 1 Uhr.

E

Nachmittagsitzung.

Eröffnung 3¼ Uhr. Vorsitzender Singer:

Die Verhandlung über die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei wird fortgesetzt. Zu seinem Schlusswort erhält das Wort:

v. Kollmar: Ich bin bei meiner vorgestrigen Rede davon ausgegangen, mich nicht in ein Wiederaufwärmen des ganzen Streits der vergangenen Monate mit all seiner unerquicklichen Unfruchtbarkeit einzulassen. Es ist mir lediglich um die Sache zu thun gewesen. Zugleich werden Sie wohl in meiner Rede bemerkt haben, daß ich Alles unterlassen habe, was auf das Gefühl zu wirken geeignet war, was die Leidenschaften und Vorurtheile hätte anstacheln können, weil ich meinte, daß wir hier es mit der Intelligenz der Partei zu thun haben, wo man ausschließlich an Verstand und Vernunft appelliren soll. Ich wünschte mit einem Wort, die Debatte, soweit es auf mich ankam, an höhere Gesichtspunkte zu fesseln. Leider ist dieser mein Wunsch nur sehr zum Theil von Erfolg gekrönt gewesen. Anstatt sich an das Ganze meiner Münchener Reden und meiner neulichen Reden zu halten, hat im Allgemeinen der größere Theil der Redner es vorgezogen, einzelne Aeußerungen und Anführungen zu zerpfücken, das Ganze in Einzelheiten, in einen Wortstreit aufzulösen. Die Debatte der vergangenen Tage hat mir auf das Deutlichste gezeigt, eine wie schwere Kunst das Lesen und Hören ist, eine wie noch viel größere Kunst es ist, Reden, Gelesenes und Gehörtes, richtig auszulegen, richtig zu verdolmetschen, namentlich dann außerordentlich schwer, wenn sich einmal das Stück Staatsanwalt gerührt hat, welches in jedem Einzelnen vorhanden ist. — Namen will ich dabei nicht nennen. Es ist geradezu wunderbar, welcher kritische Scharfsinn angewendet worden ist, um um jeden Preis aus einzelnen Zeilen, aus einzelnen Worten das herauszulesen, was dem Betreffenden angenehm war, weil er dann am besten sich dagegen wenden konnte. Ein Redner hat z. B. ausgeführt, ich hätte in den Münchener Reden nicht die Einzelheiten der nächsten Forderungen unseres Programms so hervorheben, dagegen den revolutionären Charakter und die Ziele unserer Bewegung um so mehr betonen sollen. Das kommt auf dasselbe heraus, worüber ein Redner der Opposition klagte, daß wir bei Gelegenheit der Frage der Prüfung der Gewehrläufe nicht eine revolutionäre Rede gehalten haben. Es kommt doch auf den speziellen Zweck an, den man mit einer Versammlung verfolgt. Nach diesem Maßstab ist die Rede zu bemessen. Bei den Versammlungen, um die es sich hier handelt, ist speziell die Aufgabe die gewesen, nicht eine allgemeine Agitationsrede zu halten, sondern Kritik an den augenblicklichen Verhältnissen und an den Aufgaben

F

zu üben, welche aus derselben mir zu erwachsen schienen. Der revolutionäre Charakter der Bewegung beruht nach meiner Ansicht zunächst in etwas ganz anderem, als in fortwährenden Wiederholungen und großen Worten, nämlich darin, daß wir, die Sozialdemokratie, das naturnothwendige Ergebnis eines revolutionären Vorganges, der Enteignung der Massen, sind, des Vorganges, welcher fortbauend weiter revolutionirend wirkt und den wir zum Bewußtsein der Masse zu bringen haben.

Von verschiedenen Rednern ist mir eine Reihe anderer Vorschläge gemacht worden. Genosse Singer hat gemeint, ich sollte gewiß das Prinzip, aber es wie ein Familienheiligthum in den Sitzbroschüre stellen; man hat gesagt, ich sollte mich Entfugung, Verlangsamung, ich predigte das Kompromiß, die Ausöhnung mit den herrschenden Klassen, ich wolle die „nächsten“ Aufgaben als die hauptsächlichsten, zunächst als die einzigen aus dem Programm herausgegriffen sehen. Wiederholt hat man sogar gesagt, ich wolle eine Regierungspartei, den Regierungsozialismus, heute Vormittag hat ein besonders mit Temperament begabter Redner sogar auf den seligen Boulanger hingewiesen. Wenn in dieser Weise eine lange Broschüre zerpfückt und mit dem Rothzettel jeder einzelne Punkt markirt wird, dann bin ich gezwungen, so leid mir das Lesen thut, Ihnen die andere Seite der Medaille zu zeigen. Auf einer Zahl Seiten der Broschüre sage ich, daß von einer Aufgabe unserer Grundzüge selbstverständlich keine Rede sein kann, daß wir ebensowenig Veranlassung haben, unsere Waffen aus der Hand zu legen, denen wir am meisten verdanken, was wir bisher erreicht haben. „Über andererseits entspricht es dem Interesse der Arbeiterbewegung und des Gemeinwesens überhaupt und ist auch dem aller Utopie und Spekulation fernen, im besten Sinne realpolitischen Wesen unserer Partei nicht zuwider, wenn wir den Weg der Verhandlung betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirtschaftlicher und politischer Art herbeizuführen. — Die Lage ist für uns ausblicksreich, vielversprechend, aber zugleich verantwortungsvoll. — Der in der heutigen Gesellschaft vorhandene Interessengegensatz ist der Hauptfeind; aber Unkenntniß und Vorurtheil machen nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, und hier kann nicht nur überzeugendes Lehren, sondern noch mehr kluges Handeln uns viel nützen. Ueber allem aber ist unsere Partei als Vertreterin aller Unterdrückten und Bedrängten, aller emporstrebenden Kräfte, zu einem immer gewaltigeren politischen Machtfaktor zu entwickeln, den Gutmüthigen zum Sporn, den Eigenmächtigen zum Widerstande. Denn nur der kann Forderungen erheben, der Kraft und Macht hat; dem hilflosen Bettler giebt man nichts.“ Ferner Seite 16: „Man sagt, die herrschenden Klassen würden ja doch freiwillig nie-

E

maß etwas von ihren Vorrechten ablassen. Nun freiwillig werden sie das allerdings kaum, sondern nur genötigt. Aber es ist ein Irrthum, sich vorzustellen, daß diese Nötigung nur durch die Faust geschehen könne, daß in jeder einzelnen Frage des Staats- und Gesellschaftslebens die nackte Gewalt in Wirkung trete und entscheide. Es giebt auch noch andere Gewalten als die Faust: die fortgesetzte zähe Arbeit zielbewusst arbeitender Organisationen, die dadurch bewirkte Veränderung der Meinungen und vor Allem die Macht der wirtschaftlichen Thatfachen.“ — Seite 17: „Worauf es ankommt, das ist, daß wir — ohne unsere Endziele und den Zusammenhang der Forderungen im Mindesten zu vergessen — auch praktische Tagespolitik treiben, unausgesetzt in jeder Einzelfrage die öffentliche Meinung und die gesetzgebenden Faktoren bestürmen und nie vergessen, daß jede noch so unbedeutende Verbesserung des Arbeiterlooses die geistige und leibliche Kraft und Macht des Volkes vermehrt und zum weiteren Kampfe stärkt, zu neuen Bestrebungen ermuntert und befähigt.“ Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundföhen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitumbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unserer Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zäbigkeit der Verhandlung, sowie all unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starke, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Würsgschaft.“ Seite 19: „Macht Einer von Ihnen, daß die ganze oder theilweise Erreichung dieser Forderungen für das arbeitende Volk Deutschlands gleichgültig oder unbedeutend wäre? Oder würde sie nicht vielmehr die Lage von Millionen thatsächlich verbessern, sie leiblich und geistig zu weiterem Verbesserungsstreben stärken? Würde uns das Volk nicht für die Erringung dieser Forderungen mehr Dank wissen, als für die kräftigsten Phrasen und schönsten Zukunftsbilder?“ Seite 23: „Ich wiederhole, wir haben die Aufgabe, wo sich ein guter Wille zeigt, ihn anzuerkennen und zu stärken, die ihn hemmenden schlechten Einflüsse zu bekämpfen, die öffentliche Meinung zu gewinnen, der Staatsgewalt die Nothwendigkeit des Vrechens mit der Interessenpolitik kleiner Kreise und des Ueber-

E

gehens zu einer für die Interessen des ganzen Volkes wirkenden und sich auf letzteres stützenden Politik zu zeigen, zugleich aber unausgesetzt an der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung als politischen Machsfaktors zu arbeiten, weil alle Politik wesentlich eine Machtfrage ist und nur derjenige etwas zu erreichen hoffen darf, der seine Forderungen durch reale Macht unterstützen kann.“

Und nun frage ich: Wo ist hier die Befeitigung, wo die Verschleierung, Verschweigung des Prinzips, wo ist von Entwaftung gegenüber der herrschenden Gewalt, von Unschädlichmachung unserer Bewegung die Rede, wo davon, daß der Arbeiterschut den Hauptinhalt, den einzigen Inhalt unseres Programms für die nächste Zeit ausmachen soll? Was ich beabsichtigte, und was sich vollkommen deckt mit dem bisherigen thatsächlichen Verhalten der Partei, ist, daß neben unserem Programm, neben unseren prinzipiellen Forderungen vollkommen gleichlaufende und mit denselben zusammenhängende Forderungen nicht als Ziel, sondern als Weg, als Mittel herausgegriffen werden sollten als unsere jeweilig nächsten, dringendsten und in der Ausführbarkeit möglichen Forderungen. Auer hat gemeint, hier sei die Linie, wo wir uns von anderen Parteien trennen, wo es darauf ankommt, ob wir noch auf eigenen Füßen stehen oder mit jenen zusammenschmelzen. In persönlichen Unterredungen mit einer Reihe von Kongreßdelegirten habe ich bemerkt, daß gerade das Wort Arbeitsprogramm, Aktionsprogramm die allerverbreitete Auslegung gefunden hat, weil unsere Grundföhe den Namen Parteiprogramm tragen, haben sie gemeint, es soll daneben ein anderes Programm stehen. Davon ist für den ruhig Urtheilenden nicht im entferntesten die Rede. Das Wort Aktionsprogramm ist von der Schweizerischen Partei hergenommen, wo ein solches seit Jahren besteht, wo neben dem großen jeweilig das Arbeitsprogramm auf die nächsten Jahre festgesetzt wird, wonach neben den prinzipiellen auf diejenigen Fragen, deren Erfüllung heute möglich ist, die augenblicklich am meisten Aussicht haben oder am meisten im Interesse der Arbeiter zu liegen scheinen, ganz besonderer Nachdruck zu legen ist. Das ist die ganze Geschichte und nichts anderes. Nun kommt Liebknecht und führt wiederum das Wort an, mein Gedanke müßte zur Verjümpfung führen, ja er fügte weiter hinzu, zum Regierungsverjümpfung — ein Wort, das entweder bestimmt oder geeignet ist, mich hier in den allerschlimmsten Verdacht zu bringen. Nun meine ich und meinte stets, die Sozialdemokratie sei nicht die Erfindung einiger weniger Köpfe, die nicht gemacht worden wäre, wenn diese Köpfe nicht vorhanden wären, sondern unsere Bewegung sei das nothwendige Ergebnis der materiellen Voraussetzungen, welche seither unwiderrstehlich wirken. Ich habe schon in meiner vorigen Rede gesagt, die Hebung des Arbeiterlooses in politischer oder ökonomischer Hinsicht unter den heutigen Umständen würde dann ein Verzicht

17 E

auf das Endziel unserer Partei sein, wenn die Möglichkeit bestände, daß die Erringung dieser einzelnen Vortheile zur endgiltigen Ausöhnung mit der Gesellschaft führen könnte. Die ganze sozialistische Theorie ist gerade darauf gebaut, daß diese Ausöhnung unmöglich ist und daß deshalb, möge so viel an Einzelverbesserungen gegeben werden als man will, dieses Endziel doch nicht im allermindesten aufgegeben oder beseitigt wird. Singer ist auch für Konzessionen, auch für einzelne Verbesserungen, aber das hätte für uns nur den Zweck, uns zum weiteren Kampfe zu stärken. Das ist nichts Neues gewesen, in meiner Broschüre steht ganz genau derselbe Satz, so daß hieraus kein Vorwurf hergeleitet werden kann. Ich meine gerade in Bezug auf den Punkt, der mir der wesentlichste war, den Normalarbeitstag, tritt am deutlichsten hervor, daß derartige Verbesserungen die Arbeiter und ihre Lage ganz außerordentlich für den weiteren Kampf zu stärken im Stande sein würden. Daher kann man nichts Unzutreffenderes sagen, als daß ein derartiges Vorgehen zur Versumpfung führt. Ich wünschte, wir kämen recht bald zu der Versumpfung des Normalarbeitstages!

Bei vielen Rednern trat die Anschauung zu Tage, daß weniger die Einzelheiten als der Ton meiner Rede anzugreifen sei, also das Unfassbare, das was man bloß fühlt, was man nicht beweisen kann, sondern was am meisten dem rein persönlichen, subjektiven Ermessen anheimfällt. Das ist der Tendenzprozeß in seiner schönsten Form; wogegen wir, wenn wir auf der Anklagebank der heutigen Gewalten sitzen, niemals entschieden genug protestieren können, das schleppen Sie so in unsere eigene Partei hinein! Es fällt mir nicht ein und ist mir nicht eingefallen, von Entsagung zu sprechen; das Wort ist in meinen Reden nicht enthalten. „Die Lage ist für uns aussichtsreich, aber auch verantwortungsvoll . . . Wir müssen rüftig auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, die Augen fest auf das ferne Ziel gerichtet, entschlossen, kräftig, aber auch mit Umsicht und Ueberlegung.“ So wörtlich in meinen Reden. Es scheint fast, als ob der Hauptvorwurf, den mir Einige machen wollen, darin beruht, daß ich zur Ueberlegung und Besonnenheit aufforderte. Ganz abgesehen von außerhalb unserer Partei liegenden Faktoren habe ich meine guten anderen Gründe gehabt; zunächst das Drängen der Berliner Opposition, welche bis zur Stunde zu unserer Partei gehört, in unserer Parteibewegung in den letzten Monaten eine Rolle gespielt hat und auf die ich nothwendig Bezug nehmen mußte. Auch außerhalb der Berliner Opposition, vielleicht durch sie gedrängt, zeigten sich Andere, welche die Zeit nicht mehr erwarten zu können schienen, und deren Verhalten, wenn es nicht darauf ausging, doch dazu geeignet war, die Sachen zu überflüssigen. Soviel steht fest, daß noch keine Partei der Welt durch Besonnenheit zu Grunde gerichtet worden ist und daß man eher statt zu

E.

wenig zu viel Besonnenheit haben soll, aus dem Grunde, weil die Entwicklung der Verhältnisse ganz von selbst die zu Besonnenen nach vorwärts treibt.

Nun ist auch die Selbstbeschränkung herangezogen worden. Ich sollte meinen, Selbstkritik und Selbstbeschränkung sollten jedem Menschen, jedem Parteimann, jedem Politiker ganz außerordentlich anstehen, und gerade hier scheint mir meine Mahnung sehr berechtigt gewesen zu sein. Auer hat die Sache so dargestellt, als ob der, welcher die Selbstkritik und Selbstbeschränkung in meinem Sinne übt, nicht mehr die Freiheit des Handelns hätte. Ich habe immer, in der Schule schon, gelernt, daß Selbstkritik und Selbstbeschränkung erst die wirkliche Freiheit giebt, daß ohne dieselben nur ein willkürliches und größtentheils dem Zufall unterworfenes Handeln die Folge ist. Im Uebrigen ist auch S. 8 der Broschüre nicht von Anträgen, nicht von praktischer Politik im Reichstage die Rede, sondern es handelt sich um die Kritik einer ganzen Reihe verkehrter Handlungen und Ausführungen in verschiedenen Blättern unserer Partei, und unmittelbar darunter ist gleich die Erklärung hinzugefügt, daß es sich im Allgemeinen um das leichtbereite Absprechen über alle möglichen Dinge handelt, ein Abprechen, das wir leider in unserer Presse, soweit sie nicht gut bedient ist, nur allzu häufig finden. Diese Selbstkritik und Selbstbeschränkung im moralischen Sinne ist gemeint. Wenn ich alle diese merkwürdigen Äußerungen und Irrungen über meine Rede hier in dieser Versammlung übersehe, dann kann ich mir, da ich an dem guten Willen keines einzigen Genossen zweifle, das nur dadurch erklären, daß die Mehrzahl der Beurtheiler der Rede gegen ihren Willen nicht im Stande ist, meine Rede von der Lawine, zu der sie im Laufe des Streites durch die eigene, namentlich aber durch die gegnerische Presse angewachsen ist, zu trennen. Daß mir heute von zwei älteren Genossen ein Vorwurf aus dem gemacht ist, was im Burgstädter oder Burgthuder Amtsblatt über meine Reden gestanden hat, das ist doch wohl das Ungeheuerlichste, was hier in diesem Saale überhaupt gesagt werden kann. Glaubt denn Freund Heine mich verpflichtet, die Amtsblätter im letzten Winkel seines Kreises zu lesen, oder auch die „Germania“, die „Vossische Zeitung“ u. s. w.? Da hätte ich viel zu thun. Meine Aufgabe ist gerade groß genug, die süddeutschen Blätter zu lesen, fällt mir auch nicht entfernt ein, mich gegen irgend einen solchen Unsinn zu kehren. Auch die Auspfeihungen im Zentralorgan berühren da oben bei uns in Süddeutschland nichts weniger als freundlich. Aber ich verlange von Ihnen, sich darüber zu äußern, was ich gesagt habe, und nicht, was ein beliebiger Anderer, ein Gegner, gesagt hat.

Nun komme ich auf den Punkt, daß aus meiner Schrift ganz unzweideutig hervorgehe, ich hätte eine nagelneue Taktik haben

17° E

wollen. Davon ist nicht im Merentferntesten die Rede, und namentlich in der zweiten Rede finden Sie schon einen Protest dagegen, da sage ich, dies „ist jedoch keineswegs richtig. Die Taktik, welche ich empfohlen habe, ist in ihren Elementen bereits bisher vorhanden gewesen, nur daß sie weniger folgerichtig durchgeführt wurde“, und als Erklärung verweise ich auf die Rückschläge der „Jungen“ mit ihrem revolutionären Phrasengeflügel. Seite 19 sage ich: „Die von mir empfohlene Taktik ist seit dem Fall des Ausnahmezustandes schon in zahlreichen Fällen in und außer dem Reichstage befolgt worden. Gegen diese Taktik sind aber mehrfache Rückschläge erfolgt.“ Ich habe sie also nicht erfunden, sondern mich mit ihr identifiziert, wie sie seit Halle eingeschlagen ist. „Heute kann von dieser Taktik weniger als je abgegangen werden.“ Das zeigt aufs Deutlichste, daß ich die vorhandene Taktik im Auge habe, welche parteigesehlich eingehalten werden soll.

Nun sagt ein Redner, wenn diese Ansichten nichts neues gewesen seien, sei es auch nicht nöthig gewesen, sie mit solchem Lärm vorzutragen. Ich bitte Sie, sich ein paar Monate zurückzuergehen. Wie haben sich denn die Dinge verhalten? Die erste Versammlung ist nicht eine großartige Versammlung gewesen, sondern es war die regelmäßige Monatsversammlung der Partei, die ich nicht veranstaltet habe, sondern zu der ich eingeladen wurde. Hätte ich Lärm machen wollen — wir verstehen uns ja alle miteinander ein wenig auf dieses Geschäft (Heiterkeit) —, hätte ich gewünscht, ein „Pronunziamento“ zu machen, dann hätte die Geschichte ein wenig anders ausgesehen, dann hätte ich zunächst eine Riesenversammlung einberufen in einem Lokal, was damals noch zur Verfügung stand, welches vier- bis fünftausend Mann faßt, und nach dieser Versammlung hätte ich dieselbe Rede ein Duzend mal in der Provinz gehalten und wäre mit Resolutionen vorgegangen, welche ich Ihnen dann hier als Sturmpetitionen an den Kopf geworfen hätte. „Als Mitherausgeber eines großen Blattes hätte ich auch dieses zu diesem Zwecke ziemlich ausnützen können. Es ist mir nicht eingefallen. Noch in derselben Nacht bin ich nach meiner Rede fortgefahren und habe mich weiter nicht um die Sache gekümmert. Daher die widersprechenden Notizen in den Blättern; der Bericht der „Münchener Post“ rührte von einem Redakteur her, der nicht geschult und nicht Parteigenosse ist. Ich habe mich den ganzen Monat nicht darum gekümmert; ich dachte mir, das Geschwätz, wie es der Tag gebracht, wird der Tag hinwegnehmen. Das ist nicht geschehen und schließlich habe ich denn beide Reden in Broschürenform herausgegeben, aber nicht freiwillig, sondern weil ich nicht mehr anders konnte.

Ich nehme jene Meinungsfreiheit, welche wir von den heutigen Gewalten, von den Gegnern in Schrift und Wort in ausgedehntestem

E

Maße verlangen, als mein Recht in Anspruch innerhalb der Partei und sage was ich für richtig halte, und da muß ich allerdings betonen, wenn Jemand so ruhig, so sachlich, ohne Nennung auch nur einer Person selbst da, wo sie genannt werden könnte, seine Ansichten vertritt, wenn aus dem ganzen Inhalt und dem Ton der Rede aufs Deutlichste hervorgeht, daß ich gar nichts, keine Sturmpetitionen und dergleichen machen will, sondern bloß meine Ansichten zur Debatte stelle und ruhig dem entgegenstehe, was dagegen gesagt wird, und dann demselben Mann, der außen in der Partei immerhin ein wenig bekannt ist, nicht nur während der Debatten der letzten 3 Monate, sondern auch hier in solcher Weise entgegengetreten wird, wenn er dargestellt wird, als ob er das schrecklichste Verbrechen gegen die Partei plane, sie zu einer nationalen, zu einer Regierungspartei machen, sie in den Sumpf, ja in den Ruin führen will — dann muß ich allerdings fragen: Wo bleibt hier die Meinungsfreiheit, von der man so oft spricht? (Sehr richtig!) Ich bin zufällig in der Lage, daß ich mich den Teufel darum schere, was Andere denken, mit Ausnahme Derer, die über mich in München oder in der Gesamtpartei ihr Urtheil abzugeben haben — aber ich frage Sie: wo soll die freie Meinungsäußerung hinkommen der zahlreichen Leute, die mit uns in der öffentlichen Thätigkeit so eng zusammengewachsen sind, welche fallen, wenn diese fällt, wo sollen die den Muth hernehmen, aufzutreten, wie sollen diese zahlreichen Elemente es dann noch wagen, eine eigene Meinung zu äußern? (Sehr richtig!) Wenn es etwas in unserer Partei giebt, was namentlich seit ihrer Vergrößerung, seit dem Fall des Ausnahmegesetzes notwendig ist, so ist es, selbstständig denkende Charaktere heranzuziehen. (Sehr richtig!) Wir sind mustergiltig geworden für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, aber in Bezug auf die Selbständigkeit der Meinung steht es doch etwas flau bei uns, und es hat niemals etwas einen deprimirenderen Eindruck auf mich gemacht, als wie im vorigen Jahre wir Zeugen der Dinge im Streit mit den Jungen gewesen sind. Da wird in Berlin eine Versammlung abgehalten; 5000 Mann sind zugegen, alle mit Wille einverstanden. Dann kommt Bebel, spricht vor 6000 Mann, und alle 6000 sind mit Bebel einverstanden. (Große Heiterkeit; Widerspruch Bebel's.) In Magdeburg ging es ähnlich. Die zwei Redakteure der „Vollstimme“ referiren mit aller Berebnsamkeit, und die übergroße Mehrheit der großen Versammlung erklärt sich mit ihnen einverstanden. Die sind nun schlau genug gewesen in ihrem Siegesbewußtsein zu telegraphiren, Bebel möchte doch kommen. Bebel kommt, und die nächste Versammlung resolvirt für ihn gegen die beiden andern. Dergleichen Dinge müssen ja vorkommen, weil die Hunderttausende im Volke nicht die gelehrten Männer sind, die bloß mit Politik sich beschäftigen, weil sie das allgemeine Gefühl

E

haben für die Sache, und wenn sie den Redner auftreten sehen, von dem sie wissen, daß er ein treuer, tüchtiger Mensch ist, so sind sie unweigerlich für ihn, wenn auch hintennach vielleicht Einigen Bedenken aufsteigen. Aber gerade weil dem so ist, deswegen ist Selbständigkeit des Denkens eine Hauptaufgabe für uns. Diese ist aber nur dann möglich, wenn man, abgesehen von Verleumdungen, Lügen und Beleidigungen, die Gedanken irgend welcher Richtung zum Besten der Partei von Personen, welche sich zwar irren können, aber den guten Willen haben, mit Dank entgegennehmen würde — ich meine das nicht in Bezug auf mich, sondern ganz im allgemeinen — man sollte froh sein, wenn solche neuen Gesichtspunkte auftauchen, damit in das alte, regelmäßige Agitationsgeklöse einige Abwechslung kommt.

Aber das Aeußere solcher Gedanken wird nicht gefördert, wenn man sie zu riesigen Staatsaktionen aufbauscht, wenn man den Urheber aufs Schärfste angreift, ganz wie der Staatsanwalt thut, schon vorher den Kothstift nimmt, um anzukreischen, wo sich möglicherweise etwas herauspressen läßt. — Eine Nebenbemerkung muß ich noch machen, nachdem der Angriff wiederholt gemacht ist. Zuerst hat Liebknecht davon gesprochen, daß ich mich an ihn und Bebel anklammerte, daß mir das aber nichts nütze; ein Anderer hat das wiederholt. Wenn Jemand vor Männer, welche sich Verdienste erworben, sei es um die Partei, sei es außerhalb derselben, Achtung und Sympathie empfindet und sie hoch stellt, dann bin ich es. Aber keiner steht so hoch, daß ich es für nothwendig hielte oder Lust hätte, mich an ihn zu klammern. (Bravo!)

Und nun begeben sie mich zur Resolution. Man hat es vorgestern merkwürdig, eigenthümlich, unbegreiflich — einige wenigstens — gefunden, daß ich erklärt habe, auf dem Boden der Resolution zu stehen und sie zu unterschreiben. Das ist außerordentlich einfach, warum ich das gethan habe, und da Zweifel darüber bestehen, so will ich all das wiederholen und neues hinzufügen, was zur Erklärung nothwendig scheint. Ich erkläre Folgendes: Ich sehe, worüber man garnicht erst zu sprechen brauchte, was aber nach all den Angriffen und Verzerrungen des Bildes nöthig ist, voll und ganz auf dem gleichen Programm wie Sie und wie die ganze Partei, und füge hinzu, daß Sie das dadurch ja selbst schon anerkannt haben, daß Sie mich in die Kommission für die Ausarbeitung des neuen Programms gewählt haben, und, wenn das gemacht sein wird, gerade mich wieder die Rolle treffen wird dessen, der in München und Südbayern das Programm darlegt auf das Aller eingehendste, und gezwungen ist, die letzten Ziele der Partei auf das Allerdeutlichste klarzulegen, selbst wenn er es nicht wollte. Ich sehe weiter selbstverständlich auf dem Boden, daß unser ganzer Kampf stattzufinden hat zur Erreichung der politischen Macht, „die

nicht das Wert eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege der Propaganda zu erringen ist.“ Ich erkläre weiter, daß ich fest und entschieden eintrete für das ganze Ziel der Partei, aber auch eintrete für die einzelnen Verbesserungen, wie die Resolution selbst will, und die ich in dem Maße, wie sie nothwendiger und näher sind, für ausgezeichnete Agitationsmittel halte; ich erkläre weiter, daß es mir nicht im Entferntesten eingefallen ist, aus den fünf Punkten, welche ich herausgehoben habe, im eigentlichen oder überhaupt in irgend welchem Sinne ein eigenes Programm zu machen, sondern daß sie in der Reihe stehen sollen, wie jede andere Forderung, daß ich aber einen gewissen Nachdruck darauf lege, weil diese Forderungen heute nothwendig sind und, wie beim Arbeiterschutze, von uns seit Jahren geltend gemacht werden. Weil ich in allen diesen Punkten genau auf dem Standpunkt der Resolution Bebel stehe, weil ich ihre Annahme wünsche, weil ich diese Bebel'sche Resolution, wenn sie angenommen wird, dann für die ganze Partei einschließlic aller und meiner für bindend erachte, deshalb trete ich für sie ein. Damit ist nach meiner Meinung die Angelegenheit erledigt, und sie muß erledigt sein. Etwas weiteres kann einem Parteigenossen nach meiner Ansicht nicht zugemuthet werden. (Sehr richtig!)

Da kommt nun der Antrag Dertel. Es giebt zwei verschiedene Arten, wie man eine Streitfrage innerhalb einer Partei erledigen kann, die sachliche und die persönliche. Die sachliche besteht darin, daß man sich nicht an den einzelnen Fall, nicht an die einzelne Person hält, sondern, anstatt etwas zu verbieten, positiv setzt, was man im Interesse der Partei für nothwendig hält, was dann von selbst die Verpflichtung ausspricht, daß jeder Einzelne sich fügt, worüber ein Wort nicht weiter zu sprechen ist. Diese sachliche Art der Erledigung ist in unserer Partei seit ihrer Geburt alte, unweigerliche, unverbrüchliche Sitte. Ein Redner, ich glaube Fischer, hat angeführt, wir hätten ja auch schon mit Bebel und Liebknecht Streit bekommen und die hätten sich auch fügen müssen. Es kommt bloß darauf an, welche Form gewählt wird. Erinnern Sie sich der Rede Liebknechts von 1869. Das war der erste Streitfall. Damals hat Liebknecht gegen Bebel die Rede gehalten, in so scharfen Worten, daß er sagte, den Eintritt in's Parlament empfehlen (wie Bebel gethan) könne nur Verrath oder Kurzsichtigkeit! Sieben oder acht Monate später ist der Kongreß der Eisenacher in Stuttgart zusammengetreten; ihm ist es nicht eingefallen, zu erklären, wir sind mit Liebknecht nicht einverstanden, sondern er hat sachlich die Tathat festgelegt und für die Zukunft vorgeschrieben. Dann kam 1876, wo Bebel und Liebknecht sagten, sie wollten für den Kleinram unseres

Programms nicht eintreten, wie Fischer es dargestellt hat. Wir haben den Streit Frohme—Webel gehabt, der auch von einem Kongreß entschieden wurde; da ist es keinem Menschen eingefallen, zu erklären: wir sind mit Frohme nicht einverstanden. Wir haben die Dampfersubvention bekommen, der Streit darum war der größte bisher. Dem nächsten Kongreß ist es wiederum nicht eingefallen, zu erklären: wir sind mit den Genossen A, B, C u. f. w. nicht einverstanden. Mit einem Worte: unsere Parteigeschichte weist nicht ein einziges Beispiel auf, wo wir an Stelle der sachlichen die persönliche Erledigung gesetzt hätten. Diese Art der Erledigung ist die freundschaftliche unter solchen, welche in Zukunft miteinander weiter wirken; sie ist aller Beteiligten würdig und schädigt keinen Einzelnen.

Der andere Weg ist der persönliche, der dadurch, daß er zur Ausnahme wird, persönlich um so verletzender wirkt. Ich weiß in meiner Parteithätigkeit auf den Parteitag einen einzigen Fall, wo mit Namensnennung etwas erklärt wurde; das war beim Abschluß von Most und Hasselmann. Ich muß es Ihnen überlassen, ob der gegenwärtige Fall irgend welche Verwandtschaft mit dem Fall Most und Hasselmann hat. Die Behauptung wird vielleicht erhoben werden, und da ich das Schlüsselwort nicht habe, muß ich meine Erwiderung darauf vorweg nehmen: Es wird gesagt und ist mir persönlich gesagt worden, wenn wir, nachdem einmal der Unterantrag eingebracht ist, ihn nicht annehmen, so gewinnt es den Anschein oder so soll es wohl so sein, als ob sich die Partei einem Einzelnen, nämlich dem Wollmar unterwerfe. Ich mag nicht gern tränkende Worte in den Mund nehmen, aber etwas Ungeheuerlicheres kann es wohl nicht geben, als diese Annahme, wenn man die Partei und meine Person, meine Gepflogenheiten betrachtet. Wenn jemand weniger Lust hätte als ich, die Partei sich zu unterwerfen, dann wäre die Gefahr wahrlich nicht so groß. Die Resolution Dertel ist sachlich vollständig dadurch beseitigt, daß ich mich auf den Boden der Resolution stelle und hinzugefügt habe, wie auch jegliche Nebenabsicht ein für alle Mal beseitigt ist. (Sehr richtig!) Damit ist die Resolution beseitigt; sie hat, was man auch sagen mag, eine persönliche Spitze und wirkt persönlich verlegend. Wenn man jemand einen Knüttel ertheilt, ihm ein Mißtrauensvotum giebt, braucht man nicht die größten Worte zu nehmen, das kann sehr ruhig ausgedrückt werden, und es wird damit an der Sache selbst nicht das Mindeste geändert. Nun steht es aber so: Der Abgeordnete nimmt eine öffentliche Vertrauensstellung innerhalb der Partei ein und auch nach außen hin, und wenn er wirksam wirken soll, namentlich wenn er das bei uns in Süddeutschland können soll, wo wir nicht mit einer homogenen Arbeiterbevölkerung, sondern mit anderen Verhältnissen zu thun haben, dann muß das Vertrauen zu ihm un-

erschüttert, seine öffentliche Stellung unangefast sein. Was würde man z. B. sagen, wenn ich, der ich mit Webel meistens einverstanden bin, aber es nicht bin mit seinen letzten Berliner Reden über die Unvermeidlichkeit des Krieges, mich nun hinsetze und schrieb: der Kongreß erklärt hiermit, daß er mit Webel nicht einverstanden ist. Es könnte dann ein dritter und vierter kommen und ähnliche Erklärungen bezüglich anderer Punkte beantragen. (Vielfache Zustimmung.) Das ist nicht die Art, wie man innerhalb der Partei vorgehen kann. Jedenfalls bitte ich Sie, dies in Betracht zu ziehen und meine Worte genau abzuwägen. So viel steht fest für mich, daß eine derartige persönliche Zuspitzung, ein speziell auf den persönlichen Fall zugespißtes Mißtrauensvotum für mich unannehmbar ist, und wenn es nichtsdestoweniger vielleicht unter irgend welchen Einwirkungen, welche ich nicht paralysieren kann, angenommen werden sollte, so habe ich Ihnen einfach und ruhig zu erklären, daß in diesem Fall der Boden für eine weitere Thätigkeit nicht mehr gegeben ist und ich dann zum letzten Male zu Ihnen gesprochen habe. Lassen Sie diese persönliche Spitze weg, nehmen Sie die sachliche Erklärung an, welche alles vollkommen entscheidet und für die vollkommene Einigkeit innerhalb der Partei maßgebend ist, dann steht es für mich anders, dann ist sie für mich ebenso bindend, wie für jeden andern, dann kann ich weiter wirken, wie seit mehr als einem Jahrzehnt. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt Dieblich: Vollmar hat bezüglich meiner Broschüre gesagt, ich hätte darin erklärt, der Eintritt ins Parlament sei Berrath oder Kurzsichtigkeit, und Webel sei in den Reichstag eingetreten. Ich bin ja selbst im Reichstage gewesen und, wie Webel erklärt hat, sind wir über die im Reichstage einzuhaltende Taktik nicht einverstanden gewesen. Eine persönliche Spitze gegen Webel lag in meiner Broschüre nicht.

Webel: Parteigenossen! Als Referent bin ich genöthigt, auf das Ganze der Verhandlungen, die wir seit zwei Tagen hier gepflogen haben, einzugehen und sie zu resumieren. Ueber eine Reihe von Punkten, die nach meiner Ansicht sich schon erledigt haben, kann ich hinweggehen. Dagegen kann ich ungeachtet der Thatsache, daß eine Anzahl Genossen den Saal verlassen, weil heute Mittag ein Beschluß gefaßt wurde, der ihnen nicht paßte, nicht umhin auf einige der von ihnen berührten Fragen einzugehen. Die Herren, welche von jener Seite ihre Einwendungen gegen die bisherige Taktik der Partei und Fraktion erhoben, sind nicht nur in diesem Saale gehört worden, sondern sie werden auch außerhalb dieses Saales, namentlich in den gegnerischen Parteien gehört, und dort könnte es den Anschein erwecken, als wenn wir auf die Ansichten jener nicht zu antworten vermöchten. So unangenehm es mir also ist, in Abwesenheit jener Herren ihnen zu antworten, so bin ich dazu gezwungen.

Herr Auerbach hat nochmals in längeren Ausführungen die Anklagen und Beschwerden der Opposition darzulegen versucht. Wenn er dabei erklärte, es sei ihm stets nur um die Sache zu thun gewesen und die Differenzen und Gegensätze sachlich zum Austrag zu bringen, sie seien nichts als „allergeringste“ Opposition der Partei gewesen, so antwortete ich darauf, daß wenn die Herren immer so geredet hätten wie heute er, es nicht zu jenen erhitzten und erregten Erörterungen, wie sie stattgefunden haben, gekommen wäre. Das aber ist der Grundunterschied, daß die Herren, wie von allen Seiten konstatiert worden ist, auf diesem Parteitage eine Taktik verfolgt haben, welche von der draußen im Lande und in Berlin von ihnen verfolgten wesentlich verschieden war. Ich konstatiere noch einmal, daß es sich vor allem für uns darum handelte, die persönlichen Verunglimpfungen und Anschuldigungen gegen bestimmte Kreise und speziell gegen die Parteileitung, die von einzelnen unter den Herren der Opposition erhoben wurden, unter Beweis zu stellen, und weiter wurde verlangt, daß die beschimpfenden Angriffe des bekannten Berliner Flugblatts gegen die Fraktion und Partei ebenfalls bewiesen oder zurückgenommen wurden. Um diese Dinge handelt es sich allein, sie waren die Ursache, daß hier bestimmte Personen in den Vordergrund gezogen wurden, weil sie vorzugsweise jene Anklagen erhoben hatten. Würde die Opposition sich in der Weise ergangen und ausgelassen haben wie z. B. Vollmar in seiner abweichenden Meinung über die Taktik der Partei, dann wären Differenzen persönlicher Art nicht möglich gewesen.

Ich komme nun zunächst noch auf einige von Wildberger erhobene Anschuldigungen. Was seine Beschuldigungen betrifft, es herrsche die Diktatur in der Partei, so hat er als Anlagematerial nur Thatsachen herbeigezogen, welche in die Zeit vor Halle und zum Theil noch in die früheste Zeit des Ausnahmegesetzes fallen und durch frühere Parteitagverhandlungen längst erledigt worden sind. Dasselbe gilt von einer Reihe anderer Anschuldigungen, die er zusammen mit Werner vorgebracht hat. Es hieße die kostbare Zeit des Parteitages in unverantwortlicher Weise in Anspruch nehmen, wenn ich hier noch einmal auf die durch Beschlüsse in St. Gallen und Halle und die dort definitiv entschiedenen und erledigten Punkte eingehen wollte. Das ist, was man den Herren noch zum besonderen Vorwurf machen muß, daß sie sich nicht beschränkten auf diejenigen Dinge einzugehen, welche innerhalb des letzten Jahres nach ihrer Meinung Schaden und Unehre der Partei gebracht haben sollten, sondern daß sie zum Theil mit ihren Anklagen auf 10 und mehr Jahre zurückgriffen und längst abgethane Dinge wieder zum Gegenstand der Anklage machten. Weiter ist von Wildberger der Vorwurf aufrecht erhalten worden, die Fraktion habe eine kleindürgerliche Reformtaktik eingeschlagen. Genosse Fris

E

hat schon vor einigen Tagen sehr drastisch aus Flugblättern für die Wahl Wildberger's im dritten Berliner Wahlkreis nachgewiesen, daß diese Flugblätter ihrem ganzen Inhalt nach genau dasselbe enthielten, wie die Parteiflugblätter im Allgemeinen, daß in ihnen allen — und ich habe hier sechs verschiedene Flugblätter für die Wahl Wildberger's in der Hand — auf die Stimmen der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Beamten gerechnet wird, und diese alle aufgefodert werden, für Wildberger's Wahl einzutreten. Niederauer hat den sehr verunglückten Versuch gemacht, Wildberger bezüglich dieser Flugblätter zu entschuldigen, indem er sagte, wenn Wildberger sich diese Flugblätter nicht hätte gefallen lassen, wenn er sie nicht vertreten hätte, was wären ihm dann für Vorwürfe gemacht worden? Nun, wenn Wildberger nicht damit einverstanden war, hatte er die Verpflichtung, sie zu desavouiren und zu erklären, er lasse sich auf dieses Programm nicht wählen. Ich bedaure, daß in der Ihnen vorgelegten Broschüre über die Berliner Opposition nicht alles abgedruckt ist, was hätte abgedruckt werden müssen. Es ist nicht überflüssig mitzutheilen, was er in seinen Wahlreden äußerte. Insbesondere ist bemerkenswerth, daß er noch im Februar 1890, also zu einer Zeit, wo die Thätigkeit der Fraktion keine andere gewesen war als nachher, sich vollständig auf dem Boden der Fraktion und ihrer Thätigkeit stellte und auf diese Thätigkeit mit Nachdruck hinwies, um sie für seine Wahl wirken zu lassen. Da heißt es in einer seiner Reden von damals: „Die Sozialdemokratie will nicht zerstören, sondern aufbauen; unsere Ziele sind so berechtigte, so durch die Vernunft begründete, daß wer auch nur menschlich denkt, sie anerkennen muß. Sie sind nicht mit einem Male zu verwirklichen und werden auch nicht erreicht werden können, wenn wir 100 Vertreter im Reichstage haben. Wohl aber würden wir unseren Zielen dadurch erheblich näher gerückt werden.“ (Hört!) Ganz ähnlich äußerte sich Wildberger in seinen anderen Reden. Werner hat es als ein „besonderes Zeichen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins unter den Bergarbeitern gefeiert, daß sie beschlossen hatten, in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen nicht zu streifen.“ Bei einer anderen Gelegenheit erklärt Werner, unsere Partei sei die einzige, die durch ihr Verhalten im Reichstage bewiesen habe, daß sie wirklich für die Rechte des arbeitenden Volkes eintrete. (Hört!) Damit ist zur Genüge bewiesen, daß bis zum 20. Februar 1890 die Herren von der Opposition und ihre Wortführer genau auf demselben Boden standen haben, wie die Fraktion und die Gesamtheit der Partei; und wenn sie nachher eine andere Taktik einschlugen, und Werner sagt, seit jener Zeit hätten sich seine Anschauungen geändert, so ist das bloß dem Unglück zuzuschreiben, daß sie bei den Wahlen durchfielen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Daß der Durchfall jener

E

Herren aber kein maßgebendes Motiv für die Aenderung der Taktik der Partei oder der Fraktion sein konnte, versteht sich doch wohl von selbst. Wildberger hat ferner gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich diejenige Haltung, welche ich dem Frankfurter Aufruf gegenüber eingenommen, nicht auch gegen das Berliner Flugblatt beobachtete, und hat hinzugefügt, er verstehe nicht, wie ich nach dem Vorgehen der Frankfurter Genossen gegen diese so glimpflich und gegen sie, die Berliner, so rückwärtslos vorgehen konnte. Zunächst habe ich zu erklären, daß ich in keiner Weise mich mit dem Inhalt des Frankfurter Aufrufs identifiziert habe, sondern ich habe mich dagegen ausgesprochen. Noch mehr; da ich geschäftlich von Berlin abwesend war, als die Fraktion über die Frankfurter Angelegenheit beschloß und eine Deputation nach Zürich schickte, habe ich später sehr bedauert, daß die Vertreter der Fraktion jene Erklärung der Frankfurter veröffentlichten, und zwar bedauerte ich dies im Interesse der Frankfurter Genossen selbst. Nachdem aber die Fraktion die Veröffentlichung selbst hatte erfolgen lassen, stand denn doch die Sache anders. Zunächst war die Frankfurter Erklärung nicht heimtückisch ohne Unterschrift veröffentlicht worden, sondern die Frankfurter Genossen bekamen sich dazu, während hier nur Wildberger zum Berliner Flugblatt sich bekannt hat. Als dann Frohne, nachdem die Erklärung der Fraktion und der Redaktion des „Sozialdemokrat“ veröffentlicht war, noch auf eigene Faust sich veranlaßt sah gegen die Frankfurter Stellung zu nehmen, hielt ich dieses Vorgehen nicht für richtig und nahm gegen ihn Stellung, aber nicht für den Inhalt der Frankfurter Erklärung. So gut wie Auer hier aussprach, mit einer ganzen Anzahl Stellen aus dem Berliner Flugblatt sich einverstanden erklären zu können, genau so erging es mir mit dem Frankfurter Aufruf. Aber die Dinge lagen auch sonst himmelweit verschieden. Damals hatten wir das Ausnahmegesetz und keine Presse, die frei schreiben konnte; über die Stellung der Fraktion zur Dampfersubvention war eine große Erregung eingetreten, und so hatten die Frankfurter Genossen von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und ihre Meinung in dieser Angelegenheit an das Partei-Organ geschickt, und dieses hatte unter Zustimmung der Fraktion jene Erklärung als wichtige Meinungsäußerung eines Theiles der Partei veröffentlicht. Ganz anders lag der Fall in Berlin. Wir haben kein Ausnahmegesetz mehr, wir haben eine Presse, die täglich zur Partei sprechen kann, wir haben Vereine und Versammlungen. Die Genossen haben also volle Gelegenheit, alles was ihnen an der Leitung oder an einzelnen Genossen nicht gefällt, in offener Weise zur Sprache zu bringen. Darum ist das illoyale Vorgehen der Opposition, wie es in der Art der Verbreitung des Flugblattes und in dessen Ablehnung sich gezeigt hat, zu verurtheilen. Herr Wildberger ist dann auf die Abrüstungsfrage

E

gelommen und hat mir aus meinen Aeußerungen im Reichstage nachweisen wollen, daß ich einen Fehler machte. Er irrte. In diesem Punkte habe ich nie einen Fehler gemacht. Ueber die absolute Unausführbarkeit und das utopische eines Planes, wie jener der allgemeinen Abrüstung ist, bin ich nie im Zweifel gewesen. Wer übrigens die Resolution, die später der Brüsseler Kongreß in Bezug auf den Militarismus gefaßt hat, einigermaßen aufmerksam liest, wird finden, daß meine Aeußerungen im Reichstag mit der jener Resolution zu Grunde liegenden Auffassung sich decken. Eine Frage wie die Abrüstungsfrage, ist für uns keine Prinzipienfrage. Ich mache daher Niemandem, der anderer Meinung ist, daraus einen Vorwurf, nur dagegen verwahre ich mich, daß ich einen Fehler gemacht haben soll, während ich glaube grade korrekt gehandelt zu haben.

Ferner hat Auerbach eine Reihe von Punkten hervorgehoben, welche die lebhafte Thätigkeit der Fraktion betreffen. Wenn Auerbach und seine Freunde eine Entscheidung des Parteitag's hätten herbeiführen wollen, dann war der einfache und natürliche Weg, daß sie erklärten, die Fraktion hat im Laufe des Jahres die und die Haltung eingenommen, die und die Anträge gestellt; wir meinen, das verlißt gegen das Programm oder die Taktik und deshalb soll der Parteitag darüber sein Urtheil abgeben. Das wäre berechtigt und loyal gewesen, so mußte vorgegangen werden, weil es der einzige Weg zur Entscheidung solcher Differenzen ist; alsdann würden alle diese unerquicklichen Debatten unmöglich gewesen sein. Eine solche sachliche Auseinandersetzung und Entscheidung hat man aber nicht herbeizuführen versucht. Auerbach ist sogar soweit gegangen und hat einem Antrag von uns eine Tendenz untergeschoben, welche durch die Motivirung des Antrages ganz ausgeschlossen ist; ich meine den Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken. Die ganzen Ausführungen Auerbach's über diese Frage werden dadurch hinfällig, daß in den Motiven zu dem von uns eingebrachten Antrage erklärt ist, das Apothekenwesen soll in dem Sinne verstaatlicht werden, daß die Arzneimittel zum Selbstkostenpreise gewährt und der Staat keine Ueberschüsse macht. Es kann also von einem spekulativen Unternehmen, wie es die Post, die Eisenbahnen, die Bergwerke und andere Staatsbetriebe sind, welche der Staat genau wie ein Privatunternehmer behandelt und bei ihnen in demselben Maße Arbeiter und Beamte ausbeutet und dabei die Ueberschüsse nicht selten für kulturfeindliche Zwecke verwendet, keine Rede sein. Auch wird mit einem solchen Antrag nicht der Boden des Staatssozialismus betreten. In unseren eigenen Reihen ist vielfach dadurch Verwirrung eingetreten, daß man fälschlicherweise als Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie vorgehen habe, auf das Postregal verwies. Allein Niemand darf

E

diese Staatsbetriebe als staatssozialistische Betriebe ansehen, es sind Staatsbetriebe, welche rein privatkapitalistisch betrieben werden. Sobald die Sozialdemokratie dahin gelangt, die politische Gewalt in ihre Hände zu bekommen, würde das Vorhandensein dieser Staatsbetriebe den einzigen Vortheil haben, daß man ihre Expropriation nicht mehr vorzunehmen brauchte. Von diesem Standpunkt könnte man einer weiteren Verstaatlichung aller möglichen Betriebe zustimmen, wenn dabei nicht andere Interessen politischer Natur in Frage kämen, die ein solches Vorgehen bedenklich erscheinen lassen. Der Begriff „staatssozialistisch“ trifft also bei unseren Staatsbetrieben nicht zu; das ist allenfalls zutreffend bei der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung, bei welcher der Staat direkt materiell eingreift. Aber wir unsererseits haben nicht dafür gestimmt, weil das Gesetz uns zu „staatssozialistisch“ war, sondern weil es ungenügend und unzulänglich in seinen Leistungen ist. Andererseits haben wir uns sehr entschieden dagegen verwahrt, daß solche Gesetze die Lösung der sozialen Frage herbeizuführen vermöchten. Es ist von uns, und zwar speziell von mir, im Auftrage der Fraktion nachdrücklich erklärt worden, daß diese ganze Gesetzgebung die Klassenlage der Arbeiter nicht im Geringsten verändere und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft nicht berühre. Damit bin ich mit diesem Theil der Opposition fertig.

Ich komme nun zu Vollmar. Er hat im Eingang seiner heutigen Rede hervorgehoben, daß die Art und Weise, wie seine Münchener Reden hier verschiedenlich behandelt wurden, ihm den Eindruck erweckt habe, daß man entweder die Reden überhaupt nicht gelesen oder sie so interpretirt habe, wie es ihrem Sinne nicht entspreche. Er hat darzulegen sich bemüht, in welchem Sinne er sie aufgefaßt haben wolle; nicht um den einzelnen Satz oder die einzelnen Worte, wie dies hier und da nach seiner Meinung geschehen sei, handle es sich, sondern sie seien in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Er hat weiter darüber sich beklagt, daß nicht allein die Gegner seiner Reden und seinem Auftreten Unterstellungen gemacht hätten, die seinen Absichten direkt widersprächen, sondern daß dies auch von weiteren Kreisen der Parteigenossen und der Parteipresse geschehen sei. Ich habe der ganzen Frage von Anfang an mit großer Objektivität gegenübergestanden, ich will weiter hinzufügen, daß ich mich nicht entsinne, außer einem einzigen Bericht eines gegnerischen Blattes, irgend etwas über die Reden Vollmar's gelesen zu haben. An meinem Urtheil über diese Reden, ist die gegnerische Presse sehr unschuldig. Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urtheil über einen Parteigenossen auf das hin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt. Auch alle diejenigen, welche hier über die Vollmar'schen Reden gesprochen, haben ihr Urtheil nicht

aus der gegnerischen Presse geholt, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß sie einen mehr oder weniger großen Theil erst veranlaßt hat, sich damit zu befassen. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, den Vollmar selbst seinen eigenen Reden gegenüber einnimmt. Ich halte es auch für falsch, verkehrt und im höchsten Grade ungerecht, wollte man diese Reden nach einzelnen Ausdrücken, Worten oder Sätzen beurtheilen, denn da wird immer nachzuweisen sein und Vollmar selbst glaubt das nachgewiesen zu haben, daß in Wahrheit garnicht darin stehe, was man herausliest. Fragen wir uns einmal: Wie sind jene Reden zu Stande gekommen? Vollmar verwahrt sich dagegen, daß er bloß eine Rede auf Lager habe oder andere Reden als diese eine nicht halte, und so enthielten sie keineswegs Alles was er denke. Wer Vollmar kennt, weiß, daß er viel zu intelligent ist, als daß ihm eine solche Unterstellung gemacht werden kann; sie ist ihm auch weder von mir, noch vom Parteitag, noch in der Parteipresse gemacht worden. Wäre ihm solcher Unsinns nachgesagt worden, ich hätte es an Vollmar's Statt nicht der Mühe werth gehalten, darüber zu sprechen. Aber gleichwohl, die Reden, die uns vorliegen, bilden ein gegliebertes Ganze, sie sind aus einem Guß; sie sind auch nicht aus dem Stegreif gehalten, sondern sorgfältig präparirt, jedes Wort darin ist gewissermaßen abgemogen, und insofern kann man mit vollem Rechte sagen: Was da steht, ist die ruhige, volle, überlegte Meinung Vollmar's. Die erste Rede wurde am 1. Juni gehalten, Vollmar hat darüber kein Stenogramm aufnehmen lassen, er hat auch den Bericht im Münchener Parteiblatt vor der Veröffentlichung nicht gelesen, aber er hat diese Rede nachträglich fixirt auf Grund der qu. Notizen, die ihr zu Grunde lagen, nachdem sie in der Partei auf Gegnerschaft stieß und von der gegnerischen Presse mit Jubel begrüßt wurde, weil man sie dort als hochwichtig bezeichnete. Man wies auf jener Seite darauf hin, daß, wenn ein Mann von der Stellung Vollmar's, der bisher zum linken Flügel in der Partei gerechnet wurde, der bis vor kurzem noch von der Opposition selbst als ihre Nährmutter angesehen wurde, auf einmal eine völlige Frontveränderung vornehme, dies einen Bruch mit der ganzen bisherigen Politik der Partei, mit seiner ganzen bisherigen Laufbahn bedeute und für die Partei von großer Wichtigkeit sei. Was das Letztere betrifft, so stimme ich dem Urtheil der gegnerischen Presse bei. Es ist keiner in der Partei, der in so kurzer Zeit von seinem radikalsten zu einem so opportunistischen Standpunkt gelangte wie er, und man muß billigerweise fragen, wie erklärt es sich, daß bei einem mit großer Intelligenz und Bildung ausgestatteten Manne eine solche Wenderung in seinen Anschauungen und seiner Stellung eintritt? Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich will aber nicht ansetzen, offen zu sagen, daß, als jene Reden

bekannt wurden, eine ganze Reihe persönlicher Freunde meinten, es sei nicht denkbar, daß Vollmar das gesagt habe, was man ihn sagen ließ. Man frug sich: was bezweckt er, was will er? Will er nur von sich reden machen oder was bedeutet es? Da habe ich geantwortet: ich bin überzeugt, das ist seine wirkliche Meinung, und sie erklärt sich einfach aus den total veränderten persönlichen Verhältnissen und aus der Stellung, in die er in den letzten Jahren gekommen ist. — Die alte Mythologie erzählt von einem Riesen Antäus, welcher zeitweilig, um neue Kräfte zu sammeln, zur Mutter Erde zurückkehrte, um aus deren Berührung neue Kräfte zu sammeln. Das gilt bildlich auch von den sozialdemokratischen Führern und Agitatoren. In dem Augenblick, daß ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege gerät und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert. (Sehr richtig!) — Vollmar ist seit Jahren mehr oder weniger isoliert, schon in Folge seines körperlichen Zustandes, mehr noch in Folge seiner persönlichen, sozial angenehmen Verhältnisse. Wie nun nach unserer materialistischen Auffassung bei ganzen Klassen die Existenzbedingungen ihren Gedankengang beherrschen, so gilt daselbe sehr häufig auch von den Individuen unter uns selbst. Es geschieht nur zu oft, wenn man selbst in einer Position ist, die man als satte bezeichnen kann, daß man der Versuchung erliegt, die eigenen Gefühle auch der hungrigen Masse zu unterstellen und zu denken: es preßirt, es eilt nicht mit der Umgestaltung, seien wir vorsichtig und sorgen wir, daß wir wenigstens allmählich, peu à peu zum Ziele kommen. Wir haben ja Zeit.

Ich begreife diese Auffassung, die sich eines Menschen unter gewissten Verhältnissen bemächtigen kann, vollkommen — und Vollmar kennt auch meine Auffassung, indem er meine Darlegungen in der „Neuen Zeit“ als einen Appell an die Ungeduld der Massen bezeichnete. Das ist vollkommen richtig. Nicht, daß ich wider besseres Wissen an die Ungeduld der Massen denke und mit ihr rechne, sondern weil mir mein Gefühl und mein Verstand sagen: die Elemente, aus welchen die Partei besteht, haben alle Ursache, hochgradig unzufrieden und damit auch hochgradig ungeduldig zu sein, und sie wünschen und erwarten mit Recht, daß eine Umgestaltung aller Verhältnisse baldigst eintrete.

Andererseits ist unsere Partei keineswegs eine vollständig homogene, in der Alle auf gleicher materieller und geistiger Stufe stehen. Unsere Partei ist in Folge der allgemeinen sozialen Entwicklung in den letzten Jahren die stärkste Partei in Deutschland geworden, und so ist natürlich, daß innerhalb der Partei selbst verschiedene Strömungen in Bezug auf das Tempo der Marsch-

bewegung vorhanden sind. Aber, mag man über das Tempo verschiedener Meinung sein, eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir mit allem Nachdruck den Klassenkampf zu führen und die Zustände unter das Sezirometer einer scharfen Kritik zu nehmen. Bei allen noch so unbedeutenden Fragen müssen wir nachdrücklich betonen, daß irgend welche positiven Vorteile aus unserer Agitation keinen anderen Zweck haben können, als die Partei kampffähiger zu machen, um das große, ganze Ziel rascher und ausgiebiger zu erreichen. Also: die Natur unseres Kampfes als Klassenkampf muß überall und mit aller Schärfe hervorgehoben und dabei immer wieder betont werden: das, was die Gegner uns geben, geben sie nicht freiwillig, sondern es wird ihnen abgetrotzt. Wir dürfen uns weder über den Charakter unserer Gegner, noch über den der Bewegung täuschen. (Auf: Hat Vollmar gesagt!) Nein, das hat er in seiner Broschüre nicht gesagt! Allerdings hat er gesagt, wir dürfen das Ziel nicht aus den Augen verlieren, andererseits aber betont er in seinen beiden Reden systematisch auf jeder Seite: aber langsam, bedächtig, geht mit Mäßigung vor, setzt Euch keiner Uebereilung, keiner Gefahr aus und bedenkt, daß viele unserer Gegner von besten Willen befeelt sind. Vollmar hat zur Begründung seiner Ausführungen, daß doch etwas anderes in seinen Reden stände, als man darin sehe, eine Reihe von Citaten aus denselben gegeben. Nun ist aber doch eins bei alledem sehr auffallend: Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der ersten Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben hat, muß er hier eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist. Seine heutige Rede weicht aber nicht unerheblich von dem Tenor der beiden ersten Reden ab. (Sehr wahr!) Sehen wir einmal näher zu. Seine Reden führen den Titel: Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Er hat gleich Eingangs die Frage aufgeworfen, ob die seit dem Fall des Sozialistengesetzes eingetretenen Veränderungen die Partei veranlassen könnten, einer anderen Taktik zu folgen. Es ist also durchaus falsch, wenn Vollmar heute mit allem Nachdruck erklärt, es sei ihm garnicht eingefallen eine neue Taktik zu wollen. Wenn es sich darum handelte, die alte Taktik beizubehalten, dann brauchten überhaupt die Reden nicht gehalten zu werden. (Sehr wahr!) Wir sollen ihm zufolge durch den „neuen Kurs“ seit dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Sturz Bismarck's in eine wesentlich andere Lage gekommen sein, es habe sich die Regierung genötigt gesehen, in einer ganzen Reihe von Fragen eine andere Stellung

zu uns einzunehmen; es seien eine ganze Anzahl erheblicher Aenderungen und Verbesserungen eingetreten und wir müßten anerkennen, daß es viele wohlmeinende Leute mit gutem Herzen gäbe, die, wenn ihnen unsere Bestrebungen in richtiger Art vorgebracht würden, sehr geneigt sein würden, sich unseren Anschauungen anzuschließen, was letzteres ich auf das Entschiedenste bestreite. Vollmar hat uns endlich den Widerspruch vorgehalten, der nach ihm darin bestehe, daß wir auf der einen Seite das Ziel der Partei als ein in Wälde zu verwirklichendes betrachteten und andererseits fortwährend für alle möglichen Reformen einträten. Wäre dies an sich ein Widerspruch, so bestände er auch bei Vollmar; er sagt ja auch immer, ich behalte das ganze Ziel im Auge, aber nur mit dem Unterschied, daß es bei ihm in unendlicher Ferne schwebt. Das Gleichniß von Singer, das er glaubt lächerlich machen zu können, trifft in Wahrheit vollkommen zu. Nach seiner Taktik kämen wir mit Naturnothwendigkeit dahin, daß wir über der ausschließlichen Agitation für naheliegende Aufgaben schließlich vergessen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind (sehr wahr!), daß wir vergessen, daß Staat und Gesellschaft von heute Todfeinde der Sozialdemokratie sind und es ein Faktum mit diesen nicht giebt. In vollständig logischer Folge seines Standpunktes befürwortet Vollmar denn auch, zwar das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, aber dabei stets nur gewisse praktische Ziele im Auge zu behalten und darauf unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie und unsere Mittel zu konzentriren. Ich habe diese Art von Konzentration eine Rückwärtskonzentration genannt. Ich möchte sie weiter eine Verzettlung unserer Kräfte nennen, eine Agitation, die im diametralen Gegensatz zu der ganzen bisherigen Thätigkeit unserer Partei steht. Bisher haben wir stets erklärt, wir wollen die sozialdemokratische Gesellschaft herbeiführen unter Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ihres politischen Oberbaues, des heutigen Staates. Zu diesem Zweck suchen wir alle Mittel und Vortheile zu erobern, um uns den Kampf für dieses Ziel zu erleichtern. Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptsache, und das andere Nebensache. Wie weit wir in Bezug auf einzelne Konzeßföhen gekommen sind, in dem Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können, das ist nebensächlich für uns. Vollmar erklärt umgekehrt, das große allgemeine Ziel als das vorläufig nebensächliche und als Hauptsache die nächsten, praktischen Forderungen, die wir zu erreichen haben. Das ist ein so prinzipieller Gegensatz, wie er schärfer garnicht gedacht werden kann, und worüber Klarheit zu schaffen allerdings die Aufgabe des Kongresses ist. (Zustimmung.)

Vollmar hat mir vorgeworfen, daß ich gerne prophezeite und

E

er findet, das Prophezeien sei eine bedenkliche Sache, einmal nach der Richtung hin, daß es immer schlimmer für den Prophezeier wäre, wenn das, was er prophezeie nicht eintreffe, und zweitens weil solche Prophezeiungen, wenn sie aus dem Munde einer Persönlichkeit kämen, die durch ihre Stellung in der Partei einen bestimmten Einfluß auf weitere Kreise habe, gefährlich werden könnten. Vollmar wirkt mir zwar das Prophezeien vor, er hätte aber nicht gleichzeitig selbst ins Prophezeien fallen sollen. Der Unterschied zwischen ihm und mir besteht einzig und allein darin, daß er mir vorwirft, ein Optimist zu sein, vielleicht ein rosenfarbener Optimist, während ich ihn vorwerfen muß, daß er der schwärzeste Pessimist ist, den ich kenne, und daß er von diesem Standpunkte prophezeit. (Sehr richtig.)

Wenn ich sage, und wie ich glaube auch beweisen kann, so weit sich auf diesem Gebiet beweisen läßt, die Partei hat nach der Konstellation der Verhältnisse in Deutschland und Europa alle Ursache, der nächsten Zukunft getrosten Muthes entgegenzusehen und sich mit den besten Hoffnungen zu tragen, sagt Vollmar im Gegentheil: nein, alles liegt grau in grau, in nebelhafter Ferne. Er nimmt der Partei das, ohne das eine Partei wie die unsrige nicht bestehen kann, die Begeisterung. (Sehr gut!) Man hat gegnerischerseits Vollmar einen neuen Laffalle genannt. Genossen! Mit Reden wie die Vollmar's hätte Laffalle nie etwas erreicht, wäre eine Sozialdemokratie nie entstanden. (Sehr wahr!) Damit kommt man in den nationalliberalen Sozialismus hinein, das hiesse die nationalliberale Taktik in die sozialdemokratische Partei einführen. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Vollmar sagt, nie wäre eine Partei an der Vorsicht zu Grunde gegangen. Die nationalliberale Partei ist mit dieser Vorsicht zu Grunde gegangen. (Sehr wahr!) Und ebenso beweist uns die Geschichte anderer Parteien, wenn sie durch die Macht der Umstände zur Gewalt gelangten, daß sie an allzu großer Vorsicht, die dann leicht Kengilichkeit wird, gescheitert und zu Grunde gegangen sind. Wir haben alle Ursache, das Feuer der Begeisterung in den Massen nicht nur zu erwecken, sondern auch zu erhalten (sehr wahr!) und, Parteigenossen, womit erwecken wir Begeisterung? Damit, daß wir nur allerlei Reformen, wie etwa den Normalarbeitstag fordern? Wahrhaftig, ich bin der Letzte, der den Werth des Normalarbeitstages unterschätzt. In dieser Beziehung unterschreibe ich die Worte von Marx. Auch habe ich den Werth praktischer Forderungen unserer Opposition gegenüber stets verteidigt, aber wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander. (Lebhafte Zustimmung, Jurof Vollmar's.) Na, Begeisterung hast Du mit Reden wie die letzten nicht gewekt, lieber Vollmar. (Heiterkeit.)

Parteienossen! Ich habe die Reden Vollmar's drei- und viermal durchgelesen und studirt, in meinem Handexemplar werden Sie nicht eine Seite finden, die nicht mit Unterfretchungen und Bemerkungen von mir versehen wäre. Ich kenne also den Inhalt seiner Reden, und da sage ich noch einmal: die Reden sind ein Muster von Logik, aber sie enthalten auch von Anfang bis zu Ende fortwährend Mahnung zur Bedachtsamkeit und zur Mäßigung. Man hat mir gesagt, daß die erste Vollmar'sche Rede in Wahrheit viel schlimmer gewesen sei, als ihr Wortlaut, der nun im Druck vorliegt. Ich kann und will das nicht beurtheilen. Andererseits aber mache ich kein Geheim daraus, daß, als ich vom Lesen der ersten zur zweiten Rede überging, ich mich schier gewundert habe, daß alles Bedenkliche in der ersten Rede in weit bedenklicherer Form in der zweiten enthalten ist. Diese enthält noch eine Potenzirung seiner opportunistischen Anschauungen. Da heißt es auf Seite 15 der Broschüre: „Es sind neue Männer an die Spitze getreten und mit ihnen sind, trotz vielseitigen Sträubens gegen Neues, eine nicht geringe Anzahl von Umgestaltungen eingetreten, die für uns nicht gleichgiltig sind. Nachdem diese neue Phase nun fast 1½ Jahre besteht, ist es an der Zeit, dieselbe forschend zu überblicken und zu prüfen, inwieweit sie zu Veränderungen in unserer politischen Stellungnahme Anlaß giebt oder nicht.“ — Die Quintessenz seiner Anschauungen befindet sich auf Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Aber die Hoffnung auf die Zukunft, die uns stärkt und erhebt, darf nicht die Hoffnung für die Gegenwart erstickend, muß sie vielmehr erst recht beleben. Die Wanderer auf dem langen und dornigen Wege zum fernen Ende können ihre Lebenskräfte nicht bloß durch den Anblick des in nebelhafter Ferne sich abzeichnenden Zieles ihrer Hoffnungen aufrechterhalten, sonst würden sie lange vor der Ankunft verhungern und verschmachten. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitunbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind, und unsere Kraft auf solche Einzelorderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Nützlichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unsere Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all' unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Stärken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher

F

geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Bürgschaft. Aber wir brauchen nicht jeden Augenblick unnütz mit ihnen zu lärmen. Der Wilde glaubt den Gegner zu schrecken, wenn er die Lanze drohend herumwirft und schreckliche Gebehrden macht; ein wohlorganisiertes Heer macht auch Gemeyr bei Fuß den Eindruck der Stärke — sich selbst und anderen! — Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich am 1. Juni als zunächst zu betreibende Forderungen bezeichnet: 1. Fortführung des Arbeiterschutzes, insbesondere Normal-Arbeitstag u. s. w. u. s. w.“

Vollmar will also hiernach in der That eine gänglich neue Taktik der Partei inauguriren. Wenn wir so agitiren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir notwendiger Weise eine Opportunistikspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei daselbe, als wenn man einem lebenden Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zugemüthet würde, daselbe zu leisten wie vorher. (Zustimmung.) Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrochen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfweise und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben wird.

Heute hat nun Vollmar sich vollkommen korrekt auf den Boden der von mir vorgeschlagenen Resolution gestellt. Wenn er diese Erklärung in seiner ersten Rede gab, wäre nach meiner Ueberzeugung der Antrag Vertel unnötig gewesen. (Zustimmung.) Aber vielleicht trage ich selbst ein wenig die Schuld. Ich will nicht verschweigen, daß Freunde mir am Samstag als Referenten den Vorwurf machten: Du bist selber schuld; hättest Du in Deinem Referat Vollmar ein wenig kräftiger geschüttelt, dann hätte er wahrscheinlich seine Rede ein wenig anders eingerichtet. (Zustimmung.) Nun, ich lasse das dahingestellt. Schließlich war es kein Unglück, daß es so gekommen ist. Die Debatte hat ihre Früchte getragen. — Vollmar hat mir allerdings für meine Rücksicht seltsam gedankt. — In meiner ersten Rede hatte ich dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir unsere Anträge stellen, einerlei, ob sie angenommen würden oder nicht, und ich konnte logisch und selbstverständlich nur damit sagen wollen: werden sie nicht angenommen, nun gut, so haben wir ein um so wirksameres Agitationsmittel.

Vollmar kennt diesen meinen Standpunkt ganz genau. Er weiß, daß niemand mehr wie ich an den von uns eingebrachten Anträgen gearbeitet hat, und daß die Arbeiterschutzes-Gesentwürfe in ihrer ersten Formulirung von mir herrührten, da ich mit ihm in der von der Fraktion gewählten Kommission saß. Ueber meine Intentionen kann also bei ihm zu allererst ein Zweifel sein. (Zu-

F

ruf Bollmar's.) Höre Bollmar, wir kennen uns viel zu lange und zu genau, um uns täuschen zu können.

Wenn er dennoch meine Ausrufung so auslegte, als befürwortete ich Anträge zu stellen, deren Schicksal uns gleichgiltig sei, ja über deren Ablehnung wir uns freuten, so ist dies ein Verfahren, das ich zurückweise, und zwar nicht bloß wegen mir, denn ich werde mit meinen Gegnern fertig, sondern der Genossen halber, die eine solche Auslassung draußen in der Agitation zu büßen haben. Ihnen gegenüber wird man sich auf die Auslegung meiner Worte durch Bollmar berufen, und daß er zu einer solchen Kampfesweise greift, ist, was ich ihm übel nehme.

Im Uebrigen thut des seinem Standpunkt keinen Eintrag. Bis zu seiner Rede am Sonnabend hat er einen anderen Standpunkt eingenommen, als bisher die Partei, und wenn er jetzt erklärt, daß er voll und ganz auf dem Boden meiner Resolution stehe, dann antworte ich noch einmal, wäre diese Erklärung am Sonnabend von ihm abgegeben worden, hätte ich ihm Bravo zugerufen, denn dann war erreicht, was ich wünschte. Ich glaubte ihm in meiner ersten Rede eine goldene Brücke gebaut zu haben, damit er bei näherer Ueberlegung und nachdem er die Stimmung des Parteitagess kennen gelernt hatte, eine Form finde, die ihm gestattet, den in seinen gedruckten Reden eingenommenen Standpunkt zu verlassen. Das war keine Blamage für ihn, denn wer nie unter uns geirrt hat, der trete auf und werfe den ersten Stein auf ihn. Weit entfernt, daß eine solche Erklärung ihn herabgesetzt hätte, sie würde im Gegentheil ihm zur höchsten Ehre gereicht haben. (Sehr richtig!) Aber nachdem Bollmar am Sonnabend erklärte, er billige zwar die Resolution, stehe aber in Bezug auf die Motive auf einem andern Boden, halte ich allerdings für nothwendig, daß der Parteitag in Bezug auf den Antrag Dertel Stellung nimmt. Wie kann eine Uebereinstimmung in der Sache, d. h. in dem, was resolviert werden soll, erzielt werden, wenn in der Art der Geltendmachung der Sache diese Meinungsverschiedenheiten bestehen? Bollmar sagte, ich stimme mit der Rebel'schen Resolution überein, aber nicht mit den Motiven, während Auerbach sagt, ich bin nicht nur mit der Resolution einverstanden, sondern auch mit ihrer Motivierung, aber ich fürchte, daß die Parteileitung dieser Motivierung gemäß nicht handelt. Also die äußerste Rechte und die äußerste Linke vereinigen sich mit uns in dem Wortlaut der Resolution. Da meine ich nun, da muß etwas nicht in Ordnung sein, es muß in die Resolution etwas hineingetragen werden können, was nicht darin stehen soll. Wer garantiert, daß Bollmar, der seine Schwankung von der radikalen nach der rechten Seite machte, auch nach seiner heutigen Erklärung nicht noch einmal eine neue Schwentung macht und sich wieder auf seine ersten Reden stützt, das will ich ver-

E

hüten, und ich will auch verhindern, daß in unserer Partei sich vielleicht ein anderer findet, der es ihm nachmacht. (Zustimmung.) Hier muß ein Diegel vorgeschoben werden. Nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß Bollmar, obgleich der Sinn seiner beiden hier gehaltenen Reden ein ganz verschiedener war, er sich in beiden mit der Resolution einverstanden erklärte, müssen wir zum Antrag Dertel Stellung nehmen. Ich lese hinzu: in diesem Augenblick scheidet bei dem Antrage Dertel Bollmar als Person vollständig für mich aus. Mit der Erklärung, die er heute in seiner Rede gegeben hat, ist die Sache für mich in Bezug auf ihn zunächst entschieden; aber nicht in Bezug auf die objektive Seite der Sache, d. h. in Bezug darauf, zu verhindern, daß künftig neue Leute kommen, ein beliebiger Schulze, Müller oder Sohn (Weiterkeit), der dann uns sagt: Bollmar hat ja auch erklärt, daß er auf dem Boden der Resolution steht, er hat aber seine erste Rede nicht zurückgenommen, warum soll ich nicht das wiederholen, was er gesagt hat und was ich zugleich für richtig halte? Es muß aber auch deshalb Stellung genommen werden, weil ich weiß, daß ein Standpunkt, wie ihn Bollmar vertritt, bei einem nicht unerheblichen Theil unserer Genossen theils aus mangelnder Einsicht, theils aus einem ganz natürlichen Trägheits- und Bequemlichkeitsgefühl Anklang findet. Die Rede, die Bollmar am Samstag gehalten, hat hier in diesem Kreise mehr Beifall gefunden, als ich erwartete, das sage ich ganz offen. Ich nehme von den betreffenden Parteigenossen, die hier die Partei vertreten, an, daß sie wissen, um was es sich handelt, daß sie nicht der schönen Form von Bollmars Rede oder seiner schönen Augen wegen Beifall zollten, sondern des Inhalts der Rede wegen, und deshalb wünsche ich, daß konstatiert wird, wie groß die Zahl derjenigen ist, die mit der Bollmar'schen Auffassung in Bezug auf die Taktik der Partei übereinstimmen. (Zustimmung.) Es muß Klarheit unter uns herrschen. Ist die Majorität der Meinung, daß die Sache abgethan ist, ohne zu dem Antrag Dertel Stellung zu nehmen, dann hat sie auch die Pflicht, zur Lösung einer so bei Seite geschobenen Frage, die nothwendigerweise Verwirrung und Zweideutigkeit in die Partei bringt, dadurch beizutragen, daß sie die Leitung der Geschäfte in die Hand nimmt. Das erachte ich als selbstverständlich. Ich sehe aber nichts persönlich Verletzendes für Bollmar darin, wenn der Parteitag ruhig und objektiv erklärt, Anschauungen, wie sie in diesen Reden über die Taktik der Partei enthalten sind, können wir nicht gutheißen. Das ist kein Tadel gegen Bollmar, sondern einfach eine abweichende Meinungsäußerung über seine Reden, die für Alle gilt und von Allen zu beachten ist. Das wäre schön, wenn das nicht ausgesprochen werden könnte vom Parteitag, ohne daß der Betreffende sofort erklärt, das ist das ärgste Mißtrauensvotum, das Ihr mir geben könnt. Nein,

E

es ist kein solches. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir fernliegt, dem Antrage Dertel nach den vorhin gehörten Erklärungen Bollmar's noch eine persönliche Spitze beizulegen. Es ist mir nur darum zu thun, daß endlich Klarheit geschaffen wird, damit wir nicht gezwungen sind, nächstens wieder auf einem Parteitag eine ähnliche Debatte zu führen wie heute. Mit der Opposition von links sind wir fertig. In Bezug auf die Anschauungen von rechts müssen wir noch die Meinung des Parteitages hören. Ich unterstelle deshalb den Antrag, daß die Abstimmung über den Antrag Dertel eine namentliche sei. Weil wir wünschen müssen, daß über die künftige Taktik der Partei kein Zweifel mehr obwaltet, müssen wir auch wünschen, daß Jeder von uns durch ein offenes Ja oder Nein seine Meinung kundgibt, damit die Wähler Gelegenheit haben, sich mit Jedem von uns auseinander zu setzen. (Sehr richtig!) Ich habe in meinem Leben nichts mehr gehaßt, wie verzwickte, unklare Situationen, und ich habe immer den Knoten durchgehauen, wenn es nicht anders ging, damit Klarheit geschaffen werde.

Bollmar hat es nun mir besonders übel genommen, daß ich gesagt habe, seine Taktik würde zur Versumpfung der Partei führen. Von einem Theil der Versammlung ist seine Gegenbemerkung mit Beifall aufgenommen worden, als er sagte, daß dann die „Jungen“ dasselbe Recht hätten, denselben Vorwurf auch uns zu machen. Das ist falsch. Wenn Zwei dasselbe sagen, ist es noch lange nicht dasselbe. Es kommt auf die Gründe an, aus denen heraus man zu einem Urtheil kommt. Wenn die Parteigenossen von der äußersten Linken kommen und uns vorwerfen, Ihr versumpft die Partei, dann ist ihnen mit vollem Jure und Recht gesagt worden: Ihr irrt Euch. Erstens ist dieses die Taktik, die wir seit 25 Jahren befolgten, und zweitens ist die Partei durch diese Taktik groß und mächtig geworden, so daß wir keinen Grund haben, sie zu ändern. Eure Taktik wollen wir nicht probiren, weil wir sie für schädlich halten, und auch die Bollmar'sche Taktik kann sich nicht bewähren. Seine Taktik müßte nothwendig zur Versumpfung führen, weil sie uns Selbstbeschränkung auferlegt wo wir sie nicht nöthig haben. Was war der große Schaden des Sozialistengesetzes? Daß unsere Presse, unsere Agitatoren gezwungen wurden, um überhaupt zum Volke sprechen zu können, innerhalb eines beschränkten, von oben vorgeschriebenen Gesichtskreises schreiben und sprechen zu müssen. Hätten wir nicht die Möglichkeit gehabt durch unsere Presse im Auslande, durch die Gründung des „Sozialdemokrat“ und durch Herausgabe einer unverfälschten Parteiliteratur, die durch die ungeheure, gar nicht hoch genug zu rühmende Opferwilligkeit der Parteigenossen verbreitet wurde, die Parteigenossen prinzipiell aufzuklären, dann wäre allerdings in hohem Grade das erreicht worden, was die Regierung mit dem Sozialistengesetz erreichen wollte, dann

E

wäre die geistige Versumpfung der Partei eingetreten. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun sollen wir den geistigen Bann, den uns das Sozialistengesetz 12 Jahre zwingungsweise auferlegte, nach Bollmar uns ferner freiwillig auflösen! Das wäre gradezu ein Verbrechen. Ich halte also den Ausdruck „Versumpfung“ voll und ganz aufrecht. Er ist objektiv vollkommen richtig. Es wäre nicht nur die Versumpfung, sondern die vollständige Korruption und schließlich die Zugrunderichtung der Partei. (Sehr wahr!) Aber ich habe keine Sorge, denn ich weiß ganz genau, wenn sich ein Parteitag fände, der eine solche Taktik gutheißt: sobald die Delegirten heimkehrten, hätten sie auch die Rebellion im Hause, und ich wäre der Erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte. (Heiterkeit. Bravo!) Ich habe ein viel zu großes Vertrauen an die gesunde Vernunft und an den revolutionären Instinkt der Massen, um nicht zu wissen, die Bollmar'sche Taktik ist unmöglich. Die Taktik, die er vorschlägt, unterscheidet sich in nichts von der Taktik des ehemaligen Herrn von Schweiker, und dieser ist in die Brüche gegangen, und heute wollen und brauchen wir keinen Schweiker. (Bewegung.) Wir stehen auch nicht vor der Frage: stürmen oder trödeln. Ich habe diese Frage in der „Neuen Zeit“ nur hypothetisch gestellt. Das Stürmen kommt heute nicht in Frage, aber das Trödeln erst recht nicht. Ich habe es schon einmal gesagt: wer Ziele wie die unsrigen verfolgt, wer wie wir mit den Massen zu arbeiten hat und sie aufrütteln will, der kann nur etwas erreichen, wenn er mit voller, ganzer Begeisterung bei der Sache ist und für die ganze Sache rückhaltlos eintritt. Dabei versteht es sich von selbst, daß man nun nicht eine gewissermaßen demagogische Taktik treiben soll, wider bessere Ueberzeugung zu den Massen redet und ihnen Luftspiegelungen vormacht und ihnen prophezeit, ohne selbst von der Richtigkeit dieser Anschauungen überzeugt zu sein. Man kann ja in Bezug auf die Macht und die Entwicklung unserer Ideen verschiedener Meinung sein. Ich bin stets Optimist gewesen und habe öfters zu meinen mehr pessimistisch angehauchten Freunden gesagt: Nehmt Euch in Acht, es geht Euch eines Tages wie den thörichten Jungfrauen in der Bibel, wenn der Bräutigam kommt, dann haben sie kein Oel auf der Lampe. (Große Heiterkeit.) Mit andern Worten: Ihr scheint so wenig die wahre Situation zu begreifen, daß Ihr überrascht werdet von den Ereignissen, und nicht wißt, was Ihr zu thun habt. Es ist nicht das erste Mal, daß es bei großen Umgestaltungen der Führerschaft so erging. Ich habe mir meinen Optimismus auch nicht aus den Fingern gezogen. Ich habe mich immer für einen fürchtbar mißthörichten Menschen gehalten, der Dinge und Menschen so gründlich studirt, wie nur einer, und sich vor Täuschungen zu bewahren sucht. Ich meine aber ohne Uebertreibung, daß grade

E

die Lage der Dinge in Deutschland und Europa auf sozialpolitischem, wie auf ökonomischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den allerletzten Zeiten eine Entwicklung genommen habe, die uns mit der größten Genugthuung und mit den besten Hoffnungen erfüllen muß. (Zustimmung.) Die Geschichte belehrt uns über die Zeitdauer, deren es in der neueren Zeit bedurfte, um neue Ideen und Ziele gegenüber den bestehenden Zuständen zur Herrschaft zu bringen. Wann begann das französische Bürgerthum den politischen Kampf gegen den feudalen Staat und die feudale Gesellschaft, gegen die Kirche, den Adel und das Königthum zu führen? Die erste entschiedene Opposition auf diesem Gebiete erhob Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze“, ein Buch, das 1749, also 40 Jahre vor dem Ausbruch der Revolution erschien. Montesquieu folgten die anderen revolutionären Schriftsteller, und sie wirkten so, daß eine Reihe von Jahren vor dem Bastillensturm Konservative der strengsten Observanz, von den Erscheinungen beeinflusst, ihre warnende Stimme vor der kommenden Revolution erhoben und ihren Ausbruch vorher sagten. Das waren auch Propheten. Und so giebt es heute wiederum zahlreiche denkende Konservative, die es ganz offen in ihren Büchern und Reden aussprechen: Habt Acht, die Revolution kommt, die Katastrophe steht vor der Thür! (Zustimmung.) Und da will man mich einen Vorwurf daraus machen und es mir verdenken, wenn ich die gleichen Gedanken ausspreche, weil das unsere Genossen aufrege, bei ihnen Hoffnungen erwecke und sie ungeduldig mache?! Da antworte ich: Lieber ein bißchen zuviel Hoffnung und Ungeduld, als eine Rede- und Denkweise, die jeden Nerv der Begeisterung so zu sagen aus dem Leibe schneidet und nur mit der nüchternsten Berechnung arbeitet! (Sehr richtig!) — Und fragen wir weiter: wann begann die geistige Vorarbeit für die 1848er Revolution? Im Beginn der zwanziger Jahre, d. h. kaum drei Jahrzehnte vor der Revolution. Und wie stehen wir? Wir haben jetzt seit fast 30 Jahren eine sozialdemokratische Agitation und haben es in dieser Zeit dahin gebracht, daß wir die stärkste Partei in Deutschland geworden sind. Wenn wir nun sehen, was für eine kolossale Umwälzung auf ökonomischem und politischem Gebiet in dieser Zeit stattgefunden hat, wie heute die Gegner in vollständiger Verzweiflung sind, weil sie nicht mehr wissen wohin und wo hinaus, wenn wir sehen, wie alle Verhältnisse sich allmählich so entwickelten, daß kein vernünftiger Mensch mehr darüber im Zweifel sein kann, daß die Dinge auf eine längere Dauer so nicht mehr weiter gehen können und darum die Katastrophe nur noch eine Frage der Zeit ist, dann ist es nicht nur natürlich, dann ist es notwendig, daß man zu Anschauungen, wie ich sie habe, kommt und sie auch ausspricht. Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Brief im

E

„Socialiste“, den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umschwung der Dinge vor Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen „Jungen“ in unserer Partei! (Große Heiterkeit.) Man mag lachen und höhnen über das Prophezeien; denkende Menschen kommen ohne dasfelbe nicht aus. Die fühle, pessimistische Nüchternheit von heute war Vollmar vor einigen Jahren auch noch fremd. Der von ihm angegriffene Engels hat 1844 vollkommen richtig die Revolution von 1848 vorausgesagt. Und ist nicht das, was Marx und Engels zur Zeit des Kommuneaufstandes in der bekannten Adresse des Generalraths der internationalen Arbeiter-Association voraus sagten über die künftige Konstellation der Dinge in Europa bis auf das Zipfelchen auf dem i verwirklicht worden? (Sehr wahr!) — Liebknecht, der auch ein wenig über mich gespöttelt hat, hat selbst viel prophezeit. (Heiterkeit.) Er hat gleich mir im Jahre 1870 im Reichstag vorausgesagt, was heute vollständig eingetroffen ist. Lesen Sie seine und meine Reden von 1870—1871 und Sie werden das bestätigt finden. Aber da kommt Vollmar und ruft: Schweigt von diesen alten Geschichten und laßt das Prophezeien. Er selbst aber prophezeit auch. Der Unterschied zwischen ihm und mir ist nur der: er besitzt den wunderbarsten Optimismus in Bezug auf unsere Gegner, aber den fürchterlichsten Pessimismus in Bezug auf die prinzipiellen Bestrebungen der Partei und die Zukunft derselben. (Sehr wahr!)

Damit komme ich weiter auf die Frage der auswärtigen Politik. Ich weiß, daß ein großer Theil der Parteigenossen, wenn er nur von der auswärtigen Politik hört, am liebsten mit den Achseln zuckt. Mit einem gewissen Recht. Die ungeheure Mehrheit unserer Parteigenossen, die mühselig um das nackte Leben zu kämpfen hat, hat weder die Mittel noch die Zeit, um die Fragen der großen Politik zu studiren, die dennoch von der kolossalsten Wichtigkeit sind. Wir stehen ja alle auf internationalem Boden, und müssen auf ihm stehen, weil wir den Zusammenhang der Entwicklung in den verschiedenen Ländern erkennen und begreifen. Nachdem dann, in Folge hiervon, die internationalen Arbeiter-Kongresse sich eingebürgert haben, ist für uns die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik erst recht eine Nothwendigkeit geworden. Wenn das die große Mehrzahl unter uns aus den angegebenen Gründen nicht kann, dann müssen es diejenigen thun, die nach ihren Mitteln, ihrem Wissen und ihrer sozialen Stellung nicht bloß berufen, sondern auch verpflichtet sind, sich um diese Dinge zu bekümmern. Es ist nun nicht wahr, daß Liebknecht und ich einen gleichen Standpunkt eingenommen hatten, wie Vollmar in der Dreiecksfrage. Vollmar weiß, daß Liebknecht und ich seit einer Reihe von Jahren die

E

Hedner der Fraktion in der Generaldebatte über den Stat sind, welche fast die einzige Gelegenheit bietet, wo im Reichstag die answärtige Politik ausführlicher behandelt werden kann. Um unseren Standpunkt in der auswärtigen Politik zu kennzeichnen, genügt nicht, daß man nur eine Rede von uns liest, sondern man muß eine Reihe derselben lesen, um ein volles Bild davon zu erhalten. Da haben wir, nun im Gegenfaz zu Bollmar, der über diese Dinge am liebsten möchte Schweigen beobachtet sehen, mit allem Nachdruck fortgesetzt den Fehler der Annexion von Elsaß-Lothringen und die Nothwendigkeit einer Versöhnung mit Frankreich bis zu diesem Augenblick betont. Wir sind, im Gegenfaz zu ihm, nicht gewillt, die Ereignisse von 1871 in Vergessenheit zu bringen, weil sonst unser Standpunkt unverständlich würde. Nun haben meine Ausführungen zur Frage des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich und unserer Stellung zu demselben zum Theil in der eigenen Partei eine Beurtheilung gefunden, die hart an diejenige heranreicht, die gestern ganz à propos der „Vorwärts“ in der Ihnen bekannten Korrespondenz aus Paris, aus der chauvinistischen Presse Frankreichs zitiert hat. Bollmar rief mir warnend zu, Acht zu geben, wie in der fremden Presse Aeußerungen wie die meinen aufgefaßt würden. Ich antwortete ihm: Wer im Glas-hause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich kümmere mich nicht um die Methode der gegnerischen Presse und halte es nicht der Mühe werth, darauf zu antworten. Aber wenn ein Parteigenosse sich erlaubt, an meinen Handlungen und Aeußerungen eine Kritik zu üben, die sich in nichts von der gegnerischen unterscheidet, obgleich ich doch billiger Weise verlangen darf, daß er nur das kritisiert, was ich wirklich gesagt habe, und nicht was die Gegner nicht sagen lassen, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Ich gebe zu, daß wir, und zwar die nächsten Freunde, in der Auffassung der europäischen Verhältnisse nicht übereinstimmen brauchen, obwohl z. B. zwischen Engels und mir eine solche Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Trotz der Verschiedenheit unseres Wesens und trotzdem er mir an Wissen und Erfahrung weit überlegen ist, besteht zwischen uns, wie unser fleißiger Briefwechsel hierüber beweist, in Bezug auf die Auffassung der europäischen Lage eine fast wunderbare Uebereinstimmung. Es ist nun einfach unwahr und eine ganz unqualifizirbare Unterstellung, wenn hier gesagt worden ist, daß ich in der bekannten Berliner Verammlung einen chauvinistischen Standpunkt eingenommen habe, daß man aus meinen Auslassungen schließen könnte, ich wolle den Krieg und sei offenbar dafür, denselben zu provozieren. Bollmar sagte sogar, zum Glück fasse die Reichsregierung die Dinge etwas kühler auf wie ich, und habe es nicht so eilig. Wenn das wahr wäre, was er mich sagen läßt, dann hätte er Recht. Aber das Gegen-

E

theil ist wahr. Ich habe sowohl in dem Artikel über die russische Anleihe, wie in meiner Rede in Sanssouci vollständig objektiv vom Standpunkt der historischen Entwicklung, wie sie sich seit 1870 vollzogen hat, die Ereignisse vorgeführt, die in Europa mit Bezug auf Deutschland und in Deutschland in die Erscheinung traten, und aus alledem habe ich wieder vollständig objektiv und logisch die Schlußfolgerung gezogen, daß die Konstellation in Europa gegenwärtig so stehe, daß wenn nicht unmittelbar, so doch in nicht ferner Zeit wir vor einer Kriegskatastrophe ständen. Ich habe dann für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen weiter gesagt in einem Artikel über die russische Anleihe: wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebenso gut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstücken und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessiert, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegenzutreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpfen, wir es thun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist, und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokratien bedeute. Ich meine, schärfer und prinzipieller kann man sich doch nicht ausdrücken. (Sehr richtig!) Grillenberger, der vielfach nicht auf meinem Boden steht, wird bezeugen, daß ich auch in Nürnberg ganz ähnlich mich ausgesprochen habe. (Zustimmung Grillenberger's.) Ich habe auch nirgends gesagt, daß diese Zustände unser Wunsch sei, sondern habe noch ausdrücklich betont, daß die Schuld an diesen Zuständen dem System Bismarck in erster Linie zuzuschreiben sei, der in dieser Politik von den herrschenden Klassen unterstützt worden ist. Ferner habe ich noch in der letzten Sanssouci-Rede erklärt, daß wir auch jetzt noch im letzten Augenblick die Ausöhnung mit Frankreich verlangten, und zwar um jeden Preis, damit diese ungeheure Gefahr, die über Deutschland und Europa schwebt, beseitigt werde. Aber ich setzte auch weiter hinzu: Freilich, wenn die leitenden Kreise sagen, lieber sollen 42 Millionen auf der Strecke bleiben, als daß ein einziger Stein von unseren Festungen verloren geht, dann werden wir den bitteren Kelch über uns ergehen lassen müssen, aber wehe dem Denen, die diese Zustände herbeiführten! Auf sie fällt die volle Verantwortung, und sie werden auch erfahren, daß das Ende der von ihnen geschaffenen Dinge ein solches ist, daß sie nicht erwartet und nicht

E

gewollt haben. (Lebhafter Beifall.) Vollmar hat also in einer wichtigen Frage die Objektivität, die er von mir und uns sich gegenüber fordert, mir gegenüber in keiner Weise gewahrt.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen fertig. Ich glaube hinlänglich dargethan zu haben, wie wir zu einander stehen. Ich würde es bedauern, wenn Vollmar seine Drohung, die er andernfalls machte, ausführt. Der Antrag Dertel enthält keine persönliche Spitze. Vollmar hat sich selbst in diese Zwangslage gebracht mit seiner Rede vom Samstag und mit seinen früheren Reden. Wäre seine Samstagrede so ausgefallen, wie seine heutige gewesen ist, Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, einen Antrag wie den Dertel'schen zu stellen. Er tauchte erst auf, als er gegen uns eine Stellung einnahm, wie man sie nach seiner Vergangenheit von ihm nicht erwarten konnte. Er mußte hier auf dem Parteitag einsehen, daß seine Reden vom 1. Juni und 6. Juli keinen Anklang finden konnten, und nach allem, was seitdem vorgekommen ist, konnte er sich nicht der Einsicht verschließen, daß sein Standpunkt für eine Partei wie die unfrige ein unmöglicher ist. Nachdem er trotzdem noch an demselben festhielt, darf unter keinen Umständen der geringste Zweifel über die Bedeutung der Resolution, die ich im Namen meiner Freunde vorgeschlagen habe, weder bei Freund noch bei Feind bestehen, und ich bitte Sie, als Männer auch über den Antrag Dertel ein ehrliches Ja oder Nein abzugeben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kater: Die Genossen von der sogenannten Opposition haben mir einen Brief übergeben, den ich dem Vorsitzenden Singer übergeben und auf dessen Verlesung ich bestehen soll.

Vorsitzender Singer: Die Herren, um die es sich hier handelt, haben kein Recht mehr, nach der Erklärung, die sich bei den Akten befindet, sich auf unserem Parteitag vertreten zu lassen. (Zustimmung.) Es bereift auf's Neue, wie wenig sachlich die Herren zu handeln gewohnt sind, wenn sie daran zweifeln, daß eine dem Parteitage zugewandene Erklärung zur Kenntnisaufnahme desselben gelangt und sie sich dafür einen besonderen Vertreter bestellen. Die in Rede stehende Erklärung lautet folgendermaßen:

Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten. (Beifall und Heiterkeit.)

Erfurt, den 19. Oktober 1891.

Wildberger. Auerbach. Bätge. Schulze. Werner.

Diese Erklärung wird der Neuerkommission überwiesen.

Ferner ist folgende Resolution eingegangen:

Der Parteitag erklärt: die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen. — Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiedsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Wernau. Wengels. Tempel. Reus. Scholz.

Diese Resolution wird ebenfalls der Neuerkommission überwiesen.

Ehrhardt-Ludwigshafen beantragt:

Nachdem sich Genosse Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Bebel und anderen Rednern entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Dertel für erledigt und geht über denselben zur Tagesordnung über.

Sowohl über den Antrag Dertel wie über den Antrag Ehrhardt ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Dertel: Wenn sich der Genosse Vollmar mit dem von Ehrhardt vorgeschlagenen Antrag einverstanden erklärt, bin ich bereit, den von mir gestellten Zusatzantrag sofort zurückzuziehen. (Bravo!)

Vorsitzender Singer: Ich muß es vollkommen in das Ermessen des Genossen Vollmar stellen, ob er überhaupt irgend eine Erklärung abgeben will.

v. Vollmar: Ich habe in meiner Rede bereits erklärt, daß ich, sobald die Angelegenheit eine sachliche Erledigung findet, mich auf dem Boden dieser sachlichen Erledigung stelle, daß ich dagegen um keinen Preis eine persönliche Spitze annehme. Nachdem nun der Antragsteller dem Antrage die persönliche Spitze genommen hat, ist die Sache für mich erledigt. (Beifall.)

In Folge dieser Erklärung zieht Dertel sein Amendement zurück. (Beifall.) Damit wird auch der Antrag auf namentliche Abstimmung hinfällig.

Der Antrag Ehrhardt-Ludwigshafen wird ohne namentliche Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen, die Resolution Bebel einstimmig angenommen.

Der oben mitgetheilte Antrag Schönlanf wegen künftiger

Drucklegung des Berichts der Reichstagsfraktion gelangt ebenfalls zur Annahme.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel: Wir würden nun nach der Tagesordnung zur Berathung des Programmentwurfs übergehen müssen. Angesichts der Geschäftsfrage des Parteitages schlage ich aber vor, daß der Parteitag jetzt von einer Generaldebatte über das Programm absteht und die Programmkommission beauftragt, die bereits begonnene und nur in Rücksicht auf die noch nicht stattgefundene Generaldebatte des Parteitages nicht weitergeführte Berathung fortzusetzen und so rasch wie möglich dem Parteitag Bericht zu erstatten, worauf die Generaldebatte über den Vorschlag der Kommission eröffnet werden könnte. Wir können diesen Weg um so eher betreten, als die Vorlage der Kommission im Wesentlichen den Wünschen der verschiedenen Antragsteller entsprechen dürfte, die wir ja fast alle in die Kommission geschickt haben. Treten wir sofort in die Generaldebatte ein, so ist es ungewiss, daß wir in einem halben Tag nicht fertig werden. Dann würde die Kommission nicht vor übermorgen Bericht erstatten können, und wir würden unter allen Umständen noch Mittwoch sitzen müssen, während wir mit Hilfe einer Abend Sitzung das Programm, und am nächsten Tage alle übrigen Geschäfte erledigen könnten.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Singer, für ihn treten Emmel und Liebknecht ein.

Der Parteitag beschließt diesem Antrage gemäß; es wird also die Generaldiskussion bis nach der Berichterstattung der Programmkommission vertagt.

Pfannkuch proklamiert das Resultat der beim Beginn der Sitzung erfolgten Wahl der Mitglieder der Neuner-Kommission.

Von dem Genossen Schumacher ist folgende Depesche eingegangen: „Habe mit Wildberger weder schriftlich noch mündlich verkehrt, kenne denselben nicht einmal.“

Schluß 6½ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. Oktober.

Vormittags-Sitzung.

Vorsitzender Klopff eröffnet die Sitzung kurz vor 9½ Uhr.

Wiederum sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme eingelaufen. Die Genossen aus Lüdenscheid theilen mit, daß sie bei den Wahlen zum dortigen Gewerbegericht vollständig gesiegt haben. (Bravo!)

E

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung der selbständigen Anträge. Von den in der gedruckten Vorlage enthaltenen 9 Anträgen zur „Presse“ sind die ersten 6 derselben bereits am Sonntage erledigt worden.

Antrag 7.

Die Genossen in Breslau und Dortmund:

„Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongress beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.“

Winkler-Breslau-West: Als unser Antrag in einer großen Versammlung angenommen wurde, ging ein Schrei der Entrüstung durch einen Theil der gegnerischen Presse, wir wollten nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Kinderherzen vergiften. Die „Deutsche Schulzeitung“ sprach auch darüber, und meinte, das einzige Mittel, diesem Veruche entgegenzutreten, sei eine Revision der jetzt eingeführten Schulbücher. Sie sehen also, daß der Antrag schon einen Zweck gehabt hat; das allein würde genügen, den Antrag anzunehmen.

Ohne Debatte wird der Antrag genehmigt.

Antrag 8:

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin beantragen:

„Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um sachliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen.“

wird einstweilen abgelehnt, da die Berliner Genossen zu einer für sie wichtigen Besprechung zusammengetreten sind.

Antrag 9.

Gustav Semmler in Lunzenau: Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Wegweiser“ herauszugeben.

E

Semmler-Sachsen 15.: Der Antrag soll zunächst jedem Parteigenossen, der bestrebt ist sich ein umfassendes Wissen anzueignen, die Wege finden lehren, wie er das zu machen hat. Gleichzeitig soll der Wegweiser den Vereinen in den mittleren und kleinen Städten einen Leitfaden an die Hand geben, wonach sie ihre Bibliothek zusammenstellen können. Es soll eine Art Bücherkatalog sein, in dem die besten wissenschaftlichen Werke empfohlen werden, und zwar populär geschriebene Bücher, die Jeder verstehen kann, der auch nur eine Volksschule besucht hat. Der Antrag ist schon längst eine Nothwendigkeit gewesen. Unsere Parteiliteratur erweckt zwar wieder den Wissenstrieb, welchen die Volksschule systematisch erstickt hat; leider aber kann sie ihn nur wecken, nicht befriedigen, da sie bloß die sozialdemokratischen Fragen umfaßt; darum lassen die Wissensbegierigen, welche nicht die nöthige Leitung haben, bald die Flügel hängen, wenn ihnen nicht kräftig unter die Arme gegriffen wird. Das soll der Wegweiser besorgen.

Singer: Der Gedanke des Antrages ist ja ein sehr guter, aber die Konsequenz ist einfach die, daß die Parteigenossenschaft, die Arbeiterbevölkerung, nichts weiter lesen wird, als was gleichsam unter hoher obrigkeitlicher Approbation des Parteivorstandes ihnen empfohlen wird. (Sehr richtig!) Daß diese Konsequenz mit dem Grundgedanken unserer Partei durchaus im Widerspruch steht, brauche ich nicht erst hervorzuheben. Aber auch praktisch ist der Antrag unausführbar. Genosse Semmler will die Arbeiter durch diesen Wegweiser in alle Gebiete der Wissenschaft einführen. Zunächst aber liegen doch die wirthschaftlichen Verhältnisse so, daß unsere Arbeiter auch nicht im Entferntesten die Mittel haben, um sich diese Schriften anzuschaffen; dann aber werden sehr Viele durch diesen Wegweiser in die Lage gebracht, sich Bücher anzuschaffen, die, weil eben die nothwendige Vorbildung fehlt, von ihnen nicht verstanden werden. Wenn es sich aber darum handelt, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik und unserer Bewegung erscheinende Literatur unseren Genossen durch Verzeichnisse in Erinnerung zu bringen, so geschieht das ja bereits durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ und die übrigen Parteibuchhandlungen in ausreißendstem Maße. Der Antrag ist praktisch undurchführbar und ladet der Parteileitung eine Verantwortlichkeit auf, die sie nicht übernehmen kann. Ich bin also in erster Linie für Ablehnung, sonst aber für Ueberweisung des Antrages an die Parteileitung zur Erwägung.

Sailer-Ludenwalde fügt zu den von Singer angeführten Gründen noch den, daß der Katalog bei dem voraussetzlichen Umfang auch materielle Unkosten verursacht.

Heine: Ich beantrage die Ueberweisung des Antrages an den Vorstand. Ein solcher Katalog kann entschieden herausgegeben

werden. Die Furcht, daß Schriften, die nicht ganz auf unserem Standpunkt stehen, den Arbeitern die Köpfe verdrehen möchten, ist nicht so erheblich, als der Vortheil sein würde, wenn man mit diesen Schriften die erbärmliche Schundliteratur, die Sie jetzt in jeder Arbeiterhütte finden, verdrängen könnte.

Semmler bittet im Schlußwort, den Antrag anzunehmen; bei der Ueberweisung würde er doch bloß in den Papierkorb fallen. Eine Verantwortung werde damit dem Parteivorstand in keiner Weise aufgebürdet. Umsonst könne der Wegweiser nicht hergestellt werden, aber er würde doch höchstens 10–20 Pfennige kosten.

Der Antrag wird abgelehnt. Darauf wird der Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Zum Punkt „Presse“ sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages noch zahlreiche weitere Anträge eingebracht, über welche in der Reihenfolge der Einbringung verhandelt wird.

Antrag 10:

Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirthschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Schulze-Königsberg: Das Bedürfniß nach einem Zentralorgan, welches, wenn nicht allen, so doch recht vielen Parteigenossen zugänglich gemacht werden kann, ist so alt wie die Partei. Wir haben im vorigen Jahre den „Vorwärts“ begründet, aber in seiner heutigen Gestalt kann er den Anforderungen nicht gerecht werden, einmal wegen des hohen Preises und dann, weil er so sehr viel Material enthält, das für die außerhalb Berlins wohnenden Genossen nur geringeres Interesse hat. Am zweiten Verhandlungstage hat man ja hier schon den Wunsch ausgesprochen, den „Vorwärts“ zu theilen. Nun haben wir ja allerdings auch eine Reihe anderer Blätter, welche mehr oder weniger bestrebt sind, diesem Bedürfniß abzuhelfen. Da ist die „Volltribüne“, die aber heute den Verhältnissen nicht mehr entspricht, wie noch vor einigen Jahren, nicht mehr das ist, was sie sein soll und sein könnte. Dann haben wir Lokal- und Provinzialblätter; aber auch diese Presse kann denjenigen Anforderungen nicht entsprechen, welche die Genossen bei uns in Deutschland an ein wirkliches Zentralorgan stellen. Dazu tritt noch etwas Anderes. Der „Sozialdemokrat“ war bis 1890 gewisser-

maßen das Bindeglied unter den Genossen; fast in jeder Stadt, ja in den kleinsten Orten waren Abonnenten auf dieses Blatt, dessen Inhalt völlig befriedigte. Es ist nach dem Fall des Sozialisten-Genossen aber eingegangen und jetzt fehlt der Ersatz. Nun haben wir Landesblätter, wo überhaupt unsere Presse nur sehr wenig vertreten ist, und andererseits Distrikte, wo die Presse, um mit der gegenwärtigen Presse konkurrieren zu können, den lokalen Verhältnissen viel zu viel Rechnung tragen muß. Da bleibt denn zu wenig Raum übrig für die allgemeinen Fragen, wie sie gerade in neuerer Zeit eine hervorragende Rolle spielen. Deshalb ist ein neues Wochenblatt notwendig. Daß das neue Organ den bestehenden Konkurrenz machen und ihnen Abonnenten entziehen könnte, fürchte ich nicht. In seiner gestrigen, vortrefflichen Rede führte Nebel aus, wie notwendig es sei, den Blick auf die Verhältnisse der übrigen Staaten zu richten. Vorzugsweise dieses neu zu gründende Organ würde es sich zur Aufgabe zu machen haben, eine allgemeine, größere Uebersicht über die Arbeiterbewegung aller Staaten zu geben; damit würde dann vielfach die übrige Presse entlastet. Das „statistische Material“ ist in unserem Antrag besonders betont worden, da wir doch auch damit sehr wesentlich zu rechnen haben. Vielfach fehlt den Genossen, welche agitatorisch wirken wollen, das statistische Material zur Begründung und zum Beweise ihrer Ausführungen. Auch diesen muß man zu Hilfe kommen. Wird bei der Schaffung eines solchen Organs in diesem Sinne verfahren, so wird damit der Partei ein wesentlicher Dienst geleistet.

Schade-Stenbal: Wir können den Antrag sehr gut unterstützen, um einmal den Parteigenossen außerhalb der Großstädte entgegenzukommen und um außerdem die Parteikasse von erheblichen Summen für die Parteipresse zu entlasten. Jetzt wird die Sache so gehandhabt, daß von unseren Lokalblättern, die täglich erscheinen, Kopfblätter gemacht werden, welche unter die Randbevölkerung vertheilt werden. Diese Kopfblätter sind im Allgemeinen nur ein Auszug aus dem „Vorwärts“. Die Kosten dafür decken sich nun aber durch den Abonnementspreis nicht; dadurch wird also nur das Defizit der Lokalpresse erhöht.

Frohme-Altona: Ich kann mich so ohne weiteres nicht für diesen Antrag erklären. Mit demselben werden Sie die Parteigenossen in vielen Kreisen in eine recht üble Situation bringen. Es besteht eine ganze Reihe von Wochenblättern, für die bereits hier und da große Opfer aufgewendet worden sind und die man durch die Einführung dieses neuen Organs zweifellos einfach ruinieren würde. Es fragt sich doch, ob denn das neue Organ so ohne weiteres für die Gesamtheit der Partei Geltung haben soll, oder ob man die Kreise, welche ein wöchentlich erscheinendes Organ besitzen, mit der Einführung dieses neuen zu verschonen gedenkt.

E

Theoretisch ist die Sache leicht gelöst; zur praktischen Beurtheilung müssen wir erst Stand und Verhältnisse der Lokalpresse kennen. Es wäre deshalb das geeignetste, diesen Antrag dem neu zu wählenden Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Jedenfalls reichen die von Schulze geltend gemachten Gründe für mich und auch wohl für viele andere durchaus nicht aus.

Wendt-Kamenz: Ich habe den Antrag lebendig deshalb unterstützt, um der Auffassung Ausdruck zu geben, daß das Bedürfnis vorhanden ist. Ich verstehe darunter nicht ein selbständiges Zentralorgan, sondern ein an den „Vorwärts“ sich anschließendes Wochenblatt. Allerdings möchten sich durch die Schaffung eines neuen die bestehenden Wochenblätter bedroht fühlen und können sich event. nicht halten; aber es kommt eben darauf an, ein Organ zu schaffen, das möglichst von allen Parteigenossen gelesen werden kann, wie es beim alten „Volksstaat“ und „Vorwärts“ der Fall war.

Blos-Braunschweig: Ich bezweifle garnicht, daß der Antrag praktisch und ausführbar ist, bezweifle aber, daß er unter den gegenwärtigen Umständen uns irgend einen Vortheil bringt; ich würde sehr dafür sein, wenn unsere Presseverhältnisse überhaupt andere wären. Erwägen Sie doch, daß mindestens $\frac{3}{4}$ unserer Lokalpresse mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (sehr wahr!), und daß es sehr bedenklich ist, daß bis jetzt mit solcher Mühe und so großen Opfern Geschaffene wieder in Frage zu stellen. Von einem billigen Wochenblatt, das weniger mit Originalarbeiten als mit Auszügen und Zusammenziehungen schon gedruckter Arbeiten gefüllt ist, werden Sie den Erfolg nicht haben, den Sie sich etwa vorstellen. Der Konkurrenzkampf, in dem die kleinen Blätter stehen, würde noch verschärft werden. Warten Sie damit wenigstens so lange, bis unsere Partei- und Lokalpresse sich einigermaßen aus den heutigen Zuständen herausgearbeitet hat.

Singer: Der bisherige Parteivorstand hat sich seit Monaten mit dieser Frage beschäftigt, und wenn nicht von Schulze der Antrag auf Gründung eines Wochenblatts gestellt worden wäre, so wäre er von uns hier eingebracht worden. Die Gründe hierfür liegen zunächst auf einem Gebiet, welches von den bisherigen Rednern nur leise gestreift worden ist, nämlich daß wir nach unserer Meinung verpflichtet sind, auch unseren Genossen im Auslande die Möglichkeit zu geben, die Bewegung in Deutschland zu verfolgen, von allen Vorgängen innerhalb der Partei Kenntniß zu nehmen. Die ausländischen Genossen, die früher beim Erscheinen des „Sozialdemokrat“ in dieser Lage waren, haben seit dem Eingehen desselben bittere Klage darüber geführt, daß sie garnicht im Stande seien, überhaupt über den Fortgang der Bewegung in Deutschland ein Urtheil zu fällen. Die Genossen im Auslande können das für die

E

Genossen im Reich täglich erscheinende Organ nicht lesen, weil es zu theuer ist und durch das Porto noch unverhältnißmäßig verteuert wird. Dadurch sind dieselben vielfach auf die im Ausland erscheinende anarchisistische Presse angewiesen, und in den Köpfen, namentlich der jüngeren Elemente, die erst im Ausland in die Bewegung gezogen werden, wird somit eine ganz falsche Vorstellung von der deutschen Bewegung erzeugt, während die älteren Genossen im Ausland durch das Fehlen dieses geistigen Bandes die Fühlung mit den im Inlande lebenden Genossen verlieren.

Es würde nun wohl an sich nicht wichtig genug sein, der Genossen im Auslande wegen ein Blatt zu gründen; aber auch für die Genossen im Inlande ist die Gründung eines prinzipiell gehaltenen Wochenblattes ebenso nothwendig. Wir denken hierbei nicht an einen bloßen Ableger, sondern das Blatt soll eine besondere Redaktion erhalten und durchaus selbständig ausgestattet werden. Läßt sich wir uns darüber nicht: wie nothwendig es ist, die prinzipiellen Auffassungen der Partei in weiten Kreisen in höherem Maße, als es durch die Lokalpresse möglich ist, zum Ausdruck zu bringen, dafür haben die Diskussionen der letzten Tage reichlich den Beweis geliefert. Weder die Strömungen von links noch von rechts wären möglich gewesen, wenn in weiten Kreisen der Partei die prinzipielle Stellung, die schließlichen Ziele, die wir verfolgen, wenn unsere ganze Aufgabe nach dieser Richtung hin mehr, als es durch die lokale Presse geschehen kann — ohne Vorwurf für diese — erörtert worden wäre. Nun glaube ich auch nicht, daß aus einem solchen Wochenblatt der lokalen Presse irgend ein Nachtheil erwachsen wird. Diejenigen Wochenblätter lokalen Gepräges, welche in dem Kreise, in dem sie erscheinen, genügend Abonnenten haben, die im Stande sind, sich überhaupt zu halten, werden von der Gründung dieses Organs garnicht berührt werden. Denn die betreffenden Parteigenossen werden nach wie vor an ihren Blättern festhalten, und sie werden auch keinen Schaden dadurch erfahren, denn das Zentralblatt kann die lokalen Anforderungen nicht erfüllen, welchen die lokale Presse gerecht wird. Abgesehen davon existiren weite Landstriche in Deutschland, wo überhaupt keine Parteipresse erscheint, und für diese wird es wesentlich sein, wenn ein Organ geschaffen wird, welches dafür agitiren kann, auch die Massen in diesen Gegenden zu gewinnen.

Nun braucht ja der Parteitag nicht heute sofort zu beschließen es wird ein Wochenblatt gegründet; es genügt, nach gewakterer Diskussion und nach den gedauerten Bedenken dem künftigen Parteivorstande den Antrag Schulze zur Ermägung zu überweisen. Ich habe mich aber verpflichtet gehalten mitzutheilen, daß diese Frage wiederholt im Parteivorstande diskutiert worden ist.

Beyer-Rottbusch schließt sich Frohme und Singer an, insofern

F

sie gründliche nochmalige Ermägung des Planes für nothwendig halten.

Jöst-Matiz: Ich muß mich entschieden gegen den Antrag und gegen Singer wenden. Eine Versammlung, die so souverän ist wie der Parteitag, braucht sich des Reichstagsmittels „den Antrag dem Herrn Reichskanzler zur Ermägung zu überweisen“ nicht zu bedienen; sie kann selbst entscheiden. Aus welchen Gründen sollen wir denn veranlaßt sein, für die ausländischen Genossen ein Organ ins Leben zu rufen? Warum nehmen die ausländischen Genossen nicht den „Vorwärts“? Die Genossen im Ausland haben auch Geld, den „Vorwärts“ zu halten. Dann haben sie ihre Klubs, wo diese Blätter aufgelegt werden; ein solcher Klub kann auch ein paar Mark mehr für Zeitungen ausgeben. Nun heißt es, für die prinzipielle Haltung müsse ein Leitfaden gegeben werden. Warum genügt nicht auch dafür der „Vorwärts“? Er hat sich allerdings im Falle Vollmar als ein außerordentlich schlechter Leitfaden erwiesen, und wenn der Vorstand reformiren will, soll er zunächst hier einwirken, daß der „Vorwärts“ ordentlich funktioniert. In der Provinz herrschen die sogenannten kleinen Parteiführer. Wenn die zu arm sind sich das Blatt zu halten, sollen die Genossen sich zusammenthun, damit der Vertrauensmann das Blatt gratis bekommt; es wird in einer Wirthschaft niedergelegt und die Leute lesen es. Wir haben jetzt in Deutschland 24 tägliche Blätter; die sind so über das Land verstreut, daß es wohl möglich ist, sich irgendwo anzuschließen. 26 erscheinen dreimal, 6 zweimal, 10 einmal wöchentlich — und da will man zum Schaden der Provinzpresse noch ein weiteres Blatt gründen? Ich ersehe Sie, unter allen Umständen den Antrag abzulehnen, er wird zum Schaden gereichen. Man sucht glauben zu machen, die Provinzpresse sei nicht so prinzipiell gehalten; das stimmt nicht, sie ist grade so prinzipiell wie die andern auch; nur bringt sie mehr Lokales, aber das schadet doch nichts. Schulze hält solch ein Blatt namentlich mit Rücksicht auf seinen Landestheil für nöthig. Wo keine Presse existirt, wo die Genossen Malheur gehabt haben, da besteht natürlich das Bedürfnis; ich begreife daher das Königsberger Verlangen, aber Königsberg ist nicht ganz Deutschland, und wir müssen auf die Gesamtheit Rücksicht nehmen. In Mainz, Offenbach, Wiesbaden hat speziell unser Provinzblatt eine ganz hübsche Abonnentenzahl. Diese Abonnenten werden der Provinzpresse verloren gehen durch das neue Blatt, die Provinzpresse wird geschädigt, verdrängt und die Genossen verlieren an ihrem Orte eine Waffe.

Grillenberger: Jöst hat viel Beherzigenswerthes vorgebracht, ich kann mich ihm aber doch nicht anschließen. Auf die Dauer können wir es nicht umgehen, ein solches Wochenblatt zu schaffen. Die Hauptgründe dafür hat Singer bereits betont. Die

F

vorhandenen Wochenblätter sind zum Theil auf bestimmte Provinzen berechnet; einige haben einen zentralen Charakter, können aber auf die Dauer dem Bedürfnis nicht genügen, sie sind geschaffen worden unter dem Ausnahmegeſetz als Band für die Genossen, als Korrespondenzblätter. Diese Blätter sind mehr und mehr zurückgegangen in Folge der Gründung der neuen Provinzial- und Lokalblätter, sie haben erheblich an Bedeutung verloren, haben mehr und mehr ein lokales Kolorit erhalten und besitzen auch die Mittel nicht mehr, um etwas Besonderes aufzuwenden. Ich hätte in meiner Eigenschaft als Verleger eines täglich erscheinenden Lokalblattes und als Drucker eines im Parteieigenthum befindlichen Wochenblattes gewiß ein bedeutendes geschäftliches Interesse, wenn ich mich so ausdrücken soll, dem Antrage entgegenzutreten. Aber das Parteiinteresse wiegt hier unendlich schwerer. Ob die Gründung sofort oder in nächster Wälde zu geschehen hat, ist eine andere Frage, welche sehr sorgfältig erwogen werden muß, weil die Erwerbsverhältnisse der Gegenwart und des bevorstehenden Winters nichts weniger als günstige sind. Joesft wies vorher darauf hin, daß das bei uns in Nürnberg erscheinende Wochenblatt 10 000 Abonnenten gehabt habe, und wollte damit sagen, das sei doch nicht besonders viel und das neue Blatt werde auch nicht sehr viel bekommen. Die „Arbeiterwochenchronik“ hat in der günstigsten Zeit unter dem Geſetz 23 000 Abonnenten gehabt, sie ist jetzt durch die Gründung der anderen Blätter auf 5000 herabgegangen. Das ist ein Schade für den Herausgeber, aber nicht für die Partei, denn durch die Gründung der anderen Blätter sind 50 oder 60 000 neue Abonnenten gewonnen. Die Lokalblätter werden nach meiner Meinung durch das Wochenblatt nicht geschädigt werden. Einmal wird dieses nicht aus dem Satz des „Vorwärts“ hergestellt, sondern es wird ein original redigirtes, gutes Wochenblatt sein, das noch nebenbei gelesen werden kann neben den anderen Zeitungen. Dann aber haben eine gewaltige Anzahl kleiner Städte und ganze Provinzen bis jetzt überhaupt noch kein Parteiblatt; der ganze Osten ist so gut wie unvertreten. Auch die Provinzialblätter werden keinen Schaden leiden. Die kleinen Städte und Landorte in weit entlegenen Gegenden werden dann mit einem Parteiblatt versehen werden. Die bestehenden Zentralblätter können nicht mehr genügen; sie erscheinen da, wo das Leben nicht so pulst wie in Berlin — dort muß doch das neue Blatt entstehen erscheinen. — Die im Ausland lebenden deutschen Parteigenossen haben den Züricher „Sozialdemokrat“ in ziemlich großen Quantitäten verbreitet; das wird auch mit dem neuen Blatt der Fall sein. Mit jenen in Fühlung zu bleiben und ihnen den wirklichen Stand der Bewegung in Deutschland zu zeigen, haben wir allerdings ein großes Interesse. Die Gefahr des Veranarchistens ist für diese Leute im Auslande

E

allerdings vorhanden. Der „Vorwärts“ hat jetzt im Ganzen 2500 auswärtige Abonnenten, alles andere in Berlin, der wird also wenig geschädigt werden. Die Hauptsache aber ist, daß die geschäftlichen Interessen dem Bedürfnis der Partei gegenüber zurücktreten müssen. Wenn ich auch meinerseits ein äußerst vorsichtiges Vorgehen für nöthig halte, so halte ich doch nicht angeeignet, zur Ueberweisung an den Parteivorstand zu greifen; wir können sehr wohl beschließen, daß das Zentralwochenblatt gegründet werden soll; wann, wo und wie, das können wir dem Parteivorstand überlassen.

Schmidt-Burgstädt: Ich erkläre mich gegen den Antrag. Ich kann die zuversichtliche Meinung Singer's nicht theilen, da ich hoffe, dieses Wochenblatt werde existiren können. Wir sind doch lange draußen auf die kleinen Orte, bis in die entlegensten Bauernhöfe für unser Blatt agitirend gezogen, wir haben auf den Wiesen Versammlungen abgehalten und über die Presse und ihre Bedeutung einbringlich zu den Leuten geredet, und wir sind froh gewesen, 2, 3 Abonnenten zu gewinnen! Wenn wir in dieser Weise gearbeitet haben, und doch mit so wenig Erfolg, wie sollen wir denn da die Leute erwärmen für ein anderes Blatt, das noch neben den Lokalblättern bestehen soll. Zudem haben verschiedene unserer Parteiblätter, trotz der besten Redaktion und der prinzipiellsten Haltung, schwer um die Existenz zu kämpfen, weil die Erwerbsverhältnisse zu traurige sind; da möchte ich doch wünschen, daß der Wunsch des Vorstandes nicht so schnell in Erfüllung geht. Grillenberger warnt ja auch vor Ueberstürzung. Ich bitte, vor Ablauf des Jahres nicht an die Durchführung zu gehen. Dazu kommt, daß die Ausgaben für die Blätter höher werden müssen, weil der Parteivorstand ein illustirtes Wochenblatt herausgeben will, welches doch jedes Blatt seinen Abonnenten als Beilage geben muß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag abzulehnen, und den Vorstand, im Interesse der bestehenden Blätter und Druckereien die Frage nicht so schnell wieder aufzunehmen.

Röhrle beantragt den Schluß der Diskussion. Der Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Schulze abgelehnt. Der Vorsitzende will hiernach, wie beim Antrage vorher, über den Antrag Frohme auf Ueberweisung zur Erwägung abstimmen lassen. Dagegen erhebt Fischer-Berlin Widerspruch. Wenn der Antrag abgelehnt sei, habe der Vorstand mit der Sache nichts mehr zu thun. Die Abstimmung unterbleibt.

Es folgt Antrag II, Auerbach und Genossen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und

E

wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

Vorsitzender Klopß: Da Auerbach nicht mehr Mitglied der Partei ist, können wir über den Antrag nicht verhandeln, so lange nicht einer der Anwesenden ihn zu dem seinigen macht.

Milenz-Johannisthal nimmt den Antrag auf, derselbe wird genügend unterstützt.

Milenz: Da der Antrag Schulze abgelehnt ist und konstatirt wurde, daß die Presse sehr schwach unterstützt wird, jetzt aber die durch die Neubegründung drohende Konkurrenz wegfällt, bin ich um so mehr der Meinung, daß, wenn es nicht möglich ist, die Organe in den einzelnen Landestheilen zu halten, wir doch an den Parteivorstand herantreten mit der Erklärung, wir brauchen das Organ durchaus zur Betreibung der Agitation, die Mittel reichen aber nicht, die Löhne sind so gedrückt u. s. w., ihr müßt helfen. Ich meine nicht, daß die Parteikasse ein Blatt fortbauern unterhalten soll, das würde zuviel kosten, aber da, wo voraussichtlich ein Fortkommen möglich, müßte die Partei unbedingt eintreten.

Scherin: Ich beantrage den Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag. Der Parteitag kann einen solchen Antrag auf keinen Fall annehmen, denn die Konsequenzen wären gar nicht zu ermessen.

Fichtmann-Elbing wendet sich gegen Uebergang zur Tagesordnung.

Ueber den Antrag Milenz wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Versammlung wendet sich nunmehr zu Antrag 8 zurück, der von Berlin III gestellt ist und die Bildung eines Partei-agitationsfonds anregt. Zugleich wird hiermit der folgende Antrag Herbert verhandelt:

Zur Förderung der Agitation auf dem Lande sollen kleine, den Verhältnissen in den verschiedenen Theilen des Landes angepasste Broschüren gratis vertheilt werden. Den Inhalt haben die Genossen in der Provinz, welche die Verhältnisse genau kennen müssen, zu liefern. Die Kosten der Herstellung und Vertheilung hat der Parteivorstand zu bewilligen.

Boerner: Dieser Antrag wurde in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises Nachts 1 Uhr so beim Auseinandergehen ohne Diskussion angenommen, er ist also garnicht ausgereift. Ich glaube, für den gewünschten Zweck ist ohnehin der ganze Partei-agitationsfonds da.

Singer: Das Beste ist durchaus richtig. Alle Gelder, die

E

aus Deutschland an die Parteileitung gelangen, fließen in einen Fonds, aus dem alle Bedürfnisse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gedeckt werden. Soweit also für die Verbreitung der sozialdemokratischen Literatur Ausgaben sich als nothwendig erweisen, werden sie in ausreichender Weise aus dem allgemeinen Fonds zu decken sein. Auch ist es falsch, daß nur durch Verbreitung der Literatur das Proletariat zum Sozialismus zu bringen ist. Dies geschieht ebenso oder vielleicht in noch höherem Maße durch die mündliche Agitation. Ich wende mich auch gegen den Antrag Herbert. Nach dem Bericht des Vorstandes ist eine große Anzahl von Broschüren auf Wunsch gratis verabfolgt worden. Ueberall da, wo in der ländlichen Bevölkerung sich eine Anzahl Genossen findet, welche sich der Mühe unterziehen wollen, die Landagitation zu betreiben, werden sie in der ausgiebigsten Weise von der Parteileitung sowohl durch Deckung der persönlichen Agitationskosten, als durch Uebersendung von Broschüren für die ländliche Bevölkerung unterstützt. Gewiß muß die Landagitation kräftig betrieben werden, aber es müssen erst diejenigen Broschüren geschrieben werden, welche die ländliche Bevölkerung versteht. Wir sind jetzt dabei, diejenigen Arbeiten und Mittheilungen, die aus allen ländlichen Kreisen in Folge der Aufforderung der Parteileitung eingegangen sind, zu einer größeren Arbeit zusammenstellen zu lassen. Sowie diese Arbeit beendet sein wird, wird selbstverständlich für die Verbreitung derselben das Möglichste gethan werden.

Frohme: Es wird nicht anders möglich sein, in der ländlichen Bevölkerung Boden zu gewinnen, als indem wir aus dieser Bevölkerung selbst die befähigten Elemente ziehen und zur Agitation heranbilden. Dann wird sich das Weitere von selbst finden. (Zustimmung.) Das kann still und geräuschlos geschehen. Es muß aber bei der Agitation zwischen fluktuirendem und festhaftem Landproletariat wohl unterschieden werden.

Fischer-Weimar beantragt, diese Anträge als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Antrag 12.

„Antrag zur Errichtung eines statistischen Bureaus.

In Anbetracht, daß das Bedürfnis nach einer Statistik der Arbeiterverhältnisse ein tief und überall gefühltes ist;

in fernerer Anbetracht, daß den bis nun von den Gewerkschaften und anderen Korporationen in Angriff genommenen Statistiken Einheitlichkeit, Uebersichtlichkeit und Vergleichbarkeit häufig abgeht, dies aber Eigenschaften sind, welche die Statistik erst werthvoll machen;

in endlichem Anbetracht, daß oft die Personen fehlen, welche

F

die Zeit und Fähigkeit haben, zweckdienlich die Statistik vorzubereiten und die umlaufenden Fragebogen zu verarbeiten, beschließt der Parteitag, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde, welches in die von den Arbeitern unternommenen statistischen Erhebungen Eintheillichkeit und Gleichmäßigkeit bringe.

Eduard Schmid. Josef Urban. Georg Wamböganß. Konrad Kriener. Georg von Vollmar. Georg Wirt.

Schmid-München weist darauf hin, daß zwei Münchener Versammlungen sich im Sinne dieses Antrages ausgesprochen haben.

Gaensler-Mannheim hält diese Frage für eine überaus wichtige, welcher die Parteileitung unbedingt näher treten müßte.

Gerisch: Der vorjährige Parteitag hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, wenigstens hat Nebel die Bedeutung eines solchen statistischen Bureaus hervorgehoben. Im Laufe des Jahres haben wir im Parteivorstande wiederholt diesen Antrag eingehend erörtert. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß es sich hier um die Ausführung einer Sache handelt, die, mag sie von einer Partei in Angriff genommen werden, von welcher sie wolle, jedenfalls stets über das Können einer Partei hinausgeht. Hier handelt es sich eigentlich um eine Aufgabe der Regierung; unsere Arbeit würde jederzeit nur Stückwerk bleiben. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Angelegenheit wird von uns nicht verkannt, aber sie ist sehr schwierig. In erster Linie spielt die Personenfrage eine große Rolle. Wer soll dieses Werk ausführen? Und dann müßte mit demselben auch das Partei-Archiv verbunden werden. Darum würde ich beantragen, daß Sie diese Angelegenheit dem neu zu wählenden Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen.

Haberland-Varmen schließt sich diesem Antrag an, während Trilse-Leipzig glaubt, daß nicht die Parteileitung, sondern die Gewerkschaftskommission die Sache in die Hand nehmen müßte. Gaensler schlägt vor, den am Sonntag verworfenen Antrag Demmler, welcher lautet:

Jeder Vertrauensmann ist verpflichtet, mindestens jährlich zweimal Bericht an den Parteivorstand über die Thätigkeit der Partei des Ortes oder Kreises gelangen zu lassen. Geschieht solches nicht, so ist der Parteivorstand verpflichtet, die Vertrauensleute, wenn nöthig, im Parteiorgan aufzufordern. zum Beschluß zu erheben. Damit würde man der Sache bedeutend näher kommen.

Fischer-Berlin bittet, diesen Antrag nicht wieder aufzunehmen, derselbe stehe in gar keinem Zusammenhange mit dem, was die Münchener Genossen wollen.

Schmid: Wir waren uns in München der Schwierigkeiten,

E

welche die Durchführung unseres Antrages machen würde, wohl bemußt, namentlich auch in Bezug auf den Kostenpunkt. Zunächst soll nur dafür Sorge getragen werden, daß in die von den Arbeitern ja selbst bezahlten bis jetzt erhobenen Statistiken eine einheitliche Form gebracht werde. Mit der Ueberweisung unseres Antrages an den Parteivorstand sind wir einverstanden.

Fischer beantragt unter Zustimmung Schmid's den letzten Absatz des Antrages so zu fassen: „beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand zur Erwägung anheimzugeben, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde u. s. w.“

Mit dieser Modifikation wird der Antrag der Münchener Genossen angenommen.

Antrag 13. Dreesbach und 21 Genossen beantragen:

Der Parteitag möge die Parteileitung veranlassen, während der Reichstags-Lagung ein literarisches Bureau aus geeigneten Personen zu bilden, das unseren Provinzial-Parteiblättern möglichst rasch kurze, treffende, in unserem Sinne gehaltene Berichte liefert, damit diese Blätter nicht mehr auf die verschommenen Berichte der Bourgeoisberichterfasser angewiesen sind. Die Kosten hierfür werden leicht gedeckt, wenn sich sämtliche Parteiblätter zur Abnahme der Berichte gegen eine entsprechende Vergütung verpflichten.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß diese Frage die Fraktion und den Parteivorstand wiederholt beschäftigt hat. Man sei vor der Ausführung dieser Idee im Hinblick auf die bedeutenden Schwierigkeiten zurückgeschreckt, jetzt aber sei die Sache spruchreif, da von 27 täglich erscheinenden Blättern wahrscheinlich 25 einen solchen Bericht abnehmen würden. Es würden also mindestens die Kosten gedeckt werden. Sollte der Parteitag nicht gewillt sein, jetzt schon einen definitiven Beschluß zu fassen, so möge er wenigstens den Antrag der Parteileitung und der Fraktion zur Erwägung überweisen.

Frohme verweist auf die außerordentliche Verschiedenheit der sozialdemokratischen Organe. Einen ausführlichen Bericht würden die meisten Organe gar nicht brauchen können. Die Kosten eines eignen Berichts würden viel erheblicher sein als Dreesbach anzunehmen scheine. Ob ein knapper und doch übersichtlicher Bericht, eine Korrespondenz über jede Reichstags-Sitzung herausgegeben werden könne, überlasse er der Erwägung des Parteivorstandes.

Buchwald-Altenburg schlägt vor, daß der Parteivorstand die Reichstagsberichte in genügend großer Auflage drucken und den sämtlichen Parteiblättern als Beilage, nach Art der Sonntagsbeilagen, zugehen läßt. Dadurch würden abermalige Seher- und Druckkosten vermieden werden.

Singer: Buchwald will den Bericht des „Vorwärts“ bei-

E

legen lassen. Ein solcher Bericht, wie ihn Dreesbach im Auge hat, würde viel zu spät in den Besitz der Parteiblätter kommen und jede aktuelle Wirkung verlieren. Der „Vorwärts“ bringt den großen Oldenberg'schen Bericht, den anerkannt objektivsten und besten Parlamentsbericht. Aber dieser Bericht ist für die meisten unserer Blätter zu lang, und die Redaktionen müßten ihn erst in die Form bringen, die für die Parteiblätter paßt. Dazu reichen aber andere Blätter auch aus. Andererseits gereicht es auch keinem Parteiblatte zum Vorwurf, daß es zunächst auf die Reden des Abgeordneten seines Kreises besonderen Werth legt. Auch insofern würden also die Interessen schon an sich verschiedene sein. Was Dreesbach durch ein besonderes literarisches Bureau geschaffen haben will, wird für eine ganze Reihe von Parteiblättern schon jetzt besorgt. Denn von unseren 85 Abgeordneten haben mindestens 28 ein besonders lebhaftes Interesse für einen Reichstagsbericht und sind Korrespondenten der verschiedenen Parteiblätter. Gegenwärtigen Sie sich auch die Schwierigkeiten der Errichtung eines solchen literarischen Bureau's. Von einem Beschlusse, die Parteileitung mit der Errichtung desselben zu beauftragen, bitte ich Sie abzusehen. Ueberweisen Sie doch der Parteileitung nicht gar zu viel Aufgaben! (Sehr richtig!) Bedenken Sie, daß es sich dabei nur um fünf Personen handelt! Wird deren Thätigkeit durch die verschiedensten Aufgaben zersplittert, so kann schließlich auf keinem Gebiete etwas Gutes geleistet werden.

Joest: Ich fürchte, die Abzüge des „Vorwärts“ würden für die Redaktionen zu spät kommen. Anders wäre es, wenn Jemand während der Verhandlungen des Reichstages den Bericht mit chemischer Dinte fertig machte; dieser könnte dann eine halbe Stunde später in alle Welt hinausgehen.

Singer: Auf diese Weise ließe sich nicht ein Bericht im eigentlichen Sinne, sondern nur ein Entrefilet herstellen. Wenn man einmal eine Sache machen will, muß man sie auch ordentlich machen.

Dreesbach: Ich würde auch zufrieden sein, wenn ein Entrefilet abgefaßt und noch mit den Abendzügen versendet würde. Es ist viel besser, unsere Blätter bringen erst einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen, wie es die gegnerischen Blätter auch thun, und später dann die Reden ausführlich nach dem „Vorwärts.“ Uebrigens ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Mit-antragstellern meinen Antrag zurück und wünsche, daß der Parteivorstand diese unsere Wünsche berücksichtigt. (Beifall.)

Der Antrag Buchwald findet nicht die genügende Unterstützung, er ist damit beseitigt.

Antrag 14. P. Braun und 20 Genossen beantragen:

In Elberfeld ist der Fall vorgekommen, daß in derselben

F.

Sitzung des Strafgerichts ein Dienstmädchen, welches sich eines Diebstahls gegen seine Herrschaft vergangen hatte, mit drei Monaten Gefängniß bestraft wurde, während ein Handlungslehrling, der einen Geldbrief mit hohem Betrage unter dem Rock versteckt hatte, von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen wurde, da er aus guter Familie und im Besitz der Befähigung zum einjährigen-freiwilligen Militärdienst war und nach Meinung des Gerichts bei ihm deshalb nicht die Absicht, ein Vergehen gegen das Eigenthum zu begehen, vorausgesetzt werden dürfe.

Es wird der Antrag gestellt:

Daß alle Redakteure von Arbeiterblättern verpflichtet werden, Urtheile, durch welche auf Bildung und Besitz der Angeklagten in der Weise Rücksicht genommen ist, daß ein Aermere auffallend hart bestraft oder ein Reicherer auffallend leicht behandelt ist, an eine Zentralkasse einzusenden, welche die zu einander passenden Fälle zusammenstellt und regelmäßig in der Parteipresse veröffentlicht.

Der Antragsteller ist abgereift. Von anderer Seite wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Frohme glaubt, daß das, was der Antrag will, durch persönliche Verständigung unter den dabei zunächst Interessirten erreicht werden kann.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Schmid (München) und Genossen, die Parteipresse soll von Zeit zu Zeit Gratisannoncen der Gewerkschaftspresse aufnehmen, kommt mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung.

Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation.

Der Antrag der Delegirten aus dem Großherzogthum Weimar, den einzelnen Landesparteien, namentlich den kleinen thüringischen Staaten, zur Agitation für das allgemeine Stimmrecht aus der Parteikasse finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wird nicht genügend unterstützt, kommt also nicht zur Verhandlung.

Triife-Beipzig beantragt:

In Anbetracht dessen, daß es dem Parteivorstand in Folge mancher zu Tage tretenden bedeutenden Schwierigkeiten und Hindernisse eine absolute Unmöglichkeit ist, die mündliche Agitation in der nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen geeigneten Weise in jeder den Wünschen und Forderungen der Parteigenossen gerecht werdenden und entsprechenden Hinsicht entfalten zu können,

in fernerer Erwägung aber, daß leider unter den industriellen und gewerblichen Berufen noch eine große Zahl solcher existiren,

F.

in denen die Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht einmal mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung vertraut, geschweige denn organisiert sind, z. B. der Handelsstand, das Kellnergewerbe, die im Verlehrsgerwerbe u. s. w., die Organisation derselben aber eine unbedingte Nothwendigkeit und am der Zeit sein muß,

beauftragt der Parteitag, die gewählten Vertrauensmänner, sowie die in den verschiedenen Bezirken existirenden Agitationskomitee's, ihre Thätigkeit nicht nur auf die engeren Parteiangelegenheiten zu beschränken, sondern auch hauptsächlich für die Organisation und Agitation der oben erwähnten Berufe, sofern sich innerhalb derselben keine agitatorischen Kräfte befinden, genügend Sorge zu tragen.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Singer dargelegt hatte, wie die Konsequenz des Antrages die Verbindung der Partei mit der Gewerkschaftsbewegung bedeute, was nach heutigem Vereinsgesetz einfach heiße, für Partei und Gewerkschaften die Gefahr der Auflösung herauszubekennen.

Rüdt und 22 Genossen beantragen:

In Erwägung, daß die unserer Partei zur Verfügung stehenden Rednerkräfte lange nicht den vorhandenen Bedürfnissen genügen, wie dies von der Parteileitung selbst zugegeben und von den Genossen fast überall empfunden wird, stellen wir den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß in Berlin, unter der Leitung und Aufsicht des Parteivorstandes, auf Parteikosten eine Rednerschule zum Zwecke der Heranbildung von Agitatoren geschaffen und unterhalten werde. Die auszubildenden Agitatoren sollen, mit Rücksicht auf die Haupt-Dialekte, aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland herangezogen werden.

(Weiterkeit.)

Dr. Rüdt: Als ich meinen Antrag stellte, war ich mir wohl bewußt, daß derselbe auf Hindernisse stoßen würde, aber ich habe nicht vorausgesehen, daß wir, ohne gehört zu werden, namentlich ohne daß man unsere praktischen Vorschläge gehört hat, mit einem Gelächter würden empfangen werden. Das ist nicht sozialdemokratisch.

Nicht platonische Liebe für die Berliner hat mich bewogen, grade Berlin als Sitz der Rednerschule vorzuschlagen. Obgleich auch ich Berlin in mein Herz geschlossen, sind mir andere Städte sympathischer. Aber Berlin ist nicht nur Centrum der Politik in Deutschland, sondern auch der Zentralpunkt der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist auch zugleich in Berlin eine Anzahl von geistigen, materiellen und moralischen Kräften vorhanden, denen vielleicht die Leitung dieser Sache am Besten übertragen werden könnte. Diese Schule soll keineswegs eine Anstalt sein, in der gewissermaßen

Menschen, die nichts wissen, also Dummköpfen oder talentlosen Leuten, mittels des Nürnbergers Trichters hohe Weisheit eingebracht werden soll. Ich habe durchaus keinen großen Respekt vor der Gelehrsamkeit, weil ich auf Universitäten gelernt habe, was hinter der Gelehrsamkeit steckt und ich im Kampfe mit den Herren Professoren in Deutschland in der letzten Zeit erfahren habe, daß das alte, gute Sprichwort: je gelehrter, desto verkehrter, vollständig begründet ist. Ich habe diejenigen Genossen im Auge, welche auf dem Boden unserer sozialdemokratischen Weltanschauung sehr hoch stehen und auch ein gutes Quantum von Beredtsamkeit, aber keine Gelegenheit haben, sie an den Mann zu bringen, denen auch die Courage fehlt, als Redner aufzutreten. Grade die intelligentesten Genossen scheuen sich vielfach, öffentlich aufzutreten, weil sie fürchten, eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. In dieser Rednerschule könnten etwa 15 tüchtige Genossen ein Jahr ausgebildet werden. Ich denke mir ihr Studium so, daß sie täglich acht Stunden unsere Agitationschriften durcharbeiten, nach diesen Schriften Vorträge ausarbeiten und ein- oder zweimal die Woche über die bearbeiteten Themata in den Berliner Versammlungen sprechen. Die Geldfrage ist nicht von entscheidendem Gewicht, denn Bebel hat uns gesagt, daß unsere Geldverhältnisse ausgezeichnet seien und Singer hat vorhin bei der Frage des statistischen Bureau's ausgeführt, daß durchaus nicht die Höhe der Summe hindernd in den Weg treten kann, wenn es sich um die Interessen der Sozialdemokratie handelt. Ich glaube, daß die für diesen Zweck angewendeten Mittel sich reichlich und mit Zinsen lohnen würden, denn diese Agitatoren würden uns Tausende von neuen Genossen zuführen. Was die Dialekte betrifft, so möchte ich, daß bei der Ausbildung dieser Agitatoren auf die drei Hauptdialekte, auf Süd-, Mittel- und Norddeutschland Rücksicht genommen werde.

Ich habe im Auge, daß aus Nord-, Süd- und Mittel-Deutschland die betreffenden Agitatoren herangezogen und ausgebildet werden sollen. Uebrigens bin ich mir sehr wohl bewußt, daß die Sache einer etwas längeren Zeit, einer längeren Ueberlegung und Erwägung bedarf. Ich möchte deshalb bitten — meine Mitantragsteller sind wohl damit einverstanden —, daß Sie meinen Antrag dem Parteivorstande zur ernstlichen Erwägung überweisen. (Beifall.) Inzwischen ist ein Antrag eingelaufen, über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung überzugehen.

Beus: Ich bin prinzipiell gegen den Antrag. Es giebt natürliche Redner (Geiterteit) und künstlich dressirte. Unsere Partei hat soviel naturwüchsige Redner, daß wir damit zufrieden sein können. Wir dürfen nicht allzu großes Gewicht auf die Form legen.

Der Parteitag geht über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung über.

Urn. Kerrl-Bremen beantragt:

Der Parteitag beschließt:

In den ländlichen Bezirken Distrikts-Organisatoren und Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden. Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.

Der Antragsteller führt aus, daß man der Landagitation möglichst Vorschub leisten müsse. Wenn man 40 derartige Distrikts-agitatoren mit einem monatlichen Gehalt von 125 Mark anstellte, so würde das zunächst genügen; der Kostenbetrag sei im Verhältnis zu dem vorauszusehenden Nutzen kein hoher.

Eizinger beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Der Parteitag beschließt demgemäß.

Wesch-Krefeld stellt den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: Aus der Parteikasse werden die Mittel vorgeschossen zur Anschaffung eines Zeltes, in welchem die Parteiversammlungen in den niederrheinischen Weberdörfern abgehalten werden können.

Gründe:

In der Umgegend von Krefeld liegen im Umkreise von fünf Stunden 12 bis 14 Dörfer und 2 Städte, in welchen wir keine Lokale haben können. In den Orten wohnt vorwiegend eine industrielle Bevölkerung, die, obgleich sie noch dem Zentrum anhängt, uns dennoch sympathisch gegenübersteht. Es würde durch die Abhaltung von Versammlungen in jener Gegend uns möglich sein, jene Hauptstützen des Zentrums von der Wichtigkeit des Sozialismus zu überzeugen. (Heiterkeit.)

Wesch: Trotz Ihrer Heiterkeit werden Sie mir zugeben, daß diese Frage eine sehr ernste ist. Unsere Bevölkerung ist so arm, daß sie nicht die Mittel zur Beschaffung eines derartigen Zeltes aufbringen kann. Allerdings sind mehrere Leute dort, die ein Grundstück besitzen. Auf diesen Grundstücken könnte man derartige Zelte aufschlagen. Wir haben seit dem Kulturkampfe keine Lokale mehr bekommen. Einmal gelang es uns zwar, ein Lokal zu bekommen, zu einer einzigen Versammlung, aber dann wurde es uns wieder abgetrieben. Das Großkapital ging mit den Pfaffen Hand in Hand. (Nedner erzählt mehrere derartige Fälle, welche die Indignation der Versammlung hervorrufen.) Es bleibt uns also nichts übrig, als unter Zelten zu reden, denn das gesprochene Wort wirkt mehr als das gedruckte. Wir hoffen, daß der Parteitag dieser Frage näher tritt und eventuell an einem Orte am Niederrhein einen Versuch unternimmt, dann wird man ja sehen, ob die Sache praktisch durchführbar ist.

Singer: Bei diesem Antrage bewahrheitet sich das alte Wort: Vom Erhabenen bis zum Komischen ist nur ein Schritt. Ich habe die Ueberzeugung, daß dieser Antrag aus der gemeinen und niederträchtigen Handlungsweise unserer Gegner resultirt. In dieser Beziehung haben die Genossen das einzige Mittel, den Boykott, in der Hand, um gegen derartige Lokale mit Recht vorzugehen. Die Motive des Antrages billigt also Jeder von uns; aber der Antrag selbst ist undurchführbar. Wesch vergißt ganz und gar, wo er den Grund und Boden hernimmt, auf dem die Zelte aufgestellt werden sollen. Es könnte passieren, daß, wenn die Träger in das betreffende Dorf kämen, der Dorfbürgermeister ihnen einfach sagt, hier auf diesem Grund und Boden habt Ihr nichts zu suchen. Hier liegt die Gefahr des Komischen vor. Wir müssen uns hüten, uns dem Spolte der Gegner auszuliefern. Es könnte leicht vorkommen, daß die Zelte einfach in der Kumpfkammer lagern müssen, weil sie nicht aufgestellt werden können.

Trappe: Wenn man diese Forderung bewilligte, so würden andere Provinzen, namentlich Pommern, auch mit diesen Forderungen kommen.

Rnieriem-München befürchtet, daß es bei der Niederträchtigkeit und Gemeinheit der Gegner garnicht darauf ankommen werde, die Bauern aufzuheben, die Zelte zu zerschlagen, wie man sie jetzt schon verhehe, auf die Sozialdemokraten mit Dreschlegeln und Sensen loszugehen.

Wesch: Wir haben bei uns eine Reihe kleinerer Webermeister, die ein Stückchen Land besitzen. Darauf könnte das Zelt errichtet werden. Wir werden am Niederrhein dieser Frage selbst näher treten, und hoffen dann auf den Beistand der Partei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die beiden letzten Anträge zur Agitation lauten:

Die Genossen in Karlsruhe beantragen: Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Kiedner der Reichstagsfraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland.

Die Genossen in Bromberg:

a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt.

b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte

mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist.

Frohne beantragt, beide Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Singer will sie dem Parteivorstande zur Erledigung überweisen.

Volderauer: Der vorige Parteitag hat ganz dieselben Anträge dem Parteivorstande überwiesen, ohne daß bis heute eine Spur davon bemerkt wäre, daß diese Anträge berücksichtigt worden wären. Ich bitte also, über diese Anträge in eine Diskussion einzutreten.

Singer: Ich muß es als geradezu unerhört bezeichnen, wenn ein Parteigenosse behauptet, daß der Parteivorstand nach dieser Richtung keine Spur der Thätigkeit entwickelt hat. Haben Sie denn nicht im Bericht des Parteivorstandes gelesen und von Auer gehört, wie im Laufe des vorigen Sommers eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten größere Agitationstouren gemacht haben? Uebrigens hat Ulrich in Baden agitirt. Volderauer kann also nicht einmal aus seiner Heimath einen Grund zur Klage hernehmen.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen.

Von einer Nachsitzung wird auf Vorschlag Singer's Abstand genommen.

Milenz wendet sich in einer persönlichen Erklärung mit scharfen Worten gegen einen Bericht der Mannheimer „Volkstimme“, worin das Auftreten der Opposition in unangenehmere Weise besprochen und in Bezug auf seine Ausführungen der Ausdruck „Quatsch“ zc. gebraucht werde. Für ein Parteiorgan sei solche Sprache unwürdig.

Schluß 1¼ Uhr.

Nachmittags-sitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Klopß.

Begrüßungs-Telegramme sind noch eingelaufen aus Welbert, Freudenheim-Mannheim und Neuhaldensleben.

Die Verathung der selbstständigen Anträge wird fortgesetzt. Von den Anträgen, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, steht zunächst zur Verhandlung derjenige von Harm und Meist:

Der Parteitag wolle beschließen:

Um die an den verschiednen Orten (Ramen, Gisleben und Spenge) vorgekommenen Gewaltthätigkeiten gegen Parteigenossen für die Zukunft zu verhindern, die Fraktion zu beauftragen, diese Angelegenheit in geeigneter Weise im Reichstage zur Sprache zu bringen.

E

Harm: Ich bin mit vollständig darüber klar, daß die Sache, auch ohne Verhandlung des Parteitages im Reichstage zur Sprache kommen wird; ich halte aber für nothwendig, daß auch der Parteitag sich mit diesen Vorkommnissen beschäftigt und durch sein Urtheil seinerseits bezeugt, daß die Partei nicht gewillt ist, sich in dieser Weise behandeln zu lassen. Durch den Umstand, daß die Staatsanwaltschaft gegen andere Parteien gelinder vorgeht als gegen die unsere und mit dem Rechtsschutz anderer Parteien schneller bei der Hand ist als mit der unseren, gewinnt es fast den Anschein, als ob unsere Leute zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradirt werden sollen.

Singer: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben sich bereits seit längerer Zeit darüber verständig, daß unter allen Umständen diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht wird. Wir sind beschäftigt, Material dafür zu sammeln, und der Parteitag kann überzeugt sein, daß, ganz wie Harm es vorausgesetzt hat, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage diese Vorfälle gebührend brandmarken und aninagen werden. Ich würde für richtig finden, wenn statt des Antrages Harm der Parteitag in einer Resolution seine Entrüstung und Mißbilligung über das gemeine Treiben jener Parteien, die da glauben, die Sozialdemokratie mit dem Dreifselgel todtschlagen zu können, ausspricht. (Beifall.) Diese Resolution wird eine wirkfame Unterstützung der Thätigkeit der Abgeordneten in diesem Punkte sein, und damit auch gleichzeitig ausgesprochen, in welcher Weise die Gesamtpartei diese Vorgänge auffaßt.

Nachdem Redner unter großem Beifall die dem Antrage zu Grunde liegenden Vorkommnisse auf's scharfste gegeißelt, zieht Harm seinen Antrag zurück. — Ueber die noch nicht formulirte Resolution wird später abgestimmt werden.

Ein von Emmel eingebrachter Antrag, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dahin wirken sollten, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Hilfsbeamten und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz fallen, wird nicht genügend unterstützt und kommt nicht zur Verhandlung.

Die elsäß-lothringischen Delegirten beantragen:

Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstage die Abschaffung des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphen und der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze zu beantragen.

Rewecezerzal-Mülhausen: Es ist schon in Halle ein ähnlicher Antrag gestellt, jedoch mit Recht abgelehnt worden, denn er lautete damals bloß auf Abschaffung aller französischen Gesetze. Hier handelt es sich vor allem um den Diktaturparagraphen. Dieser stammt vom 30. Dezember 1871 her und giebt dem Statthalter außerordentliche Gewalten, im Falle der „Gefahr für die öffent-

E

liche Sicherheit alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet.“ Von diesem Gesetz hat man in ausgedehntem Umfange Gebrauch gemacht, man braucht bloß eine Gefahr zu sehen, auch wenn sie gar nicht vorhanden ist, und hat dann die Gewalt, alles Mögliche zu thun. Der Arbeiterverein in Mühl wurde ohne jede Motivierung kurzer Hand aufgelöst, die Beschwerde blieb selbstverständlich erfolglos. Zeitungen, welche dem Statthalter nicht passen, werden einfach durch Verbot aus dem Bezirke geräumt; da steht Elsaß-Lothringen schlechter als Deutschland unter dem Sozialistengesetz. Aber auch ganz ohne diese Diktatur genügen die anderen Gesetze vollständig, um jede Bewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Früher wurden alle diese Gesetzesparagrafen garnicht angewandt; seitdem aber die Arbeiterbewegung etwas zur Geltung gekommen ist, geschieht dies, um sie wieder tot zu machen. So haben wir ein Pressgesetz von 1848; danach darf über Pressprozesse überhaupt nicht berichtet werden. Auch die anderen hierher gehörigen Gesetze tragen den Stempel der Klassenherrschaft an der Stirn. Zur Gründung einer Zeitung, die dreimal wöchentlich erscheint, bedarf es einer Kaution von 10 000, für eine sechsmal erscheinende 20 000 Mark. Da ist ferner das Kolportagegesetz vom 27. Juli 1849, also aus einer Zeit, da die Reaktion wieder die Oberhand gewonnen hatte. Zur Verbreitung von „écrits“, d. h. Büchern, Schriftstücken, Gravüren und lithographischen Sachen, bedarf es danach ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums, zu den écrits gehören aber auch die Zeitungen. Unseren Genossen wird nun diese Erlaubnis ohne Motivierung von vornherein auf Grund des Diktaturparagrafen versagt. Wenn man also z. B. für unsere Zeitung, eine gesetzlich erlaubte Zeitung, für die 10 000 Mark Kaution erlegt sind, für welche die Postanstalten Abonnements annehmen, auf den Dörfern Abonnenten sammeln will, wird man ohne diese Erlaubnis mit 4 Tagen Gefängnis bestraft. Unserem Geschäftsführer und einer Reihe anderer Genossen ist das passiert. — Weiter existirt ein Gesetz betreffend die Errichtung von Druckereien und den Betrieb derselben. Darnach muß — so lächerlich es klingt — ein Buchdruckereibesitzer, wenn er die KonzeSSION zur Ausübung seines gelernten Gewerbes erlangen will, erstens nach dem Dekret vom 5. Februar 1810 gerichtlich vereidigt werden, ferner von 4 Druckereibesitzern des Ortes, also Konkurrenten, die Vorseignung beibringen, daß er sich auf Grund seiner Fähigkeiten etabliren darf; außerdem muß er wenigstens 2 Pressen besitzen und über seine Verfassungstreue sich ausweisen können. (Heiterkeit.) Wenn das nun aber auch Alles überwunden ist, so kann ihm doch die Ausübung des Gewerbes immer noch ohne Angabe des Grundes verweigert werden. Man will auf diese Weise die

F

Zeitungen untergraben, und da man sich nicht immer auf den Diktaturparagrafen stützen mag, weil das böses Blut machen würde, so zieht man sich hinter diese Bestimmungen zurück. Man kann allerdings auch ohne Genehmigung eine Zeitung drucken, dann aber muß man der Eigentümer der Zeitung sein und darf gar keinerlei andere Druckarbeiten ausführen. Unser Drucker hat beispielsweise die KonzeSSION im April nachgesucht, nach 4 Monaten endlich erfolgte die Ablehnung, und zwar ohne jede Motivierung.

Ferner besteht bei uns ein Vereinsgesetz, dessen Abschaffung wir beantragt wissen wollen. Wenn man dort einen Verein gründen will, muß man vor allen Dingen viermal die Statuten einreichen, dreimal auf gewöhnlichem, einmal auf Stempelpapier; je nach dem Umfang kostet dies 40, 80 oder 120 Pfennige. Von den Statuten kommt je ein Exemplar nach Mülhausen, Colmar, Straßburg und Berlin. Dann muß die Eingabe mit mindestens 7 Unterschriften versehen sein; die Regierung aber hat auch hier das Recht, ohne jede Motivierung nein zu sagen. Im vorigen Jahre, am 27. Dezember, wurde die Gründung eines Freidenkervereins beschlossen; fast sämtliche Vorstandsmitglieder bekamen Vorladungen vor die Polizei; nach 5 Monaten erfolgte die Ablehnung der Genehmigung, auf den ergriffenen Rekurs ist bis heute kein Bescheid ergangen. (Aufe des Unwillens.) Die Pfaffen haben katholische Arbeitervereine zum ausschließlichen Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie begründet. Die haben noch keine 8 Tage warten brauchen. (Heiterkeit.) Den Arbeiterwahlverein in Mülhausen, der gegründet worden ist als die Sozialdemokratie im Elsaß noch nicht ihre heutige Bedeutung hatte, sucht die Polizei jetzt mit allen Mitteln zur Auflösung zu bringen; alle Eingaben müssen auf Stempelbogen geschrieben sein; eine Eingabe, die Herabsetzung des Monatsbeitrages von 50 auf 20 Pfennige zu genehmigen, ist endlich nach 5 Monaten — abschlägig beschieden worden. (Heiterkeit.)

Gleichen Charakter hat das elsass-lothringische Versammlungsgesetz. Zur Anmeldung von Versammlungen gehört gleichfalls ein Stempelbogen mit sieben Unterschriften, zwischen dem Tage der Eingabe und der Versammlung müssen mindestens drei Tage liegen. Wenn man in einem Dorfe eine Versammlung einberufen will, wo da so schnell die sieben Bauern finden, die sich bewegen lassen, ihre Unterschrift auf einen Stempelbogen zu setzen. Wenn aber auch dies Alles beschafft ist, wenn man selbst einen Birth und ein Versammlungslokal gefunden hat, steht der Polizei immer noch das Recht der Nichtgenehmigung zu; auch das haben wir schon hundertfach erlebt. Die Präfecten, jetzt Kreisdirectoren, können jede Versammlung vertagen, welche die Ordnung zu stören oder

E

die Sicherheit zu gefährden scheint; dennoch wurde in Geweiler die Versammlung widerrechtlich von vornherein verboten, und die Beschwerde war fruchtlos. Findet die Versammlung wirklich statt, so wird sie unter Umständen einfach aufgelöst. Dreesbach hielt bei uns drei Versammlungen ab; als er in einer derselben über das Thema „Was die Sozialdemokraten wollen“ referierte und auf das Parteiprogramm zu sprechen kam, sagte der Kreisdirektor: „Von Politik darf hier nicht gesprochen werden“ (große Heiterkeit), und es wurde aufgelöst.

Diese Verhältnisse würden Rußland alle Ehre machen. Lassen Sie es unserem Antrage nicht an Unterstützung fehlen, daß solche Mißstände im Reichstage erörtert werden können. Der Reichstag hat ja kaum eine Ahnung von diesen Verhältnissen und es ist dafür, daß sie ihm bekannt werden, fast noch nichts gethan worden, obwohl wir einen sozialistischen elsass-lothringischen Abgeordneten im Reichstage haben. Deshalb haben mich meine Wähler beauftragt, diese Dinge hier vorzubringen. (Beifall.)

Hoffmann-Geiz und Stamm-Gannstatt beantworten den Antrag; Singer weist nach, wie die Fraktion schon 1884 einen Antrag auf Aufhebung sämtlicher Ausnahmegeetze, also auch der für Elsass-Lothringen, im Reichstage eingebracht habe; Jahr für Jahr, gelegentlich der Statsdebatte, gebe sich Anlaß, über diese Angelegenheit zu sprechen, und fast keine Session vergehe, ohne daß die elsässisch-lothringischen Ausnahmeverhältnisse im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Die Vorwürfe des Antragstellers gegen die Fraktion seien also unzutreffend; auch gegen Fickel könne kein Vorwurf erhoben werden; die Frage sei wiederholt berathen worden, aber eine Reihe besonderer Umstände haben die Einbringung eines besonderen Antrages bisher verhindert. Nachdem Redner noch des Näheren auf die elsässischen Zustände und die Verwaltung der Reichslande eingegangen, wird der Antrag nach kurzem Schlusswort Newecejzals angenommen.

Hiernach wird die inzwischen von Geyer, Frohme und Singer formulirte Resolution zum Antrage Harm und Meißt:

Der Parteitag spricht seine Entrüftung aus über das ver-gewaltigende, brutale Vorgehen gegnerischer Elemente gegen unsere Parteigenossen, wie sich dasselbe in Spenge, Eisleben, Kamen u. s. w. gezeigt hat.

Ferner erklärt der Parteitag das Verhalten der gegnerischen Presse in dieser Angelegenheit als ein unerhört frivoles und tendenziöses, darauf berechnet, die indifferente Masse gegen unsere Partei aufzuheizen und zu Gewaltthätigkeiten zu provozieren.“

zur Debatte gestellt und ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

F

Der II. Pfälzische Parteitag beantragt:

Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstage die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Nach den eingehenden und nach jeder Hinsicht klärenden Debatten über unsere Taktik und der Stimmung des Parteitages ist es für mich sehr schwer, für unseren Antrag eine Lanze zu brechen, trotzdem will ich es versuchen. Angeregt wurden wir zu unserem Antrage durch die verschiedentlichen Verstaatlichungen, wie sie zum Theil auch von unserer Fraktion erstrebt wurden, wie beispielsweise die Verstaatlichung der Kerze und Apotheken; dieser Antrag ist nur etwas in andere Worte gekleidet. Soll er für die arme Volksklasse von Erfolg sein, so kann er nur dann seinen Zwecken entsprechen, wenn die Verstaatlichung radikal durchgeführt wird. Es dürften auch sehr wenige unter uns sein, die an Stelle der heutigen Post und Telegraphie zc. in Staatsbetrieb dieselbe in privatkapitalistische Hände wünschten. Auch unser Streben hinsichtlich der Arbeiterversicherung ist nach meinem Dafürhalten ein Stück Verstaatlichung. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß jede Konzentration der Arbeitsmittel uns unseren Zielen näher führt. Oft schon wurde dargethan, daß sich die politische Macht ungemein leichter erobern lasse, als gesellschaftliche Einrichtungen umzugestalten; wenn der Staat also als Expropriateur auftritt, so arbeitet auch er in einem gewissen Sinne mit an den Vorbedingungen für eine andere Gesellschaftsordnung. - Die Befürchtung, daß wir mit diesem unserem Antrage den Konservativen begegnen, läßt mich vollkommen kalt. War es doch schon öfter da, daß wir der einen oder anderen politischen Partei in irgend einer Frage begegneten. Wir glaubten also, es ließe sich sehr wohl ein derartiger Antrag mit unserer Taktik decken. Was die Frage selbst anlangt, so gestehe ich offen, daß sie im Wesentlichsten ein Agitationsmittel sein soll, wie die gesammten Forderungen des zweiten Theiles unseres Programms ja es auch sind. In Halle haben wir ausgerufen, daß sich für die Folge unsere Agitation auf das Land erstrecken muß. Dementsprechend erschienen auch eine Reihe von literarischen Produkten, welche die Lage des Bauernstandes besprechen, allein es muß zugestanden werden, daß sie insgesammt in ihren Ausführungen den Großgrundbesitz des Nordens im Auge haben und deshalb für unsere südwestdeutschen, parzellenbäuerlichen Verhältnisse nicht anwendbar sind. Unser Bauer macht uns den Vorwurf: „Ihr sorgt wohl in eurem Programm für den industriellen Arbeiter, für den kleinen Bauern aber tragt ihr viel zu wenig Rücksicht.“ Wehnlich verhält es sich auch mit den Böllen; der kleine Bauer lebt sich in den Gedanken hinein, daß die Bölle doch einen Nutzen für ihn haben, und wir müssen gestehen, daß es uns sehr

F

schwer fällt, ihn von dieser Meinung abzubringen. Im Uebrigen möchte ich Sie in Anbetracht der unserem Antrage feindlichen Stimmung bitten, die Frage wenigstens in Erwägung zu ziehen, es dürfte alsdann Sache unserer Theoretiker sein, derselben etwas näher zu treten, und wir würden uns freuen, zu einem guten Agitationsmittel angeregt zu haben.

Gegen den Antrag wendet sich Frohme. Daß die Schweizer Genossen den gleichen Gedanken propagiren, sei für uns nicht maßgebend; dort sind die Verhältnisse für diese Frage und für unsere Partei ganz anders geartet. Der Antrag sei eigentlich ein Programmtrug und durch die Stellung zum Staatssozialismus schon erledigt. Die Verstaatlichung des Getreidehandels führe nothwendig zur Verstaatlichung des Grund und Bodens. Er bittet, den Antrag kurzer Hand abzulehnen.

Emmel-Frankfurt und Klüs-Glmsborn vertreten den gleichen Standpunkt. Letzterer beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Röhrl-Heilbronn tritt für den Antrag ein; daß die Konserwativen ebenfalls diese Verstaatlichung erstreben, sei gleichgiltig; man brauche dem Volke nur die Zwecke klarzulegen, welche die Konserwativen dabei verfolgen.

Ueber den Antrag des zweiten pfälzischen Parteitagcs wird zur Tagesordnung übergegangen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden ferner erledigt: der Antrag des Klub „Südost“ in Berlin in Bezug auf die Sprache des Programms, Einführung des gebundenen Mandats zc., dann der Antrag Drees-Ottensen auf Errichtung von Asylcn für Obdachlose; der Antrag der Rendsburger Genossen auf staatliche Unterföhung der Arbeitslosen wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil ein fast gleichlautender Antrag zum Programmtrug vorliegt.

Fleischmann beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Bücher und alles, was unter dem Sozialistengesetz von der Polizei beschlagnahmt worden, wieder freigegeben wird.

Fleischmann: Dieser Antrag wurde schon voriges Jahr in Halle gestellt; ich habe nicht erfahren, inwieweit die Fraktion oder der Parteivorstand Ermittlungen über den Gegenstand angestellt hat. Jöst hat mir mitgetheilt, daß man speziell im Hessen-Darmstädtischen die Sachen nicht mehr freigiebt. Mir hat man die seiner Zeit konfisizirten Sachen nicht zurückgegeben. Ich möchte, daß die Fraktion sich der Angelegenheit etwas annimmt.

Stadthagen: Ich bitte den Antrag zurückzuziehen, da er

F

bereits erledigt ist. Die Aufhebung des Gesetzes hat keine rückwirkende Kraft.

Kaden: Es sind das nicht Reichs-, sondern Landesachen. Ich bin durch alle Instanzen gegangen, ohne die Bücher zc. wieder zu erhalten.

Jöst bestätigt diese Auffassung. Mir hat man 130 Sachen an einem Tage fortgenommen, die Sachen sind futsch, ich kriege sie nicht mehr. In einem Falle sind auch die eingebundenen Werke Schiller's, trotz Anrufens der höchsten Instanz, nicht herausgegeben worden!

Der Antrag wird abgelehnt.

Es liegen noch einige Anträge allgemeinen Charakters aus der Mitte des Parteitages vor.

Hoffmann und Genossen beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen:

Abgeordnete, welche ohne Mandat auf dem Parteitag anwesend sind, erhalten aus der Parteikasse Diäten.

Namens der Antragsteller empfiehlt Abrecht den Antrag. Der Vorstand glaube den § 9 Absatz 2 des Statuts nicht in dem Sinne interpretiren zu sollen, daß auch die Theilnehmer ohne Mandat Diäten aus der Parteikasse zu beziehen hätten. Der Parteitag möge sich über die Frage schlüssig machen.

Emmel: Ich bin entschieden gegen den Antrag. Daß die Abgeordneten unter allen Umständen auf dem Parteitag anwesend sein müssen, sehe ich garnicht ein. Dadurch, daß diese bedrängt werden, entstehen bloß die kleinen Götter und die Halbgötter! (Heiterkeit und Beifall.)

Geisinger-Mürnberg ist für den Antrag, ebenso Kühn-Gera und Hoffmann-Beih.

Ein Schlusstrug wird angenommen.

Börner beantragt, auch den Vorstandsmitgliedern und Kontrollcuren ohne Mandat Diäten zu gewähren.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Antrag Hoffmann mit dieser Erweiterung angenommen.

Ehrhardi, Dreesbach, Hänzler und Kalnbach beantragen:

Der Parteitag drückt den Wunsch aus, daß die Parteileitung für die Folge die Einberufung des Parteitages wie seither auf den Sonntag verlegen möge und zwar mit Rücksicht darauf, daß durch eine Tagung, wie die diesjährige, für eine große Anzahl der Delegirten zwei Arbeitswochen verloren gehen, wodurch entweder sie selbst oder ihre Auftraggeber empfindlich belastet werden.

Dreesbach: Mit Rücksicht auf die sächsischen Wahlen ist diesmal der ursprüngliche Einberufungstermin verändert und auf

F

einen Tag mitten in der Woche verlegt worden. So gewiß wir diese Verlegung billigen, so unangenehm ist doch für uns alle eine derartige Tagung.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Wih. Schmidt-Frankfurt und Emmel beantragen folgende Resolution:

In Erwägung, daß es die Würde und das Interesse der Partei gebieten, dem Personenkultus entgegenzutreten, erklärt es der Parteitag für notwendig, die Verbreitung von Bildnissen lebender Parteigenossen in jeder Form dadurch einzuschränken, daß in Zukunft Gegenstände mit solchen Abbildungen durch Parteigenossen nicht mehr hergestellt oder in Vertrieb genommen werden; an deren Stelle sollen allegorische (sinnbildliche) Darstellungen, welche auf die Bestrebungen des Proletariats Bezug haben, oder höchstens die Bildnisse verstorbener Vorkämpfer des Proletariats treten.

Emmel: Es wird Allen ganz besonders in der letzten Zeit aufgefallen sein, daß überall, bei jeder Gelegenheit Cigarenspitzen, Spazierstöcke, Bilder, Quittungsmarken u. s. w. mit den Köpfen oder Medaillonportraits lebender Abgeordneter angezogen werden. Der Parteitag muß unzweideutig erklären, daß er solche Gebräuche nicht billigt.

Könen-Hamburg III.: In Stettin habe ich es erlebt, daß sogar Bilder von Reichstagskandidaten auf Streichhölzerhachteln geklebt wurden. Wohin soll das führen? Schon 1876/77 haben wir in Hamburg auf Parteiverfammlungen dem Verkauf von Bildern verstorbener Männer, die für die Freiheit gelitten hatten, entgegengearbeitet. Bei Verstorbenen könnte man sich das ja aber schließlich noch gefallen lassen. Die bloße Annahme der Resolution hat aber auch nur problematischen Werth. Es wird Sache der Parteigenossen sein, solche Dinge nicht mehr zu kaufen.

Grothe-Halle: Sollen wir denn nicht alle die Mittel und Wege, welche die Gegner für ihre Propaganda anwenden, ganz ebenso benutzen? (Widerspruch.) Sehen Sie sich doch um in den Hütten der Arbeiter, wo diese Bilder nicht hängen, wo Sie unsere Ideen nicht vertreten finden; Sie werden den Kopf schütteln und bedauern, daß solche Bilder nicht vorhanden sind, sondern Bilder der entgegengesetzten Richtung. Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Bebel: Der Tendenz des hier gestellten Antrages stimme ich vollständig bei, ich gebe allen Beschwerden Recht über den Anflug, der nach den verschiedensten Richtungen hin mit Abbildungen von lebenden Parteigenossen in allen Formen getrieben wird, und ich persönlich möchte sogar in vielen Fällen aus ästhetischen Gründen wünschen, daß von mir und Anderen nichts dergleichen fabrizirt

F

wird. Es ist gradezu grauenhaft, was da oft geleistet wird. Aber wie der Antrag vorliegt, geht er zu weit. Nicht nur ich, sondern auch eine ganze Anzahl meiner Freunde haben in allen Fällen, wo an uns persönlich eine Anfrage gestellt wurde, ob man Abbildungen irgend welcher Art von uns vornehmen dürfe, regelmäßig abgelehnt; wir wollen nicht auf Medaillen, nicht in Gipsabgüssen, nicht bei der Bekleidung der Hute figuriren. Ich habe keine Zeit im Gefängniß gefessen, als bestimmte Gutsformen mit den Namen von Abgeordneten in den Verkehr gebracht wurden, ich habe aus dem Gefängniß einen energischen Brief an den Mann geschrieben, der meinen Namen mißbrauchte; man hat dann wenigstens den Namen weggelassen, aber sich nicht genirt, die Bilder nach wie vor mit hineinzufließen. Die Parteigenossen hätten Mannes genug sein können, diesem Unfug entgegenzuwirken. Es ist damit keineswegs gesagt, daß man den Parteigenossen die Fabrication verbietet, man muß weiter gehen und verhindern, daß die Fabricate verkauft werden. Andererseits können Sie nicht soweit gehen, alle und jede Abbildung eines lebenden Parteigenossen zu verweigern und zu verbieten. Ist es nicht für Euch alle von großem Interesse gewesen, das Bild unseres Friedrich Engels kennen zu lernen? (Zustimmung.) Warum machen denn unsere illustrierten Blätter so riesige Geschäfte? Weil sie jeden Mann, der im öffentlichen Leben bedeutend ist oder Aufsehen erregt, sofort abbilden. Hat nicht Jeder unter uns das Bedürfniß, das Bild eines Lafargue oder Jules Guesde einmal zu sehen? Gerade die Nummern des „Der wahre Jakob“, die diese Bilder brachten, sind am meisten gekauft worden. Das zu verbieten ist einfach Unsinn. Wo ein Unfug eintritt, muß ihm gesteuert werden, und zwar durch die Genossen von Fall zu Fall. Aber man schütte nicht das Kind mit dem Bade aus.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Von Kunert ist ein durch zahlreiche Unterschriften unterstützter Antrag eingegangen, den bekannten Beschluß des St. Galler Parteitages, soweit er auf Bruno Geiser sich beziehe, außer Kraft zu setzen, weil in dessen seitherigem Verhalten kein Grund zur ferneren Aufrechterhaltung des Beschlusses liege. Nach längerer Debatte wird derselbe mit großer Majorität abgelehnt.

Von Niederauer und Gumpel ist die Anfrage eingegangen, ob die Streitfrage zwischen Frohme und Keßler erledigt sei. Der Parteitag lehnt es ab, daß diese Frage hier zur Beantwortung gelangt.

Schluß 6 Uhr 22 Minuten.

E

Siebenter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. Oktober.

Schlussitzung.

8½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zugauer-Berlin erklärt schriftlich, sich der von den anderen Abgeordneten in Hinsicht auf die Wildberger'schen Aeußerungen abgegebenen Erklärung anzuschließen.

Eine Versammlung in Adlershof, aus dem Wahlkreise, in dem Werner kandidirt hat, protestirt energisch dagegen, auf dem Boden der bekannten Flugblätter zu stehen. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Neuner-Kommission.

Im Namen derselben referirt:

Müller-Darmstadt: Die Kommission nahm bei ihrem Zusammentritt Kenntniß von nachstehender Erklärung:

Erklärung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr — wegen der den demokratischen Grundfäden direct zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Wibel und Fischer — auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten.

Erfurt, den 19. Oktober 1891.

Albert Auerbach, Magdeburg.

Max Baetge, Magdeburg.

Adolph Schulze, Magdeburg.

Wilhelm Werner, Buchdrucker, Berlin.

Karl Wildberger, Berlin.

Diese Erklärung gab der Kommission Veranlassung, zunächst über die Frage zu entscheiden, ob trotz derselben in eine Untersuchung der von einem Theil der Unterzeichner erhobenen Verdächtigungen, Beschuldigungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Parteitaktik, wie solche in mehreren Reden und in dem bekannten Flugblatte der Berliner Opposition ihren Ausdruck fanden, einzutreten sei. — Diese Frage wurde einstimmig bejaht.

Unter Zugrundelegung der Beschuldigungen beantwortet die Kommission die nachstehenden Fragen wie folgt:

Frage 1. Sind Beweise für die Anschuldbigung erbracht, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Verumpfung gebracht habe?

Einstimmig: Nein!

E

Frage 2. Sind Beweise dafür erbracht, daß der Parteivorstand Parteigelber nach Gunt an Schmarozer und Schweifwedler gegeben habe?

Einstimmig: Nein!

Frage 3. Sind Beweise dafür erbracht, daß die Parteileitung die wichtigsten Partei-Interessen vernachlässigt hat?

Einstimmig: Nein!

Gegenüber den speziellen Beschuldigungen in dem angezogenen Flugblatte der Opposition stellt die Kommission nach gründlicher Untersuchung fest:

1. Es ist nicht wahr, daß der revolutionäre Geist seitens einzelner Führer systematisch erdötet wird.
2. Es ist nicht wahr, daß in der Partei eine Diktatur geübt wird.
3. Es ist nicht wahr, daß die ganze Bewegung verflacht und die Sozialdemokratie zur puren Reformpartei Kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist.
4. Es ist nicht wahr, daß die Revolution von der Tribüne des Reichstags feierlich abgeschworen wurde.
5. Es geschah bis heute nichts, um den Vorwurf zu rechtfertigen, daß versucht worden wäre, den Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Alle weiteren Anschuldigungen in dem Flugblatte der Opposition, speziell die unter Ziffer 6—14 Seite 24 der vom Parteivorstande herausgegebenen Broschüre „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“ erachtet die Kommission durch die Beschlüsse des Parteitages gelegentlich der Berathung über Punkt 2a und b der Tagesordnung für widerlegt.

Der Wildberger hat früher und hier auf dem Parteitage erklärt, daß er auf dem Boden des Flugblattes stehe und die darin enthaltenen Anschuldigungen aufrecht erhalte; Beweise für dieselben hat er jedoch nach keiner Richtung hin zu erbringen vermocht, trotz erfolgter Aufforderung aber sich geweigert, die verleumderischen Lügen und Anschuldigungen zu widerrufen. Soweit Wildberger für seine Beschuldigungen gegen die Fraktion sich auf angebliche Mittheilungen einzelner Abgeordneter berufen hat, hat die Kommission festgestellt, daß er private Mittheilungen tendenziös entstellte und zum Zwecke verleumderischer Verdächtigungen der Fraktion vermischt mit von ihm erfundenen Lügen in die Oeffentlichkeit brachte.

Der Werner, über den bereits der Parteitag in Halle auf Grund der dort gegen ihn vorgebrachten Thatsachen zu dem Resultate kam, daß „der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führe, daß Werner nicht würdig sei, unferer Partei als Genosse anzugehören“ und dessen Ausschließung aus der Partei nur unterließ, weil die dafür eingesezte Kommission annahm, „daß Werner weder

E

das Taktgefühl, noch die Fähigkeit besitze, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen", hat durch neue Handlungen bewiesen, daß er der damals gegen ihn geübten Rücksichtnahme unwürdig sei. Für dieses Urtheil zeugt, von allem Andern abgesehen, die Thatfache, daß Werner trotz seiner in Halle gemachten Zusage: „sich den Beschlüssen des Parteitagcs zu fügen und die Streitart zu begraben" — sein die Partei im höchsten Grade schädigendes Treiben fortsetzte. Zwar hat sich Werner formell nie zum Inhalt des Flugblattes bekannt, durch sein ganzes Auftreten aber in den verschiedenen Versammlungen, sowie auf dem Parteitage bewiesen, daß er die in dem Flugblatte erhobenen Anschuldigungen theilt, nur nicht den Muth hatte, für dieselben mit seiner Person einzutreten. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Werner's Taktik dahin geht, seine Anschuldigungen stets in hypothetische Form zu kleiden, wodurch er seine verleumdnerischen Zwecke zu erreichen hofft, ohne dafür persönlich haftbar zu sein. Getreu dieser seiner Taktik hat Werner dem Parteitag das Schauspiel geboten, daß, obwohl er die Vertretung der Sache seiner Gesinnungsgenossen von der Opposition übernommen hatte, im entscheidenden Moment die Solidarität mit seinen Genossen verleugnete und seine Person vor den Folgen der gemeinsamen Handlungen zu salbiren suchte.

Der Aufforderung, zu beweisen oder zu widerrufen, ist Werner weder nach der einen, noch anderen Richtung nachgekommen.

Aus vorstehend entwickelten Gründen schlägt deshalb die Kommission vor:

Der Parteitag wolle beschließen:

Wilhelm Werner und

Karl Wildberger

sind nicht mehr als Parteigenossen anzuerkennen.

Nach den in der Broschüre des Parteivorstandes enthaltenen Angaben auf Seite 30, die durch Zeugen bestätigt und von keiner Seite Widerspruch fanden, haben

Redakteur Richard Baginski und der
Hausdiener Lamprecht

in einer Versammlung des Wahlvereins des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises die Erklärung abgegeben, daß sie voll und ganz auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen und daß sie nur das Eine an demselben auszufehen haben, daß die Sprache noch lange nicht scharf und rücksichtslos genug sei.

Im Verfolg der Beschlüsse in Sachen gegen Wildberger be-
trägt die Kommission:

E

Der Parteitag möge beschließen: an Redakteur Richard Baginski und Hausdiener Lamprecht ist die Aufforderung zu richten, ihre vorerwähnte Erklärung zu zurückzunehmen, andernfalls sie nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten seien.

Die Kommission hat, wie Eingang bereits erwähnt, von der Austrittserklärung, welche auch die Unterschriften der Magdeburger Delegirten Auerbach, Baetge und Schulze trägt, Kenntniß genommen.

Gegen Auerbach sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages zwar Thatfachen vorgebracht worden, welche allerdings geeignet sind, auf denselben den Schein zu werfen, daß er in nicht zu billiger Weise seine Parteilstellung zur Förderung seiner Privatinteressen zu benutzen sucht.

Die Wichtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß Auerbach keineswegs die geeignete Person ist, sich zum Ketzer der Parteidre aufzuwerfen. Aber Auerbach sowohl als Baetge und Schulze haben ausdrücklich erklärt: Daß sie nicht auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen, dieselben haben vielmehr die dort erhobenen Anschuldigungen als unberechtigt und unzutreffend zurückgewiesen.

Die Kommission hat deshalb keinen Anlaß, sich mit den Magdeburger Delegirten im Weiteren zu beschäftigen.

Wenn sich dieselben mit Wildberger und Werner solidarisch erklären, so steht es Jedem frei, die ihm am meisten zusagende Gesellschaft zu wählen; die Kommission glaubt jedoch ausprechen zu müssen, daß die in der Erklärung niedergelegten Gründe keineswegs den Austritt rechtfertigen.

Erfurt, den 21. Oktober.

Die Reaner-Kommission.

Ueber den anonymen Lübecker Brief an die Kontrollkommission beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

In der Diskussion über den Bericht bemerkt zunächst Scholz-Berlin: Wir haben nunmehr gehört, was mit den ehemaligen Genossen Wildberger, Werner, Baginski und Lamprecht geschehen soll, aber nicht, was wir mit denen machen sollen, welche gleich denen in Berlin mit ungeschwächter Kraft ihre Maulwurfsarbeit fortsetzen. Die Berliner Delegirten hatten dem Parteitag eine Resolution überwiesen, nach welcher gegen alle diese Elemente vorgegangen werden kann. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Resolution zur Verhandlung kommt.

Vorsitzender: Nach den Beschlüssen, die der Parteitag faßt, muß es nach meiner Ueberzeugung Sache der Berliner Genossen sein, diese Dinge in ihren Kreisen zu regeln. (Sehr richtig!) Auf

Grund unserer Organisation haben die Berliner Genossen die Mittel dazu in der Hand.

Die von Bernau-Potsdam und den Berliner Delegirten Wengels, Tempel, Pëus und Scholz gestellte Resolution lautet:

Der Parteitag erklärt: Die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art gesehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen.

Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiefsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Niederauer, Gumpel, Jhrer, Rohrlack, v. Hoffetten erklären diese Resolution nicht anzuerkennen. Auch Meßner erklärt, nur ein Theil der Berliner Delegirten sei mit derselben einverstanden.

Diese Resolution wird genügend unterstützt, die Berathung über dieselbe aber bis nach Erledigung des Berichtes der Meuner-Kommission ausgesetzt.

Zum Bericht der Meuner-Kommission meldet sich Niemand weiter zum Wort.

Der Antrag der Meuner-Kommission wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Berathung kehrt zurück zu der oben erwähnten Resolution.

Bernau: Ich habe nicht eine solche Hoffnung und Zuversicht, wie einige meiner Berliner Genossen, die meinen, wir sind stark genug, um die oppositionellen Elemente unschädlich zu machen. Ich weiß, was für Elemente unter diesen Herren stecken, daß sie eine gewisse Suade und Unverfrorenheit besitzen, sie verfügen auch über Geldmittel und werden daher alles Mögliche versuchen. Es wird mir mitgetheilt, daß heute auch in Magdeburg eine Versammlung der Opposition stattfindet. Auch dort wird es ungeheure Arbeit kosten, um das alte Terrain zu erobern. Gerade die Vertrauensmänner im VI. Berliner Wahlkreis sind bei der Sache mitbetheiligt. Es ist Aufgabe der Partei, daß sie da, wo sich derartige Zustände zeigen, eingreife!

F

Einem Antrage Fräsdorf-Dresden gemäß wird über die Resolution zur Tagesordnung übergegangen.

Der Vorsitzende schlägt vor, während der Programm-Berathung die Wahlen für die künftige Parteileitung vorzunehmen und das Ergebnis durch die Mandats-Prüfungskommission feststellen zu lassen.

Zum Sitz der Parteileitung wird auf Vorschlag Singer's Berlin bestimmt.

Laut § 14 der Organisation hat der Parteitag die Gehälter der Parteileitung festzusetzen. Der Parteitag zu Halle hat die Festsetzung der Gehälter unter Abgrenzung der Maximalhöhe der Parteileitung selbst überlassen. Diese Gehälter sind festgestellt worden auf je 250 Mk. pro Monat für die Sekretäre, auf 150 Mk. für den Kassirer, auf 50 Mk. für jeden der beiden Vorsitzenden.

Der Parteitag erklärt sich mit der Beibehaltung der Gehälter einverstanden.

Der Vorsitzende schlägt vor, als Ort des nächsten Parteitages Berlin zu wählen. (Zustimmung.) Er sei überzeugt, daß die Berliner Genossen die Delegirten aus allen Theilen des Deutschen Reiches freudig aufnehmen werden. (Rufe: Hamburg, Frankfurt a. M.)

Der Parteitag wählt Berlin zum Ort des nächsten Parteitages.

Vorsitzender Singer: Wir treten nun in den letzten Punkt unserer Tagesordnung ein:

Berathung des Parteiprogramms.

Die Kommission hat den bereits für die General-Debatte bestellten Referenten auch zu den übrigen gemacht; ich ertheile dem Genossen Liebknecht als Referenten und Kommissions-Berichterstatter das Wort.

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Es ist sehr zu bedauern, daß die öffentliche Berathung über das Programm erst an dem letzten Tage dieses Kongresses stattfinden kann. Die stürmischen, leidenschaftlich-erregten Debatten der letzten Tage waren aber notwendig; eine andere Anordnung der Kongreßverhandlungen war, wie die Verhältnisse lagen, einfach undenkbar. Wenn nun auch manches in den letzten Tagen unerquicklich gewesen ist, so können wir doch mit Stolz sagen: in seiner Gesamtheit war es ein großes Schauspiel, welches die sozialdemokratische Partei der Welt geboten hat. Es giebt keine andere Partei, welche beim vollen Lichte der Öffentlichkeit ihre innersten Angelegenheiten hätte erledigen, ihren Anklagen sich stellen, und sie rückhaltlos auffordern können, den Beweis für die Anschuldigungen zu liefern, welche sie gegen uns und die Partei erhoben. Eine zweite Partei, die dies zu thun im Stande war, — ich wiederhole es — besteht in Deutschland nicht,